



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 41. Sitzung  
- Endgültige Fassung\* -

**1. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 19. März 2015, 12.15 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

**Tagesordnungspunkt**

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Dr. Fechner, BND, ehemaliger Leiter AL 2 von 2008 bis 2009 (Beweisbeschluss Z-60)	4
- A. F., BND, G-10-Anträge und -Verfahren (Beweisbeschlüsse Z-44, Z-58)	97

\* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herrn A. F. (Anlage 1) sind in das Protokoll eingearbeitet.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

### Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian Haun, Fabian Kühnau, Dan
SPD	Ahlefeldt, Johannes Burhany, Kahled Dähne, Dr. Harald Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Leuxner, Alexander Maß, Caroline
DIE LINKE.	Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Keller, Dr. Iris Leopold, Nils Pohl, Jörn



## Nur zur dienstlichen Verwendung

<b>Teilnehmer Bundesregierung</b>	
Bundeskanzleramt	Brunst, Dr. Phillip Heinemann, Martin Kämmerer, Marie Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Blidschun, Jürgen Arthur Fremke, Eva Hauer, Florian Jacobi, Stephan Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Linden, Stephan
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd

<b>Teilnehmer Bundesrat</b>	
LV Bayern	Luderschmid, Florian



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.16 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 41. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode. Nach Artikel 44 Absatz 1 des Grundgesetzes erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest, die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass einige kontinuierlich den Sitzungen beiwohnen und ausgiebig berichten. Ich danke Ihnen hierfür schon mal im Voraus.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen, die diejenigen, die den Sitzungen regelmäßig beiwohnen, schon kennen - nichtsdestotrotz sind sie wichtig und auch zu beachten -: Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Tagesordnungspunkt** der heutigen Sitzung auf:

Öffentliche Zeugenvernehmung

- Dr. Harald Fechner, BND, ehemaliger AL 2 von 2008 bis 2009 (Beweisbeschluss Z-60)
- A. F., BND, G-10-Anträge und -Verfahren (Beweisbeschlüsse Z-44 und Z-58)

Der Beweisbeschluss Z-60 stammt vom 16. Oktober 2015, Z-44 vom 25. September 2014 und Z-58 vom 16. Oktober 2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung von Herrn Dr. Fechner und Herrn A. F. als Zeugen.

Zunächst werden beide Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss finden die

nichtöffentlichen Vernehmungen statt, falls dies notwendig ist - nichtöffentlich oder eingestuft. Die Obleute werden nach den öffentlichen Vernehmungen der Presse für Statements zur Verfügung stehen. So haben wir es zumindest geplant.

### Vernehmung des Zeugen Dr. Harald Fechner

Als Erstes darf ich unseren Zeugen Herrn Dr. Harald Fechner begrüßen. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. Fechner, Sie haben die aktuelle Ladung am 2. März 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Dies dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Auch wenn wir Sie schon öfter erlebt haben, darf ich ganz kurz bitten, dass Sie sich uns vorstellen.

**RA n Dr. Stefanie Schork:** Rechtsanwältin Schork aus Berlin.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Auch Sie seien herzlich begrüßt.

Herr Dr. Fechner, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls zum Beispiel Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes treffen kann, also dann die Sitzung in nichtöffentlicher oder gegebenenfalls eingestufte Weise fortsetzen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Bitte in Zukunft das Knöpfchen des Mikros drücken. Es ist für das Protokoll wichtig, dass Ihre Antworten gehört werden können.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach werde zunächst ich Sie befragen; anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, reihum eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie dazu Fragen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Ich darf Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Mein Name ist Dr. Harald Fechner, Anfang Juni 69 Jahre alt. Von Beruf bin ich Diplomingenieur Elektrotechnik. Ich habe 28 Jahre lang im BND mitgearbeitet. Am 30. Juni 2009 bin ich aus gesundheitlichen Gründen mit 63 in den Ruhestand getreten. Dem BND ist meine ladungsfähige Anschrift bekannt, damit wohl auch dem Sekretariat Ihres Ausschusses; denn es scheint geklappt zu haben. Wie Sie sehen, ich bin im Hier und Jetzt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie sind über den BND geladen worden, und die Anschrift ist uns bekannt. - Herzlichen Dank.

Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung vorzutragen, also ununterbrochen durch Nachfragen. Sie können, wenn dies gewünscht ist, zum Untersuchungsgegenstand in Gänze vorzutragen. Möchten Sie dies?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, das möchte ich.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann haben Sie jetzt das Wort, Herr Dr. Fechner.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** In der Betroffenheit, die ich verspüre - die ich auch im übertragenen Sinn, auch aufgrund der Verfolgung Ihres Ausschusses und der verschiedenen Presseerklärungen dazu, erlebe -, möchte ich doch ein Statement abgeben.

Ich habe das zuletzt am Montagnachmittag noch mal schnell wieder neu runtergeschrieben, als ich die Ankündigung meiner heutigen Vernehmung auf Ihrer UA-Website las. Mein Eingangsstatement:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Als ich erfuhr, dass Sie auch mich zur Vernehmung vorladen würden, habe ich zunächst mal versucht, mich daran zu erinnern, was ich wann im BND gemacht habe. Denn ich kann während meiner 28-jährigen Dienstzeit im BND auf insgesamt zwölf unterschiedliche Tätigkeiten in drei aufgabenbezogen völlig unterschiedlichen Abteilungen zurückblicken. Allein in dem von Ihnen betrachteten Untersuchungszeitraum habe ich von Anfang 2001 bis zu meinem Ausscheiden am 30. Juni 2009 in fünf organisatorisch unterschiedlich strukturierten Abteilungen fünf verschiedene Dienstposten, das heißt fünf unterschiedliche Aufgabenstellungen, innegehabt: zweimal als UAL von 07/2000 bis 07/2005, dreimal als AL von 08/2005 bis zum 30. Juni 2009.

Vor Ihrem Zeitraum war ich seit dem 01.07.1981 bereits neunzehneinhalb Jahre lang BND-Mitarbeiter. Das einzige Schriftstück, das ich aus der damaligen Zeit noch besitze, ist die Titelseite der *Süddeutschen Zeitung* vom 15.07.1999.

(Der Zeuge hält ein  
Schriftstück hoch)

Ich habe sie mitgebracht, sie ist aber natürlich in der Staatsbibliothek und überall auch sonst einzusehen.

Damals lautete die Schlagzeile der *Süddeutschen Zeitung* am Tag nach der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen Verbrechensbekämpfungsgesetz - ich zitiere -: „BND darf alle Telefonate im Ausland abhören“. Und darunter stand in dem „Abstract“ oder wie man es nennen mag - Zitat -:

BND darf die verdachtslose Überwachung des internationalen Telefon- und Telefaxverkehrs fortsetzen ...

- Pünktchen, Pünktchen, ich lasse einiges aus -

Karlsruhe billigte im Wesentlichen die neuen BND-Befugnisse.

Ende des Zitats.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte auch allerdings dann sieben Regelungen des Verbrechensbekämpfungsgesetzes - damals ging es darum - für verfassungswidrig und verlangte Nachbesserungen bis Juni 2001, deren Folge dann die Novellierung des G-10-, Artikel 10-Gesetzes, am 26. Juni 2001 war.

Damit für die jüngeren Leute auf der Tribüne hier kein falscher Eindruck entsteht, möchte ich schon anmerken, dass dieses Verbrechensbekämpfungsgesetz nicht vom BND gewollt oder sogar formuliert wurde, dass es aber in der dann vom Bundesverfassungsgericht beanstandeten Form am 28.10.1994 vom Deutschen Bundestag, dem Gesetzgeber, beschlossen worden war.

So langsam auf die 70 zugehend fällt es mir nach bald sechs Jahren im Ruhezustand nicht mehr leicht, die Tätigkeiten, Ereignisse und Begegnungen im Untersuchungszeitraum, das heißt während meiner letzten achteinhalb Jahre im BND, also vor fünfeinhalb bis 14 Jahren, zu vergegenwärtigen. Vieles von dem, was ich in den letzten Wochen auf Ihrer UA-Website und in den Protokollierungsversuchen des netzpolitik.org-Live-Blogs gelesen habe, war mir völlig neu oder zumindest nicht mehr erinnerlich. Manches blieb mir auch unverständlich.

(Zuruf: Uns auch!)

Was ich dann am Montagnachmittag aber auf der UA-Webseite als Ihre Erwartung an meine heutige Vernehmung lesen konnte, lässt mich befürchten, dass ich Sie enttäuschen werde.

Soweit ich mich inzwischen über die von Ihnen in meiner Ankündigung angesprochenen Kooperationsprojekte informieren konnte, war ich nämlich während des größten Teils der innerhalb Ihres Untersuchungszeitraums miterlebten Zeit, also vom 01.01.2001 bis 30.06.09, als ich auschied, gar nicht für die zwei Erfassungsstellen, um die es da vornehmlich geht, und erst recht nie für die drei Kooperationsprojekte selbst zuständig. Im Übrigen war ich zwischen dem 01.08.2005 und dem 27. April 2008 gar kein Angehöriger der Abteilung 2, sondern AL 6. Nur zwei Jahre und zwei Monate, vom 01.01.2001 bis



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zum 28.02.2003, war ich als UAL 24 auch für die zwei in Rede stehenden Erfassungsstellen in Bad Aibling und Rheinhausen verantwortlich.

Die von Ihnen untersuchte Kooperation mit der NSA hat meines Wissens formal frühestens mit der Unterzeichnung des Ihnen bekannten MoA am 28. April 2002, tatsächlich dann aber doch wohl erst im Laufe der nächsten zwei Jahre nach Erarbeitung der vier oder fünf Annexe zu diesem MoA begonnen. Bis dahin war das Abklärung und gegenseitiges Wunschdenken und der Versuch, was für die eigene Seite durchzusetzen.

Ihr großes Interesse für das den Laien beeindruckende und von gewissen Kreisen gerne als unverhältnismäßig groß beklagte Rohdatenaufkommen kann ich verstehen. Ich habe mich selbst allerdings schon während meiner Dienstzeit weniger für derartige Zahlen als für die Erstellung inhaltlich bedeutender, wertvoller Meldungen für unsere Abnehmer im BND, letztlich für dessen Berichterstattung an die jeweilige Bundesregierung und deren Ministerien interessiert. Mir kommt es gerade in den Kopf: Also, weder Herr Fischer, Herr Westerwelle noch Herr Steinmeier, wenn ich in die Richtung denke, oder - wer war es sonst? - Herr Scharping, Herr Struck, Herr de Maizière oder Frau von der Leyen interessieren sich für das meiste von dem, was in der Zeitung steht oder sonst irgendwo kolportiert wird. Und der Bundesnachrichtendienst würde bei denen, glaube ich, schnell rausgeworfen werden, wenn er mit Informationen über Themen an sie herantrete, die nicht für sie von größerer Bedeutung sind.

Kollege Breitfelder hat die Aussagekraft des im Raum stehenden Zahlenwerks mit den Millionen von Metadaten ja auch schon an dieser Goldkörnenausbeute in einer Bergwerksgrube versucht zu verdeutlichen.

Aus unserer insbesondere nach dem 11. September 2001 des Öfteren schon als detektivisch-kriminalistisch zu bezeichnenden Arbeitsweise in der Zentralen Nachrichtenbearbeitung resultierten nicht jeden Tag spektakuläre Meldungen, Neuigkeiten für unsere Abnehmer, aber meistens

konnten wir ihnen und fast tagtäglich einige Dutzend sehr aufschlussreiche, in keiner Zeitung zu findende geheime Nachrichten übermitteln.

Leider nahm die Zahl der schnellstens zu bearbeitenden Warnmeldungen über möglicherweise bevorstehende Anschläge in den weit entfernten Einsatzgebieten der Bundeswehr, aber auch in unseren Nachbarländern und ab und zu in Deutschland auch die Gefahr ständig zu. Mir fällt gerade wieder Tunis ein als Beispiel von vorgestern, gestern. - Entschuldigen Sie, aber Sie merken es - ich merke es vor allem selber -, wie nah mir das alles geht. Ich versuche, die Fassung zu bewahren.

Nach dem zwischenzeitlichen Lesen vieler Presseveröffentlichungen, Kommentare und Blogs fühle ich mich allerdings auch zunehmend oft wieder bis in meine jüngsten, ersten Tage im BND, also fast 35 Jahre - bis 81-, zurückversetzt. Das war nicht nur die Zeit des Kalten Krieges, an den man heute auch leider wieder des Öfteren denken muss. Nein, das war auch die Zeit, in der es in Deutschland Schreihälse gab, die riefen: Macht kaputt, was euch kaputt macht. - Und es gab Zuhörer, die dabei klammheimliche Freude empfanden.

In der Rückschau habe ich den Eindruck, dass man als BND-Angehöriger wohl in gewissen Zeitabständen alle 10, 15, na, alle 15, 20 Jahre immer mal wieder solche Stimmungen und verbalen Steinigungen über sich ergehen lassen muss. Denn als ich bald 15 Jahre BND-Mitarbeiter war und das schon erwähnte Verbrechensbekämpfungsgesetz in Kraft gesetzt wurde, da entwickelten einige selbsternannte und von einigen in der Öffentlichkeit auch gerne so titulierte Geheimdienstexperten wieder mal ihre Verschwörungstheorien. Die dadurch in Teilen der Bevölkerung eine Zeitlang aufgebrachte negative Stimmung gegenüber dem BND verschwand dann aber sehr schnell, als das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 14. Juli 1999 die Kirche wieder ins Dorf zurückbrachte. Ich hatte Ihnen eben schon die *Süddeutsche Zeitung* vom Tag nach der Urteilsverkündung gezeigt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und jetzt sind wieder mal 15 Jahre vergangen. Man kann wieder mal von ähnlichen Ängsten, aber auch falschen Behauptungen lesen und hören, zum Beispiel auf der Website internet-law 2.0 am 28.11.2014 von Thomas Stadler - ich zitiere -:

Es zeigt sich einmal mehr, dass es dem BND einzig und allein darum geht, die Grundrechte auszuhebeln, wo es nur geht. Das entspricht einer leider auch in der Politik verbreiteten Tendenz, das Grundgesetz und die Grundrechte als Störfaktor zu betrachten. Und deshalb stützt die Bundesregierung das rechtswidrige Treiben des BND auch.

Zitat Ende. - Die Blickrichtung derartiger Kritiker ist schon seit längerem gar nicht mehr primär auf die selbstverständlich zu verurteilenden Aufklärungsversuche, Aufklärungserfolge ausländischer Nachrichtendienste, sondern inzwischen zielgerichtet auf das aus ihrer Sicht wohl noch verwerflichere Treiben des deutschen Auslandsnachrichtendienstes ausgerichtet. All ihre medial zum Ausdruck gebrachte Empörung über das angeblich rechtswidrige Handeln des BND geht meist mit einer entsprechend reißerischen, leider wohl auch die Auflage erhöhenden, steigernden Schlagzeile einher.

Einige der bisher von Ihnen vernommenen Zeugen haben bereits in ihren Eingangsstatements das Bedauern über die mancherorts, nicht nur in drittklassigen Käseblättern, oft verfälschend und zersetzend artikulierten Vorbehalte und Vorurteile gegenüber dem BND und seiner Mitarbeiterschaft zum Ausdruck gebracht. Wie diese Kollegen bin auch ich sicher, dass ich mich, dass sich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und meine Kollegen an Recht und Gesetz gehalten haben. Dies nicht zuletzt auch aufgrund der ständigen engen juristischen Begleitung durch die abteilungsinternen G-10-Juristen, durch unsere juristisch vorgebildeten, fast alle zu Volljuristen ausgebildeten Präsidenten und schließlich auch durch die in allen Regierungskonstellationen immer sehr aufmerksame juristische Begleitung seitens des vorgesetzten Bundeskanzleramtes.

Die in der Fernmeldeaufklärung tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind keine mit Schnorcheln ausgerüsteten Hobbytaucher, auch keine mit besonders großen Nasen gesegnete Schnüffler und erst recht keine weshalb auch immer zu verurteilenden Schurken. Sie sind - und das ist gut so - eine hochmotivierte, engagierte Truppe, Gruppe verantwortungsbewusster Menschen, die in der per Gesetz errichteten Bundesoberbehörde BND nur auf nachrichtendienstlichem Weg beschaffbare Informationen zu den von der jeweiligen Bundesregierung übermittelten Aufklärungsforderungen über das Ausland erfassen und aufbereiten. Dabei sind sie sogar froh über jede Erfassung, in der kein Deutscher, keine Deutsche und kein in Deutschland sich aufhaltender Ausländer eine irgendwie geartete Rolle spielt. Für deren gegebenenfalls anlassbezogen gebotene Beobachtung sind ganz andere Stellen in Deutschland zuständig.

Sicherlich hat es auch hie und da fehlerhaftes Handeln gegeben. Der Herr Abgeordnete Ströbele hat ja wiederholt die Fälle Koelbl/Farhang und Deutsche Welthungerhilfe hinterfragt, soweit ich das aus dem netzpolitik.org-Blog erkennen konnte.

Aber selbst in solchen in vielen Jahren doch nur selten aufgetretenen Fällen handelte es sich natürlich nicht um vorsätzlich unrechtmäßiges Handeln. Im Übrigen hat sich mir bisher nicht der Zusammenhang zwischen diesen beiden Fällen und dem Thema Ihres Untersuchungsauftrags erschlossen.

Strittige Texte und Gesetzesauslegungen wie zum Beispiel der Funktionsträger oder bei der Frage „Was sind das eigentlich für 20 Prozent Übertragungskapazität im G 10, § 10 Nummer 4?“ ließen sich womöglich in einer etwas entspannteren Atmosphäre, ohne den Verdacht, der BND würde Gesetzestexte bewusst falsch auslegen, schneller aufklären. Vielleicht könnte sogar ich dazu beitragen. Denn die von der Bundesregierung am 1. Dezember 2014 in einer Bundespressekonferenz abgegebene Erklärung zur Ausdehnung von Artikel 19 Absatz 3 Grundgesetz - als Stichwort: Funktionsträger - kenne ich im BND schon bald seit 35 Jahren, seit meinem Einführungslehrgang





## Nur zur dienstlichen Verwendung

1981, als es auch noch die Post- und Fernmeldekontrolle und die andere Seite Deutschlands gab.

Und den Anteil von höchstens 20 Prozent der zur Verfügung stehenden Übertragungskapazität - Zitat aus G 10 - kannte ich schon, da war das G 10 noch gar nicht novelliert. Ich schätze etwa so Mitte 2000, also ein Jahr vor der Novellierung am 26.06.2001, war das schon mir in der Formulierung bekannt. - Da könnte man ja drüber reden.

Selbst der eben noch von mir zitierte Herr Stadler hat bisher wohl auch noch keine Antwort auf die Frage, die er jetzt, vor kurzem, am 5. März 2015, um 12.10 Uhr, wiederum auf internet-law.de unter folgender Überschrift gepostet hat - ich zitiere ihn -:

Wie viel Prozent der Telekommunikation darf der BND eigentlich überwachen?

Zitat Ende. - Na ja, seine Ausführungen dazu sind schon wesentlich sachlicher als seine zuvor von mir zitierte Unterstellung angeblicher „Grundgesetzausheber“ innerhalb Bundesnachrichtendienst und Bundesregierung. Er schreibt nämlich jetzt - ich zitiere -:

Dass der BND die gesetzlich vorgeschriebene 20-Prozent-Regel hintertreibt, kann man allerdings nicht wirklich behaupten.

Zitat Ende. - Und damit hat er nun wirklich recht. Denn tatsächlich ist die im novellierten G 10, § 10 Nummer 4, gewählte und seitdem vom BND zutreffend interpretierte Formulierung dieser - ich nenne sie wie andere auch - 20-Prozent-Regelung das Ergebnis einer bereits - ich kann es nicht mehr, auf den Tag sowieso nicht, ich glaube, noch nicht mal auf den Monat genau fixieren -, ich schätze, Mitte 2000 stattgefundenen Besprechung, die seitens der damaligen Bundesregierung zur Erarbeitung der ja vom Bundesverfassungsgericht verlangten Nachbesserungen notwendig wurde.

Da ich noch im Rahmen meines Eingangsstatements bin, spreche ich jetzt nicht darüber tiefer

im Detail. Wenn Sie es wünschen, kann ich ja im Rahmen Ihrer anschließenden Vernehmung vielleicht zu noch mehr Klarheit in diesem Streitpunkt beitragen.

Festhalten möchte ich allerdings schon jetzt, dass die im zwar VS-eingestuften, aber dennoch inzwischen veröffentlichten BSI-Prüfbericht vom 13.10.2005 unter dem Punkt „Prüfergebnis und resultierende Empfehlungen“ dort unter der Überschrift „Anteilsreduktion des Gesamtverkehrs“ angesprochene - ich zitiere - „gesetzlich geforderte Anteilsreduzierung auf maximal 20 % des gesamten Auslandsverkehrs“ - Zitat Ende -, dass diese Formulierung exakt das Verständnis wiedergibt, das in der damaligen, am Aufklärungserfolg interessierten - da stehe ich gerne zu -, aber letztlich nur technisch, betrieblich und juristisch geführten Diskussion schließlich zu der einvernehmlich aufgestellten 20-Prozent-Regel in § 10 Nummer 4 des G 10 führte.

Im letzten Teil meiner persönlichen Erklärung möchte ich den Blick gerne nach vorne richten und ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen. Zunächst einmal möchte ich Ihnen gegenüber eingestehen, dass ich froh bin, ein Elektroingenieur zu sein.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ein was?)

- Ein Elektroingenieur zu sein, Diplomingenieur, TH/TU München. Denn die in unserem Metier zu beachtenden Gesetze haben keine Halbwertszeit. Sie gelten unabhängig von Zeitläuften, Stimmungen und Strömungen. Das ohmsche Gesetz ist bald 200 Jahre alt, und es wird auch noch nach der nächsten Bundestagswahl und Koalitionsverhandlung und auch noch in 200 Jahren gelten. Es gibt bei uns nämlich keine Elektropolitik.

Aber wenn es in Ihrem Metier nun schon mal Rechtspolitik gibt, dann hoffe ich umso mehr, dass Sie sich möglichst bald auf der Basis der gegenwärtig durch Ihre Vernehmungen noch konsolidierenden Sachverhaltsklärung - ich erlaube mir, einige Wortfetzen aus den Anhörungen der drei sachverständigen Rechtsprofessoren am



## Nur zur dienstlichen Verwendung

22. Mai 14 und des ehemaligen BfDI am 16. Januar 15 zu zitieren; ich habe alles verfolgt, entweder im netzpolitik.org-Blog oder, wie bei den drei sachverständigen Rechtsprofessoren natürlich möglich, im Parlamentsfernsehen -, dass Sie sich möglichst bald aufgeklärt, abgeklärt und tattendurstig - Zitat - aus diesen Anhörungen den Unschärfen, den Graubereichen und Lücken im Regelwerk, dem Neuland und dem gesetzgeberischen Nachholbedarf, vielleicht auch den Jurisdiktionskonflikten - Zitat Ende - zuwenden können. Die weltweit Zigtausend auch ohne Zutun des BND täglich agierenden Spione, den „Lotus-Grundsatz“ und die dazu von Professor Talmon, Uni Bonn, Ihnen am 5. Juni 2014 gemachten Anmerkungen, dass - Zitat - derartige Themen eher politisch als juristisch geklärt werden - Zitat Ende -, sollten Sie bei der Überarbeitung des Regelwerks dann aber nicht außer Acht lassen.

In meiner Überzeugung, 28 Jahre lang im BND Recht und Gesetz geachtet zu haben, fühle ich mich auch durch Feststellung von Professor Bäcker bestätigt, einer der drei sachverständigen Rechtsprofessoren. Denn wenn, wie er in der Anhörung am 22. Mai 14, also noch vor der allerersten BND-Zeugeneinvernahme, zu sagen wusste - Zitat -, für die Arbeit des BND teils die gesetzliche Grundlage fehlt, wenn das Recht keine Grenzen für die Überwachung von Telekommunikation im Ausland setzt, letztlich keine rechtliche Hürde besteht und wenn die Fernmeldeaufklärung Ausland im rechtsfreien Raum stattfindet - Zitat Ende -, ja, dann kann es ja wohl auch kaum Grenzen und Hürden gegeben haben, die von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im BND unzulässigerweise überschritten wurden. Dann allerdings sind auch die ihnen gegenüber gemachten Vorwürfe ungerechtfertigt.

Sehr ähnlich wie Professor Bäcker hat sich vor gar nicht so langer Zeit, am 4. Februar 2015, auch Herr Dr. Stefan Heumann von der Stiftung „Neue Verantwortung“ in seinem Impulsaufsatz „BND unter Beobachtung“ geäußert. Für ihn ist an der Rechtsauffassung des BND deutlich geworden, dass - Zitat - nicht mehr zeitgemäße Gesetze mit unscharfen Formulierungen und großem Interpretationsspielraum - Zitat Ende - unterschiedliche Rechtsauffassungen befördern.

Letztlich, so ist meine Überzeugung, ist die Diskrepanz, die sich zurzeit zwischen der tatsächlichen rechtmäßigen Arbeitsweise in der technischen Aufklärung des BND einerseits und ihrem von ihren Kritikern als nicht rechtskonform beurteilten Tun andererseits zeigt, wieder mal eine Auslegungssache, die der Rechtspolitik, unterschiedlichen Sichtweisen und wechselnden Zeitströmungen unterliegt. Meines Erachtens decken dabei diese unterschiedlichen Sichtweisen wieder mal, wie ich es ja schon glaube seit 28 Jahren im BND und jetzt vielen Jahrzehnten erlebt zu haben, ein sehr breites Spektrum von blauäugig über akademisch bis scheinheilig ab.

Hoffentlich führt Ihre Untersuchung schon bald zu einer Empfehlung an Ihren Auftraggeber, den Deutschen Bundestag, schnellstmöglich die dringend notwendige rechtspolitische Debatte darüber zu führen, wie das Verhältnis von Freiheit zu Sicherheit - mit meinen Worten - konkretisiert, wie das Verhältnis zwischen Unverletzlichkeit des Fernmeldegeheimnisses und Datenschutz einerseits und dem Sicherheitsbedürfnis und der dazu auch notwendigen Fernmeldeaufklärung des Auslands durch den BND andererseits auszutarieren ist.

Sollte als Ergebnis dieser Debatte schließlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden, das heißt die Fernmeldeaufklärung Ausland des BND mit den offensichtlichen Verstößen ausländischer Nachrichtendienste gegen deutsches Recht in einen Topf geworfen werden, so würde das sicherlich ein paar Dutzend ausländische Regierungen und für sie arbeitende Geheimdienste erfreuen. Wir selbst würden davon dann aber wohl nichts mehr mitbekommen, und die Welt würde wieder mal schließlich doch nicht am deutschen Wesen genesen.

Professor Bäcker hat das, was er als Kritiker der gegenwärtigen BND-Arbeitsweise jetzt für notwendig hält, während seiner Anhörung in der Sternstunde am 22. Mai 2014 - genau zwei Stunden 54 Minuten, damit Sie es wiederfinden, nach Beginn der Sachverständigenanhörung, Parlamentsfernsehübertragung, so formuliert - ich zitiere:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

... die Auslandsaufklärung

- des BND -

in einem rechtsfreien Raum zu belassen, wie das offensichtlich derzeitigen Gepflogenheiten entspricht, ist sicherlich keine Lösung, sondern wenn Sie eine rechtsstaatliche Auslandsaufklärung wollen, dann in Gottes Namen regeln Sie die, und überlegen Sie sich dann, was für Grenzen Sie der zu setzen haben.

Zitat Ende. - So schön hätte ich es natürlich nicht sagen dürfen. Aber vielleicht darf ich mir für alle meine Kolleginnen und Kollegen, die heute noch im BND Pflicht tun, wünschen, dass Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag bald zu einer vielleicht nicht allseits, aber doch vielerseits möglichen einvernehmlichen Regelung einiger Gesetzespassagen kommen.

Abschließend möchte ich mich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie einem langjährigen BND-Techniker und seinen simplen juristischen Gedankengängen so lange geduldig zugehört haben. Ich danke Ihnen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Fechner. - Umgekehrt bedanke ich mich schon im Voraus, dass Sie unseren jetzt sicherlich vielfältigen, reichhaltigen und reichlichen Fragen auch Rede und Antwort stehen, so wie wir Ihnen gerade zugehört haben.

Ich kommentiere Ihre Ausführungen nicht. Ich denke, es wird ausreichend Gelegenheit aus den Fraktionen bestehen. Ich hoffe allerdings, dass die eine oder andere Unschärfe oder der eine oder andere Graubereich, von dem Sie sprachen, mit Ihrer Hilfe heute auch beleuchtet werden kann. Der Fortgang Ihres Statements hat mir doch sehr viel Zuversicht gegeben, nach den ersten Worten, dass Sie uns zur Aufklärung beitragen können. Sie hatten am Anfang Zweifel geweckt, die Sie aber dann doch durch sehr viele detaillierte Ausführungen Ihres Eingangsstatements bei mir zerstreut haben. Von daher bin ich sehr hoffnungsvoll, dass wir eine intensive Aufklärung

mit Ihnen erreichen werden. Nichts anderes kann ich nach diesem detaillierten Eingangsstatement eigentlich erwarten.

Ich würde daher gerne mit meinen Fragen beginnen und würde zuerst einmal etwas zu Ihrem beruflichen Werdegang fragen. Sie haben gesagt, Sie haben E-Technik studiert, richtig?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Richtig. Ich habe von 1968 bis 73 an der TH - später TU - München Elektrotechnik studiert. Ich habe diese Dinge mir, auch weil ich sie sonst nicht so schnell parat hätte, alle notiert. Wenn Sie, Herr Vorsitzender, es wünschen, kann ich Ihnen das sehr schnell - ich ahne etwa die Fragen aus Ihren vorhergehenden Vernehmungen - wiedergeben. Ich kann aber auch auf jede einzelne Frage antworten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn Sie gerne en bloc reden möchten - ich unterbreche Zeugen immer nur ungern -, können Sie kurz zu Ihrem weiteren Werdegang ausführen. Mich interessiert natürlich zum Beispiel, ob Sie Wehrdienst geleistet haben, ob Sie vielleicht sogar Zeitsoldat waren. Sie kennen das aus den vorherigen Vernehmungen, haben Sie gesagt. Dann, auf geht's.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Dann versuche ich, Ihren Fragen zu genügen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich kann ja das, was noch nicht beantwortet ist, dann ergänzend noch fragen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Dass ich Rheinländer bin, hört man. Trotzdem habe ich den größten Teil meines Lebens bisher in Bayern zugebracht. Aber vorher war ich mal in Hannover im Grundwehrdienst und habe zwei Firmenpraktika - das muss man, wenn man Elektrotechnik studieren will, bis zum Vordiplom abgeleistet haben - bei großen Firmen abgelegt. 1968 bis 73, wie gesagt, Studium Elektrotechnik; 73 Ergebnis: Diplomingenieur Elektrotechnik, TU München. 73 bis 75 Aufbaustudium biomedizinische Technik, parallel eine Stelle als wissenschaftliche Hilfskraft an der Fakultät für Elektrotechnik. 75 bis 81 Stelle als Wissenschaftlicher Rat an der TU München,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Fakultät Elektrotechnik. Einige Hunderte von Studenten mit Übungen, Diplomprüfung, Studienarbeiten gequält, erfreut - ich weiß es nicht -, 13 Diplomanden betreut, im Mikroelektroniklabor des Instituts unterrichtet und geforscht und mich auch selbst ein bisschen fortbewegt: Ergebnis war 1980 die Promotion zum Dr.-Ing., Arbeit über Mikrowellenfilterschaltung.

Auf der Suche nach einer Anschlussstätigkeit, bei der ich sowohl meine technischen Fähigkeiten wie auch mein Interesse an politischen und gesellschaftspolitischen und außenpolitischen Fragestellungen miteinander verbinden konnte, kurz innegehalten. Damals - - Das war die Zeit, wo es noch nicht so in der IT zugeht wie heute. Man hatte entweder den Commodore C64 oder den ersten Amiga. Und es war auch die Zeit von NATO-Doppelbeschluss, Nachrüstung, innerdeutschen Unruhen. Ich sprach schon von einigen, die ich damals miterlebt habe. Zum Beispiel fuhr ich gerade in 500 Meter daran vorbei, als der Wagen von Herrn Beckurts in die Luft flog. Das habe ich nicht vergessen.

Aber in der Zeit musste ich mich entscheiden: Gehe ich in die Industrie, entwickle ich den flachen Fernseher weiter, oder bleibe ich an der Uni? Ich hatte den Eindruck schon nach fünf Jahren dort, als Assistent den Studenten immer wieder fast das Gleiche erzählen zu müssen. - Lehrer wollte ich nicht werden.

Aber mich hat interessiert: Wer hat recht: Helmut Schmidt, Helmut Kohl, der Genscher oder die RAF? Da habe ich gedacht: „Das könnte was sein“ und bin als Selbstbewerber zum BND gegangen - 01.07.81. Von da an - - Wenn Sie das wünschen, könnte ich das noch detaillierter sagen, aber vielleicht ist es das, was Sie gerne hören wollten, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - So weit quasi die Zeit vor dem BND. Jetzt geht es mir noch mal um die Zeit im BND. Sie hatten ja auch geschildert, 1981 in den BND eingetreten, die Zeit ab 2000, Ihre Verwendung als UAL, dann als AL haben Sie geschildert: 81 bis 2000.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das kann ich auch ganz schnell. Aus meinen Aufzeichnungen geht es schneller, als wenn ich - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das habe ich erwartet. Super. Auf geht's.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** 01.07.81: Eintritt direkt in den Stab der Abteilung 2. Präsident war damals Herr Kinkel. Gut drei Jahre, bis 09/84, als Referent in der Systemkoordinierung. Auch Fragen wie Schutzbereiche und so was wurden da angesprochen. Ich war Baukoordinator für einen großen Neubau. Dann fast viereinhalb, viereinhalb Jahre bis 03/89 sogenannter Perspektivplaner für die technische betriebliche Neuausrichtung und auch Delegierter - - Jetzt weiß ich gar nicht, ob ich da jemanden ansehen muss. Aber Sie erinnern sich sicher daran, dass es früher auch ein CoCom gab, ein Coordinating Committee für gewisse Dinge im Export und Dual Use zwischen West und Ost. Da hatte ich irgendwie mit zu tun, ohne dass ich da jetzt weiß, ob ich in die Details gehen sollte. Und es ist auch nicht mehr interessant.

Dann war ich zweieinhalb Jahre, bis 09/91, Sachgebietsleiter im Organisationsreferat der Zentralabteilung 4, die heute „Z“ heißt, also was ganz anderes; eine Ausnahme, dass da mal ein Elektriker rumlief zwischen den vielen Verwaltungsmenschen. Das war die Zeit von großen politischen und technischen Veränderungen. Das war die Zeit vom 9. November 89, vom 3. Oktober 90 und auch vom Zweiten Golfkrieg.

In der Zeit habe ich meine Familie sehr selten gesehen; denn wir mussten ja auch innerhalb des BND abbauen, umstrukturieren, sowohl aus sehr erfreulichen politischen Gründen - an der innerdeutschen Grenze brauchte es auch keine Aufklärung mehr, Richtfunktürme waren zu schleifen -, aber wir brauchten auch - und das wurde da schon spürbar - die Umorientierung der Technik. Die mit Peitschenantennen und Kurzwellenempfängern ausgerüsteten Soldaten - auf beiden Seiten - nahmen ab. Auf der anderen Seite hat man die noch lange behalten. Und heute gibt es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

noch welche, aber ich weiß gar nicht, ob die Bundeswehr so was noch - vielleicht für den Worst Case - auch irgendwo mit herumträgt.

Wir brauchten Leute, die sich um die neuen Dinge kümmern. Die Fernmeldesatelliten kamen. Das Kabel, C-Kabel, lag noch nicht oft unter Wasser. Aber wir brauchten Neubauten, Neuorganisationen in den Außenstellen. Internet war im Grunde noch kein Thema. Der Mobilfunk war eines: ob die Polizei jetzt Handys kriegen soll und ob das noch solch große Dinger sein müssen oder kleinere. Sie merken auch an der Ausrüstung der Bundeswehr und insbesondere der Polizei mit so etwas, wie lange so etwas dauern kann. Ich glaube, man kann da jetzt noch drüber reden.

Dann war ich fünf Jahre, bis 10/96, Referatsleiter Führungsunterstützung, also der Stabsleiter der Abteilung 2. Das war die Zeit vom Beginn des Zusammenbruchs WP/SU - Sowjetunion -, Rüstungskontrollvereinbarung und Beobachtung, GSTD-Abzug, Balkan-Kosovo-Konflikt, und 94 - so wurde mir das immer kolportiert - der Urlaub von Herrn Kanther, in dem er den groben Entwurf des Verbrechensbekämpfungsgesetzes wohl selber mal zu Papier gebracht hat -, 95 vom Bundesverfassungsgericht dann die einstweilige Verfügung dagegen. Und Herr Schmidt-Eenboom war da auch schon tätig in der Zeit.

Dann war ich dreidreiviertel Jahre, bis 06/2000, UAL 23, nichtmilitärische Fernmeldeaufklärung. Parallel gab es eine Unterabteilung 22, die den militärischen Teil bearbeitete. In der Zeit habe ich mich dann auch mit vorbereiten müssen auf die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht - 12/98.

Zu der Zeit war zunächst noch Herr Geiger Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Er ist dann aber bald ausgeschieden. Der sehr neue - ich habe in Erinnerung: erst wenige Wochen; vielleicht waren es schon zwei Monate - im Amt tätige Herr Hanning musste dann mit einem Kollegen von mir aus der Auswertung und mir und natürlich betreut durch so Leute wie Professor Badura, der mir gerade einfällt, und anderen vor dem Bundesverfassungsgericht Rede und Antwort stehen zu den Fragen, die dort diskutiert wurden.

Ich weiß es nicht mehr - ich habe es hier stehen, weil ich es nicht vergessen wollte zu sagen -, aber in der Zeit irgendwo muss dann auch mal Bill Binney im BND gewesen sein. Ich habe ihn nur auf dem Flur gesehen: How do you do? - Und das war's. Ich habe kein Gespräch mit ihm geführt. Aber ich weiß - ich habe das auch bei Ihnen gelesen oder in der Anhörung von ihm gesehen, - dass Bill Binney mit - ich glaube, er sagte - vier Leuten gesprochen hat. Dabei hat er den inzwischen verstorbenen Abteilungsleiter namentlich erwähnt und den ebenfalls inzwischen verstorbenen - damals wahrscheinlich Stabsleiter - Dr. M.

Am 14.07.99 dann das Urteil des Bundesverfassungsgerichts; Sie kennen es besser als ich. Und das Schriftstück von der *Süddeutschen* am Tag danach habe ich Ihnen gezeigt.

Nach den dreidreiviertel Jahren als UAL parallel zu dem militärischen Teil, in dem ein späterer Abteilungsleiter dann ganz neu uns zugeführt wurde, ein Bundeswehrsoldat, habe ich dann ab 07/2000 bis Februar 2003 die Unterabteilung 24 geleitet. Die hatte dann die Fusion von 22 und 23, von militärischer und nichtmilitärischer Aufklärung, und ich hatte plötzlich alle Außenstellen des BND - aber die waren eben konventionelle Außenstellen; Kurzwelle; ein bisschen Richtfunk, aber nicht mehr funktionierend, stand noch rum, und Fernmeldesatellitenerfassung - in meiner Obhut, unter meiner Verantwortung.

Parallel zu dieser Unterabteilung 24 wurde da die Unterabteilung 25 errichtet. Und ich habe den Eindruck - ich glaube, durch meine Schilderung am Anfang, wie viel Umorganisationen und Dienstposten ich innegehabt habe, ist das auch glaubwürdig -, dass wir ab 07/2000 ständig in Umorganisationen waren, bis zu meinem Ausscheiden im Juni 2009, auch noch. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen gerne noch Fragen dazu beantworten.

Es wurde die neue Unterabteilung 25 aufgebaut, die nach meiner Erinnerung zunächst hieß oder heißen sollte „Neue Medien“, dann aber hieß sie inzwischen, glaube ich, oder heißt sie - ist vorbei- „Sonderprojekte“, parallel zu uns, sehr abge-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schottet. „Need to know“, habe ich auch mal irgendwo in den Blogs mitbekommen, und Closed Shop waren vielleicht dem einen oder anderen ungewöhnlich. Das ist vielleicht in einem Siemens-Konzern nicht so üblich oder notwendig, wie es in einem Bundesnachrichtendienst nicht zu wenig getan werden kann. Ich denke jetzt gerade auch an die Themen, die seit einiger Zeit wieder durch einen festgenommenen Mitarbeiter hochkommen. Also, man muss nur das mit anderen besprechen, was die auch angeht oder wovon man selber denkt Hilfe erfahren zu können. Man muss nicht immer darstellen - und deshalb geht man vielleicht auch zum BND -, was ich für ein Mords-Molli bin und jedem alles erzählen. Ich habe da genug zu tun gehabt, und in der Zeit passierte ja nun einiges, vor allen Dingen der 11. September 2001.

Herr Vorsitzender, ich denke, ich höre an dieser Stelle mal auf.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die noch kommenden Abschnitte sind uns ja bekannt - Sie hatten die kurz angesprochen -, die Funktion UAL 27 und die Funktion als Abteilungsleiter, auf die ich sicherlich gleich noch mal zu sprechen komme. Ich danke Ihnen auch für die detaillierten Ausführungen. Die Einordnung in historische Kontexte brauchen wir auf Dauer nicht. Ich denke, die Fraktionen, wenn sie gleich dran sind und Fragenkontingente haben, werden schauen, dass wir zum Punkt kommen. Bei meinen Fragen ist das etwas entspannter. Aber trotzdem danke schön so weit.

Eine Frage interessiert mich, bevor ich zu einzelnen Projekten etwas wissen möchte. Ihr frühzeitiges Ausscheiden in den Ruhestand, hat das - persönliche Dinge möchte ich nicht wissen - irgendwas mit Projekten oder einer unterschiedlichen Ansicht von Dingen zu tun? Ist da etwas, was uns interessieren könnte?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** In keiner Weise. Ich war bis zum letzten Tag hochmotiviert, sicher auch für den einen oder anderen anstrengend. Aber mir ging es gesundheitlich nicht mehr gut. Ich dachte dann nach der Zeit: Dann hörst du lie-

ber auf. Denn - ich hoffe, das ist Ihnen schon vorher bewusst geworden sicher, aber auch noch mal durch mich klar geworden - wir leben in einer Technik mit hohen Innovationsraten. Da passiert viel fast jeden Tag. Sie müssen das auch mitbekommen, sonst werden Sie auch nicht mehr ernst genommen. Als ich merkte, dass ich ein bisschen schwächelte, habe ich dann gesagt Nein, nachdem ich schon viele Jahre so zugebracht habe. Und - das habe ich nicht erzählen müssen, das können Sie sich denken - wenn plötzlich irgendwas Schlimmes passiert, dann geht man auch freitags abends nicht nach Hause, sondern im schlimmsten Fall sogar erst Sonntagmorgen, wenn man sicher ist, dass die G-10-Kommission informiert wird vom Kanzleramt und das BMI Bescheid weiß, wo man eine Anordnung kriegt oder sonst was oder irgendwo mit jemand anderem darüber spricht, wie man denn die Motorradfahrer in Mali - ich weiß nicht, es waren zwölf oder fünfzehn -, die mir gerade einfallen, vielleicht da aus den Händen der Entführer wieder rauskriegt. Da habe ich gesagt: Nein, jetzt ist Schluss. Das war es.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. Mir war nur wichtig, dass da nichts offen bleibt. Ich danke auch insoweit für die Antwort.

Nur daran kurz aufgehängt: Wenn Sie Unterbrechungen, Pausen brauchen - ich glaube, Getränke stehen genug auf dem Tisch -, sagen Sie das. Ich könnte mir vorstellen, dass doch viele Fragen auf Sie zukommen. Wir können gerne eine Pause machen. Wir möchten, dass Sie immer fit und fähig sind, die Fragen zu beantworten. Also, wenn es einer Pause bedarf, einfach nur sagen.

Ich würde gerne zu einem Projekt kommen, das sich „Eikonol“ nennt. Da sind auch aufgrund von vorherigen Zeugen noch die einen oder anderen Fragen offen geblieben. Sie waren während der gesamten Zeit „Eikonol“ - das ist grob 2004 bis Ende 2007, Anfang 2008 - in unterschiedlichen Verwendungen, wie Sie gerade beschrieben haben, im BND. Sie sollten die Operation „Eikonol“ kennen. Richtig?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, das ist richtig. Ich suche gerade in meinen Aufzeichnungen. Ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

habe mir sehr viele Erarbeitungen aufgeschrieben in den letzten vierzehn Tagen. Ich habe auch Akten eingesehen dazu.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Lassen Sie mich kurz erst die Frage stellen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigung, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielleicht hilft das für das punktgenaue Suchen in der Aufzeichnung, die Sie dort haben.

Der ehemalige Abteilungsleiter 2, Herr Breitfelder, der mit der Initiierung der Operation befasst war, ließ in der Zeugenbefragung am 18. Dezember 2014 anklingen, dass die NSA gehofft habe, durch zum Beispiel den Einsatz ihrer Geräte am deutschen Recht vorbei agieren zu können. Ich will dem Herrn Breitfelder jetzt nichts in den Mund legen, aber so hatte ich zumindest den Eindruck, dass das so gemeint war. Wenn das so gesagt worden ist und Sie mal von meiner Interpretation dieser Aussage zumindest ausgehen, welchen Eindruck hatten Sie denn? Wollten die Amerikaner in dieser Operation ihre Gerätschaft unbedingt einsetzen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Vorsitzender, ich finde hier - gelb bei mir - jetzt auch „Eikonol“, mir bekannt, beim Datum 12.12.2002. Vorher, glaube ich, davon überhaupt nichts mitbekommen zu haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn Sie es schon seit 2002 wussten, mir umso lieber.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ja, ich verstehe. Aber dann will ich das lieber Ihnen auf andere Weise versuchen, nahezubringen. Denn es ist historisch eben viel passiert.

In der Zeit, als die neue Unterabteilung 25 gebildet wurde und dort im Closed Shop die Sonderprojekte bearbeitet wurden, haben wir in der Unterabteilung 24 davon zunächst gar nichts mitbekommen. Ich selber mit meinen großen Ohren habe aber gehört, dass dort an den Überlegungen für IT-Operationen - die gab es bis dahin auch nicht; mir fällt jetzt Koelbl/Farhang oder was

wieder ein - gearbeitet wurde, so was mal zu erlernen, noch nicht zu machen; das war mehr ein Studium, Ecke. Und genau so war es. Es hieß dann: Wir müssen auch an die Kabel ran. Das hatte man natürlich kapiert, nachdem Bill Binney da war, der ja selbst auch, glaube ich, darüber gesprochen hat, was Metadaten sind und was er davon gehalten hat. Das hat er im Übrigen ja wohl auch noch sehr lange und erst Mitte 2001 Bedenken bekommen aufgrund eigenartiger Vorgänge in den Vereinigten Staaten selber. Vorher war er - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Entschuldigen Sie, dass ich unterbreche. Aber ich finde die Verknüpfung ganz interessant. Sie sagen mit anderen Worten: Durch den Besuch von Binney 2000 ist die Motivation so richtig entstanden, „Eikonol“ dann ab 2002 - - Diese Konnexität hatte ich bisher noch nicht erkannt.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, das war auch nicht von mir gemeint. Dann habe ich mich falsch, schlecht ausgedrückt. Aber Bill Binney hat den Leuten - das weiß ich inzwischen - hintenrum oder durch die Zeiten, wo es später auch offiziell besprochen wurde, klargemacht, dass man mit der Kurzwellenerfassung und der Fernmeldesatellitenaufklärung zwar noch einiges gerade auch Richtung Entwicklungsstaaten Ostblock usw. noch machen könnte, aber dass grundsätzlich auf der Welt das Internet beherrschend wird und man dazu neue Methoden braucht. Stichwort: Metadaten.

In dem Augenblick, wo das uns klar wurde und andererseits auch - weniger wohl durch Bill Binney; ich war bei den Gesprächen nicht dabei - - aber anschließend durch Mr. Hayden bei irgendwelchen Treffen signalisiert wurde, da können wir euch schon das Laufen beibringen, müssen wir mal sehen, do ut des, es wird schon irgendwie was sein, da war man - und ich finde eigentlich völlig einleuchtend berechtigt - in dem Bereich, wo es die Aufgabe war, Feuer und Flamme, da viel zu lernen, viel mitzubekommen und das nach Möglichkeit auch irgendwo demnächst anzuwenden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Vorsitzender, bremsen Sie mich. Nur, ich denke, es ist gut - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich mache genau das Gegenteil. Sie können in ganzer Breite erzählen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich denke, es ist gut für das Verständnis, wie es dazu kam. Deshalb habe ich mir das noch vorgestern Abend hier hingeschrieben.

Ende 2000, Anfang 2001 - das war noch vor dem 11. September - gab es Gerüchte im BND - die hörten nicht alle soundso viele Tausend Mitarbeiter, aber zumindest ich habe es auch gehört -, Gerüchte, Befürchtungen, Ankündigungen, dass einerseits die Amerikaner 06/2000 etwa abziehen würden aus Aibling und das bis 06/2004 erledigt sein sollte. Die Amerikaner weg aus Aibling - na ja, gut. Sie wissen inzwischen - ich glaube, das ist auch publik geworden -, dass der BND dort in der Fernmeldeweiterverkehrsstelle der Bundeswehr-Legende nebenan saß und man miteinander schon arbeitete im sogenannten JAC; Joint Analysis Center war es wohl. Das war noch aus der Zeit, als es die 22er mit der militärischen Aufklärung gab. Denn da gab es ja schon längst ein MoU Jahrzehnte vorher über die Zusammenarbeit. Also, die Amerikaner gehen weg - na gut, dann kann man ja trotzdem vielleicht noch da alleine weitermachen.

Aber, ich glaube, fast gleichzeitig hörte man: Bundeswehrabzug wahrscheinlich auch, bis Ende 2003. Das irritierte. Auch mich als UAL 24. Denn ich war in der Zeit für die Stelle in Aibling verantwortlich. Wenn jetzt die Bundeswehr auch noch abzieht, dann sind wir ja ziemlich alleine. Das fängt schon an mit der Legende, die wir dann nicht mehr haben, wenn da keiner mehr ist. Der Bürgermeister von Bad Aibling hat sich auch dafür interessiert und besuchte - - Nein, er hat uns nicht besucht, aber mit dem wurden auch dann Gespräche geführt: Was machen wir denn dann mit dem Riesensbereich an Liegenschaften? Die wollten wahrscheinlich am liebsten da Wohnungen aufbauen. Das wäre uns wieder nicht so recht gewesen. Die Gerüchte wurden lauter.

Erste Gespräche gab es dann über die weitere Zusammenarbeit, als Mr. Hayden über die CGG, die damals existierte, signalisierte, er selber bliebe schon noch gerne in Aibling, aber die US-Army - das fängt ja an mit der Überwachung draußen, und die haben auch noch andere Dinge, und der gehört ja dazu -, die wollen abziehen. Da kann man sich richtig vorstellen, wie es da einem Chef so einer Behörde und eines so wichtigen Standorts geht. Wie kann ich da vielleicht bleiben? Was könnte da geschehen? In der Denke hat dann Hayden über die CGG signalisiert: „Vielleicht kann ich mit einer kleinen Komponente in Aibling bleiben“ - was ja für ihn dann nur mit geringen Kosten verbunden wäre und er auch zu Hause klarmachen könnte - „und auf der anderen Seite euch irgendwie ertüchtigen, dass wir dann zusammen da doch die neuen Dinge mal angehen.“ Die bringen uns die neuen Dinge bei: Selektion, Analyse und das, was man im Kabel braucht, nämlich 10 Gigabit und aufwärts und nicht mehr soundso viel Megahertz oder Raten auf dem Satelliten.

Mir hat vor allem damals - daran erinnere ich mich seit jetzt einigen Tagen wieder sehr genau -, vor allen Dingen der Bundeswehrabzug gar nicht gefallen. Ich wusste nicht mehr, wie wir weitermachen sollten.

Die Unterabteilung 25 war von der Hayden-Idee sehr angetan. Das ist auch ihre Aufgabe gewesen, wenn sie eben heißt „Sonderprojekte neue Medien“, völlig okay. Know-how und Technik und dazu noch ein paar kundige NSA-Mitarbeiter weiter dahaben, das könnte es doch sein. Es war schon klar, dass wir auch gerne irgendwo mal in der Welt ans Kabel müssten und dass auch diese Metadaten bei Erfassungen eine große Rolle spielen werden.

Im ersten Quartal 2001 erfuhr ich, dass man über ein MoU für ein zusätzliches gemeinsames BND/NSA-Sachgebiet JSA, Joint SIGINT Activity, in unserer Dienststelle, die da noch in meiner Obhut war, draußen in Aibling nachdachte. Das Problem war: Das machte man sehr abgeschottet. War ja vielleicht auch sicherheitlich vernünftig, aber ich habe es öfter bedauert, und man hat das auch gespürt, dass es da gewisse Spannungen





## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann zwischen den UALs persönlich, auch 24 und 25, gab darüber, was denn da vernünftig wäre, wie man das angehen könnte. Der AL, der nun in der Zeit noch - ich glaube, Herr Breitfelder hat mal vom „armen Kerl“, Zitat, gesprochen - da recht neu war, konnte nicht sehr viel Hilfestellung uns geben.

Es kam die Idee auf, die NSA könnte ja vielleicht sich eine kleine Unterkunft neben der ehemaligen Bundeswehrkaserne aufbauen, die wir dann haben. Die zeitlichen Vorstellungen dafür waren aus dem Gedanken: Bundeswehrazug 2003, Hayden - bis 06/2004 muss die Station da abgegeben oder geschlossen sein. Vielleicht schafft man so etwas bis Ende 2003.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich möchte ganz kurz noch einmal in Richtung „Eikonale“. Ich weiß nicht, ich bin noch stecken geblieben im Jahre 2002, das Sie eben erwähnt haben. Da geht es mir nicht um das MoU, sondern um das MoA, „Eikonale“. Was wissen Sie denn über dieses MoA aus dem Jahre 2002?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Vorsitzender, das ist im Grunde die ganze Story, die ich leider Gottes Ihnen empfehle sich - ich kann auch schneller lesen - anzuhören, dann wird klarer, wie es zu dem MoA kam und was darin auch das Thema Kabel, „Eikonale“ oder vielleicht um drei Ecken zum Schluss „Glo“, oder wie es heißt, bedeutet.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Nein, weil Sie schon im Jahre 2003 waren - - Aber dann berichten Sie mal weiter. Vielleicht kriege ich dann den Dreh noch mal zum MoA.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Also ich war der UAL zuständig für Bad Aibling und hatte neben mir den Kollegen, der an den neuen Medien arbeitete und der zusammen mit Unterstützung der NSA hoffte, die Dinge erstens zu kapiern und zweitens irgendwo im BND realisieren zu können. Ich war nicht so begeistert, weil ich den Klotz am Bein in Aibling hatte und nicht wusste: Wer zahlt denn da diese Dinge, wenn Bundeswehr abzieht? Was sollen wir jetzt noch von der NSA übernehmen, oder vielleicht sogar noch Antennen? Wir

wissen ja noch nicht mal, was unter den Kuppeln drin ist. Und wie soll das denn mit unserem Know-how - - Wir hatten vor allen Dingen noch sehr viele Kurzwellenerfasser aus der alten Zeit gegen den Warschauer Pakt und nicht gerade die IT-Fachleute - - war ich da zunächst sehr reserviert.

Im ersten Quartal 2001 erfuhr ich, dass ein MoU über ein zusätzliches gemeinsames Sachgebiet in der Dienststelle, die ich da hatte, entwickelt werden sollte. Ich war wenig begeistert, wenig an den Überlegungen beteiligt. Ich sah darin große Herausforderungen: Zeitdruck, Personalmangel, Know-how, Kosten für die Liegenschaft, alles Mögliche.

Es gab dann ein Brainstorming zwischen dem AL 2, seinem Stab und dem UAL 25 und mir - vielleicht waren noch ein paar Mitarbeiter dabei - über die Ausgestaltung des neuen Sachgebiets, aber noch ohne Blick über den Zaun. Danach war ich positiver gestimmt, aber mit dem dringenden Verlangen, dies nicht so Closed Shop, allein zu machen und im schlimmsten Fall auch noch allein mit der NSA zu formulieren und irgendeinen zum Schluss unterschreiben zu lassen, sondern es doch unter Beteiligung der Abteilungen 4, 6 und 8, Verwaltung, Technik und Sicherheit, ein bisschen gemeinsam zu erarbeiten und dann auch mit gemeinsamer Stimme oder Überzeugung gegenüber der NSA aufzutreten.

Jetzt passierte Folgendes am 20.07. - Das hat alles mit „Eikonale“ zu tun, Herr Vorsitzender, nach meiner Beurteilung. Ich glaube, Sie werden mir zum Schluss nicht mehr böse sein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Bin ich auch jetzt nicht. Passiert bei mir ganz selten.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Am 20. Juli 2001 passierte was, musste ja prompt passieren. Ich war immer der gesetzte Vertreter des ALs, wenn er auf Dienstreisen ging, in Urlaub oder in Krankheit. Wir waren auch gleich dotiert. Es war alles recht gut, einvernehmlich, friedlich. Und er war mal auf Dienstreise. Während er auf Dienstreise war, ich glaube - ich habe nachgeguckt in den Akten beim BND -, am 20. Juli 2001, bekam ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

plötzlich Besuch angekündigt von der Chefin CGG, der damaligen Chefin. Da gab es später noch mal eine, aber das hier war eine Ms. T. Die kündigte an, dass sie mit mir sprechen wolle, und zwar über den vorgesehenen Abzug der Amerikaner und den Verbleib einer kleinen Komponente beim BND. Da war ich baff, denn so weit waren wir noch nicht in den Überlegungen, und dass jetzt jemand mit einem MoU auf mich zukommt - - in irgendeiner Weise war ich da auch überfordert.

Diese Überraschung wollte ich auch gerne mit anderen teilen und habe dann drei, vier Mitarbeiter zu dem Gespräch mit ihr - ich weiß nicht, ob es am 20.07. oder ein paar Tage später war - 2001 dazu gebeten. Ms. T. brachte ihren mir sehr sympathischen, sehr deutschfreundlichen Vertreter mit. Die beiden saßen uns gegenüber. Sie wollte mir, sagte sie, einen MoU-Entwurf für die weitere Zusammenarbeit BND 2/NSA ab September 02 in Bad Aibling zur Absegnung - zur Absegnung! - vorlegen. Also, den Entwurf. Ich sollte sagen für die Abteilung 2: „Das ist okay, so kann man weitermachen“, damit sie wahrscheinlich zum Schluss bis nach Fort Meade das auch weiterentwickeln konnte.

Das Papier kam ja, und zwar erfreulich futuristisch. Donnerwetter, da wussten wir noch gar nichts von. Wenn so was auch da drin Thema ist oder wir zusammen machen können - - frohlockend, aber andererseits auch oberflächlich und amateurhaft vor.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Dr. Fechner, Sie sehen nicht im Hintergrund, dass Herr Wolff sich meldet.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Wolff, lauter. Ich habe nichts gesehen und nichts gehört.

**RD Philipp Wolff (BK):** Ganz kurz, Herr Zeuge: Es geht mir nur darum, die Namen von ausländischen Mitarbeitern nicht zu nennen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Bei „T“ belassen.

**RD Philipp Wolff (BK):** Genau.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das „T“, dachte ich, wäre noch statthaft.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber dann das „T“ mit den weiteren Buchstaben dran - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich wüsste, wie es weiterging, aber ich habe es nicht mehr gesagt.

**RAn Dr. Stefanie Schork:** Sie haben es ein Mal erwähnt.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Oh, Entschuldigung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich habe es aber auch nicht richtig gehört, von daher - - Die anderen wahrscheinlich auch nicht.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich glaube, ich habe mich versprochen auch. Also, der Name war falsch.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber dadurch, dass wir es jetzt erwähnt haben - -

(Heiterkeit - Christian  
Flisek (SPD): Wird  
gelöscht!)

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Jetzt versucht jeder, es rauszukriegen. Entschuldigung.

Das Papier kam mir zwar interessant aus technischer Sicht, aber auch oberflächlich und amateurhaft zusammengeschrieben vor. Es hatte nach meiner Erinnerung keinerlei Anlagen. Es war nur so ein Papier - wie macht man das zukünftig? - und enthielt auch selbst keine Aussagen zum Organisationsaufbau dieses neuen Sachgebiets: Leitung, Verwaltung, Rechtsstatus. Ich erinnere mich, nichts über Kostenteilung, Haushaltsabwicklung, Sicherheitsaspekte gelesen zu haben. Also das war es nicht.

Es ging um das neue BND-JSA-Sachgebiet. Hayden wollte, um zu Hause kostenmäßig gut dazustehen sicher und um seine Aufnahme am liebsten mit verlockenden Angeboten für uns - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

seine - in Anführungszeichen - Aufnahme in unserer Stelle oder Gegend verlockend, attraktiv zu machen, natürlich einiges bieten.

In dem Papier ist nach meiner Erinnerung - ich habe es jetzt beim Aktenstudium nicht so genau gefunden und lesen können - nicht konkret gesagt: Ihr bekommt dann beigebracht, wie ihr in Deutschland - - an Kabel in Deutschland rangehen könnt und da die Massendaten - jetzt zitiere ich lieber die Vokabel, die Sie im Ausschuss benutzen, als die, die ich als Techniker bisher dafür richtig fand - verarbeiten könnt.

Zu der technischen Ausstattung und den Infrastrukturaspekten: Die mussten ja auch untergebracht werden, und andererseits musste daneben die Liegenschaft einerseits von US-Army und Military-Aufsicht gereinigt, befreit, entmannt werden, musste auch weiter bewacht werden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Können wir gerade mal kurz erfahren, in welchem Jahr wir uns jetzt bewegen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich befinde mich jetzt immer noch im Gespräch -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** 2001?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - ja - mit Frau - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** „T“.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja. Am 20.07. - oder ein bisschen später - 2001, wo es um die Entwicklung geht, wenn die Amerikaner größtenteils abziehen und der Hayden mit was bleiben darf - so interpretiere ich das jetzt als Bundesbürger hier, was wohl bei denen besprochen worden ist -, und andererseits ich auch wusste, dass die Bundeswehr wahrscheinlich auch da in Teilen verschwinden wird. Darüber sprachen wir.

Es stand auch in diesem Papierchen nichts zu den Dingen, die man nicht akzeptieren und unterzeichnen kann, wenn man nicht weiß, was zum Schluss in Euro - damals war schon der Euro - herauskommt. Es stand nichts drin zur technischen Ausstattung, Infrastrukturaspekten,

Liegenschaftsunterhalt, Bewachung. Aber irgendwie ein neues Sachgebiet war da.

Was mir aufgefallen ist und mich ein bisschen verärgerte, ohne dabei direkt auf bössere Gedanken zu kommen, war, dass aber in diesem Papier schon Wert darauf gelegt wurde, die zukünftige Fernmeldeverbindung zwischen diesem dann gemeinsamen JSA-Sachgebiet bei uns in der Außenstelle und Fort Meade festzuhalten, zu formulieren. Da war schon irgendein Gedanke drin: Dann müsste es aber sozusagen eine gute, direkte Verbindung geben vom Schreibtisch CGG oder wo und den Mitarbeitern, die dann dazu noch gehörten, nach USA. Das fand ich wiederum einerseits klar - die brauchen ja auch eine Verbindung -, andererseits verblüffend, dass das da aber schon drin war, als wäre das wichtiger als die Frage, wie wir denn da zunächst mal überhaupt - entschuldigen Sie das Wort; mir fällt als Rheinländer nichts anderes ein - den Klumpatsch, der da war - schrecklich viele Antennen, viele Drahtzäune drumrum und wir nicht genau wissen, was drin war -, übernehmen sollten.

Das hat mich so irritiert, dass ich gesagt habe: Nein, das kann eigentlich nicht sein. Ich kann Ihnen das jetzt hier nicht unterzeichnen. - Sie ist damit dann leider etwas traurig wieder von dannen gezogen.

Eine Zeit lang war nichts. Der AL kam von der Dienstreise wieder, die er gemeinsam mit UAL 25, Dr. M., gemacht hatte. Ich hatte mir eine Kopie - oder ist mir ausgehändigt worden - dieses Entwurfs MoU behalten und ihm dann vorgelegt oder vorlegen lassen durch den Stab und gewartet, dass irgendwas dazu demnächst mal besprochen wird.

Ich suche jetzt gerade in meinem Text, wo ich jetzt bin in meiner Erzählung. Entschuldigen Sie bitte. - Ich habe ihn behalten und dem AL zur Vorlage nach seiner Rückkehr vorgelegt. Nachdem keinerlei Reaktion seitens AL in dieser Sache erfolgte, ich aber andererseits hörte, er könne wohl damit leben - so vom Stab her; ich hatte ja früher auch schon einige Kontakte, die auch noch funktionierten -, habe ich diesen Entwurf MoU, ich glaube, es war am 9. August 2001 nach den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Akten, mit meinen unpassenden Kommentaren an den AL 4 und nach meiner Erinnerung an den AL 6 weiterverteilt mit der Bitte, sich auf die dringend mal aus meiner Sicht notwendige fachliche, politische, rechtliche Diskussion in größerer Runde über dieses Thema vorzubereiten; denn bis dahin war es ein Closed-Shop-Thema, bis ich von Ms. T. davon erfuhr, zwischen AL 2, seinem Stab und Unterabteilung 25. Das hielt ich für kurzsichtig, auch weil ich zu der Zeit noch für Aibling zuständig war, aber vor allen Dingen auch über den Tag hinausdenkend. Wir wollten ja dann so viel wie möglich erreichen und so wenig wie nötig dafür bezahlen.

Ich habe es verschickt an die beiden, und für AL 4 - das weiß ich noch, weil er wohl zum Hörer dann gegriffen hat - war das alles völlig neu. Er war dankbar, diese Information zu bekommen. Der 4er ist ja nun der, der - heute in Z ist es vermutlich noch ähnlich - zuständig ist für Verwaltung, für das Geld mit dem Haushalt, Kontakt zur Sicherheit hält. Der muss da schon beteiligt werden in infrastrukturellen Fragen.

AL 6 habe ich jetzt nicht in Erinnerung, wie da die Reaktion war. Aber Herr Breitfelder und ich kannten uns ja schon sehr gut aus der Zeit vorher, denn er war mal eine kurze Zeit - - als ich, fällt mir gerade ein, 23er war, war er 22er. Da waren wir die ergänzenden Stücke: militärische und nichtmilitärische Aufklärung.

Seit August 2001 gab es dann BND-intern, besonders zwischen der Abteilung 4, die das nicht gut fand, nichts gewusst zu haben, und Abteilung 2, eine anhaltende Verstimmung - einen Knatsch gab es da schon -, ausgelöst durch die nicht frühzeitig genug erfolgte kommunizierte Absicht der Abteilung 2, dort mit NSA irgendwas gemeinsam in Aibling zu unternehmen. Es war ja dann nicht mit dem Endergebnis getan, nämlich vielleicht ein Sachgebiet mit fünf oder fünfzehn Leuten einzurichten, sondern dazu gehörte ja auch vieles in dem Teil, der noch amerikanisch war, dem Riesengelände mit den vielen technischen Einrichtungen, mit der Sicherheit darum herum usw.

Dann hat sich lange Zeit nichts getan. Man hat aneinander gerieben, ich würde jetzt sagen, der AL 2 und der AL 4 bzw. ihre Stäbe oder auch ihre Fachbereiche. Das war dann in der 2 im Großen und Ganzen immer die Unterabteilung 25. Denn das war uns ja klar und sagt auch schon der Name: Wenn es eine Unterabteilung 25 gibt „Neue Medien und Sonderprojekte“, dann soll die da nicht die nächsten Jahre studieren und sich den Tag damit verbringen, sondern es soll ja da mal Produktion draus werden. Also war schon klar: Wenn wir so was machen in Aibling mit ganz neuen Möglichkeiten und Riesenschancen auch der konventionellen Erfassung über Satellit weltweit, dann wird das wohl in der Unterabteilung 25 landen. Deshalb war es auch nicht notwendig, wenn man nicht wollte, mich oder 24er weit tiefer zu beteiligen.

Ein halbes Jahr später, im März 2002, habe ich dann auch Kenntnis bekommen vom AL-6-Thesenpapier - ich glaube, Herr Breitfelder hat das bei Ihnen auch angesprochen - für eine Leitungskonferenz zwischen dem Präsidenten, den Vizepräsidenten und den Abteilungsleitern; das ist die Leitungskonferenz. Und dieses Thesenpapier, was er dafür erstellt hat, hat Herr Breitfelder auch an mich verteilt. Da drin standen Gedanken über die denkbare Beteiligung an dieser von NSA vorgeschlagenen Umsetzung, technisch notwendige Mitentscheidungen, die in der Abteilung 6 fallen müssten. Er hat auf die personellen Engpässe und Schwierigkeiten in seiner Abteilung hingewiesen, wenn plötzlich diese - Sie kennen sie aus *Spiegel*, *Süddeutsche* oder wo, fotografisch auch - Rieseneinrichtungen Teil vom BND werden, und auf Managementmängel, die - das ging bis hin gegen die Leitung 2 - eben zwischen 2 und dem Rest des BND bestanden.

Ich war in dem Verteiler. Und so bekam ich durch dieses Papier nach meiner Erinnerung und auch jetzt im Aktenstudium noch mal, zum ersten Mal Kenntnis vom geplanten Ansatz in Frankfurt am Main: Technik und Know-how für Unterabteilung 25, die dann damit wohl - und, ich denke, immer noch - beabsichtigte, völlig ohne Beteiligung in irgendeiner Form der Amerikaner dort zum ersten Mal ans Kabel zu gehen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe mir hier aufgeschrieben: 25.03.02 bekomme ich erstmals Kenntnis von NSA Frankfurt am Main, den beiden Gedanken, mit den NSA-Möglichkeiten und dem Know-how, was man dann gewonnen hat, am Kabel in Frankfurt tätig zu werden. Da steht nirgends was - und in meiner Erinnerung war das auch nie irgendwo andeutungsweise Thema oder für mich gerüchteleweise hinten herum bekannt geworden -, dass man da die Amerikaner selbst nahe dran vorne beteiligen wollte.

Als Folge dieses Thesenpapiers und der Leitungskonferenz gab es dann - ich kann es nicht genau datieren, ich schätze hier April 2002 - eine PR-Besprechung - so nennen wir das -, eine Besprechung beim Präsidenten. Die Teilnehmer, ich hoffe, ich habe keinen vergessen, aber auch wohl keinen zu viel: AL 2, UAL 24, UAL 25 - das waren die drei „2er“ -, AL 4 mit sicher ein, zwei Leuten, seinem Stabschef oder seinem Mann für Haushalt oder Recht und Infra, der AL 6 begleitet vom UAL 64, dem für die technische Ausstattung der Abteilung 2 maßgeblichen Bereich. Und, ich glaube, AL 8, die Sicherheit, war auch dabei; aber das weiß ich nicht mehr genau. Da gab es eine Besprechung bei PR.

Die Fragen des Präsidenten waren - - Er hatte ja schon die Diskussion, deren Inhalt ich nicht weiter kenne, aus der AL-Konferenz damals dabei und das Thesenpapier von Breitfelder studiert. Die Fragen waren: Was ist zu tun? Was brauchen wir jetzt? Er wollte wissen: Wie steht es mit den Kosten und Problemen? Was gibt es da? Was ist zu tun? Der AL 4 hat dann natürlich wieder spüren lassen, dass er eigentlich bisher zu wenig und nichts weiß und meinte: Da gibt es viel zu tun, in der Versorgung, im Schutzbereich, in der Legende, in der Sicherheit und beim Zaun. Der Zaun war immer - der ist ja auch groß und teuer und hoch gewesen - ein besonderes Thema. Ich habe da zum Teil auch drüber geschmunzelt. Aber gut, wenn ich die Verantwortung weiter behalten hätte, hätte ich vermutlich auch Wert darauf gelegt, dass der sicher und gut überwacht ist. Solche Themen sind da lange hin und her gewälzt worden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir reden über den Zaun der Liegenschaft Bad Aibling, nehme ich an.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigung, ja. - Das waren Themen, die auch tiefer bis in die Details auf AL- und Präsidentenebene angesprochen wurden, auch in einer gewissen noch vielleicht Ratlosigkeit, aber auch unter Zeitdruck. Das spürte ich schon: Wir wollen ja zu Potte und vorwärtskommen. Denn angefangen hatte es ja da mit dem Besuch im Grunde, oder vielleicht für den Abteilungsleiter 2 schon etwas eher, Juli 2001. Und jetzt waren wir ja hier im April 2002. Also da war schon einige Zeit vergangen, und zumindest aus amerikanischer Sicht - das habe ich auch jetzt inzwischen kapiert; das kann ich nachvollziehen und irgendwo zwischen den Zeilen lesen - waren die natürlich enttäuscht, dass da die Deutschen so lange nicht vorwärtskommen.

Der Präsident hat noch gefragt nach den Techniken, die dort eingesetzt würden; denn er hatte wohl von Herrn Breitfelder aus dem Thesenpapier mitbekommen, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt. Es gibt amerikanisches Gerät, es gibt auch europäisches Gerät. Deutsches Gerät? Da fällt mir auch jetzt noch nichts ein, was damals irgendwie diese Leistungsfähigkeit gehabt hätte. Was wird denn dann da eingesetzt? Wer kennt sich da aus? Wer betreut das, und was kostet es? Das sind die Fragen, die man dann auf Leitungsebene hat.

Nach meiner Erinnerung hat der Präsident da zum ersten Mal auch gesagt, es würde wohl kein MoU, sondern ein MoA. Das habe ich in Erinnerung. Ich weiß nicht, ob das in den Akten zu finden ist. Aber es ist ja zum Schluss auch ein MoA geworden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt muss ich doch mal nachhaken, weil Sie eben von dem MoU von 2001 gesprochen haben. Das gab es ja wirklich. Und dann sprachen Sie am Anfang vom MoA aus 2002. Wir haben in den Akten auch noch ein MoU aus 2003. Das muss aber was anderes sein dann, vermute ich. Wie war es denn jetzt? MoU 2001 und MoA 2002? Ist das richtig?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Also ich gehe weiter davon aus, dass man zunächst an ein MoU gedacht hat, als Ms. T. zu mir kam und mir sagen wollte, wir könnten anfangen. Das hat sie sozusagen schon mit dem AL 2 ja mal vorbesprochen. Da ging es um ein MoU. Ich habe den Eindruck, dass dieses MoU dann in der Besprechung mit PR - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zum MoA wurde -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - im Jahre 2002. Haben Sie das mal gesehen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das MoA? Ich nehme es eigentlich an, dass ich das gesehen habe. Aber ich sehe es jetzt nicht vor mir. Ich ahne und weiß ja auch in Teilen, was da dann, auch aus späteren Dingen, die ich noch gerne erzählen würde, drin stand oder noch nicht drin stand.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das würde mich zuerst interessieren.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Die Annexe.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Mich würde zuerst interessieren, was drin stand. Können Sie das kurz sagen?

**RD Philipp Wolff (BK):** Da will ich den Zeugen darauf hinweisen, dass das MoA entsprechend eingestuft ist, dass Sie, wenn es um die konkreten Inhalte geht, da lediglich, auch aus Ihrer Erinnerung, in eingestufte Sitzung reden können.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Versuchen Sie es so, dass Herr Wolff nicht einschreiten muss.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich versuche, es so global zu sagen, dass es, glaube ich, auch hier gesagt werden kann.

Ich glaube, das MoA war kein großer Unterschied - ich hatte mir das auch irgendwo hier so hingeschrieben - gegenüber dem MoU-Entwurf,

den ich noch ein knappes Jahr vorher mit Ms. T. zeichnen sollte. Es ist da - - Nach meiner Erinnerung steht da nicht viel drin - das könnten Sie vielleicht in den Akten sehr schnell mal prüfen -, weil, das hätte ich sonst noch ausgeführt, die ganzen Dinge, die notwendig sind, wenn man so einen Klotz übernimmt und wenn man was erreichen will - - die ganzen Dinge, ich hatte es gesagt: Infra, Geld, Personal - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wo standen die dann, diese ganzen Dinge, wenn die gar nicht im MoA standen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** In Annexen, die dazu erarbeitet werden sollten, mussten. Deshalb gestatten Sie mir, noch einen Augenblick hier - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Warten Sie mal, gestatten Sie mir kurz, mal zu meiner Ausgangsfrage zurückzukommen; hinterher vergesse ich die sonst nach der ganzen Zeit. Ich war ja bei „Eikon“ und war bei der Aussage von Herrn Breitzfelder vom 18. Dezember letzten Jahres, wo er gesagt hatte - wenn ich das richtig verstanden habe zumindest -, dass die Amerikaner ihre Technik einbringen wollten, dass sie da intensivsten Wert drauf gelegt haben, möglicherweise vor dem Hintergrund, auch über diesen Einsatz amerikanischer Software und Technik den BND vielleicht sogar auszutricksen? Hatten Sie auch diesen Eindruck?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Dass das so war, nehme ich auch an.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Danke.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe aber nach meiner Erinnerung - ich möchte dazu noch eine Bemerkung sagen dürfen - keinen Satz und keine Optik, dass das in dem MoA schon irgendwo so drin war. Denn wenn das mein MoU vom Jahr vorher war, dann stand es nicht drin. Da hätte ich gesagt: Moment mal, langsam, da müssen wir mal erst darüber hier nachdenken, ob wir mit euch so etwas machen wollen. - Deshalb: Ich glaube auch nicht, dass das im MoA selbst so drin stand, aber ... (akustisch unverständlich) auf die Annexe sprechen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wo kommt dann Ihr Eindruck her, wenn Sie den auch haben, wenn er nicht aus dem MoA kam?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da ist wieder was, was den einen oder anderen vielleicht irritieren wird.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ach, wir sind abgehärtet inzwischen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Warum gibt es den Bundesnachrichtendienst? Ich will mal gar nicht von der NSA reden. Weil wir der jeweiligen Bundesregierung Informationen beschaffen sollen, die nicht - - Professor Papier hatte so eine Vorstellung mal entwickelt: Da gehen die dann im Ausland ans Kiosk, kaufen sich eine Zeitung, schneiden einen Artikel aus und schicken den nach Hause.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich dachte, das ist das, was das Auswärtige Amt macht.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das weiß ich nicht. Ich hoffe nicht. Aber zumindest der BND macht es nicht so. Und so kommen wir auch nicht zu den Informationen, die, wie wir doch hier im Raum und jeder Politiker und andere auch wissen, gefragt sind. Ich hatte in meinem Statement an Lotus und anderes erinnert. Das muss ich aber doch auch anderen Ländern und ihren Regierungen mit ihren Diensten zubilligen. Nur, ich muss dann auf der Hut sein. Oder: Der BND darf sich nicht erwischen lassen. Das ist doch Realität.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Schließe ich daraus, dass dieser Grundsatz „Trau besser keinem anderen Nachrichtendienst“, weil das eben so in dem Metier der Fall ist, dass das die Besorgnis hervorgerufen hat: Wenn wir schon so eine Kooperation eingehen, wenn der ausländische AND, in dem Fall die USA mit der NSA, uns diese technische Kooperation anbietet, dann sei aber wachsam, da könnte ja was drin versteckt sein, weil man eben im nachrichtendienstlichen Geschäft immer wachsam sein muss?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja. So hat sicher damals - - Der Präsident vermutlich auch, aber den

habe ich dazu nie befragt oder auch nicht irgendwo mit einem Statement selbst erlebt. Aber ich kenne Herrn Breittfelder, ich kenne den damaligen AL 4, und ich kenne meine Kollegen in den Abteilungen über die Jahrzehnte. Das war das Denken immer bei uns, dass wir möglichst viel gewinnen, dafür wenig zahlen und erst recht nichts - ich sage das mal ganz in Anführungszeichen - an andere verraten wollen, was weder statthaft, rechtlich zulässig noch politisch klug wäre. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass man da reserviert drangeht.

Einen schlechten Scherz gibt es ja auch über Kollegen und gute Freunde im Bundestag. Der fällt mir nur gerade so ein, da gibt es auch Steigerungen. Irgend so was war da.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Sagen Sie das noch mal! - Martina Renner  
(DIE LINKE): Das mit dem Parteifreund!)

- Nein, ich weiß, wie feinsinnig und schnell Sie aufspüren können. Ich brauche nichts mehr zu sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich komme aber noch mal zurück auf die Frage des Einsatzes von Technik. Wir bewegen uns im Jahre 2002. Sie waren UAL 24.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gab es da - Sie müssen es ja mitgekriegt haben - eine Diskussion im Rahmen dieses Projekts „Eikonol“ über den Einsatz von Technik?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Vorsitzender, ich glaube, da gab es noch keine Diskussion über ein Projekt „Eikonol“. Ich weiß nicht, wann dieser Begriff „Eikonol“ - nach meinen Recherchen ja erst im Dezember 2002 - aufgetreten ist. Wir haben nach meiner Erinnerung nicht und erst recht auch sicher nicht als „Zweier“ im Zusammensitzen mit anderen Abteilungen über einen schützenswerten Begriff gesprochen. Ich glaube



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht, dass „Eikonol“ beim Präsidenten im April 2002 schon als Name geschaffen war oder fiel.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Es geht mir auch nicht um urheberrechtliche Fragen dieses schönen Namens. Es geht mir um den Verlauf der Operation und um die Frage, ob im Vorfeld dieser Operation - wir bewegen uns im Jahre 2002 - über den Einsatz von Technik diskutiert worden ist im BND, speziell über den Einsatz von Technik, die eben aus den USA kam.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, Herr Vorsitzender. Das ist es sicher. Ich wüsste auch die drei Buchstaben der amerikanischen Firma, die da mit den drei Buchstaben einer anderen europäischen Firma im Vergleich von Technikern diskutiert wurden. Aber da ging es darum, ob wir, der BND, das wohl haben wollten, kaufen, nehmen, übernehmen wollten, um dann irgendwo damit, im schlimmsten Fall auch in Deutschland, ans Kabel zu gehen. Aber das, was bei Ihnen für mich mit-schwingt, und da wussten wir schon - - Oder: Da wollten auch schon die Amerikaner und hätten uns das gesagt - - Das schließe ich nach meiner Erinnerung und auch vom Taktieren und Vorgehen her, auch der anderen Seite noch, aus, dass das da schon irgendwo zu finden war. Der Verdacht, dass die bleiben und nicht hier dann nur ein Kabel irgendwo erfassen wollen, sondern möglichst ein trächtiges - und das waren dann schon langsam DE-CIX usw. in Frankfurt -, das liegt nahe. Aber wenn etwas nahe liegt, darf ich noch nicht sagen: Der hat es gedacht und gewollt. Das ist es, wo ich ein bisschen jetzt bremsen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir tasten uns ja auch erst ran. - Wenn also diese Diskussion bestand um den Einsatz von Hardware erst mal, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - kann es sogar sein, dass da eine intensive Diskussion bestanden hat und vonseiten des BND erst mal gesagt worden ist: „Nein, da möchten wir andere Technik einsetzen, nicht die, die ihr Amerikaner uns zur Verfügung stellen wollt“, und dass es da doch ziemliche Unruhe aufseiten der Amerikaner

gegeben hat, als vonseiten des BND gesagt worden ist „Nein, mit der Technik nicht“? Ich rede so jetzt vom März 2002.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Aus Ihrer Frage entnehme ich im Grunde ein bisschen aus der Rhetorik, dass es ja wohl so gewesen ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Lassen Sie sich nichts unterschieben von mir.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie können auch Nein sagen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ja, aber ich muss sagen: Nein, ich habe von der Diskussion, dass da die Amerikaner irgendwie sauer waren, weil man was anderes nehmen wollte, nichts mitbekommen, was auch wieder in Teilen, wenn es so gewesen ist, erklärlich wäre, weil das ja - 25, 2 und 64 unter sich, war auch gut so; ging keinen anderen was an; musste keiner bei mir mitarbeiten aus meinem Bereich - nicht notwendig war, mir zu erzählen. Aber gehört habe ich das nicht.

Wir haben beim Präsidenten eindeutig über amerikanisches Gerät oder europäisches Gerät gesprochen. Es gab auch unterschiedliche Auffassungen darüber, warum das eine in dem Fall und da - Kosten spielen dann zum Schluss auch noch eine Rolle - oder das andere vielleicht doch - - Die Wartung aus Europa ist ja einfacher von einem anderen in Deutschland zu kriegen, als wenn der extra über den Teich kommen muss. Solche Gedanken gab es. Aber den Gedanken: „Nein, und wir wollen das amerikanische nehmen, weil die damit draufsitzen wollen und alles mitlesen wollen“ - jetzt sehr vereinfacht gesagt -, das habe ich in der Zeit nirgends gehört oder gespürt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das hätte mich auch jetzt gewundert, wenn der BND unbedingt das amerikanische nehmen hätte wollen, damit die Amerikaner da was abzapfen können. Also, das wäre sehr proaktiv gewesen. - Okay. Wenn es einer hätte wissen müssen, wäre es der





## Nur zur dienstlichen Verwendung

AL 2, richtig? Also nicht Sie als UAL 24, sondern der AL 2, der hätte ja dann - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Richtig. Der AL 2, sein Stabschef 20A und natürlich - aber da greifen wir jetzt ins Leere - der UAL 5 oder wer in dem Bereich der Unterabteilung 25 damit befasst war und ihn unterstützt hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie sah denn hinterher das Ergebnis aus? Wurden denn Hardwarekomponenten der NSA eingesetzt, verbaut?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, nach meiner Erinnerung. Jetzt habe ich das Problem, dass ich die Blogs immer gelesen habe, Ihre Kurzfassungen, die Sie selber nach den Gesprächen ins Netz stellen, und jetzt auch noch ein paar Akten mir angesehen habe. Deshalb habe ich mir alles aufgeschrieben, weil ich Ihnen sonst bald nur noch Dinge erzähle, die nicht zusammenpassen und trotzdem so gewesen sind.

Ich möchte von der PR-Besprechung Ihnen noch sagen: Nicht nur gab es Gespräche oder - „Aus-einandersetzung“ ist schon zu viel - technische Abwägungen darüber: Nehmen wir das europäische oder das amerikanische Gerät? - Ich erinnere mich auch, dass UAL 25, Dr. M., auch weil er sich das wahrscheinlich näher und besser angesehen hatte - das schließe ich gar nicht aus -, mehr für das amerikanische Gerät plädiert hat als für das europäische. Im Nachhinein, nehme ich sogar an, war es auch für die Fachleute in der Abteilung 6 dann eine gute Wahl, sich dafür zu entscheiden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wegen der technischen Fähigkeiten des Geräts?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Genau. Nur das. Nicht weil dann die NSA damit besser umgehen konnte oder so was. Das war es nicht.

Und - das hatte ich, glaube ich, eben schon angedeutet -: In der Besprechung, habe ich in Erinnerung, wurde aus dem MoU, was ich kannte und wo recht dünn - - wenig drinstand, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das MoA.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - das MoA. Entscheidend war auch - das wissen Sie vielleicht oder noch nicht -: In dieser Sitzung hat der Präsident gesagt: Federführung für weitere Arbeiten und die Gespräche mit der NSA hat UAL 25, Dr. M.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist die Sitzung jetzt vom 09.08.2001, oder welche meinen Sie?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, wo ich gesagt habe: Ich weiß nicht, wann diese PR-Besprechung - im April wahrscheinlich - 2002 war.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** April 2002?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Die müsste man aber in den Akten wahrscheinlich, nehme ich an, in einem Vermerk finden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Nur, dass ich es einordnen kann. Dann finden wir es.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da ist gesagt worden - das habe ich hier notiert -: „Federführung für weitere Arbeiten und NSA-Gespräche“ - das ist ja auch richtig: Einer muss der sein, an dem die sich drüben orientieren und festhalten können - „ist der UAL 25, Dr. M.“

Das erklärt auch wieder andererseits, auch mit Blick darauf, wenn das realisiert wird, dass die 24, auch die um mich rum, die da noch blieben, als ich versetzt wurde, da nicht viel von mitkriegen mussten. Das ging uns nicht viel an, und aus sicherheitlicher Sicht war es sogar gut, es nicht zu erzählen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielleicht ganz kurz, um das abzuschließen: Wenn jetzt diese technischen Komponenten eingesetzt wurden, wurde da irgendwas im Vorfeld gemacht, um sicherzustellen, dass die auch sicher sind, sprich: dass da nicht irgendwas mit drin ist, was der BND sich nicht wünscht: dass Daten ausgeleitet werden können etc., wie wurde das sichergestellt, was wurde da gemacht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Jetzt müsste ich mit meinem Wissensstand vom April 2002, wenn ich da aufhöre, sagen: keine Ahnung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Aber das wäre erstens unfair gegenüber meinen Kollegen, angefangen von Dr. M. und dem Umfeld, das mit ihm zusammenarbeitete - W. K. kennen Sie inzwischen und und und, oder A. S. kennen Sie usw. -, und auch mit Blick auf die Mitarbeiter und dann das wirklich Realisierende aus der Abteilung 6. - So war das nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und wie war's? Wissen Sie was?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Darf ich Ihre Frage noch mal, um sie korrekt zu beantworten, hören?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie wurde jetzt, wenn man die amerikanischen technischen Komponenten nutzt - was man aufgrund der hohen Leistungsfähigkeit, will ich mal sagen, entschieden hat -, wie wurde denn sichergestellt, dass da nichts verbaut ist, dass einfach Daten am BND vorbei ausgeleitet werden?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wie wurde das sichergestellt? Das ist bei mir ein bisschen Spekulation, weil ich in der Zeit weder in 25 saß noch in der 6, mit der zusammen die 25 das machte. Aber ich stimme da völlig dem zu, was, glaube ich, A. S. oder ich weiß nicht wer noch - vielleicht auch aus den Außenstellen einer - Ihnen mal erzählt hat. Die haben sich natürlich die Kisten dann angesehen, die auch aufgeschraubt, reingeguckt, festgestellt: Hm, hm, nein, das muss da schon sein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielleicht, damit ich es technisch verstehe: Um welche Kisten geht es da genau?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Die drei Buchstaben, amerikanische Geräte.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, Klammer: Was sind das für Kisten? Ist das ein Akustikkoppler?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nein, das sind schon größere Einschübe, die man in ein 25-Zoll-oder-was-Rack reinschiebt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ah, okay. Also das ist ein Server - oder nicht?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Zum Beispiel ein Server oder ein Router oder was es denn sein mag.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Darum ging es mir.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Die beinhalten natürlich dann auch die kleinen Dinge, die Sie gerade erwähnten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Die werden natürlich angeguckt. Die müssen ja schon angesehen werden, um an der Schnittstelle dann was anderes, was man vielleicht im eigenen Bereich zur Verfügung hat oder wieder von jemand anders noch anstöpseln will - - miteinander zum Zusammenspiel zu bringen. Man kann nicht einfach eine Blackbox nehmen. Gut, zu Hause machen wir das, wenn wir bei Apple einen Mac kaufen; aber ein Techniker tut das sowieso nicht: Der nimmt ihn auch zu Hause wahrscheinlich auseinander.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Es geht also um Router, es geht um Server. Was noch, was sind noch Dinge, die geliefert worden sind von den Amerikanern?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Kann ich nicht sagen, nicht aus Wissen heraus sagen, aber selbstverständlich: Wenn ich aus den Vernehmungen von Ihnen mitbekommen habe, dass ja vorne vor Ort schon sehr direkt, auch aus rechtlichen Gründen gar nicht anders möglich, scharf selektiert wurde und innerhalb von wenigen Mikrosekunden die G-10s vernichtet - - nie mehr da waren und und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und, dann muss dazu ja auch ein Hardwareartikel da sein, in dem dieses Programm implementiert ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Hat dieses Hardwareartikel einen handelsüblichen Namen? Wie könnte das heißen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß nur, dass innerhalb der 2 dann DAFIS, Datenfiltersystem, angedacht und mit der Zeit auch zusammen mit einer, ich glaube, sehr kleinen deutschen Firma - 10 oder 20 Mitarbeiter hatte die, glaube ich; weiß ich aber nicht mehr - realisiert wurde. Und solche Module - das vermute ich jetzt und bin ziemlich sicher, dass es dann auch mit der Wahrheit oder mit Tatsachen übereinstimmt - wurden dann vor Ort sehr wahrscheinlich eingesetzt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Haben Sie mal was mitgekriegt von der BSI-Zertifizierung einzelner Komponenten?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Oh ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann wäre das auch möglich gewesen jetzt anzuführen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** In dem Zusammenhang, wo ich eben vom BSI sprach mit den 20-Prozent-Regelungen, da habe ich das nicht erwähnt. Erstens weiß ich, was notwendig ist - oder: wusste ich damals; besser - per Gesetz, Zertifizierung usw. Aber ich weiß auch aus den damaligen Gesprächen, die man aus allen möglichen Gründen tagtäglich miteinander führt - auch ich als 24er mit den Technikern in 6 oder als AL irgendwas vor- und hinterher -, dass natürlich auch Zertifizierungen durch das BSI doch per Gesetz wohl notwendig waren und auch gemacht wurden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ist da irgendwas mal über Ihren Schreibtisch gegangen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich glaube, nicht. Weil jetzt eben mir DAFIS in den Kopf kam und DAFIS in Teilen, glaube ich, wahrscheinlich irgendwo 2004/2005 - da war ich wohl noch in der Abteilung - auch mit Hilfe von Mitarbeitern aus

einem Referat der Unterabteilung 24 entwickelt wurde, will ich nicht ausschließen, dass ich was gesehen habe; aber ich tippe darauf, dass ich vom BSI - - Ich bin mir - - Ich kann es - - Nein, ich weiß es nicht. Vielleicht habe ich was gesehen, vielleicht auch nicht.

Sie hatten zu Besuch - das ist der falsche Ausdruck -, Sie haben vernommen Frau G. L. Frau G. L. war in meinem Bereich tätig in einem Referat zusammen mit ihrem Referatsleiter und einigen anderen. Das waren die - da merken Sie mal, wie sich die Zeiten entwickeln -, die sich damals als Erste, glaube ich, mal *Internet für Dummies* gekauft hatten. Da gibt es so eine Reihe. Die hat man vielleicht - - oder, empfehle ich, sollte man zu Hause haben. So haben wir angefangen, mal da reinzukommen. Die hat dann mit anderen zusammen daran arbeiten müssen, diese Module mit der entsprechenden Software zur Selektion zu bestücken.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nur zur Ehrenrettung deutscher Dienste: Die gab es auch in Englisch, die Bücher.

Gut. Ich frage da jetzt gar nicht weiter nach, weil, wenn Sie das nicht konkret erinnern, bringt es ja nichts, sich da was herzuleiten.

Ich frage noch mal einen Bereich: Es gab ja nicht nur den Austausch von Hardware und den Einsatz amerikanischer Hardware und, wie Sie sagen, Module - auch die Software wurde ja bereitgestellt. Das sind ja besondere Systeme, die besonders leistungsfähig waren. Können Sie irgendwie erinnern, wie denn das Update dieser Software erfolgte?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Null Ahnung. Im Grunde bringen Sie mich gerade auf den Gedanken: Ja, muss es ja gegeben haben. - Ich bin noch nie, entschuldigen Sie, so weit selbst gewesen, das zu sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Es ist völlig okay, wenn Sie sagen, Sie wissen das nicht, wenn Sie es nicht wissen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, ich weiß es nicht. Es muss sicher ein Update - - nehme ich schon an. Ob das wie sonst auch bei unseren privaten Dingen zu Hause alle Vierteljahr passiert oder alle zwei Jahre, kann ich nicht sagen; aber ist sicher erfolgt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wäre ja spannend: zu wissen, ob da ein Direktzugriff für das Update aus den USA bestand.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Vorsitzender, Entschuldigung, da unterbreche ich Sie, weil ich spontan sagen muss: Bestimmt nicht. - Wie naiv, wie unvorsichtig, wie irgendwas schätzen Sie denn deutsche BND-Mitarbeiter - zum Teil noch vereidigt usw. und studiert - ein, dass wir einfach sagen: „Ja, spiel mal ein!“?!

(Martina Renner (DIE LINKE): Das waren doch die Freunde!)

- Ach, die Freunde.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie ist es denn dann passiert? Wenn man vorsichtig war, wie hat man es dann gemacht?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich sage ja, dass ich nicht weiß, ob überhaupt Updates erfolgt sind. Aber wenn sie erfolgt sind, dann sind die sicher - - Wahrscheinlich hätte man es so gemacht: dass man sich, wenn die von amerikanischer Seite hätten kommen müssen, die hätte schicken lassen - auf Diskette, irgendwie - und zu Hause, und zwar sicher nicht zuerst in Frankfurt, sondern mal in der Abteilung 6 oder in der Unterabteilung 25 - ich weiß nicht, ob die so eine technische Ausstattung dafür auch schon oder jemals hatte - angesehen hätte: Was haben die uns denn jetzt da geschickt? Was ist denn der Unterschied zu vorher? Was ist denn besser? - Dann machen die das, und zum Schluss kommen die zu dem Ergebnis: Den Partikel da, den wollen wir gar nicht haben, den löschen wir raus, und das andere, ja, das nehmen wir. - So, denke ich, wird es gewesen sein - wenn es überhaupt Updates von denen gab, die dann eingespielt werden sollten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Letzte Frage vielleicht zu dem Bereich: Jetzt hat man diesen ganzen Aufwand über Jahre, ab 2001 startend, vielleicht sogar Überlegungen, Sensibilität ab 2000 gehabt. Und war das ganze Projekt „Eikonol“ dann aus Ihrer Sicht erfolgreich?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Dazu mag ich keine Bewertung abgeben. Hinten angefangen: Weil ich ja auf dem Laufenden bin, was Sie erfragt haben, was bis zu Herrn Urmann Ihnen geantwortet worden ist, weil ich die Presseveröffentlichungen bis hin zu Hayden in Teilen ja auch versucht habe zu überfliegen, weil ich den netzpolitik.org - der hat es ja nicht leicht; deshalb darf auch ab und zu mal was ein bisschen schief sein - gelesen habe - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber Sie dürfen es ja selbst bewerten, Sie müssen sich ja nicht anschließen, Sie dürfen eine ganz eigene Meinung hier - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Meine Meinung ist, dass, wenn Dr. Urmann wohl gesagt hat: „Nein, Schluss, aus, das bringt nichts“ - es bringt vor allen Dingen auch nichts, weil wir ja rechtmäßig, rechtskonform, ich weiß nicht, ob das der richtige Ausdruck dafür ist, arbeiten wollen - „wir hören auf“, dann ist es eigentlich ein Zeichen, dass es im Produkt nichts gebracht hat. Aber es hat sicher im Know-how-Zuwachs in der Abteilung 6 und auch in Teilen in der 2 da, 25 und was da später daraus wurde, nämlich 26, viel gebracht. Da bin ich mir ganz sicher; denn da haben diese Leute dort schon die Nase doch ein ganzes Stück weiter vorn als wir, auch heute wieder.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da wären wir bei dem Do ut des, was Sie am Anfang beschrieben haben. Wie kann man denn jetzt bei diesem Projekt so das Do ut des beschreiben? Einmal würde ich ja sagen - nach dem, was Sie auch gerade gesagt haben -: Das war die technische Kompetenz, die hat der eine mitgebracht und reingegeben ins Geschäft. - Und der andere, in diesem Fall dann der BND, was gab der?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich denke, die technische Kompetenz ist auf alle Fälle auch ein Wert,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der eingebracht worden ist und von dem der BND sicher heute noch profitiert.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. Der Teil ist mir klar.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Und noch ein zweiter Punkt: auch die in Bad Aibling überlassenen technischen Einrichtungen. Die Antennen waren auch recht preiswert, standen schon da, und ihre Erfassungssteuerungssysteme sind ja auch größtenteils - ich weiß nicht mehr, wie viele von wie vielen - übernommen worden. Das waren schon auch wahrscheinlich ein paar Millionen Euro Werte, die da gekommen sind - so ist es nicht - auf amerikanischer Seite im Geben.

Im Nehmen habe ich, bis ich hier inzwischen die Presse und die Verhöre gelesen habe, gedacht - und hätte ich dann auch nur gesagt -: Doch, ich glaube, die waren schon ganz froh. Der Hayden war froh, dass er in Europa oder in Aibling bleiben konnte, obwohl da seine Generäle in der Army und andere wahrscheinlich sagten: Nein, komm, das wird uns zu teuer, weg da! - Er konnte bleiben, und zwar auch mit uns gemeinsam, um weiterhin - in Richtung Russland, Abrüstung, Unruheherde weltweit, insbesondere auch unser beider Truppen in Afghanistan zum Beispiel - den Blick über die Fernmeldesatellitenaufklärung dahin richten zu können.

Da kommt jetzt nicht von mir die Antwort, die ich erspüre auch in der Presse und in den Kommentaren: Ja, die haben da wahrscheinlich gehofft, sie könnten dann am Kabel in Frankfurt oder am Ergebnis von Frankfurt in Aibling profitieren und das bekommen. - Das schließe ich bei einem Nachrichtendienst nicht aus, dass sie das auch gedacht haben. Aber andererseits sage ich dann: Also, so blöd wären sie mir gegenüber nicht gewesen, das so zu sagen. Dann hätten sie nämlich gewusst, dass ich nichts mit ihnen mache.

Deshalb: Das ist mir ein bisschen, ja, akademisch oder naiv - ich weiß nicht, wie ich es bezeichnen soll -, der Gedanke, dass man jetzt sagen kann: Ja, ja, die waren sehr enttäuscht, weil sie ja nicht die

Deutschen in Frankfurt abhören konnten. - Also, so weit geht es bei mir nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Was wollten sie dann, wenn sie nicht so naiv waren, dass sie gesagt haben: „Wir wollen mal die Deutschen abhören“, was wollten sie denn dann, mal unnaiv gesprochen, mal realitätsnah gesprochen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Neben der Fernmeldesatellitenaufklärung, die in Aibling weiter möglich war, waren sie sicher daran interessiert: Wenn die Deutschen da jetzt die Fähigkeiten bekommen, ertüchtigt werden, in Frankfurt auch noch einiges aus irgendwelchen oder einem Kabel - da weiß ich schon gar nicht mehr, welches das war - abzuziehen, wenn die dazu in der Lage sind, dann wäre es ja schön, wenn wir davon auch was bekommen. - Das kann ja auch - ich weiß nicht, welche Kabel das waren - eines sein, was nicht von Land X, das den Amerikaner interessiert, nach Deutschland führt und sonst nirgendshin, sondern es kann ja auch ein Kabel sein - oder gewesen sein; ich weiß das nicht -, was von den Ländern X, Y, Z zum Teil über Deutschland auch weitergeführt wurde nach den Ländern A, B, C. Da wäre ja weder, glaube ich, rechtmäßig noch erst recht mit Blick auf Schutz deutscher Interessen und Rechte direkt zu sagen: Nein, das finde ich unanständig, dass die sich dafür interessieren. - Ob sie das über den Satelliten mit beobachten oder das unten durchlaufende Transitzkabel oder wie die da heißen, das will ich gar nicht ausschließen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und wollte man denn neben diesem Direktzugriff auch noch einzelne Meldungen hinterher vom BND haben? Oder war es eigentlich nur der Direktzugriff, der für die Amerikaner interessant war?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe nur - und nicht durch eigenes Wissen damals; das ist alles nur für mich jetzt durch Zeitung und Nachdenken: Was hast du denn erlebt? - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Es sollte schon auf den Fakten basieren, die Sie wissen, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, genau.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - sonst hilft es uns nicht viel.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Aus eigenem Wissen kann ich da nichts sagen, dass da irgendwas von denen gewollt wurde.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Aber irgendwas müssen sie gewollt haben - sonst hätten sie nicht so ein Engagement an den Tag gelegt - außer die Deutschen zu ertüchtigen. Aber gut.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Stimme ich Ihnen ja zu; aber deshalb muss ich noch nicht wissen, was es war.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das stimmt.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wenn die 25er vielleicht nicht dieses eine Kabel, das ja wohl irgendwo war und viel G 10 hatte - das weiß ich ja auch erst jetzt alles - genommen hätten, sondern ein anderes - - Denn Herr Meier (?) war auch nicht - - Ich hatte, glaube ich, auch so was in meinem Statement gesagt: Wir sind nicht so sehr an den Deutschen in Deutschland interessiert - es sei denn, es muss mal sein: weil er gerade mit auftaucht und mit jemand zusammen kommuniziert, der irgendwo anders mit anderen Dingen bekannt ist.

Dann hätte es ja auch sein können, dass man vielleicht Kabel erfasst, die vom Ausland über Frankfurt ins Ausland gehen. Natürlich: Wenn mal G 10 drin ist, um Gottes willen schnell vernichten, weg usw. Aber dass das gar nicht das Ziel auch von Dr. M. war, kann ich nicht ausschließen. Ich weiß es nicht. Aber wenn dem so gewesen wäre, dann könnte man nach meiner Meinung auch den Amerikanern gar nicht mehr so böse sein oder so skeptisch sein, was die sich denn wohl in Frankfurt oder von Frankfurt und dem BND da versprochen haben, dass die nicht auch Ausland-Ausland über irgendein Kabel mitkriegen wollten. Ich schließe das bis heute nicht aus.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was schließen Sie bis heute nicht aus?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Dass die an einem BND-erfassten Kabel „Ausland mit Ausland“ gerne teilhaben wollten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weil sie sich da drangehängt haben und - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** So wie sie im Satelliten in Aibling auch mit dranhängen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Aber es ist eine Spekulation. Sie wollen es nicht ausschließen; aber positives Wissen -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - ist es nicht, oder wissen Sie es?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nichts bei mir vorhanden. Ist nie in meiner aktiven Zeit irgendwas - - so gehört.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Sie hatten das Thema G 10 schon angesprochen. Wie war das denn bei „Eikonol“? Es waren ja auch - das müsste doch eigentlich auch in 24 fallen - ich wundere mich, dass immer nur von 25 die Rede ist - - Wenn es um G-10-relevantes Material geht - das ist ja nun angefallen, weil man kriegt die Leitung, die Strecke nicht so abgegriffen, dass null G 10 drin ist -: War G 10 da ein Problem, weil G 10 mit drin war, oder wollte man G 10? Wie war das?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Alles, was ich dazu weiß, weiß ich, glaube ich, erst durch Studium von Presse, Funk, Fernsehen, Ausschuss, Bericht-erstattung nach meinem Ausscheiden aus dem BND; denn - ich gucke gerade auf eine andere Übersicht - - Wie Sie es formuliert hatten - „Da muss doch auch G 10 angefallen sein“ -: Ich gehe ja immer noch - - bin auch noch nicht so weit in meiner Darstellung, was geschah bei der Einrichtung dieser Geräte in Frankfurt. Ich bin immer noch im Zeittakt eben gewesen: 12. Dezember 2002, „Eikonol“ zum ersten Mal gehört, Besprechung mit dem PR, April 2002. Zu der Zeit gab es doch natürlich keine G-10-Erfassung oder überhaupt keine Erfassung in Frankfurt. Wann hat



## Nur zur dienstlichen Verwendung

denn in Frankfurt die Erfassung - von was auch immer - angefangen? Jetzt weiß ich doch durch die Berichterstattungen und Sie, dass es da größte Probleme gab. Zuerst wollte man, glaube ich - wie heißt es jetzt in den offiziellen Dingen, die man inzwischen, ich auch, weiß und nicht aus irgendwelchen Akten kennt? -, da direkt ans Kabel, und der Provider dort, die Firma dort, machte wohl Schwierigkeiten und sagte: Nein, da ist so viel G 10 drin. - Dann hat man, glaube ich - oder Herr Urmann erst später -, eine G-10-Anordnung auch dafür beantragt. Wenn jetzt also vor der G-10-Anordnung schon G 10 drin war und man daran gearbeitet hat, das zu erfassen, dann hat man natürlich erstens die Verpflichtung gehabt, das G 10 schnellstens zu ignorieren und zu vernichten. Das ist die Diskussion, wo ich mich ab und zu ein bisschen wundere, als Elektriker nicht verstehe, warum es wichtig ist, ob man da für die Vernichtung 5 oder 10 Mikrosekunden braucht. Sie haben da sehr oft, sehr genau nachgefragt. Aber es ist sicher in solchen Zeiträumen vor Ort dann vernichtet worden. Dann ist Routine - sage ich jetzt auch als alter BNDler - Ausland mit Ausland übergeblieben, was man behalten durfte.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Wie war es denn mit dieser G-10-Anordnung damals?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich nix wissen bzw., wie ich gerade gesagt habe, hier durch die Verfolgung Ihrer Anhörungen und der Presseveröffentlichungen, auch der Behauptungen, die, meine ich, zum Teil nur aufgestellt werden - - Ich habe ja eine mal gebracht: dass der BND nur das Grundgesetz aushebeln will. So was gibt es ja auch vielleicht bei den G-10-Erfassungen. Was da alles geschehen ist. Ich weiß es nicht. In der Erinnerung habe ich als 24er - - und meine 24er-Arbeit endete ja im Februar 2003. Das halte ich auch für Ihr Verständnis - jetzt losgelöst vom Fechner und meiner Unterabteilung - für wichtig, damit Sie den Rest einordnen können: Im Februar 2003, nach meiner Kenntnis, gab es noch keine Kabelerfassung in Frankfurt. Also kann ich als UAL 24 auch bis zum Februar 2003 noch nicht irgendwie davon - - und habe auch keine Produkte gespürt - - Produkte gesehen haben und froh gewesen sein in der Zentralen Nachrichtenbearbeitung, dass es jetzt endlich mal sprudelt

aus der Unterabteilung 25, und dann auch noch wissen müssen, dass es vom Kabel in Frankfurt usw. mit all den G-10-Problemen kam. Davon habe ich nie was in der Zeit als 24er bis 28. Februar 2003 mitbekommen, und ich glaube, weil es nichts mitzubekommen gab. Sie wissen vielleicht inzwischen, wann es die erste Erfassung versuchsweise oder anlaufend gegeben hat. Aber ich habe davon - und die Mitarbeiter, glaube ich, auch, die zum Teil ja heute auch noch Zentrale Nachrichtenbearbeitung machen - garantiert nichts mitbekommen. Folglich hatte ich erst recht, jetzt wirklich im positiven Sinn mal zu denken, keine G-10-Probleme auf dem Tisch oder Kenntnis von G-10-Erfassungen, die - huch, um Gottes willen, schnell weg - - oder haben wir eine Anordnung?

Das ist alles, meine ich, wahrscheinlich noch nicht mal in 2003 - nach dem, was ich jetzt so nachvollziehen kann -, sondern - irgendwo habe ich mir ein Blatt aufgeschrieben, wann ich meine, dass „Eikonol“ und so was - - Ich habe die Kenntnis inzwischen, dass im Juli 2005 - ich kann es kaum glauben; aber so ist mein Stand: im Juli 2005 - die Produktion aus „Eikonol“ anfang, die ja dann auch bald wieder - weil enttäuschend und nicht möglich: hundertprozentige maschinelle Filterung usw. - abgeschaltet wurde. Breitfelder hat, glaube ich, mal was gesagt, es wäre früher gewesen. Mag auch sein. Er war da der AL, der das auch mit den 25ern zusammen vorwärtsbringen, betreiben und genehmigen musste. Vielleicht stimmt meine Angabe nicht; aber ich habe nur Info, dass erst im Juli - doch, Juli ist das -, 07/2005 „Eikonol“-Produktion angefangen ist. Vielleicht ist es falsch und Sie wissen es schon - ich weiß es nicht besser.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Sie sollen ja auch immer nur das sagen, was Sie positiv wissen.

Ich habe noch zwei Fragen zu einzelnen Themen, einmal zur Projektdokumentation zur Operation „Eikonol“. Sie hatten ja eben schon Frau K. L. angesprochen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** G. L. heißt sie, glaube ich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich dachte, K. L. - Nein, es geht jetzt um die Dame, die die Projektdokumentation zur Operation „Eikonal“ erstellt hat, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ach so, nein, die kenne ich persönlich nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - die oft auch mit dem Begriff „Schwachstellenbericht“, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - diese Dokumentation, verknüpft wird. Was können Sie dazu sagen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Dazu kann ich sagen, dass ich das auch im Ruhezustand das erste Mal mitbekommen - - nein, stimmt nicht, falsch: zum zweiten Mal mitbekommen habe. Ich habe das das erste Mal mitbekommen, dass es die Dame gab - oder dann auch noch gibt wohl - und die einen Auftrag von Herrn Urmann bekommen hat, so was zu eruieren und aufzuschreiben, als ich - auch ja nur ein gutes Jahr lang; Sie wissen und haben es auch schon mit Urmann angesprochen - nach seinem Ausscheiden aus der Abteilung 6 erst die Abteilung 2 wieder übernommen habe. Das war ja in 2008. Als ich in 2008 ohne Übergabe zwischen Herrn Urmann und mir da, in Anführungszeichen, „eingesprungen“ bin - auf einen Sonntagsanruf von Herrn Uhlrau hin - in die Leitung der 2 und die 6 so zurückgelassen habe, was auch nicht schön war, habe ich mir dann einige Zeit später von dem schon dort tätigen und von mir sehr geschätzten und dann auch als Stabsleiter von mir übernommenen W. K. mal sagen lassen, was denn eigentlich so in den letzten Jahren in der Abteilung war. Da hat er mir erzählt, dass diese Dame - K. L. oder wie sie gekürzt heißt - einen Bericht geschrieben hat, in dem eben das, was sie dann hier Ihnen erzählt hat - und was die Presse zum Teil kolportiert -, steht. Aber den Bericht selbst habe ich nie gesehen. War auch längst ad acta gelegt, weil Urmann ja vorher schon die Sache wieder beendet hatte und gar nicht mehr auch den Bericht - - jemand brauchte - der war ja ein paar Monate wohl vor dem Ende schon mit Grund fürs Ausscheiden

oder Beenden der Operation - und ich den auch als zukünftiger AL 2 für nichts mehr brauchte. Der existiert sicher im Stab. Ich habe ihn nie gesehen und ich habe auch die Dame bis heute nicht kennengelernt. Ich kann zu dem Inhalt nichts sagen und letztlich auch nichts dazu, ob alles zutrifft, was da drinsteht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Dann letzte Frage von meiner Seite erst mal: Wenn neue Projekte im BND eingeführt werden, dann gibt es ja eine Testphase in der Regel wie in privaten Firmen auch. Dann will man gucken zum Beispiel, ob die Selektion richtig klappt. Man will natürlich auch, um rechtlich alles einwandfrei zu machen, schauen, ob G-10-Filterung klappt. Wie macht man das dann? Macht man das am realen Datenstrom? Nimmt man dann gefakte Daten, über die man mal zum Beispiel eine neue Software, ein neues System drüberlaufen lässt?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Abgesehen davon, dass das ja doch selten passiert - erst recht in einem Umfang wie bei diesem Projekt *der* Größenordnung und Bedeutung -, macht man so was, indem man zu Hause - das kann dann in der betreffenden Abteilung/Unterabteilung, wenn sie dazu technisch in der Lage ist, aber wohl eher in der unterstützenden Abteilung 6 im Labor - - sich mal die Instrumente vornimmt oder die Module und Geräte vornimmt, die dort eingesetzt werden sollen, und die mit Testmaterial befüllt, beschickt, um zu sehen, ob das, was geschehen soll, auch durchgeführt wird. Was das jetzt ist - ob G-10-Vernichtung in unendlich schneller Zeit oder Ablage irgendwo oder Weiterleitung an -, das kann ja von Fall zu Fall völlig unterschiedlich sein. Das Material dazu - daran erinnere ich mich aus den Zeiten schon vor 2000 irgendwo -, das versuchte man dann aus existentem ad acta gelegtem Material und natürlich keinem G-10-Material, sondern Routinematerial, das man hatte, irgendwo zusammenzupacken und da reinzugeben.

Wenn man G 10 testen will, dann muss man natürlich zumindest Dummys bauen; denn man wird ja keine echten G-10s irgendwo abgelegt haben und die mal da reinfüttern. So was habe ich





## Nur zur dienstlichen Verwendung

nie erlebt; ich fange jetzt nur an, wie ich es machen würde, wenn ich es morgen müsste. Dann wird man mal sagen: Dann schreib doch mal eine Meldung und schreib mal rein, dass der Fechner, dass der Professor Sensburg - - und dann schreibst du noch einen Namen rein, den kann man kaum lesen. Dann gucken wir, was davon denn wahrgenommen wird, selektiert, ausgeworfen oder gar nicht bemerkt wird. Das ist Testmaterial für mich. Und so wird es - da bin ich eigentlich ziemlich sicher - auch in dem Fall dann für den Betrieb in Frankfurt gemacht worden sein. Sicher nicht - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Könnte es - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigung. - Sicher nicht - das klang so ein bisschen durch für mich - am laufenden Datenstrom; das glaube ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber das ist jetzt, sagen wir mal, Ihre Erklärung, losgelöst vom konkreten Wissen. Oder ist das basierend auf dem, wie Sie es erlebt haben?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, das ist losgelöst vom Wissen, weil ich darüber nichts weiß, wie es gemacht worden ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Also so würden Sie es machen, wenn Sie es zu machen hätten?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich muss vielleicht besser sagen: Weil ich nichts erinnere. Ich schließe ja gar nicht aus, dass irgendwo irgendwann noch mal irgendein Papier auftritt, wo ich auch wieder was draufgekrickelt habe; so ist es ja gar nicht. Aber ich erinnere nichts, und ich glaube auch, nichts gewusst zu haben. So formuliere ich das.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Sie erinnern auch nichts und glauben auch, nichts gewusst zu haben.

Gut, dann bin ich soweit mit meinen Fragen erst mal durch und möchte auch den Fraktionen Gelegenheit für ihre Fragen geben. Die Fraktionen haben für ihre Fragen Zeitkontingente nach der sogenannten Berliner Stunde. Das bedeutet, dass die CDU/CSU-Fraktion 27 Minuten fragen darf, die SPD-Fraktion 17 Minuten und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke jeweils acht Minuten. Es beginnt in der ersten Fragerunde die Fraktion Die Linke, gefolgt von der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU/CSU. Ab der zweiten Fragerunde und in allen weiteren Fragerunden beginnt dann die Fraktion Die Linke, gefolgt von der CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und dann der SPD. - Wir kämen damit jetzt zur ersten Fragerunde.

(RA Johannes Eisenberg  
nimmt neben dem Zeugen  
Platz)

Ich möchte trotzdem die Gelegenheit noch ergreifen, Herrn Rechtsanwalt Eisenberg zu begrüßen, der sich mit der Kollegin abwechselt. Ich freue mich, dass Sie bei uns sind. Sie brauchen sich jetzt nicht mehr vorzustellen, weil ich das jetzt für Sie gemacht habe.

Ich komme zur Fraktion Die Linke und Frau Kollegin Renner mit ihren Fragen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Fechner, ich würde gerne noch mal ein bisschen Motivforschung betreiben, weil mir immer noch nicht wirklich klar ist - das ist für uns, denke ich, auch eine ganz zentrale Frage -, warum die NSA diese Kooperation eingegangen ist, die sie ja Geld, Technik und Personal gekostet hat, und am Ende - so wird uns hier versichert - hat man ein paar wenige Meldungen erhalten. Kann es sein, dass die NSA vorhatte, an trüchtige Kabel, wie Sie es nannten, in Deutschland zu gelangen, das aber schlecht als NSA kann, weil, wenn sie bei einem Provider auftritt - wie die Deutsche Telekom -, vielleicht diese sozusagen nicht so der bevorzugte Kooperationspartner ist, und dass man den BND quasi braucht, um an diese Erfassungsansätze zu kommen, weil der anders beleumundet ist zum Beispiel bei der Deutschen Telekom?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Frau Abgeordnete Renner, ich könnte jetzt, weil ich ab und zu auch sonst mich für Politik interessiere, in folgender Form antworten: Ja, das kann ich mir vorstellen, dass die das vorhatten. Ich selbst habe darüber aber keinerlei Wissen, schließe aus, dass meine Kollegen so naiv waren, das nicht auch, so wie Sie jetzt, als Vermutung oder Möglichkeit in Betracht gezogen hätten und dementsprechend aufmerksam waren und dementsprechend nichts in der Richtung geschehen ist. Dass die NSA das vielleicht so vorhatte - ob man das mal in Annalen von Hayden findet oder wo -, das schließe ich ja gar nicht aus. Ich hatte doch vor längerer Zeit schon gesagt und das nicht der NSA in die Schuhe schieben wollen: Was macht denn der BND im Ausland? - Das ist meine Antwort darauf, ob die NSA vielleicht - - Verstehen Sie?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie wollen sagen, für die NSA ist die Bundesrepublik Ausland, und die macht hier nichts anderes als der BND im Ausland? Oder was ist Ihre Aussage?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Also, dass sie Ausland ist, das stimmt - hoffentlich, kann ich sogar sagen, nicht nur so wie auch für mich einiges, auch die USA, Ausland sind -, und dass sie außenpolitische Interessen hat, das werden wir auch beide glauben. Ich habe hier immer so den Blick nicht gerade aufs Kanzleramt oder auf die amerikanische Botschaft, da bin ich wieder bei meinem Thema: Mensch, muss ich das denn hier ausführen, oder soll ich denn hier noch irgendwas in den Wein gießen? Dass andere Dienste versuchen, an Informationen zu kommen, und dass sie das am liebsten an der Quelle tun, das ist so - ob Sie das gerne haben oder ich das gut finde. Ich finde es ja sogar gut, sonst hätte ich ja im Ausland nichts zu tun; hätte ich Ihnen früher gesagt. Jetzt bin ich im Ruhestand; jetzt nicht mehr.

Das ist - - That's life. Und da komme ich wieder zu Lotus und allem Möglichen oder dem, was Bäcker Ihnen mitgegeben hat. In Gottes Namen, wenn Sie das nicht gut finden, wie es ist, dann regeln Sie es für uns, dass wir es wenigstens anders machen. Aber ich rate davon ab, weil die anderen werden da nicht aufhören, und nicht nur

GCHQ und und und. Aber das mag ich gar nicht in der Öffentlichkeit so weiter ausführen, weil es auch gar nicht, glaube ich, mein Thema mit Ihnen ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** GCHQ würde ich gern nachher machen. - Wenn das so ist, wenn man das annehmen kann, dass die NSA hier an einen trächtigen Kabelansatz wollte, haben Sie aktiv tatsächlich Kenntnis darüber, dass auch die Auswahl der Provider, also hier der Deutschen Telekom, in irgendeiner Weise quasi auf sozusagen den Überlegungen der Amerikaner fußt?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Null Wissen. Und ich merke gerade, auch losgelöst jetzt von unserer Debatte hier über BND und NSA: Keine Ahnung, wie das ist. Ich müsste mich jetzt kundig machen, weiß nicht wo, bei der Telekom oder - wie heißt denn das? nicht Bundesausfuhramt, die anderen, RegTP-Nachfolger - Bundesnetzagentur, wo denn welche Kabel liegen und welche davon für das, was mich interessiert, trächtig sind. Ich habe keine Ahnung davon, ich habe darüber nie was mitbekommen. Ich bin andererseits wieder sicher, dass Dr. M. so gescheit war - und er war sehr gescheit -, dass er sich überlegt hat, ob wir dieses oder bei einem anderen Provider ein anderes Kabel mal ins Auge fassen oder in Absicht nehmen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mit der Befragung von Dr. M. haben wir ja ein kleines Problem; -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, natürlich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - deswegen müssen wir ja bei den anderen Zeugen etwas nachbohren in der Sache.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, verstehe.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich will wirklich noch mal auf diese Ausgangssituation zu sprechen kommen. Sie haben dieses Gespräch mit Binney erwähnt 2001 und die Schlussfolgerung: Wir müssen an die Kabel ran. - Und Sie haben für diesen Zeitraum schon gesagt, es wäre um die Metadaten gegangen. Also, man hat damals - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigung, Zwischenfrage: War das Gespräch - ich weiß es nicht, es wäre aber für meine Einordnung wichtig - mit Binney 2001 erst? Ich hätte gedacht, das wäre 99 oder 2000 gewesen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sogar noch davor.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Er hat eben 2000 gesagt. Das habe ich mir aufgeschrieben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** In 2000, okay. - Die Frage ist: Wenn so früh schon klar war, dass es um die Metadaten geht bei diesen Kabelansätzen, inwieweit ist es denn dann nachvollziehbar, dass bei diesen ganz konkreten Kabelabgriffen es offenbar - - Oder andersherum: Welche Kenntnisse haben Sie denn darüber, dass auch Metadaten an Kooperationspartner, sei es jetzt die NSA oder andere, ausgeleitet wurden, wenn das das eigentliche Interesse war bei diesen Kabelansätzen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das Schlimme ist: Ich habe jetzt Kenntnis davon, weil ich es gelesen habe aufgrund - - Ich hatte hier während meiner Dienstzeit überhaupt keine Kenntnis davon, dass irgendwas an die NSA ausgeleitet wurde, und hinterher - - Die Zeit über, in der ich dann zum ersten Mal irgendwo las, dass Snowden was veröffentlicht, da habe ich auch gedacht: Hm, ärgerlich, wir haben doch mit denen eigentlich gut zusammengearbeitet und andere Sachen gemacht - - aber auch keine Kenntnis von Metadaten gehabt.

Und am Anfang Ihrer Frage erschien mir das auch ein bisschen zunächst eine eingeeengte, falsche Blickrichtung. Wenn die 25, Dr. M., dann gesagt hat: „Ich nehme *das* Kabel in Frankfurt“, dann hat er das nicht, um da die Metadaten zu kriegen; denn da schwingt schon wieder was mit, was ich ja auch inzwischen immer lese: Die Metadaten, das ist praktisch das, was man braucht, um zum Schluss einen totzuschießen. - Das mag auch irgendwo so sein. Das ist für mich überhaupt kein Thema, wenn ich an BND und Metadaten denke. Als ich in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht stand, er stand auf der anderen Seite - hat Charme - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Seitenwechsel hat Charme, aber manchmal - - na ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich finde - ich hatte ja auch in meinem Statement mal gesagt - man könnte einiges mal ein bisschen entspannter und auch einfacher angehen.

(RA Johannes Eisenberg:  
17 Jahre her, oder?)

- Ja eben. - Da habe ich von Metadaten erzählt, ohne den Begriff zu nehmen - den hatten wir noch nicht, und Bill Binney war noch nicht zu Besuch -, da habe ich erzählt, wie schwer das ist, wenn man da oben was vom Satelliten runternimmt und nicht weiß, was drin ist. Dann muss man das aufschlüsseln. Ich habe das Beispiel, glaube ich, immer gebracht mit dem Postmenschen, der was eintütet, verteilt, verschickt oder wieder zurückschickt an jemanden. Da sind Umschläge. Erst mal muss die Autotür aufgemacht werden vom Postauto, dann das Paket, dann der Umschlag, zum Schluss ist man erst am Inhalt. Aber uns interessiert eigentlich nur der Inhalt. Und leider ist der dann auch meist so: wegwerfen; da kannste gar nichts. - Aber ab und zu waren eben gehaltvollere Sachen dabei.

Die Metadaten, die das heute ausmachen, kommen doch dadurch zustande, dass das, was zu meiner Zeit noch da oben über den Satellit kam - 089 und dann irgendeine Nummer, die wir ja auch nach G 10 gar nicht einstellen dürfen usw.; wir suchen ja nur mit Suchbegriffen im Ausland, aber eventuell wird 089 dabei mal der Gesprächspartner sein in der Kommunikation - - Jetzt habe ich ein bisschen den Faden verloren. Aber da haben wir nur die 089-Telefonnummer oder vielleicht noch den Intelsat-Kanal Nummer Sowieso zur Verfügung gehabt als Metadatum. Aber heute, wenn Sie auf Ihrem Rechner eine Taste drücken oder mal in Safari oder irgendwo anders was aufrufen, dann rauschen gleich Metadaten aus Ihrem Gerät raus, die noch nichts mit der Mail, die Sie noch gar nicht geschrieben haben, zu tun haben. Das sind alles Metadaten, und die werden dann unterwegs, weil es nicht mehr analog ist, sondern in Päckchen zerhackt - das haben, glaube ich,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch einige schon mal geschildert -, auf verschiedenen Wegen - - Wirtschaftlichkeit ist der zentrale Grund dafür und dann noch ein bisschen die Zeit: Was kostet es denn? - Und dann ist man bei den Sachen, die netzpolitik.org gern thematisiert: wie das Netz der Zukunft denn ausgelegt werden soll.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir wären jetzt gleich mit der Zeit vorbei.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich komme ins Erzählen. Entschuldigung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie dürfen natürlich Ihre Ausführung zu Ende bringen, dann hat nur die Fraktion Die Linke keine Möglichkeit mehr, Nachfragen zu stellen. Danach wäre die Fraktion der SPD dran.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Führen Sie aus.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigung, ich komme ins Erzählen. - Aber kurzum: Die Metadaten von heute, das sind pro Telefonat, ich sage mal, 100 oder 200 Daten. Das fängt ja an mit dem, was Sie damit immer verbinden: Die E-Mail-adresse ist da auch drin; denn man muss ja wissen, an wen es zum Schluss gehen soll. Aber sonst ist da alles Mögliche drin, auch Daten für den Provider, nur damit er die Rechnung zum Schluss stellen kann. Oder: Wie leite ich das denn von wo über wen nach wo? Von wo kommt denn der Rest dieser Mail, das andere Päckchen? Die haben dann immer Flags an ihren Teilen, die darum oder darum gehen. - Das sind die Metadaten, und an denen war Dr. M. sicher - denn so fingen Sie an - im Grunde nicht interessiert, die hätte er, wie ich mal eben versuchte an den Außen- und Verteidigungsministern klarzumachen, nirgendwo loswerden können. Das ist es nicht, was wir unseren Abnehmern übermitteln wollen. Und das halten wir auch nicht für den Fall, dass sich die oder der mal irgendwann woanders danebenbenimmt, irgendwo in der Datei gespeichert auf. Das tut mir so weh, und das ist es, was mich immer so betroffen macht: diese Denke, Unterstellung oder Vermutung, Ängste oder wie ich es ausdrücken soll.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Deswegen haben wir ja kluge Zeugen da, die auch diese Dinge gegebenenfalls ausräumen können. - Herr Kollege Flisek mit den Fragen für die SPD.

**Christian Flisek (SPD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Fechner, als Abteilungsleiter 2 beim BND waren Sie ja tätig von April 2008 bis 2009. Richtig?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Vom 28. April 2008 bis zum 30.06.2009.

**Christian Flisek (SPD):** Okay. - Das ist ja so, wenn man so will, eine Phase, wo wir uns, ich sage mal, sicherlich am Ende der Projekte befinden, die wir bisher in diesem Ausschuss ja besprochen haben. Ich würde an Sie mal gern die Frage richten: Gab es in dieser Zeit, wo Sie diese Verantwortung trugen, wo Sie ja auch einen Rückblick hatten auf Unterlagen Ihrer Vorgänger - - Wie hat man denn in der Abteilung insgesamt darauf reagiert, dass diese Projekte, diese Kooperationsprojekte mit den Amerikanern offensichtlich nicht der große Erfolg waren?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Abgeordneter Flisek, ich musste schmunzeln, aber nicht über Ihre Frage, sondern weil ich mich dann daran erinnerte, was war. Ich weiß nicht, ob ich während der Zeit überhaupt mal selbst irgendeine Akte studiert habe. Denn ich kam dahin - ich will nicht sagen, die Abteilung befand sich - - nicht in Auflösung, aber die hatte ja schon auch ihren Kummer, den Abteilungsleiter verloren, kurz vorher auch den Stabsleiter aufgrund der Dinge mit Koelbl/Farhang - und ich übernahm ohne irgendeine Übergabe zwischen Herrn Urmann oder mir. Ich habe nur seinen Schreibtisch aufgemacht, festgestellt, die Bleistifte sind drin und noch eine Telefonkarte. Daraufhin war die Übergabe derart, dass ich ihn angerufen habe und gefragt, ob ich die Telefonkarte ihm schicken soll oder ob ich die noch abnutzen soll, die Gebühren, um private Gespräche zu führen. Das war unsere Übergabe. Sonst haben wir nie über irgendwas aus seiner Zeit - - Und ich konnte auch nicht mit ihm schon über meine zukünftige Zeit reden. - Das nur vom Handling her. Das spricht nicht für den BND und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

höchstens dafür, dass wir beide trotzdem irgendwie unsere jeweiligen Aufgaben - halbwegs hoffentlich - erledigt haben. Aber so war es vom Handling her.

Und in der Zeit hatte ich zunächst eben ein bisschen Ruhe zu schaffen, sowohl hinsichtlich der Dinge, die noch von Koelbl/Farhang über waren, wie auch - kam ja auch genau da hoch - Deutsche Welthungerhilfe; deshalb hatte ich die ja auch heute schon im Statement erwähnt. - - wurde ich auch gefordert, obwohl auch das komplett außerhalb meiner Zeit - ich müsste jetzt nachsehen; ich habe es irgendwo stehen: von-bis, in der Urmannschen Zeit oder vielleicht sogar auch schon vorher - Thema war - - nicht während meiner Zeit irgendeine Erfassung dort noch nach meiner Erinnerung stattgefunden hat. Das hatte ich aber plötzlich auch durch die Presseartikel und dann die Nachfragen auch der Deutschen Welthungerhilfe mit auf dem Tisch und musste das mit Herrn Uhr lau zusammen irgendwie erst mal kapieren, handeln und auch gegenüber der Frau Präsidentin - Frau Dieckmann später - erläutern, wie es dazu gekommen ist, was es war, und um Verständnis bitten und Entschuldigung. Das waren die Sachen, die ich da plötzlich auf dem Tisch hatte, und keinerlei Nachdenken und Fragen darüber: Warum ist denn 2005, 2006 da beim „Eikon al“ - oder war es erst 2007? - so wenig rausgekommen, oder ist da doch was raus - - Gab's nicht.

Denn der Clou von allem ist - deshalb hatte ich das auch schon in meinem Statement erwähnt -: In den letzten fünf Jahren oder was es war, die ich da hatte in dieser Nähe zu Urmann und diesen Themen, haben wir soundso viel Umorganisationen gehabt. Ich musste als 6er die Abteilung 6 mitten durchschneiden, weil zwei Herren in der Verwaltung meinten, das sei es. Das hat den Mitarbeitern in 6 nicht gefallen. Aber irgendwie hatten die beiden Gehör gefunden bei der Leitung, und dann wurde das ins Auge gefasst. Parallel gab es die ganz große Umorganisation des ganzen Bundesnachrichtendienstes; denn bis dahin waren wir ja - das dürfen wir, glaube ich, sagen - nur acht Abteilungen und hinterher sind es - ich weiß gar nicht, wie viel - 12 oder 14; das sieht man ja auf der Internetseite BND. Mich hat

es dann auch nicht mehr weiter interessieren und verfolgen müssen. Die Folge davon war - fällt mir wieder ein wegen Koelbl/Farhang -, dass ich auch einen Teil, der bei der Abteilung 1 tätig war mit IT-Operationen, integrieren musste in die Abteilung 2, alles in dem Jahr; denn da wurde die große Neu-/Umorganisation des BND realisiert. Die waren auch nicht begeistert, dass sie von der Abteilung 1 in die Abteilung 2 - -

**Christian Flisek (SPD):** Herr Dr. Fechner, ich will Sie jetzt ungern unterbrechen, aber ich habe mir nicht gedacht, dass ich so schnell selber mal den Einwand bringe, dass gewisse Dinge gar nicht zum Untersuchungsgegenstand gehören.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da haben Sie recht. Ich wollte nur meine Belastung schildern.

**Christian Flisek (SPD):** Ich habe im Gegensatz zum Vorsitzenden eine begrenzte Fragezeit. Das ist beim Vorsitzenden anders, der kann das alles ganz entspannt laufen lassen. Ich würde jetzt doch noch mal kurz auf die Frage zurückkommen wollen; sehen Sie mir das nach. Ich interpretiere jetzt Ihre Aussagen bisher, dass das ein ziemliches Chaos war mit Umorganisationen und dass Sie da mit organisatorischen Aufgaben vor allen Dingen konfrontiert waren, aber es im Prinzip jetzt nicht irgendwelche Überlegungen gab in der Abteilung, wie man wieder mit den Amerikanern, sage ich mal, vernünftige Kooperationen hinbekommen kann.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß nicht, ob Sie die Frage eben auch so konkret auf die Zukunft gerichtet mit den Amerikanern schon gestellt hatten. Dann ist meine Antwort: Wir haben nicht zurückgeschaut. Von den Amerikanern war ein neuer Mitarbeiter der SUSLAG-Chef, der kannte sich, glaube ich, auch noch nicht in seinem Bereich und in Deutschland da aus, so wie ich mich nicht mehr in der 2. Den habe ich kennengelernt und wahrscheinlich in dem Jahr zwei- oder dreimal gesehen und getroffen. Wir haben sehr wohl dann darüber nachgedacht, gesprochen und was ins Auge gefasst, was man vielleicht in zukünftiger Zeit - da ging ich ja noch davon aus, dass ich auch noch länger da sein würde; ich hatte ja nicht vor, krank zu werden und auszuscheiden



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder was - miteinander in Angriff nehmen könnte. Da war aber nicht bei irgendeiner Art von Kabelansatz. Ich glaube, ich kann sogar sagen: nirgends auf der Welt, zumindest das kann ich schwören, nicht in Deutschland. Und das hat Sie, glaube ich, am meisten interessiert. Keine Gespräche und keine Absichten, mit den Amerikanern in Deutschland irgendwelche Kabelerfassungen weiter nach „Eikonal“, „Glo“, Urmanns Zeiten zu betreiben. - Meine Aussage.

**Christian Flisek (SPD):** Also weitere Projekte - ich fasse die Frage jetzt noch mal so -, sind das Projekte, die außerhalb des Untersuchungsgegenstandes dieses Ausschusses sind?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, völlig.

**Christian Flisek (SPD):** „Völlig“, das ist eine sehr eindeutige Aussage, ja. - Woran machen Sie das fest?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wenn es um ein Zielobjekt im Ausland geht und dahin der eine oder andere vielleicht Zugang hat und der andere vielleicht Interesse am Aufkommen hat oder - konstruieren wir mal den Fall - auch wieder mithelfen könnte, dieses Zielobjekt sich genauer anzusehen - -

**RD Philipp Wolff (BK):** Ich mache den Zeugen darauf aufmerksam: Er kann dazu Angaben machen, aber wenn es sehr konkret wird, bitte in nichtöffentlicher Sitzung erörtern.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Gut, dann höre ich auf.

**RD Philipp Wolff (BK):** Das sind sehr konkrete Angaben, die - -

**Christian Flisek (SPD):** Herr Wolff entfaltet wieder volle Wirkung. - Gut, lassen wir das mal, vielleicht gehen wir dann auch noch mal in der eingestuften Sitzung darauf ein. - Ich frage Sie mal so: Nach den Erfahrungen, die die NSA in Bezug auf Kabelzugriffsprojekte in Deutschland mit dem BND gemacht hat, würden Sie denn glauben, dass die NSA nach diesen Erfahrungen noch mal ein ganz ähnliches Projekt entweder mit dem

BND selbst durchziehen hätte wollen oder eventuell als, ich nenne das jetzt mal, Trittbettfahrer?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Abgeordneter Flisek, erstens soll ich bei der Wahrheit bleiben, zweitens will ich halbwegs zeigen, dass ich in der Realität lebe, und deshalb ist meine Antwort: Also zurzeit würden die das sicher nicht mit uns machen wollen, aber nicht, weil wir es nicht könnten oder mit unseren Technikern zusammen sie dies nicht irgendwo machen könnten, sondern wahrscheinlich, weil sie bei den gegenwärtigen Umständen - und dazu zähle ich auch zum Schluss sogar diesen Ausschuss, aber auch Veröffentlichungen und Lücken im BND - dieses Risiko nicht eingehen werden oder wollten.

**Christian Flisek (SPD):** Zurzeit. Aber ich sage mal, bis zum Zeitpunkt zu den Snowden-Veröffentlichungen, vielleicht, ich sage mal, im unmittelbaren Nachgang zu „Eikonal“?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Im Nachgang zu „Eikonal“ - das ist ja alles Spekulation, aber ich finde die auch interessant -, im Nachgang zu „Eikonal“ hätten die sich vielleicht gesagt: Also, da gibt es ja noch ein Kabel, was wir auch meinen, dass es sehr trüchtig sein könnte für beide Seiten, das können wir mal - - Aber nicht unter den Umständen. Oder: Ihr müsst vorher klären, ob ihr das dürft usw. - Das kann ich doch nicht ausschließen, aber vielleicht hat das noch nie ein Amerikaner vorgehabt. Das ist Spekulation und für mich relativ - entschuldigen Sie - langweilig.

**Christian Flisek (SPD):** Aber Anhaltspunkte - ich habe ja auch durchaus nach Anhaltspunkten gefragt -, das würden Sie ausschließen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe dafür keinerlei Anhaltspunkte.

**Christian Flisek (SPD):** Das ist doch eine Aussage. - Jetzt unterhalten wir uns die ganze Zeit über deutsch-amerikanische Geheimdienstkooperation innerhalb von Kooperationsprojekten. Es ist halt - - Das ist auch Gegenstand dieses Ausschusses, wenngleich jetzt nicht gerade dieses Paket, das wir vor Augen haben. Aber ich finde, da können ja Mitarbeiter des BND durchaus was



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zu sagen, insbesondere wenn sie im Eingangstatement was dazu sagen. Ich habe mir das nämlich aufgeschrieben, was Sie da gesagt haben. Da haben Sie nämlich gesprochen von offensichtlichen Verstößen ausländischer Dienste gegen deutsches Recht. Das hatten Sie so gesagt.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, das habe ich so gesagt.

**Christian Flisek (SPD):** So. Jetzt würde ich Sie gerne einerseits einfach mal offen darum bitten, dass Sie das noch mal vielleicht ausführen, was Sie damit konkret gemeint haben.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Damit habe ich das gemeint, was ich als Zeitungsleser vieler verschiedener Richtungen aus diesen Zeitungen, aus den Debatten, vielleicht sogar im Bundestag - ich habe es jetzt nicht parat -, aber politischen Debatten, und wenn sie abends bei Frau Sowiesso oder Herrn Irgendwo im Fernsehen stattfinden, und aus Snowden- - nein, weiß ich jetzt nicht - -Dokumenten weiß und was ich auch immer befürchtet habe, wenn ich sah, dass die Abgeordneten mit einem Handy oder iPad in der Sitzung im Bundestag sitzen, während andere sprechen, und da rumhacken, und gedacht habe: „Hoffentlich haben die auch ein gutes Schlüsselmodul da drin“ - - nicht ausschließe.

**Christian Flisek (SPD):** Sie haben ja den Begriff „offensichtlich“ insofern verwendet, und da habe ich gedacht, das sind eventuell auch Erkenntnisse, dass Sie - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** „Offensichtlich“ - und ich glaube ja, dass da auch was dran ist - habe ich gemeint, weil ich irgendwie ja auch rausgucke und heute wieder das dachte, was ich da in dem Augenblick des Schreibens dachte: Wie oft stand was über die eine Box auf der amerikanischen Botschaft irgendwo in der Zeitung und haben Politiker jeder Fraktion sich darüber irgendwo geäußert? - Punkt 1.

Punkt 2: Ich glaube, gibt es nicht sogar auch irgendwas bis hin zum Generalbundesanwalt oder sonst wo an Fakten und Unterlagen, entweder von Hayden oder von einem Mitarbeiter im BND,

der sich geäußert hat auf unpassendem Wege darüber, dass man weiß, dass da hier und da mal was passiert? Und für mich ist das Entscheidendste, dass ich schon, als es das BSI noch gar nicht gab, aber auch dann hinterher immer Angst hatte, wenn ich sah, wie verschiedene Leute, auch BundeskanzlerInnen und und und, ihr Handy nahmen und ich wusste: Das ist doch nicht das zertifizierte große, mit dem man vielleicht über was sprechen sollte. - Daher ist das für mich eigentlich erstens mit Blick auf Aufgabe eines ausländischen Nachrichtendienstes und zweitens das, was ich alles jetzt überall lesen musste leider, offensichtlich so, dass auch irgendeiner aus der Ecke irgendwas von hier aus einer Ecke mitbekommen hat. Ich will ja hier nicht zur außenpolitischen Verstimmung noch beitragen und muss - -

**Christian Flisek (SPD):** Tun Sie ja nicht. Und ich sage auch natürlich, es wäre schön, wenn wir ein paar Fakten beim Generalbundesanwalt mal irgendwann finden würden. - Der Punkt ist jetzt noch mal der: Glauben Sie nach Ihren Einschätzungen, nach Ihrer Expertise, dass eher ein größerer Teil der auf Deutschland gerichteten geheimdienstlichen Tätigkeit, beispielsweise der NSA, dass eher ein größerer Teil dieser auf Deutschland gerichteten Tätigkeit außerhalb von Kooperationsprojekten mit dem BND stattfindet als innerhalb von Kooperationsprojekten?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich kenne überhaupt kein Kooperationsprojekt, wo im Rahmen solch eines Projekts die Amerikaner den Blick auf Deutschland richten. - Das mal vorab.

**Christian Flisek (SPD):** Ich konkretisiere: Es muss nicht um Daten deutscher Bürger gehen, ich meine mit „auf Deutschland gerichtet“ beispielsweise auch, wenn es sich um einen Zugriff auf ein deutsches Kabel - - von mir aus auch um ein solches Kabel handelt, das nur Transitverkehre bereithält. Dann ist es nach meinem Jetztverständnis - darum konkretisiere ich es gerade - auch eine auf Deutschland gerichtete Tätigkeit. Meine Frage ist: Glauben Sie nach Ihrer Expertise, der größere Teil der Tätigkeit dieser Dienste in Bezug auf Deutschland - - ob es sich um reinen Transitverkehr handelt, Auslandsdaten, oder ob



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es sich vielleicht dann auch irgendwann mal um deutsche Daten handelt. Finden wir da quantitativ mehr außerhalb solcher Kooperationsprojekte?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Sie haben mich ja inzwischen ein bisschen kennengelernt, deshalb erlauben Sie mir, die Antwort so zu geben: Normalerweise interessiert uns mit denen und die, über Deutschland zu erhalten, nur Transit, Ausland mit Ausland. Dass sie in der gegenwärtigen Situation mit dem Ärger, den sie mit uns haben, auch ihren Blick mal etwas schwerpunktmäßiger von außen auf irgendwas hier richten, das schließe ich nicht aus. Aber das ist nicht das, was in normalen Zeiten wir miteinander betrieben haben und auch nie [sic!] mit uns betreiben würden.

**Christian Flisek (SPD):** Mit „Ärger“ sind Sie gemeint, Herr Ströbele.

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, damit meine ich vor allen Dingen - entschuldigen Sie, dass ich das ergänze dann zur Klarstellung - unzutreffende Presseaussagen; es gibt ja auch zutreffende. Und ich habe in meinem Statement auch gesagt, es gibt Dinge, die ich auch bedaure oder verurteile. Das ist ja ein anderes Thema, finde ich.

**Christian Flisek (SPD):** Glauben Sie, dass die Amerikaner in Bezug auf Deutschland Wirtschaftsspionage betreiben?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Warum fragen Sie mich denn, ob ich glaube? Das klingt mir, ehrlich gesagt, Herr Abgeordneter - ich will das wirklich so sagen, damit wir näherkommen - so nach Testfrage, ob ich - -

**Christian Flisek (SPD):** Gut, dann frage ich: Haben Sie Erkenntnisse aus Ihrer Tätigkeit beim BND über viele Jahre gewonnen, dass es eine Wirtschaftsspionageaktivität amerikanischer Dienste in Bezug auf Deutschland gegeben hat?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Abgeordneter, danke. Ich hätte Ihnen auch darauf dann so geantwortet, wie Sie es jetzt formuliert haben. Aber Ihre Frage, die klingt für mich zunächst immer so als: Mal gucken, ob der jetzt die Wahrheit sagt oder ob er dazu was sagen will. - Und so ist es bei mir nicht. Wenn ich dazu was weiß - -

**Christian Flisek (SPD):** Ich verstehe gar nicht, dass Sie das jetzt so als einen Angriff empfinden. Also ich - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das klang mir so, als - - Ich hoffe, ich habe mich inzwischen hier den Tag über nicht so naiv und blauäugig dargestellt, dass Sie annehmen müssten, ich habe da noch nie drüber nachgedacht.

Ich habe hier was mitgebracht: „Why We Spy on Our Allies“, nur als Beispiel, weil ich gar nicht der Richtige dafür bin, darüber zu reden.

(Der Zeuge hält Unterlagen hoch)

Machen Sie das doch in der Politik miteinander aus oder mit Präsidenten! Sie wissen doch, was James Woolsey am 17. März 2001 im *Wall Street Journal* gesagt hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Dr. Fechner, jetzt sind Sie schon der Richtige als Zeuge hier. Deswegen haben wir Sie ja benannt, und deswegen machen wir den Teil jetzt mit Ihnen aus.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Aber dann ist doch die Frage rhetorisch. Ja, die machen das; der Woolsey hat es selber geschrieben. - Das ist dann meine Antwort.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. Das ist doch eine Antwort. Wir machen das natürlich erst mal mit unseren Zeugen im Untersuchungsausschuss aus, da brauchen Sie jetzt gar nicht so beleidigt sein.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Beleidigt nicht, verwundert bin ich.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Andere Frage, Themenwechsel, Herr Dr. Fechner: Der Dr. M., der verstorbene Unterabteilungsleiter 25, der scheint ja eine ziemliche Zentralrolle in dem ganzen Geschehen gespielt zu haben. Den können wir ja jetzt leider nicht mehr vernehmen. Was war das denn so für ein Kollege?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ein Physiker, habilitiert, hochgebildet. Sie konnten mit ihm auch - jetzt sage ich mal was, fällt mir gerade ein - über die UNESCO und das Theater reden. Und genauso konnten Sie mit ihm über Wellentheorie, Einstein und irgendwas reden. Politisch war er auf dem Laufenden, aber irgendwie, fand er, war das nicht sein Thema. Ich weiß nicht, ich glaube, er hat sie nicht alle so ernst genommen wie die Physiker. Er war sehr von sich überzeugt, zum Teil auch mit großem Recht, und er war auch ein sehr fleißiger, engagierter Mann, Chef, vielleicht mit ein bisschen wenig Feeling für das, was in der Mitarbeiterschaft ab und zu ganz schön wäre, wenn die das auch verspüren würden von ihrem Chef. Aber summa summarum ein von mir sehr geschätzter, auch in Konkurrenz stehender, weil wir ab und zu unterschiedlicher Auffassung waren über technische Dinge und Vorgehensweisen, sehr geschätzter Kollege.

**Christian Flisek (SPD):** Die Zeit ist leider vorbei, sonst hätte ich natürlich noch eine Nachfrage gehabt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Eine lasse ich zu, mache ich ja bei anderen Fraktionen auch.

**Christian Flisek (SPD):** Das ist gut. - Gibt es Dinge, wo Sie mit ihm nicht einer Meinung waren, die unseren Untersuchungsgegenstand betreffen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, aber wenn der Untersuchungsgegenstand verengt ist auf Zusammenarbeit mit Amerikanern, NSA und „Eikonal“ und so - die drei oder zwei Projekte -, dann müsste ich eher mit Nein antworten. Ich war mit ihm in der Phase nach Bill Binney 99/2000/2001 nicht immer, in Teilen auch oft nicht gleicher Meinung zu unserem Vorgehen, um im BND Metadatenanalyse wirkungsvoll einzubringen.

**Christian Flisek (SPD):** Also, er war mehr so der amerikanischere Typ, und Sie waren mehr so der deutsche? Kann man das so charakterisieren?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nein, die Deutschen sind nicht so hausbacken und träge und brav wie ich. Aber so könnte man es etwa beschreiben: Er war der amerikanische Typ, und ich war mehr der etwas Bedächtige, auch in der Tradition Lebende, ein paar Jahrzehnte länger im BND Tätige, auch mit ein bisschen mehr Erfahrung vielleicht in Teilen als er, und wusste auch, was in endlicher Zeit und mit endlichen Geldern wann zu realisieren sei. Von daher haben wir Managementkonflikte miteinander gehabt. Aber sonst erinnere ich keine - -

**Christian Flisek (SPD):** Gut, ich komme später noch mal darauf zurück. Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir kommen jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr Zeuge, für Ihre bisherigen Ausführungen, die ich tatsächlich ganz interessant finde. Ich will noch mal zu Ihrem Eingangsstatement zurückkommen - trotz meiner begrenzten Zeit. Sie haben da ja viele interessante Sachen gesagt, unter anderem: Ich bin mir sicher, dass ich und meine Mitarbeiter oder die Mitarbeiter des BND sich immer an Recht und Gesetz gehalten haben. - Das ist ja ein großer Satz, wenn man das sagt. Den wollte ich noch mal sozusagen abfragen. Sind Ihnen im Rahmen dieser Operation „Eikonal“ da Vermerke zu Ohren und zu Augen gekommen oder vielleicht haben Sie selbst welche verfasst, die bezüglich der Risiken dieser Operation etwas ausgesagt haben?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wenn es wirklich so gemeint ist, auf „Eikonal“ bezogen, dann glaube ich das nicht, weil ich davon ja über Jahre beinahe zunächst nichts wusste und dann, als ich den Namen kannte und hinterher wusste: „Das ist das Kabel in Frankfurt“, auch nichts von den Details der Risiken - die verbinden Sie ja dann wieder mit Zusammenarbeit mit Amerikanern



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und nicht technischen Problemen - gewusst habe. Von daher glaube ich nicht, dass ich da auch schriftlich - ich wüsste nicht, wo, wann - irgendwas dazu gesagt habe.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insgesamt zur Kooperation mit den Amerikanern?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, denn ich habe ja parallel auch mit denen kooperiert, und ich hoffe ja letztlich auch bei ihrer Fähigkeit und Bedeutung in dieser Welt, dass diese Kooperation auch in irgendeiner Form in Zukunft wieder funktioniert und gelingen wird.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben ja gesagt, dass man ihnen nicht traut, den Amerikanern, und da sind Sie nicht der Erste, der das hier vor dem Ausschuss sagt. Deswegen frage ich Sie noch mal: Sie haben ja den sehr globalen Satz gesagt, Herr Dr. Fechner, dass Sie sich sicher sind, dass sich der BND und Sie selbst und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer - immer! - an Recht und Gesetz gehalten haben, und Sie haben nicht gesagt: außer bei „Eikonale“, da habe ich keine positive Kenntnis von.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich verstehe.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen frage ich Sie noch mal, ob Sie auch bezüglich „Eikonale“ das so sagen wollen, weil ich Ihnen sagen muss: Die Akten sind voll mit schweren rechtlichen Bedenken.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Aber doch nicht von mir, oder?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie haben aber da ja gearbeitet, und Sie nehmen ja für sich in Anspruch, das hier so sagen zu können. Deswegen: Vor welchem Hintergrund?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Gut, Herr Abgeordneter von Notz, wenn Sie mich so wörtlich nehmen und schon meinen, dass ich sogar hier große - - sonst nennen Sie es ab und zu „steile Thesen“ -

oder was von mir gebe - - Wenn ich sage, wie diese Kollegen bin auch ich sicher - also die Kollegen um mich herum, die vernommenen Zeugen waren da das Thema -, dass ich mich, dass sich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und meine Kollegen immer an Recht und Gesetz gehalten haben - - Wenn ich dessen nicht sicher wäre, dann hätte ich nicht nur ein schlechtes Gewissen, sondern vielleicht sogar Angst, dass irgendwann das mal hochkommt oder sogar in Papieren, dass es mal hochgekommen ist, dass ich mich nicht an Recht und Gesetz gehalten habe. Insofern glaube ich auch weiterhin, dass ich mich und die, die ich kenne, so von der Art her - und meine Mitarbeiter und Kollegen kenne ich zum Teil über viele Jahre, Jahrzehnte sehr gut, teils sogar bis ins leicht Private rein mit ihrem Kummer, aber mit ihrer täglichen Arbeit, auch am Samstag und Sonntag - - mich für die hier erklären kann: Nein, da hat keiner - und erst recht nicht vorsätzlich - irgendwas gemacht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie gesagt, dass Sie das glauben. Diesen Satz haben Sie eben gesagt, dass Sie das glauben. Vorhin haben Sie auf die Frage von dem Kollegen Flisek noch gesagt, dass es hier nicht um Glauben geht. Also wissen Sie, dass das so ist, oder glauben Sie, dass das so ist?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** In Bezug auf „Eikonale“ weiß ich zu wenig von „Eikonale“ und denen, die dort agiert haben. Insofern kann ich da nur sagen: Glaube ich. - Da, wo mein Bereich betroffen ist - sonst hätte man mir auch Meldung machen müssen eigentlich oder zum Schluss mir jemand sagen müssen: „Hier gibt es Ärger in Ihrem Bereich“ -, glaube ich, sagen zu können: Ich weiß, dass die sich immer an Recht und Gesetz gehalten haben. - Ich halte das auch für eine Selbstverständlichkeit und nicht weiter von mir zu hinterfragen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Sie haben vorhin gesagt, wenn es keine explizite rechtliche Regelung gebe, dann gibt es keine rechtliche Bindung für die Arbeit eines Geheimdienstes. So habe ich das verstanden. Habe ich das richtig oder falsch verstanden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Sie sind nicht nur Jurist, sondern auch in der Materie tiefer jetzt drin als ich. Ich krame jetzt nach Bäcker, Talmon usw.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, in dem Zusammenhang haben Sie es gesagt.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da habe ich solche Dinge doch gelesen. Wenn Sie mir das gestatten, versuche ich es zu bringen. - Habe ich das in meinem Statement schriftlich erklärt?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Dann könnte ich ja das schneller wiederfinden, was Sie meinen.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Unschärfen, Graubereich; Arbeit, gesetzliche Grundlage fehlt; unscharfe Formulierungen. - Das hatte Herr Heumann gesagt. Und Herrn Talmon hatte ich, glaube ich - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann Herrn Bäcker, und dann haben Sie das gesagt.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herrn Bäcker habe ich zum ersten Mal zitiert zusammen mit den zwei anderen damals in der gewissen Stunde:

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

den Unschärfen, Graubereich, Lücken, Neuland; den Lotus-Grundsatz und die von Professor Talmon, Uni Bonn, dazu am 15.04. gemachte Anmerkung, dass derartige Themen eher politisch als juristisch - - In meiner Überzeugung, 28 - - Das ist es, was Sie suchen vermutlich. - In meiner Überzeugung, 28 Jahre lang im BND Recht und Gesetz geachtet zu haben, fühle ich mich auch durch Feststellung von Professor Bäcker bestätigt, denn wenn, wie er hier in der Anhörung - ich verkürze - sagte, für die Arbeit BND teils die gesetzliche Grundlage fehlt, wenn das Recht keine

Grenzen, letztlich keine rechtliche Hürde, FMA im rechtsfreien Raum - - Meinen Sie die Passage?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, dann kann es - - und jetzt sage ich das -, dann ist es, dachte ich, Logik, wenn das alles so ist - es gibt keine gesetzliche Grundlage zum Teil, es fehlt an Leuten, die überwachen, es fehlt an rechtlichen Hürden, es gibt einen rechtsfreien Raum -, dann ist für mich eigentlich ziemlich klar, dass irgendwo ich gar nicht eine Chance habe, was falsch zu machen, weil ja - - Verstehen Sie?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tatsächlich? - Nein, ich frage Sie das ernsthaft, weil das ist ein sehr ernster Punkt, und das ist Kernproblem mit dem BND in diesem Ausschuss. Wenn das die Auffassung ist, frage ich Sie noch mal, Herr Dr. Fechner vor dem Hintergrund Ihrer jahrelangen Tätigkeit: Glauben Sie, dass, wenn es dort eine Regelungslücke gibt, es keine rechtliche Bindung für den BND gibt?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, Herr Abgeordneter, ich weiß nicht, ob ich mich so falsch und schlecht ausgedrückt habe. Natürlich glaube ich, dass es die gibt. Ich habe ja - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich? Welche wäre das?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe ja dabei zum Beispiel das G 10, und ich habe dabei das BND-Gesetz, und -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn das alles nicht greift?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - ich kenne das Grundgesetz -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - in Teilen; bis zu Nummer 19 ist das, glaube ich, mit dem Funktionsträger oder was. Natürlich sind das Regeln,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die - - Aber in der Interpretation, da sind wir uns vielleicht schon nicht mehr einig; das hatte ich ja auch ein bisschen zum Schluss angeregt noch mal zu überlegen, Stichwort Rechtspolitik und keine Elektropolitik. In der Interpretation kann man schon unterschiedlicher Meinung sein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da täuschen Sie sich wirklich fundamental, wenn Sie glauben, dass im Hinblick auf sozusagen Grundrechte man im Gegensatz zu naturwissenschaftlichen Ansätzen der Meinung sein kann, das Grundgesetz könnte gelten oder auch nicht, das sei irgendwie diffus, im Weltall gilt es nicht. Da sind Sie - - Aber gut, es ist interessant, dass Sie das so gesagt haben.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter von Notz, dann möchte ich mich noch weiter erklären.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das, was Sie jetzt daraus machen, empfinde ich nicht so als meine Meinung. Wenn Bäcker irgendwo - ich könnte es genauer sagen, wo er es gesagt hat - schreibt:

Hingegen hat das BVerfG in seinem G 10-Urteil von 1999 offen gelassen, ob ein Eingriff in das Fernmeldegeheimnis einen territorialen Bezug zur Bundesrepublik voraussetzt,

und an anderer Seite schreibt:

Anders als für deutsche Staatsangehörige im Ausland ist für solche Personen

- es ging um die Ausländer -

daher bisher nicht positiv judiziert,

- könnten gar nicht meine Worte sein -

dass sie von Art. 10 GG geschützt sind,

dann sind das für einen simplen Techniker mit seinen simplen, naiven juristischen Vorstellungen - das sagte ich zum Schluss meiner Erklärung - Sachen, die mich in meiner Meinung bestärken, dass es da Dinge gibt, wo man es so oder so sehen kann oder wo sich einer noch nicht entschieden hat. Ich sehe sie noch richtig vor mir, die langen Finger des Herrn Vorsitzenden Papier bei der Urteilsverkündung. Da ging es ja auch um - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ihn sehr viel aktueller hier in Erinnerung im Ausschuss. Da saß er da, wo Sie jetzt sitzen, und hat gesagt, dass das, was der BND macht, schlicht rechtswidrig und verfassungswidrig ist.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, das habe ich im Fernsehen mitverfolgt. Das fand ich auch sehr überraschend.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie mich Ihnen noch eine Frage stellen - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Abgeordneter, entschuldigen Sie, dazu einen Satz. - Da habe ich mich dann als Techniker und Bundesbürger einfach gefragt: Mensch, seit wann weiß der das denn? Hat der denn dann nicht fast eine rechtliche Pflicht, mal zu sagen: „Halt mal, ich habe festgestellt, die arbeiten unrechtmäßig“? Seit wann weiß er das denn? Erst seit Sie ihm den Auftrag zu einem Gutachten gegeben haben?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage?

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Die Zeit ist rum. Wir machen noch eine neue Runde. - Die CDU, bitte schön.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich würde gleich mal anknüpfen an das, was Dr. von Notz gerade gefragt hat, und dann macht meine Kollegin Warken weiter. Es geht in der Tat um Ihr Eingangsstatement und Ihre rechtliche Einschätzung, die Sie da gegeben haben. Ich bin jetzt ein ganzes Stück nicht schlauer geworden bei der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Antwort, die Sie Herrn Dr. von Notz gegeben haben. Können wir jetzt Ihrer Aussage heute hier entnehmen, dass Sie sagen: „Wir haben da eine Regelungslücke“, oder haben wir heute hier einen Praktiker da? Sie kennen sich ja aus, Ausland-Ausland-Kommunikation, Sie haben das jahrelang - - haben uns erklärt, wie Sie das alles gemacht haben. Gab es da für Sie eine ausreichende Rechtsgrundlage, ja oder nein?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da gab es für mich eine absolut ausreichende Rechtsgrundlage. Ich habe, wenn Sie das gestatten - in Gänsefüßchen sage ich -, das ja ein bisschen vielleicht polemisch gemeint. Wenn man jetzt aufgrund von auswärtigen Dingen, die sich ereignen, einen Ausschuss bildet, Sachverständige hört und dann die Herren Rechtsprofessoren, deren Job das ist im Gegensatz zu meinem - und den einen hatte ich ja in Karlsruhe sehr nahe vor mir -, jetzt feststellen: „Das ist alles überhaupt nicht rechtmäßig, was die da tun“, dann habe ich mich schon gefragt: Woraus kommt denn jetzt diese Ableitung? Aus den Snowden-Unterlagen - von den Zeugen war noch keiner vernommen - oder aus dem Fakt, dass wir in Frankfurt irgendwas mit oder ohne Vertrag oder Anordnung - wir; ich zähle mich noch dazu - gemacht haben wohl und das dem betreffenden Professor zur Kenntnis gekommen ist - - er dann schließt, also, das ist alles unrechtmäßig? - Ich weiß nicht, wo in dem G 10 seit dem 26.06.2001 - das ist, glaube ich, die letzte Fassung, die gilt, oder so - geschrieben worden ist, irgendwas drinsteht, wogegen wir verstoßen haben. Genauso wie ich im BND-Gesetz - -

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Entschuldigung?

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Herr Ströbele! - Wir unterhalten uns, Herr Dr. Fechner, nicht der Herr Ströbele.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Genauso gilt das für mich für die Dinge, die da im BND-Gesetz in den

Befugnissen stehen. Das ist für mich die Grundlage für das, was der BND - und Sie sprachen gerade auch noch den Weltraum an - macht und nach meinem Verständnis machen darf.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Gut, Herr Zeuge, ist ja in Ordnung. Das wollte ich nur noch mal herausgearbeitet haben. Sie sagen: Wir haben da eine ausreichende Rechtsgrundlage.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das denke ich schon.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Auf der haben Sie jahrelang gearbeitet.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das denke ich schon.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Und Sie sind genauso wie viele andere Kollegen, auch Bundestagskollegen, überrascht über die Einschätzung, die hier ein Sachverständiger gegeben hat. Sie haben auch, Herr Fechner, richtig festgestellt - Sie haben von Interpretation gesprochen; die Juristen sprechen da von Auslegung -: Selbstverständlich kann ich einen Text, auch die Verfassung und auch das Gesetz, unterschiedlich auslegen. Also Sie sind nicht der einzige, der sich da über das eine oder andere wundert. Aber wichtig ist ja als Praktiker - haben Sie heute noch mal klar gesagt -: Sie hatten eine ausreichend Rechtsgrundlage, auf der Sie Jahre gehandelt haben. - Ich darf aber noch mal - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Darf ich - -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Wollten Sie das noch ergänzen, oder?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ich wollte Ihnen erklären, warum ich da so ein bisschen inzwischen unsicher bin. Ich versuche ja mitzudenken, auch noch nach Pensionierung. Wenn ich dann jetzt wieder hier las, irgendwo hinten zitiert im Papier von Herrn Talmon „Das Abhören des Kanzlerhandys und das Völkerrecht“ - - Das hat Sie ja auch bei seiner Anhörung interessiert. Da las ich dann von einem anderen, der bei Ihnen war, Herrn Aust:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aust wies darauf hin, dass Deutschland bei einem Verfahren vor dem Menschenrechtsgerichtshof die Auffassung vertreten hatte, eine Überwachung via Satellit greife nicht in die Souveränität eines Staates ein.

Da fange ich einfach an zu denken und sage: Aha, es gibt solche und solche juristische Sichtweisen. - Und damit muss ich als Techniker leben; das ist ja das Schlimme.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Herr Dr. Fechner, das ist ja das Schöne: Da sind die Techniker: Bei ihnen gibt es dieses ohmsche Gesetz, und dann läuft das.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** So ist es.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Das gibt es eben bei uns Juristen nicht. Und das haben Sie, denke ich, auch sehr klar und gut zum Ausdruck gebracht. - Ich darf dennoch kurz fragen: Sie hatten vorhin in Ihrem Eingangsstatement die Leitungsbesprechung - oder bei der Befragung des Vorsitzenden - in 2002 angesprochen, wo es ja wohl erstmals um diese Kabelerfassung ein ganzes Stück ging. Da wurde wohl auch in der Leitungsbesprechung hingewiesen auf rechtliche und politische Probleme. Haben Sie da noch etwas in Erinnerung? Waren Sie damit näher be-  
traut, oder nicht?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein. Als Abteilungsleiter oder Unterabteilungsleiter in der Technischen Beschaffung bin ich nicht wirklich mit den politischen - die gab es wenig im BND zu diskutieren - oder rechtlichen Problemen des Kollegen in der Erfassung oder dem Versuch einer zukünftigen Erfassung - da war ja noch nichts gelaufen bei der Besprechung - berührt worden. Im Übrigen habe ich mir da - genauso wie vielleicht heute andere im BND - gesagt: Da verstehen andere mehr von. Das ist der AL 4, der eben Jurist ist und die Verwaltung leitet, der Präsident, und da brauche ich gar nicht die G-10-Juristen der Abteilung 2 zu - da gibt es andere, die sich darüber Gedanken machen müssen, ob ein Amerikaner jetzt eine Antenne stehen lassen soll oder wir bezahlen oder usw.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Herr Dr. Fechner, alles richtig. Nur wir haben eben Protokolle da, wir sehen, was gab es da für Zuarbeiten. Sie waren bei der Besprechung dabei, und da wurde eben auf diese rechtliche und politische Problematik hingewiesen. Da hatte ich nur gefragt, ob Ihnen das erinnerlich ist, ob Sie sich da geäußert haben. Und da haben Sie ja jetzt festgestellt, dass das nicht der Fall war.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein; denn, Herr Abgeordneter, ich hatte eben - - Dann habe ich auch ja an der Stelle weitgehend aufgehört mit dem Erzählen, wie es zum MoA kam, und noch weiteren Dingen, die da noch kommen und wir nicht besprochen haben bisher, Annexe, wo die Inhalte dann ja wohl drinstehen - - hatte ich am 28. oder Mitte April Ihnen gesagt, da war der AL 4, der hat Versorgung, Schutzbereich, Legende gesprochen, der AL 8 hat, glaube ich, was zu Sicherheit und Zaun gesagt, der AL 6 zum laufenden Betrieb Technik, Konzeption Sonderprojekte. Ich stelle jetzt hier fest: Ich habe nicht hingeschrieben, dass der AL 4 oder jemand anders über Recht gesprochen hat oder rechtliche Probleme.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Wir haben, Herr Zeuge, einen Vermerk, wo ausdrücklich drinsteht - - wo der AL 4 eben rechtliche und politische Problematiken bei dieser Kabelerfassung erkennt, den Präsidenten darauf hinweist und dieses in der Leitungsbesprechung - das war der 19. April 2002 - vorträgt. Jetzt war ja nur meine Frage, ob Ihnen das erinnerlich ist, ob Sie das geteilt haben, diese Auffassung, ob Sie sich da geäußert haben.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Abgeordneter, ist 19.04. - sagten Sie, glaube ich - die Besprechung - - Können Sie erkennen, ob da auch die UALs und ich dann auch dabei waren? Oder meinen Sie jetzt die vorher - -

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Ich habe jetzt gegenwärtig hier nur liegen einen Vermerk zur Vorbereitung dieses Gesprächs; von daher kann ich Ihnen das jetzt nicht genau sagen. Aber wir werden ja zu den Annexen dann noch kommen, Herr Zeuge. - Ich würde jetzt mal abgeben zu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einem weiteren Thema an meine Kollegin Frau Warken.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Herr Dr. Fechner, ich habe gleich hier auch bei dieser Präsidentenrunde ein im April 2002. Zunächst die Frage: Gab es im Anschluss an diese Runden weitere, ähnliche Runden, wo das Thema der Zusammenarbeit weiterbesprochen wurde? Was wurde da besprochen, und haben Sie daran teilgenommen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich versuche aufgrund meiner Aufzeichnungen, weil ich das ja alles nicht mehr so direkt in Erinnerung parat habe, wenn ich nicht gucke, was ich schon mal zusammengestellt habe, die Antwort zu geben: Ja, in der Besprechung war das letzte vielleicht doch ein MoA und die Beauftragung von Herrn Meier (?) als federführend. Danach war ich dann überrascht, als ich am 28. April erfuhr - das war nicht offiziell vorher mitgeteilt oder per Rundschreiben sonst erzählt worden -, dass das MoA - es war also dann doch ein MoA geworden und nicht mehr das MoU - das MoA JSA mit NSA unterzeichnet worden war. Am 28.04.2002 habe ich das auf irgendeine Weise erfahren; ich weiß jetzt nicht mehr, wo, wahrscheinlich nicht gerade vom Hörensagen, aber von welchen aus der Abteilung 4, die es mir erzählen wollten. Und ich weiß auch, auch noch aus Erinnerung, dass in der Zeit noch keine Annexe, wo die Inhalte, das Gehaltvollere drin ist, zu diesem MoA existierten. Insofern: Da war noch viel Diskussionsbedarf.

Am 12. Dezember - das ist für mich immer so ein bisschen der Gedanke mit Weihnachten -, da sprach man im Stab der Abteilung 2 von einer möglichen Kooperation mit der NSA und - was mich sehr verwirrte - von einem eigenen MoU Special Access. Ich nehme an, aufgrund dessen, was ich selbst mitbekommen habe - und das war wenig damals -, aber aufgrund der ganzen inzwischen auf welchem Wege auch immer bekannten veröffentlichten Fakten, dass es das dann vielleicht gar nicht mehr gegeben hat. Aber am 12. Dezember 02 hörte ich von Mitarbeitern aus dem Stab, dass man ein MoU Special Access plane. Jetzt nehme ich nicht an, dass es so geheim ist, dass es bis heute noch nicht irgendwo

aufgetaucht ist, wenn es das gibt. Oder war damit doch nur ein Annex zum bestehenden neuen MoA verbunden? - Das halte ich auch für möglich. Wenn man über drei, vier Etagen was hört, muss das nicht immer der wahre Stand vom ersten Bericht sein. Vielleicht war das auch die Aussage: Wir arbeiten jetzt an einem Annex Special Access. - Und da war mir „Eikonol“ bekannt, in dem Augenblick.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Sie hatten dann berichtet, dass in dieser ersten Präsidentenrunde im Prinzip die Federführung an den Dr. M. übergeben wurde. Jetzt können wir den zum einen nicht befragen - deswegen an Sie einige Fragen - bzw. kann ich mir jetzt nicht vorstellen, dass Sie dann weiterhin gar nichts mit dem Projekt zu tun gehabt haben. Deswegen würde mich jetzt schon interessieren: Wie ging es konkret weiter? Was hatten Sie tatsächlich damit zu tun? - Wenn Sie das noch mal konkretisieren könnten. Und wie ist man dann an die Ausarbeitung der Annexe gegangen? Können Sie was dazu sagen? Dann würde ich Sie nämlich noch gleich konkret weiterfragen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wenn Sie gestatten, versprühe ich hier mein ganzes Wissen, was ich versucht habe mir aufzuschreiben, damit es für Sie schneller geht und klarer wird, als wenn ich rumstottere. Also, nach der Zeit von Weihnachten 02 bis 28. Februar 02 habe ich mir aufgeschrieben: Wir in Unterabteilung 24 waren mit dem laufenden Betrieb in unseren sechs Außenstellen, Kontakt zum KSA und der weiterhin ja auch noch gewünschten täglichen Berichterstattung an unsere Abnehmer weiterhin ausreichend beschäftigt. - Mit anderen Worten: Das wurde weiterhin - und da war ich gar nicht böse drüber, sondern in Teilen froh, weil wir genug zu tun hatten; Closed Shop in 25 oder, wenn nötig, mit - von dort aus - AL 2 und anderen Abteilungen, insbesondere Herrn Breitfelder, und 64 diskutiert. Da war meine Unterabteilung nicht dabei, nach dem was ich in der Zeit erinnere.

Am 01.03.2003 war dann die Umorganisation, die alles wieder völlig änderte. Ich wurde UAL 27 und war nur noch zuständig für die zentrale Nachrichtensbearbeitung. UAL 26 wurde



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Dr. Meier (?), der dann die gesamten Außenstellen in seine Verantwortung bekam: Nachrichtengewinnung inklusive dem, was sonst nichts Offizielles irgendwo war, Sonderprojekte, neue Medien. Dr. Meier (?) ab 5. Mai 2004. Am 01.03.03 ging die gesamte Verantwortung auf UAL 26 über. Ich selbst habe aber seitdem nur noch die ZMB als Schnittstelle zur Unterabteilung 26, Nachrichtengewinnung, und unseren Abnehmern im BND, Abteilung 3, Auswertung, geleitet. In der Unterabteilung 27 fehlte es an Bearbeitern, die grundlegendes Know-how über FMA, IT und allgemeines Politwissen hatten. Ich musste - - Mir fehlten am meisten die Sprachler, Native Speaker, zum Beispiel Darsi, Farsi, Paschtu, Uru oder was es alles gibt, und zwar mit einer gewissen Qualifikation. Denn das braucht man, um die Dinge, die aus den Außenstellen - egal jetzt von Satelliten, vom Kabel, von wo auch immer - kommen auf Ihren Tisch - - Da sind keine Metadaten davor. Sie müssen keine Umschläge mehr öffnen. Sie kriegen was, was ein Erfasser mitbekommen hat oder was in einem Telex ausgedruckt wurde. Da müssen Sie sich mal einen Reim drauf machen, da müssen Sie erst mal die Sprache beherrschen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Bevor wir jetzt vielleicht in diese Details weiter einsteigen, würde ich gern noch mal einen Schritt zurück zum Abschluss des MoA und die Verhandlung der Annexe. Haben Sie Kenntnis darüber, wann dann tatsächlich die Verhandlungen auch über die Annexe abgeschlossen waren? Sie hatten gerade schon ein Datum genannt, wann dieses MoU unterzeichnet wurde, und dann ging es ja weiter mit den Annexen auch und dem MoA.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich glaube, ich muss Sie so enttäuschen, wie ich es selber war, als ich auch im Aktenstudium jetzt danach nachgewühlt habe. Ich habe aufgeschrieben von März 2003: Von 3/2003 bis 7/2005 war ich von den streng abgeschotteten Aktivitäten zunächst absolut, dann nur mit AL Breitfelder Wissen etwas weniger ferngehalten. Die weiteren zur Erstellung der - ich weiß nicht, wie viele MoUs - - die weiteren zur Erstellung der vier oder fünf MoA-Annexe - Entschuldigung, nicht MoUs, MoA-Annexe - notwendigen Verhandlungen mit NSA, die muss es

ja gegeben haben, über Haushalt, Sicherheit, Technik, Zusammenspiel in der Gruppe bei der Bearbeitung, Auswertung von Informationen. Das wird ja wahrscheinlich alles in den Annexen stehen. Darüber habe ich nichts gewusst, außer mitbekommen, dass das wohl sehr zäh gelaufen ist. Ich nehme an, weil, von Herrn Dr. Meier (?) angefangen, auch andere dazu ihren Beitrag dazu geliefert haben und gesagt haben: Nein, nein, so geht es nicht. - Das hat lange gedauert, bis die wahrscheinlich für beide Seiten akzeptabel auf dem Tisch lagen. 4, 6 und 8 sind sicher die Stellen, die dort sehr viel zugearbeitet, korrigiert oder bestätigt haben. Die ist sehr zäh verlaufen, die Diskussion, die Termine sind - das weiß ich genau - für die Erstellung und Abgabe jeweils immer wieder um, ich glaube, Vierteljahre verlängert worden.

Dann gibt den Terminus technicus „das CONOP“; ich weiß nicht, ob dieser Begriff bei Ihnen aufgetreten ist. Das CONOP, das Concept of Operations, das macht man immer, wenn man irgend so etwas entwickelt: Wie wickeln wir das ab? - Das CONOP ist dann meines Wissens vielleicht Dezember 2003, vielleicht aber auch erst später, bis in Mitte 14 [sic!], ich weiß es nicht, erstellt worden. Was ich aus der Zeit behalten habe, mitbekommen und noch mal hier geprüft habe in Unterlagen, ist, dass aus der CGG im Juli 2003 nach meinen neuen Erkenntnissen SUSLAG wurde und aus dem JAC im Mai 2003 die JSA, die Activity. Das habe ich, glaube ich, ziemlich gesichert.

Was Sie vielleicht schon wissen, aber für mich dann abrundet und das Ende fast bedeutet, ist: Ende 2003/Anfang 2004 wurde eine Steering Group gebildet. Wenn sie Ihnen noch gar nichts sagt, muss ich ausholen. Sehen wir mal, wie weit ich da - - Ich überschaua das jetzt rechtlich nicht, Aussagegenehmigung - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Holen Sie ruhig mal aus.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich fange an. Ich lese etwas langsamer, damit man mich anhalten kann.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**RD Philipp Wolff** (BK): Die Einzelheiten der Inhalte sind auch in den entsprechenden Annexen bzw. in dem MoA geregelt und eingestuft.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da komme ich nicht auf die Einzelheiten, glaube ich. Ich denke, ich habe mir aufgeschrieben - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Die weiteren Verhandlungen und notwendigen Aktivitäten sind dann ab Ende 2003/Anfang 2004 wohl unter PR - Präsidentenaufsicht/Verantwortung? Kann ich nicht feststellen, aber die hat er wahrscheinlich immer irgendwo - durch eine Steering Group als oberster Instanz für die Zusammenarbeit - die hatte auch eine Geschäftsordnung - unter Federführung UAL 26 mit den Hauptakteuren - und das steht meiner Erinnerung nach in dem Papier - AL 2, UAL 26 und UAL 64 gesteuert worden. Da wurde eine Steering Group gebildet, die auch anderen gegenüber - ich interpretiere das als auch gegenüber den ALs 4 oder 6 oder wer noch irgendwo was zu tun hatte - -

**Nina Warken** (CDU/CSU): Kurze Zwischenfrage: Warum war das aus Ihrer Sicht nötig, dass man dann so eine Steering Group bildet? War das in anderen Projekten auch üblich?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das kann ich heute nur in der Abschätzung dessen, was ich durch die Veröffentlichung weiß, sagen: Bei so einem Brocken, sowohl technisch anspruchsvoll wie auch - ob jetzt politisch oder rechtlich, wie auch immer - heikel oder zumindest höchster Aufmerksamkeit bedürftig, ist es ganz klar, dass man jemanden oder eine Gruppe als Steering Group einsetzt. Das finde ich sehr einleuchtend und vernünftig.

Diese Steering Group unter der Leitung von UAL 26 hatte eben drei Mitarbeiter: AL 2, UAL 26 und 64. Dann steht da nämlich für mich: Ich habe davon in Unterabteilung 27 fast nichts mitbekommen, hörte aber von den Special-Access-Aktivitäten zum Aufbau des Erfassungssystems in Frankfurt. - Das ist Ende 2003/Anfang 2004.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Und die Agenda dieser Steering-Group? Können Sie dazu - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Habe ich nicht - - Ich weiß auch nicht, ob ich sie je gesehen habe. Ich weiß, dass es eine gab. Eine Agenda kenne ich gar nicht. Aber eine Geschäftsordnung gab es; davon weiß ich.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Eine Geschäftsordnung, die aber jetzt nicht die Inhalte der Verhandlungen geregelt hat, sondern - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Weiß ich nicht; aber nehme ich nicht an. Nach dem Namen, denke ich - - Da stand drin: Also, der hat was zu sagen, und der andere hat zu folgen. - Oder: Wenn Dissens, dann bitte an den und den richten. - Das, was normalerweise in der Geschäftsordnung steht.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Und die blieb dann weiterhin bestehen, oder wurde die dann wieder aufgelöst, diese - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Kann ich nicht sagen. Aber ich denke heute, wahrscheinlich wird die, bis das Ding mal zum Laufen kam, doch wohl bestanden haben. Ich habe dazu noch geschrieben: Geplant war Stand Anfang 2004 Beginn der leitungsgebundenen Kabelerfassung - die hieß da leitungsgebunden „Dial“ für die Wahlverkehre -, ab 9/2004 ursprünglich. Das war aber prompt das, was ich sagte: zeitlich nicht zu schaffen. Da habe ich dann als Information 7/2005. Ich will nicht sagen: Passt. Das macht Ihnen vielleicht auch verständlich, dass ich den ganzen Tag schon sage: Als 24er habe ich davon sowieso nichts mitbekommen, was dann erst 924 oder 725, als ich gar nicht mehr in irgendeiner Verantwortung da war, vielleicht erledigt worden ist.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Darf ich noch eine Verständnisfrage stellen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, bitte.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ursprünglich war ja der UAL 25, nämlich der Dr. M., mit der Federführung befasst. Jetzt sagen Sie: Diese Steering-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Group unter der Leitung von UAL 26. - War das jetzt nur aus organisatorischen Gründen eine andere Bezeichnung? War das weiterhin der Dr. M, oder war das jemand anders?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Nur, damit ich es dann am Ende richtig habe.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, verstehe ich. - Aus Erinnerung und heutiger Interpretation sage ich: Damals war er zunächst allein der, der sich mal drum kümmern soll, dass MoU, MoA oder was auch immer, mit den Amerikanern abgestimmt mal irgendwann vorgelegt werden kann. Dann war das ja unterzeichnet. Jetzt ging es drum: Mach mal Konkretisierung, auch Auftrag geben an andere Bereiche in der Abteilung 6 oder jemanden, der den Zaun erneuern oder abreißen sollte aus der Abteilung 4. - Dann wurde es eben eine Steering-Group, wo einer Head von war, und das war Dr. Meier (?). So erkläre ich mir das Schaffen der Steering-Group und auch ihre Existenz, nehme ich an - - ziemlich lange, bis die Dinge mal so weit waren, dass man nichts mehr steuern musste.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und wenn ich es richtig verstehe, hat die dann praktisch nach Abschluss der Annexe dafür zu sorgen gehabt, dass dann tatsächlich die Zusammenarbeit anlaufen konnte und die Umsetzung, das, was man vereinbart hat - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das Schlimme ist: Ich könnte jetzt aufgrund meines Wissenstands antworten: Ich weiß gar nicht, ob die Annexe fertig geworden sind. - Also, kurzum - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber Sie gehen davon aus, dass sie fertig geworden sind.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja. - Und wenn das jetzt drei, vier oder fünf waren, dann weiß ich aber trotzdem jetzt nicht, ob danach noch irgend-eine Gruppe weiter auserkoren war, diese Betriebe - denn dann lief es ja als laufender Betrieb eine Zeit lang - zu begleiten oder zu beaufsichtigen. Dazu kann ich keine Aussage machen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und was war denn dann Ihrer Kenntnis nach, bzw. was Sie mitbekommen haben, nach Fertigstellung der Annexe - von der wir ja ausgehen - erforderlich, bis dann die Zusammenarbeit tatsächlich anlaufen konnte?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da bin ich jetzt sowohl erinnerungsmäßig wie auch altersbedingt wie auch interessenbedingt nicht mehr im Kopf, dieses parat habend - - nicht aussagefähig. Denn, wenn in dem einen Annex was stand über: „Wie machen wir das denn in Aibling infrastrukturell? - Sie wissen doch, was das für eine große Anlage war -, und in dem anderen steht: „Wie machen wir das denn mit den Leuten, die da in Frankfurt Probleme mit uns hatten?“ - - Nein, die hatten sie da ja noch gar nicht; denn die Probleme mit den Leuten in Frankfurt können ja eigentlich erst nach Fertigstellung der Annexe - kommt mir gerade - entstanden sein. Vorher wird man ja nicht da angefangen haben und gesagt haben: Ich möchte mal gerne auf dieses oder jenes Kabel zugreifen. - Das weiß ich schon nicht mehr.

Und der dritte Punkt mit dem „Glo“, der ist ja zeitlich - weil ich das jetzt inzwischen auch gehört habe; hatte ich nie was von gewusst - später gewesen und kürzer oder - - und ist auch was ganz anderes und Simpleres; leitungsvermittelt usw. - Fehlanzeige bei mir, sorry.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Dann noch eine Frage zur Einbindung des Kanzleramtes bzw. zu Ihren Kontakten mit dem Kanzleramt. Inwiefern war das Bundeskanzleramt denn dann auch in diese Leitungsrunden eingebunden bzw. fanden andere Leitungsrunden statt mit den Abteilungsleitern, an denen Sie dann auch in der Funktion als Abteilungsleiter teilgenommen haben? Können Sie dazu was sagen, zu Ihren Kontakten allgemein mit dem Kanzleramt und zu der Einbindung des Kanzleramtes jetzt in der Frage der Zusammenarbeit mit den Amerikanern?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Als Erstes schießt mir durch den Kopf die Antwort, die Sie ja auch selber schon parat haben: Ich nehme an, dass der Präsident genauso eine gewisse Berichtspflicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gegenüber seinen vorgesetzten Stellen und Kanzleramt in dem Fall hat oder hatte oder empfand wie ich und Herr Meier (?) oder wer auch immer im BND gegenüber seinem Chef. Ich weiß aber nicht, wann er das wie gemacht hat, und ich kenne auch nicht die Papiere, mit denen ein BND-Präsident verpflichtet ist, Meldung zu machen, wenn zum Beispiel im Fall einer Kooperation mit den Amerikanern MoUs oder Annexe erstellt oder abgefasst und unterzeichnet werden.

Ich gehe davon aus, dass er - die berühmte Dienstaglage gibt es vielleicht noch immer oder so - irgendwo mal was davon erzählt hat, wie weit er jetzt in der Zusammenarbeit mit den Amerikanern ist. Alles andere wäre doch sehr verwunderlich, weil inzwischen ja Gott und die Welt leider auch wissen, dass es irgendwann auch Besuche aus dem Kanzleramt beim BND gab mal. Also muss man solche Leute ja wohl auch irgendwie auf dem Laufenden halten. Oder sind die mal irgendwann daran interessiert, zu hören: Wie ist es denn? Ist es was? - Also: Kann ich nicht mehr zu sagen.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Sie haben ja jetzt schon mehrfach berichtet, dass Sie sich auch über die Presse auf dem Laufenden gehalten haben. In der Presse, in der *Süddeutschen Zeitung* vom 4. Oktober 2014, konnte man auch zu „Eikonal“ lesen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Nämlich, da wurde die Aussage getroffen, dass die Entscheidung zugunsten der Operation „Eikonal“ von Kanzleramtschef Dr. Steinmeier und BND-Präsident Dr. Hanning getroffen worden sei. In dem Artikel heißt es:

Einen direkten Zugriff der NSA wollte Steinmeier in keinem Fall gestatten. Aber es ging auch so: Der BND zapfte Frankfurt an, dann ging es per Datenleitungen nach Pullach und von dort in die Rechner der Mangfall-Kaserne in Bad Aibling.

Haben Sie über eine solche Entscheidung des Kanzleramts Kenntnis?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich hatte zunächst gesagt: „Ja“, und habe jetzt gemerkt: Sie kennen einen anderen Artikel - vielleicht ist das Datum auch nicht genau das gleiche - als ich. Ich habe einen Artikel von der *Süddeutschen* oder *Spiegel* - was war das jetzt? *Süddeutsche*; ich vielleicht auch - gesehen, wo ich gedacht habe: Nanu? Wenn ich da gefragt werde, werde ich aber sagen, wie es wirklich war. - Da steht nämlich drin, dass der Abteilungsleiter 2 - das war ich dann in der Zeit, wo die schreiben - dann im - ich sage mal; wann war das? - Juli 2008 gesagt habe: Nein, das hören wir jetzt auf; ist Schluss. - Und ich hatte Ihnen schon vor Stunden gesagt, ich habe nie als Abteilungsleiter irgendwo eine Entscheidung getroffen oder bin nach einer gefragt worden und hatte keinen Mut, eine zu treffen, oder was auch immer zu dem Thema. Im Gegenteil: Ich ging davon - -

**Nina Warken** (CDU/CSU): Aber jetzt - - Auf die Frage würde ich gleich gern auch zurückkommen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Kommen Sie dann noch? - Okay. Gut.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Aber zuerst die Frage: Entscheidung im Kanzleramt. Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Diesen Artikel kenne ich nicht. Und von einer Entscheidung im Kanzleramt, wann auch immer, weiß ich auch nichts. Ich wusste irgendwann irgendwodurch, dass das Kanzleramt - fragen Sie mich bitte nicht; doch, Sie können mich fragen; aber ich kann es nicht beantworten, ob jetzt 2000, 2001 oder 2002 - sicherlich darüber informiert wurde, dass man einen Kabelansatz mal so clandestine, wie es war, in Deutschland plante. Davon gehe ich sicher aus. Dafür habe ich meine Ohren angestellt, aber schriftlich auch nichts gesehen. Aber da bin ich mir schon sehr sicher, dass das stimmt. Aber darüber hinaus: Später weiß ich nicht mehr, in welcher Form das Kanzleramt auf dem Laufenden gehalten wurde oder selbst irgendwo zur



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Entscheidung gefordert, herausgefordert oder sonst was war.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut. - Dann noch käme ich auf das zurück, was Sie eben schon noch mal angestoßen hatten: auf die Beendigung des Projekts „Eikonol“, die ja Mitte 2008 stattfand. Sie waren ab 28.04.2008, wenn ich es richtig erinnere, der Abteilungsleiter.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Richtig.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Jetzt würde mich schon interessieren, wer dann die Entscheidung zur Beendigung der Operation getroffen hatte. Der Zeuge Dr. Urmann hat uns gesagt, die Entscheidung sei von seinem Nachfolger getroffen worden. Was können Sie dazu sagen? Oder -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das habe ich ja nicht in Ihrer Kurzfassung, also im netzpolitik-Blog, eben so gelesen und war baff, erstaunt, dass er das so sagte. Ich meine, dann hat er es wahrscheinlich auch so in Erinnerung gehabt. Alles, was ich als AL da neu kommend und jetzt fragend: „Was muss man als Erstes machen?“ - das war dann eben was anderes -, „Welthungerhilfe, Koelbl oder Umorganisation?“, dazu erfahren habe - dessen bin ich mir sehr sicher und was ich auch noch erinnere -, ist, dass mir gesagt wurde: Das ist beendet; das hat mit Ihnen gar nichts mehr zu tun; können Sie vergessen.

Ich kann es mir nur so erklären, dass Herr Urmann acht Tage, vier Wochen - was weiß ich -, bevor er versetzt wurde, in der Abteilung mit den zuständigen Stellen, vielleicht auch seinem Nachfolger, dem UAL, der für diese Dinge dann da zuständig war in Frankfurt, gesagt hat: „Nein, das hören wir jetzt ab. Leute, baut das ab“, so ohne ein Dokument, vielleicht sogar in irgendeiner Sitzung. Das ist von denen nach meiner Kenntnis, nach den Erzählungen, die ich dann als AL später gehört habe, so auch übernommen, ernst genommen - war ja auch okay - worden von den Leuten, die da waren, als ich kam, und war schon zum Teil erledigt.

Ich glaube, bei „Glo“ ist mir gesagt worden: Da ist überhaupt sowieso nichts mehr da; da brauchen

Sie gar nicht mehr fragen, was es war. - Und bei „Eikonol“ war der Abbau schon unterwegs, war er schon entweder geschehen oder nicht. Da kam ja auch in dem Artikel oder in dem Netzprotokollbericht die Frage: „Wo gingen die Geräte hin?“, oder so. So weit habe ich nie gedacht. Da habe ich auch nie nach gefragt. Das weiß ich auch nicht. Aber aus Erfahrung von anderen Sachen: Wenn irgendwo was gemacht wurde und schiefging, dann gehe ich davon aus, dass die Geräte abgebaut wurden und im Bestand des BND - vermutlich der Abteilung 6, Technische Unterstützung - weitergenutzt wurden.

Mit gewissem Unbehagen sage ich da: Da erinnert sich Herr Urmann etwas zu ungenau. Denn mir wurde gesagt: Das ist schon alles entschieden worden von ihm noch, noch bevor er da versetzt wurde, und das ist in der Mache. - Und insofern finden wir uns da vielleicht auch wieder - ich mich mit ihm.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**

Gut. Schönen Dank. - Dann geht die Fragerunde weiter an Frau Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, Herr Dr. Fechner, genau an dieser Stelle würde ich gerne weitermachen, weil da ergibt sich mittlerweile bei uns jetzt so ein Problem. Wir haben ja nun verschiedene Zeugen hier gehört und an bestimmten für uns spannenden Punkten - und einer ist natürlich zum Beispiel das Ende von „Eikonol“ - wird es sehr ungenau bzw. bauen sich Widersprüche auf. Und man hat mittlerweile das Gefühl, dass das auch alles kein Zufall ist. Also, sage ich Ihnen jetzt so, dass uns also hier Geschichtchen irgendwie - kann ja in der persönlichen Wahrnehmung so sein - erzählt werden, die uns irgendwie sozusagen weiterhin in dieser Unsicherheit lassen, zum Beispiel zu erkennen, ob es ein Nachfolgeprojekt gab, ja oder nein, und, wenn ja, wie dieses eingespielt wurde.

Aber wenn Sie zum Beispiel jetzt sagen - Sie waren Abteilungsleiter -: „Kann sein, dass da die Technik abgebaut war; wo die dann hinkam, weiß ich nicht“ und so was, dann erscheint mir das angesichts dessen, dass es ja hier um ziem-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

liche wertige Apparaturen ging, dass das eine besondere Operation war und nicht wie jede andere auch - „Eikonol“, also besonders gesichert, Sonderprojekt irgendwie; man hat mit der Telekom - - Sie wissen - - können wir uns, ehrlich gesagt, nicht erklären, dass das dann an dieser Stelle so ungenau wird.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, verstehe ich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Es gibt noch andere sehr ungenaue Stellen. Also, da kann ich jetzt zum Beispiel - - Wie viel Daten wurden erfasst? Waren Metadaten darunter? Es gibt immer wieder diese für uns zentralen Stellen, ja? Und da erinnert man sich vielleicht an anderen Stellen ziemlich genau daran, wer bei irgendwelchen Besprechungen zusammen war. Aber an diesen zentralen Stellen kommen wir nicht weiter. Und deswegen müssen wir einfach da noch mal so dezidiert nachfragen. Es kann sein, dass das schon beendet war und dass die Technik abgebaut war und dass sich dann Herr Urmann vielleicht falsch erinnert.

Also, gab es denn Unterlagen, die Sie bei dieser Übernahme gesehen haben zu diesem Projekt - also zum Beispiel Sachstandsberichte oder so was -, wo Sie genau gesehen haben: Was ist augenblicklich Phase? Was war Phase? Wie viel Daten wurden erfasst usw. Welche Strecken waren betroffen? Oder hat man darüber nicht geredet?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich verstehe Ihr Unbehagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ganz einleuchtend deshalb auch der Verdacht: „Das kann doch nicht sein“, und eine gewisse Unglaubwürdigkeit dann vermutend. Ich bleibe bei der Aussage, dass mir sowieso nichts in einer Übergabeverhandlung oder irgendwas zwischen Herrn Urmann und mir übergeben oder erzählt worden ist, dass ich unsicher nicht am ersten Tag - - Ich erinnere mich jetzt - bitte nehmen Sie das mal wirklich so auf -: Das war auch stressig. Am 28.04. kam, nachdem gesagt wurde: „Komm schnell rüber, Presse und

alle, und wir müssen da einiges ändern“ - - Herr Urmann weg, ich dann da anfang, aber nicht wegen „Eikonol“ und so. Das war zu der Zeit überhaupt nicht irgendwo virulent, sondern wegen Koelbl/Farhang war es, glaube ich, oder dann - schlimmer noch für mich, weil ich da zu tun hatte, obwohl es alles vor meiner Zeit war - Deutsche Welthungerhilfe - - mich um so was gekümmert habe. Und jetzt kommt das, und ich musste dann denen erklären: Jungs, tut mir leid, ich konnte ja nicht wissen, dass ich jetzt hierhin versetzt werde. Ich habe mir als AL 6 schon vom Präsidenten vor einem Jahr einen längeren vierwöchigen Urlaub genehmigen lassen. - Und den habe ich dann tatsächlich - ich glaube, vom ersten bis letzten Junitag - angetreten. Also hatte ich den April, dann habe ich verschnauft, und dann bin ich wiedergekommen im Juli. Und im April - bin ich ganz sicher - habe ich zum Thema „Eikonol“ weder gefragt noch was gesehen, weil das überhaupt nicht jemanden bedrückte in dem Augenblick, sondern Urmann war weg, und die anderen Dinge, die hier in der Presse jetzt in der Zeit thematisiert wurden, waren das Problem.

Ich habe von diesen beiden Dingen, „Eikonol“ und „Glo“, noch mal irgendwann im Herbst - vermutlich im Zusammenhang mit Aufstellung Jahresrückblick oder was - dann erzählt bekommen, und ich nehme an - wer sonst hatte die Kenntnis und war mir so nahe wie B. K., mein Stabsleiter? -, dass „Eikonol“ - das ist ja schon lange beendet und so; Sie wissen ja - hier abgebaut worden ist, dass „Glo“ schon vorher weg war. Und das habe ich nicht nur geglaubt, sondern ich bin auch sicher, das war auch völlig die Wahrheit, die mir erzählt wurde, und so war es.

Und es ist auch irgendwo, finde ich, gar nicht schlecht, zu wissen, dass, wenn ein AL sagt zu seinen Leuten: „Nein, das ist nichts; das hören wir jetzt auf“ - und bei „Glo“ muss es ja schon eher in ruhigeren Phasen der Fall gewesen sein wohl, bei „Eikonol“ -, und das so sagt und dann was passiert, was weder er noch die Mitarbeiter sich gewünscht hatten und plötzlich er nicht mehr ihr Chef ist und weg ist, dann arbeiten die trotzdem in seinem Sinne und so, wie sie es verstanden haben. Und das war auch gut so aus meiner nachträglichen Sicht, wie sie es getan haben,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nämlich: Sie haben die Dinge abgebaut und weggebracht.

Was ich mich noch heute frage und nichts drüber weiß und habe, ist - oder mein Rückschluss, so wie Sie ihn auch legitimerweise ja anstellen -: Hatte man das dann vorher auch mit den Amerikanern der NSA besprochen, und wussten die dann auch: „Weg kommt es sowieso; wir behalten es auch“, oder: „Es ist unseres“, oder sprachen die schon nicht mehr mit uns, weil sie so gekränkt waren und haben das einfach abgezogen? Das sind alles Punkte, die ich nicht weiß, aber wo ich von ausgehe - auch wie ich Urmann kenne oder andere -: Das war mit denen wahrscheinlich schon ein Vierteljahr vorher langsam besprochen. - Das geht nicht. Die Filter, die schaffen das nicht, die 100 Prozent da, und anderen Ärger wollen wir nicht riskieren, und beim Recht, beim deutschen Gesetz wollen wir auch nichts falsch machen. Dass das „Aufhören“ - in Anführungsstrichen -, ob jetzt gemeinsam oder BND allein, beschlossene Sache war, da gehe ich von aus, schon weit bevor dann angefangen wurde, abzubauen, und dass nicht hinterher irgendein Amerikaner überrascht war, dass die plötzlich die Dinger abbauten. Aber ich habe darüber nichts gesehen, nichts gelesen und dazu nichts verfügt. Und dabei bleibe ich bis 0 Uhr. Dann müssen Sie, glaube ich, aufhören heute, nicht?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, über konkrete Stellen aus unseren Akten können wir ja leider dann erst in der eingestuften Sitzung sprechen. Wie sieht es denn aus? Hatten Sie denn selbst mal Kontakt zu Providern, bei denen solche Operationen liefen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich denke jetzt über 28 Jahre nach - aber das könnten ja nur die letzten wahrscheinlich sein von der Technik her - und sage: null.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie waren auch nie vor Ort mal bei der Telekom?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Null. Nie. Hätte ja auch keinen Sinn gemacht. Als ich da wiederkam, war ja sozusagen nichts mehr da, nach dem,

was ich jetzt so gerade die ganze Zeit erklärt habe.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Und am Anfang war ich nicht dabei, weil nicht zuständig oder weil streng geheim und: Besser soll der nichts wissen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und bei der Operation „Glo“, wie war da der Sachstand, als Sie - - Sie sagten ja mal - Sie haben diese Operation hier mehrfach schon genannt -, also, dann nahmen Sie an, das ist schon weiter im Abbau begriffen. Aber was wussten Sie zu dieser Operation?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Zu „Glo“ habe ich nichts gewusst, bis mir W. K. - und sicher nicht im April, in meinem ersten Tagen, vier Wochen; und ich meine, irgendwo hinten, September, Oktober, als es drum ging, die Rückschau übers Jahr zu machen - erzählt hat, es gab mal eine gemeinsame „Glo“, aber die ist schon längst beendet, und die war auch technisch nicht so anspruchsvoll, weil es um Leitungsübermittlung und damit über einfache Selektionsmechanismen - - Ich denke, funktionierte oder was. Mehr weiß ich nicht. - Was ich dann noch weiß inzwischen, weiß ich alles nur durch jetzt Presse, Funk und Fernsehen. Aber das brauche ich Ihnen nicht noch mal erzählen. Das wissen Sie auch.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, das wissen wir. - Aber Sie haben auch dazu keine Sachberichte oder irgendetwas gesehen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Null, null.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Null?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Null.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ist das denn üblich?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, wenn es mich nichts mehr angeht, wenn die Sache abgeschlossen ist, ist es, finde ich, eigentlich - - Ich habe dann auch nicht Lust und Zeit gehabt, zu sagen: Ach, erzähl mir doch noch mal was. Was war



## Nur zur dienstlichen Verwendung

denn eigentlich vor meiner Zeit? Dazu hatte ich eigentlich den Tag über genug anderes aus meiner Zeit.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dann will ich mal so rum fragen: Gab es denn zu Ihrer Zeit jetzt Operationen zusammen, also Abgriffe am Kabel, mit einem AND eines Five-Eyes-Staates, in deren Folge Sie zum Beispiel die Frage - -

(RA Johannes Eisenberg  
stellt sich neben den  
Zeugen)

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Sie stehen?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Das irritiert mich auch, Herr Eisenberg. Man denkt immer, Sie sind im Gehen begriffen oder irgendwas ist irgendwie.

Gab es denn andere Operationen zu Ihrer Zeit jetzt mit einem AND, also einen Kabelabgriff in Deutschland, in deren Folge man zum Beispiel ja dann darüber hätte sprechen können: „Das ist unser zweiter Anlauf; wir hatten ja schon ‚Glo‘; da gab es das; jetzt gibt es dieses“? Also, ganz konkret: Gab es weitere Kooperationsprojekte mit NSA und CIA, in deren Bearbeitung Sie zum Beispiel noch mal sich dann diese alten Geschichten und warum die nicht so gut funktioniert haben angeguckt haben?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe in meiner Zeit keinerlei derartige Kooperationen oder Absichten dazu mit einem der Five Eyes, um sie alle zusammenzunehmen, gesehen, gehört und erwartet. Ich habe in der Zeit - aber das hat überhaupt nichts mit dem Untersuchungsthema zu tun - gewusst von TKÜ-Maßnahmen, die mit Anordnung liefen - ich glaube, es waren drei Stück oder wie -, aber auch praktisch nichts gesehen. Aber das wusste ich so: Das lief auch noch während meiner Zeit. Aber in der Richtung, in der Sie fragen, auch wieder: Total nein, Fehlanzeige, nichts.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Danke, Frau Renner. - Da müssen wir bis zur nächsten Runde warten. Ich hätte noch mal eine

Frage, Herr Dr. Fechner. Möchten Sie vielleicht eine kleine Pause haben? Wir haben ja nun schon einige Stunden - - Sonst - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Danke. - Vielleicht haben Sie den Eindruck, ich brauche sie; aber ich brauche sie nicht.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Nein, das ist nur ein nettes Angebot.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Danke. Ist sehr freundlich; aber ich fühle mich wieder in meine alten Zeiten versetzt.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Gut.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Und da hatten die UALs immer Probleme und brauchten ab und zu eine Pause. Meine Blase ist größer. Nein, es geht weiter.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Wir ziehen das ganz fein durch. Genau. - Aber ich denke mal, man soll schon mal zwischendurch fragen, ob Sie eine kleine Erholungspause oder sonst ein paar Minuten brauchen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Danke.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Dann, weil sich das ein bisschen hinzieht - wir sind gerade in der zweiten Befragungsrunde -, geht es in diesem Rahmen bei der CDU weiter.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja, Herr Dr. Fechner, dann bin ich wieder dran und würde auf diesen Zeitungsbericht noch mal zurückkommen, den Sie gerade auch angesprochen hatten. Das war auch die *Süddeutsche* vom 4. Oktober 2014. Dort steht:

Als der Abteilungsleiter der Technischen Aufklärung ... im Juli 2008 ein Resümee der Operation zog, räumte er ein, dass der Filter, der die Rechte der Deutschen sichern sollte, nie richtig funktionierte. „Das Vorhaben scheiterte daran, dass es technisch nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

möglich ist, eine absolute und fehlerfreie Trennung von geschützter und ungeschützter Kommunikation zu erreichen.“

Stammt die Äußerung von Ihnen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein. Ich meine, ich hätte das eben schon gesagt. Ich hoffe für den Schriftsteller, der das da niedergelegt hat, dass er im Notfall das auch im Originaldokument zeigen kann, dass der AL 2 - im August war es, oder? ich weiß nicht mehr - das so - -

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Juli!)

- Juli?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Juli 2008.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Juli? - Ich habe es nicht parat, aber ich habe es zu Hause auch gelesen. - - das so gesagt hat. Denn im Juli war ich der AL 2. Dann müsste ich das gesagt haben. Und dann noch mit so einer intelligenten Begründung, nicht wissend, was in „Eikonal“ gelaufen ist. Ich möchte gerne - und ich empfehle Ihnen das auch - wissen: Woher hat er das? Wo ist das dokumentiert? Wer hat ihm das gesagt? Ich war das nicht. Und da ist eben auch der Punkt, wo man entweder nichts mehr erinnert oder durcheinanderkommt, oder vielleicht war es Urmann, aber nicht im Juli, sondern von mir aus im März oder April noch; das mag ja sein. Aber ich war es nicht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Sie können dann auch keine Aussagen dazu treffen, inwiefern Filter funktioniert haben, inwiefern händisch nachgeprüft werden musste?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein. Das kann ich jetzt ein bisschen und mehr spekulativ als wirk-

lich wissend aufgrund der vielen Veröffentlichungen, die es dazu gibt, und ihrer Anhörungen und so - - Aber null in 2008.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut. - Dann würde ich zu einer anderen Zeit wieder zurückkommen, nämlich zu einem Vermerk. Da waren Sie Leiter der Abteilung 6. Der Vermerk ist vom 8. August 2006. Wir würden Ihnen das Dokument auch gerne vorlegen. Der Vermerk hat den Betreff: „Erweiterung der Produktionssysteme der Dienststelle LA60“. Er wurde an die Hausleitung und an alle Abteilungsleiter verteilt. In dem Dokument wurden rund 1,5 Millionen Euro Haushaltsmittel für die Beschaffung von zusätzlicher Hard- und Software zur Erweiterung der Verarbeitungskapazitäten in Bad Aibling beantragt. Da ist auch eine Begründung angefügt. In der heißt es - ich zitiere -:

In weitreichender Kooperation ... JSA... wird in Bad Aibling ... mit USATF Fernmeldeaufklärung betrieben. ... Die Arbeiten an Erfassungs-, Selektions- und Nachrichtenbearbeitungssystemen gehen planmäßig voran. Probe- und Testbetrieb vorhandener Einrichtungen machen nunmehr jedoch zum 2. Quartal 2007 ein unerwartet hohes Aufkommen (Faktor 100) offenkundig, das mit den vorgesehenen Einrichtungen nicht zu bearbeiten ist. Nach dem heutigen Stand müsste der größte Teil dieses Aufkommens zum Zwecke der Datenreduktion ungesehen ausschließlich nach quantitativen Gesichtspunkten gelöscht werden.\*

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Ich gebe Ihnen kurz Zeit, das auch noch mal durchzulesen. Es gibt da noch einen handschriftlichen Vermerk, dessen Urheber unbekannt ist; auf der letzten Seite dieses offiziellen Vermerks.

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats und der folgenden Zitate lautet: MAT A BND-8a, Blatt 15-17.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dort ergibt sich, dass die beabsichtigte Maßnahme vom AL 2 - das ist Herr Dr. Urmann - erläutert und beantragt wurde. Und weiter heißt es, dass AL 4 und AL 6 - das müssten dann Sie sein - ergänzt und ihre Zustimmung gaben. Also, letzten Endes ergibt sich aus den Unterlagen, dass Sie von diesen beantragten Haushaltsmitteln Kenntnis hatten und wohl auch mit darüber beraten haben und Ihre Zustimmung gegeben haben. Können Sie grundsätzlich was zu dem Vorgang sagen zunächst?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich versuche, mich zu erinnern. Wenn ich nicht dieses Papier bekommen hätte und Sie mir gesagt hätten, dass es da was gibt, hätte ich aufgrund Ihrer Schilderung gesagt: Nein, davon weiß ich nichts. - Ich bin jetzt völlig verwundert, dass ich so vergesslich sein konnte. In diesem Papier vom 8. August, da steht auf Seite 1 schon „siehe S. 3!“ drauf. Die Schrift kenne ich. Und zum Schluss steht unter „1“ und „2“: „Maßnahme wird“ und „VPr i.V. soll“ usw. Das bin ich.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Das sind Sie.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich hätte nie geglaubt, dass ich den Vorgang, den vorne mit „PRO60“ - - Kann ich auch jetzt nichts mit anfangen; ich muss es noch in Ruhe dann lesen oder so. Ich hätte nie geglaubt, dass ich da irgendwie mal beteiligt oder gefragt wurde. Das Papier ist weit verteilt bis unten, alle ALs. Warum das der Fall ist, habe ich jetzt noch nicht verstanden. Wenn es um die Erweiterung des Produktionssystems geht - das verwundert mich jetzt so, wie es Sie eigentlich auch verwundern müsste -: Warum kriegt das jeder Vize?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, war das nicht üblich, dass Sie in solchen Beratungen über die Aufstockung von Haushaltsmitteln befasst waren?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, wenn das der Gedanke ist mit dem Haushalt, dann könnte es ja sein: Es kostet ja doch 1,5 Millionen. - Vielleicht war das der Hintergrund, von 40A geschrieben. Also, ich wunderte mich gerade über den Riesenverteiler, wenn es hier um irgendeine technische

Erweiterung geht, die sein muss. Und dann kommen Ausgangslage, Ziele, Mittelbedarf. Das muss ich, glaube ich, gar nicht lesen zunächst, um dann zu gucken - - In „Stellungnahme“ wird empfohlen, Dringlichkeit durch AL 2 zu erläutern, da die Zustimmung vorliegt von 60A. Das ist der Stabschef bei mir in 6 gewesen. Das sind die Mitglieder des Investitionsremiums.

Der damalige Leiter 60A - seinen Namen hier habe ich parat, aber brauchen wir hier nicht -, das war ein ausgesprochener Haushaltsfuchs. Der war im ganzen BND anerkannt, und der war der oben nachrichtlich Beteiligte bei 60A. Denn unten bin ich ja selbst auch noch mal drin als AL 6. Und der hat - ich kann das jetzt hier so schnell nicht erkennen; aber vielleicht ist das rechts oben seine Schrift - das beurteilt und mir dann gesagt: Das können wir umsetzen, wenn wir das Geld kriegen. - So wird das gelaufen sein. Dem habe ich völlig vertrauen können - - und ein Soldat, der bei der Bundeswehr da schon seine Meriten verdient hatte, und dann hätte ich gesagt: Machen wir. - Und deshalb habe ich wahrscheinlich unten drunter geschrieben: „Maßnahme wurde von AL2 i.V. ... 27“. Dann muss es ja Dr. M. - - Oder? Wann war das? 06. Dann müsste es ja Dr. Urmann gewesen sein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aha. - Also, mich - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich komme noch nicht so ganz rein, was ich da dann gesagt habe.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, mich würde da jetzt konkret interessieren, dass der Beginn der Erfassung im Frühjahr 2005 war, Mitte 2006 immer noch Probe- und Testbetrieb stattfand.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie vielleicht dazu was sagen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, Ihre Verwunderung, glaube ich, verstehe ich hier auch von Ihrer Seite. Aber so, wie ich mal gesagt hatte - das ging immer wieder schief, und die Dinge wurden verlängert und hinausgeschoben -, ist es für mich hier nur wieder ein Zeichen, dass ich mit meiner



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Schilderung ziemlich recht lag. Da war wohl das Produktionssystem ja wohl immer noch nicht richtig. Ich kann es jetzt hier so schnell nicht raus entnehmen.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Aber es muss ja dann Mitte 2006 irgendwas geschehen sein, sodass zum zweiten Quartal 2007 -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ja.

**Nina Warken** (CDU/CSU): - also mehrere Monate in der Zukunft - plötzlich ein unerwartet hohes Aufkommen, Faktor 100, offenkundig wurde.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Haben Sie das jetzt so gelesen?

**Nina Warken** (CDU/CSU): Können Sie dazu etwas sagen, was da geschehen - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Steht das hier drin? So weit bin ich noch nicht mit dem - -

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ein unerwartet - - Wo?

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das steht da drin!  
3.1 auf Seite 16!)

- 3.1? Ja. Im zweiten Quartal. Aber erst im zweiten Quartal.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ja, genau. Also, man ist ja noch 2006, geht aber davon aus, dass im zweiten Quartal 2007 ein unerwartet hohes Aufkommen - - Also, wie habe ich das zu verstehen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, es ist gut, wenn man Optimist bleibt, auch wenn man immer mal wieder Rückschläge hat. Das ist das eine. Das andere ist, wenn man Geld haben will, erst recht zum Schluss vom Vertrauensgremium oder so, dann muss man ja vielleicht auch eine gewisse Sicherheit ausstrahlen: „Wir brauchen was“, um dann, wenn es so weit ist, wirklich weitermachen

zu können. So hätte ich als AL versucht, das zu bringen.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Es gab keinen konkreten Hinweis, dass das Aufkommen unerwartet hoch sein wird, sondern man hat das einfach mal so geplant, um dann - -

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um Haushaltsmittel zu bekommen!)

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich möchte mal so sagen, auch mit Blick auf meinen sehr geschätzten Kollegen Urmann, der da ja was zu gesagt hat in der ALK am 09.08., nach meinem Vermerk. Da hat er das erläutert und beantragt. Jetzt habe ich nicht mehr die Erläuterung, die er dazu gegeben hat, parat. Vielleicht hat er da sehr beeindruckend, gehaltvoll - zutreffend sowieso - geschildert, warum er so optimistisch sein konnte, dass im zweiten Quartal 2007 da was erweitert werden muss und Geld gebraucht wird.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Was würde denn Faktor 100 bedeuten? Können Sie da was zur Datenmenge sagen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da kann ich nur sagen, dass es 100-mal so viel ist wie vorher. Aber wie viel es vorher war, weiß ich nicht.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Und wissen Sie, ob sich dann diese Prognose tatsächlich realisiert hat 2007? Und wie ist es danach weitergegangen? War das dann ausreichend, was man an Kapazität hatte?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wie lang? - Ich war 6er bis April 2008. Ich kann mich zunächst mal nicht erinnern, dass dann mir einer von denen hier dann in der Umsetzung Beteiligten innerhalb der Abteilung 6 irgendwann gemeldet hat: „Hurra, Faktor 100“, oder: Wir brauchen noch mal mehr. Es kostet was. - Ich tendiere zu der Aussage aufgrund meines Erinnerungsvermögens und hoffentlich auch letztlich richtig, dass ich danach dann nichts mehr gehört habe.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ist das Geld denn überhaupt dann und die Zustimmung erfolgt und die Umsetzung? Das kann ich hieraus nicht ersehen. Haben Sie weitere Kenntnis darüber, was dann daraus geworden ist?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Nein. Das wäre jetzt meine nächste Frage, ob Sie dazu weitere Kenntnis haben.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da habe ich - - Sorry. Ich sage: „Ich erinnere mich nicht“, weil vielleicht können Sie mir gleich wieder, wie hier passiert, was zeigen, was ich nie gedacht hätte, dass ich es mal selbst drunter noch geschrieben habe.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen aufpassen, sonst werden Sie zur Zeugin!)

**Nina Warken (CDU/CSU):** Da passe ich schon auf. Keine Sorge.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigen Sie, da ist doch irgendwie noch die Bremse drin, als ich das schrieb, nicht? Der Vize- -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ich weiß nicht. Das müssen Sie mir sagen, wie ich Ihre handschriftlichen Äußerungen da zu verstehen habe.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe da geschrieben - ich muss es selbst noch verstehen, was ich da meinte; „VP“, weil der PR wohl nicht da war -: „(i.V. Pr) lag Antrag noch nicht vor ...“ Der Antrag ist ja wohl - - Ist das hier der Antrag oder nur die Unterrichtung zum Antrag? Das weiß ich jetzt nicht. Das ist vielleicht auch nicht so wichtig. - „... lag Antrag noch nicht vor und wird erst nach Studium der Vorlage (ggf) zustimmen ...“ Also, als ich das draufschrieb - „10/8/6“ -, war noch nicht klar, ob das auch Realität wird.

„ALs in den anderen Abteilungen geben aufgrund der Erläuterungen seitens 2/4/6 bereits ihre Vorab-Zustimmung.“ Also, ich habe wohl

auch gesagt: Ist okay. Von mir aus ja. Können wir machen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Haben Sie in solchen Angelegenheiten dann generell im Nachgang noch mitbekommen, wie es weitergegangen ist, oder war das unüblich? Oder gehen Sie davon aus, nachdem Sie da nichts mehr gehört haben, dass es sich vielleicht im Sande verlaufen hat?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, so wie ich die 2 und die 6 kenne, denke ich, hoffe ich auch, dass eigentlich, wenn so was da stand und man guter Dinge sein konnte, es ist vernünftig, und nur noch die obersten Genehmiger ausstanden, dass das wohl dann irgendwann auch genehmigt und umgesetzt worden ist. Aber den Rücklauf dazu habe ich zumindest wieder nicht in Erinnerung und würde aber auch sagen: müsste ich auch nicht bekommen haben. - Denn wenn das dann okay war, dann wurde das - von in dem Fall 64 - auch entsprechend umgesetzt und war erledigt, und dann hatten wir schon wieder irgendwas anderes auf dem Tisch.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Gut. Dann habe ich das so verstanden. - Jetzt wurde ja im Jahr 2007 eine Mitarbeiterin, die K. L., die Sie nicht kennengelernt haben, mit der Verfassung des Schwachstellenberichts beauftragt, den Sie ja, wie Sie gesagt haben, auch nicht kennen. Jetzt widerspricht sich das aus meiner Sicht ein bisschen bzw. frage ich Sie, ob sich das nicht widerspricht? Man beantragt zum einen die Aufstockung von Haushaltsmitteln, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ach so.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - zum anderen erstellt man diesen Schwachstellenbericht, dem ja schon auch gewisse Bedenken hinsichtlich des Projekts vorausgegangen sind. Können Sie dazu was sagen, bzw. teilen Sie die Auffassung, dass das doch eigentlich im Widerspruch steht?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, zunächst zumindest klingt es für mich auch so. Helfen Sie mir bitte noch mal mit den Daten. Von wann war der gerade gesehene Vermerk, und wann lag der Schwachstellenbericht dem Herrn Urmann vor?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das hier ist von August 06. Und wann hat Herr Urmann den Schwachstellenbericht bekommen?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Februar 07 beauftragt, Mitte 2007 fertig.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Also ein Dreivierteljahr später, oder - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Genau.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** September war er fertig, oder was?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Genau. - Also, zuerst - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Also, ein Jahr später. Gut.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Genau. - Knapp ein Jahr später. Also, zuerst eben noch diese, sage ich mal, euphorische Herangehensweise und dann eben die - - Der Schwachstellenbericht ist ja im Prinzip nur das Ende von Bedenken gewesen, die dann eben dazu geführt haben, dass man den Bericht erstellen lässt.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Das überschneidet sich aus meiner Sicht schon: die Beantragung der Haushaltsmittel und dann die Beauftragung des Schwachstellenberichts. Können Sie dazu was sagen, was da vielleicht die Diskussion in diesem Zeitraum war?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich verstehe Ihre Verwirrung; bin ich auch noch ein bisschen, aber nicht mehr ganz so. Denn erstens: Dieser Antrag stammt ja irgendwo aus August 06, und der Bericht an Urmann war ja ungefähr ein Jahr älter. Daher unsere Verwunderung. Aber hier in dem Antrag steht ja noch: „Ziele“. Ich interpretiere jetzt einfach so, was ich schnell überfliege, dass es da dieses problematische Selektionsfiltersystem und so gab, an dem man hier durch diese Dinge Verbesserungen vornehmen wollte. Hier steht ja: Wir brauchen Geld, um in oder an ZP60 - also, daran erinnere ich mich nie, das auch nur

gelesen zu haben; habe ich aber - und MIRA4 - - Anpassungsentwicklungen an der Software notwendig, baldmöglichst in 6 beschaffen, um im zweiten Quartal 07 erwartetem Aufkommen begegnen zu können. - Da war der Optimismus hier: In 06, wenn wir Geld kriegen, versuchen wir die Selektionsmechanismen, das Filter- und Selektionssystem ZP60 so hinzubauen, dass es im zweiten Quartal 07 den Aufkommenszuwachs meistern kann. - Das war das Papier. Und jetzt weiß ich von Ihnen und hier und sonst wo, dass Urmann im August - - Der Bericht war - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Februar 07 beauftragt.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, später. Der Beauftragte ist ja eigentlich in dem Zusammenhang nicht sehr interessant, oder? Es geht ja ums Ergebnis.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja, gut. Doch. - Da bestanden ja schon die Bedenken, er hätte den Schwachstellenbericht beauftragt - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ach so. Das weiß ich ja nicht. Wenn das so ist, dann hatte er schon eben noch eher Bedenken, als ich jetzt durch den Bericht zum Schluss erdachte. Insofern - - Aber ich weiß dann nicht, ob er dann im Februar oder März, als er gemerkt hat: Klappt doch nicht so - - Ich weiß nicht, ob es überhaupt jemand wusste oder was Herr Urmann dann daraufhin gesagt hat: Wir geben das Geld lieber doch nicht so schnell aus, oder - Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht sagen. Aber ich verstehe die zeitliche Korrelation da, die nicht - - Ich kann es Ihnen nicht sagen. Tut mir leid.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut. - Dann hätte ich jetzt zu dem Bereich in dieser Runde keine Fragen mehr. - Danke.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Gut. - Dann geht es weiter zu Bündnis 90/Die Grünen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Fechner, ich will Ihnen doch noch mal ein bisschen dazu verhelfen, dass wir hier in der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wahrheitsfindung etwas weiterkommen. Ich komme noch mal zu dem zurück, was schon gefragt worden ist, wo Sie sagen, da hätten Sie selber nichts zu verfasst.

Sie haben vorhin erläutert, dass Sie 2008 eingesprungen sind bei der Abteilung 2 - so haben Sie das ausgedrückt; so habe ich es aufgeschrieben; im April war das -, und dann seien Sie im Juni in Urlaub gefahren. Nach dem Juni kommt dann der Juli. Da seien Sie dann auch wieder da gewesen, und - so haben Sie das ausgedrückt - da sei Ihnen klar gewesen: Es geht nicht. Die Filter schaffen es nicht. - Das ist Ihre Aussage von vorhin.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, Herr Abgeordneter Ströbele. Jetzt haben Sie entweder gerade an was ganz anderes gedacht, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - oder ich habe mich nicht richtig ausgedrückt, oder die Akustik ist nicht rübergekommen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern was war denn dann im Juli Ihrer Meinung nach?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe gesagt und sage bis jetzt, dass ich im Juli 2008 keinen Halbsatz, kein Wort zu dem Thema irgendwo gesagt oder veröffentlicht habe. Das sage ich, seit ich gefragt werde.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Wort gesagt? Auch nirgendwo aufgeschrieben?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, glaube ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, glauben oder wissen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, ich hatte gehofft, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind hier nicht in der Kirche.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - Sie würden mir jetzt im schlimmsten Fall beweisen können, wo mein Gedächtnis inzwischen gelandet ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein. „Ich weiß nichts“, muss ich dann sagen. Oder: „Nein, ich erinnere nichts“. - „Ich glaube nicht“ ist dann für einen Juristen zu wenig. Ich weiß nichts.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. - Da halte ich Ihnen noch mal aus diesem Zeitungsartikel der *Süddeutschen Zeitung* - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist der meistzitierte Artikel hier in diesem Ausschuss.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Der mich auch erbost, weil ich das nicht getan habe.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - 04.10., genau. „04.10.2014“ steht da. Und da steht ja relativ klar: Als der Abteilungsleiter Technische Abteilung, BND, Juli 2008 - - Das waren Sie, sagen Sie ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, völlig richtig. Das ist richtig.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann kommt - - Der Artikel ist sonst sehr vorsichtig formuliert; manchmal was in indirekter Rede und was gesagt worden sein soll. Und hier kommt ein wörtliches Zitat, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Richtig. Ich bin baff und kann es gar nicht glauben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das Sie ja hier gelesen haben. Da steht: „Das Vorhaben scheiterte daran,“ - das ist noch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

viel klarer, als Sie es hier ausgedrückt haben -, „dass es technisch nicht möglich ist,“ - nicht möglich ist -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - „eine absolute und fehlerhafte [sic!] Trennung von geschützter und ungeschützter Kommunikation zu erreichen.“

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Abgeordneter Ströbele, Sie können nichts anderes denken -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - aufgrund des Artikels, als dass ich das zu dem gewissen Datum so gesagt habe.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Sie können höchstens mir jetzt - - Falls Sie das glauben - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Man trifft sich ja zweimal hier in diesem Ausschuss: einmal hier und einmal in der Geheimsitzung.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ja. - Nein, auch da - - So weit habe ich überhaupt noch nicht gedacht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. - Das - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Den Vorbehalt muss auch immer jemand anderes mir beibringen, wenn ich irgendwo was nicht erzählen soll.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, ich habe dazu nichts gesagt, und ich würde gerne wissen - - Sie können das vielleicht ja mit Ihren Verbindungen

oder auch Ihren rechtlichen Möglichkeiten erreichen, dass gezeigt wird, wo der das abgeschrieben hat oder wo er die Audioaufnahmen hat, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - dass das so war. Ich war es nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren es nicht. Das haben wir jetzt fünfmal gehört, und es steht ja auch immer im Protokoll.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Einmal, hätte ich gehofft, reicht bei Ihnen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. - War denn das damals Ihre Auffassung, wenn Sie sagen: „Ich habe es nicht niedergeschrieben“, oder, sagen wir mal, Ihr Informationsstand, weil Sie - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein. Ich bin, glaube ich, heute schon mal in der Richtung was gefragt worden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Erstens. Die - - Wie sagt man? So überheblich bin ich nicht, dass ich jetzt und dann noch Jahrzehnte später mir dazu noch in Erinnerung ein Urteil bilde, ob das was war oder nicht. Ich weiß doch zu „Eikonol“ im Grunde nur das, was Sie schon vor mir aus Presse, von Snowden oder sonst wem wissen, und nicht mehr. Ich weiß nur ab und zu was - das habe ich auch alles dann gebeichtet und erzählt - zum Thema Management für die Zusammenarbeit oder das MoU, was ein MoA wurde, und die Annexe - mehr nicht. Ich weiß von G. L. - die habe ich mal erwähnt -, dass es irgendwo, kurz bevor ich zur 6 verschwand, wohl Schwierigkeiten mit dem Schreiben der Software für die Filterung gab. Da war das Ding aber auch noch nicht in Betrieb.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Und, Herr Abgeordneter Ströbele, mehr ist da nicht rauszuholen. Ich habe alles wahrheitsgemäß gesagt. Mehr weiß ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Gut. - Dann sehen wir uns da heute Abend noch mal zu. - Was ist Ihnen denn gesagt worden über das Ergebnis dieser Schwachstellenanalyse? Oder wurde da gar nichts gesagt? Sie sagen, Sie haben es nicht gelesen; -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, ich habe es nicht - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber Sie wussten, dass das war.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß, dass es war, und ich glaube, der Tenor war einerseits: Das, was da drinsteht - wussten wir ja zum Teil -, ist sehr ärgerlich, bedauerlich und war auch Grund inzwischen für Ihren - „deinen“ hätte ich beinahe gesagt - Vorgänger, das zu beenden, und zum anderen auch so ein bisschen so eine Kritik: Na ja - - Und jetzt dürfen Sie es aber nicht als Kritik verstehen. Da ist die Dame. Ich glaube, die ist Juristin, oder? Ich weiß es gar nicht. Oder was ist die?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ist sie nicht. Nein. Gut. - Ich hätte jetzt sonst gesagt - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Technikerin.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ach so, wusste ich nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also noch was Besseres.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Gut. - Dann ist meine Rille falsch. Ich hätte sonst jetzt gesagt: Und

muss sie auch gar nicht alles so kapiert haben als im besten Fall Jurist, im schlimmsten Fall was anderes. - Und insofern: Ich weiß nicht, was drinsteht und woran man zum Teil vielleicht Anstoß genommen hat. Aber dass grundsätzlich ihre Bedenken, dass das nicht klappt, ja wohl schon auch die der Abteilungsführung oder der betreibenden Leute waren, das - - Von wann ist denn der Bericht, der Schwachstellenbericht?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2007 ist der fertiggestellt worden. Ich glaube, im Sommer. Juni oder so.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Und in 2007 - - Moment, da war ich doch - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie sind 2008 dahin gekommen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten ja vorhin gesagt, Sie haben ihn nicht gelesen, aber Sie sind darüber informiert worden, dass es so was gibt.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, ich bin gefragt worden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich meine, ich weiß nicht mehr, von wem. Ich bin doch vor längerer Zeit gefragt worden, was ich dazu sagen kann. Ich meine - entschuldigen Sie, wenn ich es vorher nicht schon aus einem anderen Grund gesagt habe -, dass ich gesagt habe, ich war während des Auftraggebens des Berichts, der Verfassung des Berichts und der Vorlage des Berichts gar nicht Mitarbeiter, Mitglied der Abteilung 2.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie mehrfach gesagt. Ich habe Sie gefragt, was Ihnen mitgeteilt worden ist 2008.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nichts. Ich habe keine Übergabe gemacht. Nichts.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie? Gar nichts? Null über den Inhalt dieses Berichts oder Ergebnis?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich meine, ich hätte da nichts gelesen und mir wäre nichts mitgeteilt worden, bis irgendwann vielleicht auf eine Frage, als im Herbst ich dann hörte: „Eikonol“ ist ja auch schon abgebaut und weg. - Ja, da gab es auch einen Schwachstellenbericht. Der hat das im Grunde ja auch schon gesagt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und was - - Gut. Ich habe nicht so viel Zeit; deshalb bitte ich Sie, kurz zu antworten. Was ist Ihnen denn als Grund genannt worden? Warum wird abgebaut? Es wird abgebaut; es ist zu Ende? Was ist Ihnen gesagt worden? Nicht, was Sie aufgeschrieben haben; das klären wir dann nachher noch.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da ich mich nicht genau erinnere, will ich es so formulieren: Ich nehme an, mir ist das gesagt worden, was ich inzwischen auch in den Veröffentlichungen irgendwelcher Stellen mitbekommen habe: dass eben der Filtermechanismus nicht 100 Prozent sicher arbeitete, also man nicht garantieren konnte, dass nicht doch mal auch ein G 10 durchrutscht, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - dieses dann auf irgendeinem Weg über Aibling, im schlimmsten Fall auch bis Fort Meade gelangt - - dass das für Herrn Urmann der wesentliche Grund war. So. Das ist heute noch meine Vermutung. Aber nur Vermutung. Mitteilung - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das, was hier in dem Artikel von der *Süddeutschen Zeitung* steht, so sinngemäß - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Können Sie mir die Passage noch mal vorlesen, weil ich sie nicht da habe?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. - Die haben wir ja jetzt schon zimal gelesen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Sagen die jetzt, aufgrund von Filterschwierigkeiten?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das Vorhaben scheiterte daran, dass es technisch nicht möglich ist, eine absolute und fehlerfreie Trennung von geschützter und ungeschützter Kommunikation zu erreichen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Sehr verdichtet: Technisch nicht möglich.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Also, zumindest hat man ja bis kurz vorher wohl gehofft - - Und es ist ja auch nicht technisch unmöglich, nehme ich immer noch an, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Interessant.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - technisch das zu filtern. Aber Sie brauchen dazu vielleicht wieder - jetzt komme ich wieder in meine Wirklichkeit von damals zurück - Zeiten, stellen Sie fest, die Ihnen gar nicht zur Verfügung stehen, weil erstens das andere direkt nachkommt, bevor Sie das Erste gesehen und gesichtet und weggeworfen haben, den Riesendatenstrom. Da geht ja einiges pro Sekunde über das Gerät hinweg und daneben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fantasieren Sie jetzt, oder erzählen Sie Wahrnehmungen, die Sie gemacht haben?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich erzähle das, was ich als einer, der noch im analogen Zeitraum ausgebildet worden ist an der TU München, meint, inzwischen verstanden zu haben von den Problemen, wenn Digitalströme später schnell vorbeirauschen an Ihnen. Und dann muss ja trotzdem





## Nur zur dienstlichen Verwendung

wahrgenommen werden: „Ist das ein G 10 oder nicht?“, bevor Sie es entscheiden können: weg, vernichten oder bei „kein G 10“ weiterverwenden können. Und dann kommen aber doch schon schnell die nächsten an, die nächsten Pakete von was anderem.

Also, wenn Sie Bedenkzeit lassen - so habe ich das gemeint -, wo man sich das in Ruhe ansehen kann - zum Schluss könnte ich noch kommen auf den Begriff „händisch“ oder was -, dann kann man natürlich entscheiden, ob das ein G 10 ist oder nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Aber das hatte Breiterfeld gesagt, und da hat er voll meine Zustimmung und Verständnis.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das war ja - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** 100 Prozent ist schwierig.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hat man keine Zeit gehabt. Dann hat man es trotzdem über Jahre praktiziert, bis es dann abgestellt wurde.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** „Zeit“ ist so ein bisschen das Stichwort. Das wäre dann quasi die abschließende Frage an den Zeugen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke schön. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Ich weiß nicht, wer die Fragen stellt. - Genau.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Wir hatten eine ziemlich ähnliche Frage jetzt noch auf dem Zettel stehen. Vielleicht können Sie einfach noch mal ein bisschen berichten, wie diese - - Also, Sie haben das ja wahrscheinlich mitbekommen: Das ist

ja ein Paradigmenwechsel auf technischer Seite gewesen hin zu den paketvermittelten Diensten. Wie war das denn? Hat das zu - - Also, Sie haben ja auch - - Sie haben ganz am Anfang gesagt, es gab ständig Umstrukturierungen, auch das technische Gerät usw. Wie waren denn - - Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Dr. Zimmermann, es ist jetzt insofern für mich schmunzelnd, weil der Begriff „Paradigmenwechsel“ - - den habe ich in dieser Zeit vom - lassen Sie mich nichts Falsches sagen - 01.07.2000, als UAL 25 Dr. M. wurde, bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienst mehr oder weniger täglich gehört. Das war ein Wort von ihm. Sie haben es sicher nicht jetzt daher gehabt, aber das kommt direkt bei mir hoch, und da hätte ich auch gleich Ihnen am liebsten gesagt: Na ja, Nummer kleiner reicht auch.

Paradigmen nicht, denn aus der Zeit damals - und Sie haben inzwischen auch E. B. hier gehabt; der war ja eine Zeit lang auch dann unter mir - wissen Sie doch, dass dort kein Kabel und keine digitalen Riesendaten strömen, dauernd an Ihnen vorbeirauschen, sondern weiterhin in der - haben wir ja auch so mal bezeichnet - konventionellen Art weiter versucht wird, mitzukriegen: Der aus Land X - ich will jetzt keine Länder, die wir aber in der Optik haben dabei immer, nennen - ruft wieder mein Land Y an. Komisch, den kenn ich doch. Wo haben wir den denn? Gibt es da vielleicht noch eine Verbindung? - Das ist das, was ich meinte mit „kriminalistisch gucken, was ist“. Da versucht man, dem hinterherzukommen. Da hat man überhaupt nicht die Probleme, die in Frankfurt garantiert bestanden aufgrund des starken Wandels und Aufkommens, Übermittlung über Internetkabel, digitale Datenströme.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Aber Sie haben - da kann ich mich auch an Ihre Aussagen erinnern; das fand ich sehr interessant - ja viel mitgekriegt, auch Dinge, die man Ihnen nicht offiziell mitgeteilt hat. Aber mir geht es ja wirklich auch um so ein bisschen - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das gehört sich so für einen ND-Mann.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das war auch kein Vorwurf.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, ich meine - - Ist so.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das macht Sie für uns ja sehr, sehr interessant. Aber insgesamt, so im Umfeld der Operationen, die heute ja auch schon angesprochen wurden - - Also, Sie sagen, man hat sich auf die klassische - - auf das Handwerk, das man verstand, versucht weiter zu konzentrieren.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja. - „Jein“ wäre schon zu viel Abmilderung. Ab und zu gab es auch mal - Sie kennen ja inzwischen leider auch alle hier im Raum Rheinhausen und Schöningen -, Aufkommen, die dann eben nicht ein Telex oder langatmige Telefonate, Auseinandersetzung waren, sondern auch mal, ich glaube, sogar - das müsste man jetzt Herrn E. B. fragen, ob es inzwischen so ist - E-Mails oder zumindest SMS oder irgendwas mal. Aber das ist nicht der Datenstrom, der wie durch DE-CIX dann weltweit vertrieben wird, sondern das ist fast mit Liebe erfasst und zugehört. Und dann müssen Sie noch Paschtu oder Dari können. Darüber haben wir jetzt gar nicht gesprochen. Da kann ich auch nichts zu sagen, weil ich nicht weiß, wie es war.

In den Frankfurter Verkehren müssten ja vermutlich auch ab und zu - kann man nicht lesen; weiß ich nicht - verschlüsselte Verkehre gewesen sein, oder? Also, da bin ich überfragt. Aber ich habe eben - - Vielleicht auch ein Glücksfall, dass ich mich nicht um Frankfurt kümmern musste; denn es wäre genau das Objekt gewesen für einen, der in Deutschland viel Aufkommen gewinnen will. Und ich glaube, wir dürfen ja rechtlich sehr wohl in Deutschland auch internationale Verkehre erfassen - vielleicht in Frankfurt -, jetzt losgelöst ohne Beteiligung anderer Dienste, oder?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, das ist ja immer die G-10-Frage, die wir uns ja stellen. Aber ich - - Mich würde auch noch mal - - Um auf ein zweites Thema zu kommen: Haben Sie mal ir-

gendwie in den Snowden-Dokumenten ein bisschen gelesen, geblättert? Da gibt es eine Stelle, die würde ich ganz kurz vorlesen:

Schöningen sammelt über 400 000  
Thuraya-Mitschnitte pro Tag

- das ist im *Spiegel* veröffentlicht von den Snowden-Dokumenten -

und 6 000 GSM-Mitschnitte von sowohl dem ... Netzwerk. E-Mails werden an diesem Standort ebenfalls abgefangen, durchschnittlich 62 000 am Tag. Auch die NSA profitiert von dieser Sammlung, insbesondere von den Thuraya-Erhebungen aus ... die der BND täglich zur Verfügung stellt.

Das Thema, was mich da noch mal interessiert, weil wir das hier auch ja mit immer wieder haben, ist das Stichwort „Metadaten“ und die Frage: „Wie können Personen darüber vielleicht geolokiert werden?“, also: „Wie kann man die Leute vielleicht darüber aufspüren?“ Und da würde ich mich einfach fragen, auch weil diese Entwicklung für uns ja durchaus spannend ist, ob Sie was dazu sagen können, wie präzise diese ortsbezogenen Metadaten waren und ob die zum Beispiel dazu geeignet wären - das steht ja im Raum -, Drohnenangriffe zu steuern?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Erlauben Sie mir - auch wenn ich das sonst nicht darf; das habe ich mal mitbekommen, dass der Abgeordnete von Notz jemanden da gemäßregelt hat, keine Frage zu stellen -, mal zu fragen: Hat das jetzt, was Sie mir vorlasen, in der Zusammenfassung ein Journalist geschrieben, oder ist das was, was aus einem Zitat vom Papier von Snowden stammt? Hat das ein Amerikaner so - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das stand so im *Spiegel*.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ach so. Gut. - Denn, ich zuckte eben schon bei den - - Wie viel waren es diesmal? 400 oder 500 Millionen?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** 400 000.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Allein in Schöningen, ja?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß nicht, ob Sie Herrn E. B. das auch gefragt haben, was der dazu gesagt hat, aber das halte ich für absurd oder unglaublich und - - Ich kann da nichts zu sagen.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen Snowden nicht anzweifeln!)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Also, die Zahl - - Die Zahl ist - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Glaube ich nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Die Zahl taucht so in einem der Dokumente auf. - Okay. Aber das war ja auch gar nicht so meine Frage. Mir ging es ja eher um die Qualität.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja. - Und bei der Qualität muss ich ja dann bei dem, was Sie da hinterfragen, eigentlich an - - Nicht Telefonate - - Da kann ich ja sagen: „Der sitzt im Haus 27 im dritten Stock auf dem WC, nicht? Das ist ja nicht gemeint. Dann weiß ich ja, wo er sitzt - wofür auch immer. Was Sie jetzt meinen, ist ja über Metadaten aus einer SMS, in der dazu nichts drinsteht, oder zu einer E-Mail, wo da drin auch über was anderes gesprochen wird, aus den Metadaten auf Koordinaten zu kommen, die zu dem Absender - Absender kann es ja nur sein - gehören.“

In meiner Zeit - das hat Vor- und Nachteile - gab es das noch nicht; dessen bin ich - - Ich denke jetzt vor allen Dingen auch an Aibling und Blick über den Satelliten in östliche Richtungen. Das gab es, glaube ich, noch nicht, diese Art von Aufkommen und diese Metadaten. Ich habe das auch jetzt natürlich gelesen, dass da im schlimmsten Fall auch der eine oder andere was anderes angeblich oder, wenn er Fähigkeiten hat - weiß ich nicht -, draus machen kann.

Im BND ist mir in meiner Zeit dazu gar nichts untergekommen. Mich hat auch nie mal jemand gefragt: Wir haben hier was. Ist das was, was gefährlich ist, oder wie ist das zu verstehen? - Ich meine, die Metadaten haben bei uns im klassischen Bereich 24 - und vorher erst recht 23 - keine Rolle gespielt, um in die Richtung zu suchen, zu denken oder zu benutzen, sondern höchstens, um zu notieren: Aha, der hat mit dem telefoniert, und der hat den schon mal angerufen; der hatte aber schon mal einen Anschlag irgendwo programmiert oder sonst was. - Für solche Netzwerkgedanken, da war ich auch sehr zu haben. Denn nach dem 11. September war ich hoch motiviert, egal ob den Osama oder seinen Stellvertreter oder sonst wen zu finden. Das ist mir leider nicht gelungen. Und da hätte ich dann Metadaten in dem Sinne - aber das wären noch ganz andere gewesen - gerne gehabt, um zu wissen, wo.

Aber jetzt mit Blick auf das - das war dann Schöningen im Grunde -, was hier thematisiert wird, das verbinde ich nur mit - kommt mir gerade; darf ich vielleicht sagen, weil es auch schon im Ausschuss wohl irgendwo schon hochgekommen ist -: Es gibt eine Vereinbarung mit der Bundeswehr.

(RA Johannes Eisenberg:  
Nein! Das ist nicht in  
öffentlicher Sitzung!

- Oder nicht in öffentlicher Sitzung? - Gut.

(Martina Renner (DIE  
LINKE): Das ist doch total  
interessant! - Gegenruf von  
RA Johannes Eisenberg: Ja,  
aber nicht in einer öffentlichen  
Sitzung!)

- Ja, das kann sein. Aber wenn mir hier gesagt wird: „ist nicht öffentlich“, dann - -

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Herr Eisenberg  
das nicht will, spielt keine  
Rolle!)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Nein, dann frage ich mich selbst, ob ich denke, nach meinen Aussagegenehmigungen hier - -

(RA Johannes Eisenberg: So ist es nicht!)

Und da denke ich: Nein, das möchte ich nicht.

(Heiterkeit)

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Okay. - Ich glaube aber, das, was Sie vor der Tür regeln wollten, hat jetzt den Kollegen offensichtlich - - Nein. Es sah so aus. Nein, dann gebe ich an meine Kollegin weiter.

**Susanne Mittag** (SPD): Ja, ich habe noch zwei Fragen. Das eine: Wir hatten ja gerade gesprochen über technische Entwicklungen, und vorhin hatten wir uns über G 10 und Ähnliches unterhalten und BND-Gesetz. Jetzt so als allgemeine Auffassung: Die technischen Entwicklungen, die haben Sie ja auch über Jahre verfolgt. Gab es mal irgendwann eine Diskussion, dass man sagt: „Mensch, die technische Entwicklung geht so flott voran; was es alles für Möglichkeiten gibt; das ist ja fantastisch“? Kann es sein, dass zumindest in Zukunft oder in einigen Jahren oder wenn die technische Entwicklung so weiterläuft, wann immer die Diskussion auch mal gewesen ist, dass man unter Umständen gesetzlich nachbessern muss? Hat vom Empfinden her, sagen wir mal, die technische Entwicklung mit der Gesetzgebung noch Schritt gehalten? Oder dass man sagt: „Also, wenn das in der Schnelligkeit, sagen wir mal, bei den Möglichkeiten so weitergeht“ - - dass man sich irgendwann mal um eine gesetzliche rechtliche Nachbesserung kümmern muss? Gab es zu irgendeinem Zeitpunkt mal ansatzweise eine Diskussion, die in diese Richtung gegangen ist?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich lasse jetzt so den Blick schwenken, vor allen Dingen über die G-10-Juristen, mit denen man so was vielleicht besprochen hätte, -

**Susanne Mittag** (SPD): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - oder Abteilungsleitern oder noch eine Etage höher oder auch mit

den Juristen, die andere Arbeiten erledigen in der Zentralabteilung. Nein, so, wie Sie fragen, möchte ich das mit Nein beantworten. Ich sehe zwar, dass es Veränderungen gibt - deshalb habe ich das ja auch zum Teil vorgelesen: Bäcker, einiges passt nicht mehr zusammen -, dass es Entwicklungen gibt, in denen der Gesetzgeber noch nicht ganz nachgekommen ist.

Da fand ich übrigens - - Erlauben Sie mir, das mal zu sagen. Kurz vor Weihnachten las ich in der *Berliner Zeitung* einen Kommentar, der war überschrieben, glaube ich, mit dem Satz: „Juristen lieben das Trägheitsgesetz“ (?). Und dann habe ich den gelesen und auch, glaube ich, verstanden. Das heißt nämlich, man lässt es ja auch immer mal eine Zeit lang zur Beobachtung, so, wie es ist. Das ist ja auch dann gleich wieder ein Problem: Bei solchen schnellen Innovationen wie in der Technik müsste man ja schon eigentlich wieder G 10 oder wen auch immer überarbeiten. Aber das macht man ja auch nicht jedes Jahr. Nach der Anhörung dauert es ein Jahr bis Urteil, und dann kommt ein Jahr für die Nachbesserung. Das ist ein Problem; das sehe ich als Staatsbürger so. Aber die Diskussion, an so was kann ich mich - - Ich könnte jetzt auch in Pension und aufgrund der Dinge, die so in der Welt sind, sagen: Leider habe ich keine - erst recht keine gehaltvolle - mir in Erinnerung gebliebene Diskussion dazu in Erinnerung.

Aber dass natürlich gegenüber dem, was ich in Karlsruhe sagen musste - mit den internationalen Fernmeldeverkehren, Telex und Fax, und was es da noch gab -, es jetzt was anderes ist mit dem digitalen Strom, wo es nur Nullen und Einsen sind, Sie keine Vorwahlnummer haben zunächst, wenn Sie nicht gucken oder es packen können, einiges ganz anders mal überdacht werden muss, das sehe ich auch so. Deshalb habe ich ja auch gesagt, ich fände es schön, wenn man erst mal jetzt sagen würde, wieweit man noch einen Auslandsnachrichtendienst braucht, und dann für den es so hinschreibt, dass nicht Jahre später der ehemalige Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichts dann sagen kann, das ist ja alles rechtlich völlig daneben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Susanne Mittag (SPD):** Also zu der Zeit gab es keine wie immer geartete Diskussion?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, mir ist keine - -

**Susanne Mittag (SPD):** Haben Sie nicht mehr in Erinnerung?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, ich glaube - - Ich weiß nicht, ob Präsident Hanning mit Juristen - -

**Susanne Mittag (SPD):** Nein, es geht um Ihre eigene Erinnerung nur.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß nichts. Nein, nichts.

**Susanne Mittag (SPD):** Eine zweite Frage noch mal abschließend, und zwar: Wir hatten vorhin ja auch das noch mal kurz erwähnt mit der öffentlichen Diskussion und Abhören und dass Sie manchmal eine krause Stirn bekommen - so ungefähr -, wenn Sie sehen, dass alle unverschlüsselt vor sich hin mailen und kommunizieren. Also hat sich so eine Entwicklung ja ergeben, dass Sie schon so vor Jahren gesagt hatten, man müsste das alles erheblich mehr absichern, hier auch im Bundestag, vom Kanzleramt, weiß der Himmel nicht alles. Die Diskussion ist dann ja wohl offensichtlich im BND auch geführt worden. Und demnach müsste das Ergebnis - Abhören vom Handy von der Bundeskanzlerin - ja nicht wirklich überraschend gewesen sein. Das war eigentlich am Ende so, wie ich den Eindruck habe - lassen Sie mich kurz schildern -, dass Sie sagen: Na ja, das ist jetzt nicht wirklich überraschend, dass es so explizit zum Vorschein kommt, vielleicht schon, aber eigentlich eine logische Schlussfolgerung aufgrund der Entwicklung, was alles möglich ist.

Gab es in den Jahren vorher bei der sich abzeichnenden Entwicklung auch mal Hinweise ans Bundeskanzleramt oder in irgendeiner Weise - Bundesverwaltung oder was auch immer -, dass vom BND gesagt worden ist: „Es ist eine Entwicklung, da ist ein Gefährdungspotenzial, da muss erheblich mehr abgesichert werden“? Wenn ja, seit wann sind denn entsprechende Hinweise,

Warnungen übermittelt worden, wohin auch immer? Ich denke, auch zum Bundeskanzleramt. Und in welchem Rahmen - - Ja, offensichtlich ist da ja wenig oder gar nicht darauf reagiert worden. Wie ist es dann sozusagen zurückgekoppelt worden?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich spekuliere mal in der Hoffnung, dass es zum Teil richtig ist. Erstens muss man zwei Seiten sehen. Die Warnung der deutschen Seite an wen auch immer in Deutschland: „Benutze das richtige Handy oder überlege, was du über so ein Instrument besprichst“, und zum anderen - das sage ich Ihnen auch; deshalb bin ich ja auch betroffen - die Hoffnung, dass andere Seiten, egal welche, vielleicht nicht so hinter der Kommunikation im Deutschen Bundestag oder wo her sind, dass sie jede Gelegenheit nutzen oder versuchen, eine zu finden, wo sie mal zuhören können. Das Zweite habe ich auch von vielen ausländischen Kollegendiensten eigentlich vermutet: dass sie vor allen Dingen die gemeinsamen Ziele in Drittländern in der Optik haben und nicht irgendwo sonst noch rumschnuppern. Das ist die Seite, die ja vielleicht nicht ganz so schön ist, wenn man das jetzt alles hört und liest.

Aber auf der deutschen Seite kann ich erstens nur sagen: Als 2er, Beschaffer, war man nicht der, der sich fühlte, Warnungen aussprechen zu müssen, weil wir auch, glaube ich, nicht - - Nein, das mache ich dann nichtöffentlich, was ich jetzt gerade sagen wollte - dass man das nicht tat. Im BND wäre dazu nach meiner Beurteilung - auch Erinnerung, wie es damals war - wohl die Abteilung 8, Sicherheit, die richtige gewesen, die dann solche Informationen - die hätte sie ja auch von der 2 gehabt oder von wem auch immer, wo so was bekannt wurde - sicher genutzt hätte, um entsprechende Stellen in der Bundesregierung, in der Bundesverwaltung irgendwo zu informieren - ob es jetzt schon BSI gab oder irgendwer anders ist -: Vorsicht, da sollte man die Handys tauschen oder keines benutzen. - Das weiß ich also nicht, ob aus anderen Ecken des BND, insbesondere der Abteilung Sicherheit, derartige Warnmeldungen, Hinweise irgendwohin oder gar ins Kanzleramt gegeben worden sind.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Susanne Mittag (SPD):** Vielleicht auch noch mal - - Also, es gibt ja auch Leiterbesprechungen. Sie sagen, das wäre jetzt nicht Ihre Aufgabe gewesen, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Leitungsbesprechungen.

**Susanne Mittag (SPD):** - im Bundeskanzleramt Bescheid zu sagen. Das ist ja auch ganz klar. Aber so was gibt es ja auf Leiterebene.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ich weiß.

**Susanne Mittag (SPD):** Da wird die eine oder andere Entwicklung ja besprochen. Und dann hat man auch schon einen Eindruck im Rahmen der Leiterbesprechung - es geht dann ja ein paar Ebenen weiter -, dass das weitergetragen wird.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, verstehe.

**Susanne Mittag (SPD):** Das wird dann bei der nächsten, übernächsten Leiterbesprechung ja rückgekoppelt: angekommen, nicht angekommen, wird nicht darauf reagiert, oder: Haushaltsberatungen sind schwierig, oder weiß der Himmel.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß, was Sie meinen.

**Susanne Mittag (SPD):** Aber so viel Kommunikation findet, denke ich doch, in der Leiterebene des BND statt, dass man diese - sagen wir mal - Problematik zum Thema macht, zumindest über ein paar Jahre mal irgendwann, dass man weiß, es ist angekommen, und dass es auch rückgekoppelt wird, warum es nicht in dem gewünschten Maße, wie man es natürlich vom Sicherheitsempfinden gerne hätte, angekommen ist.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich verstehe.

**Susanne Mittag (SPD):** Den Eindruck hätte ich gerne.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich kann mich nicht erinnern, dass das in den Leitungsebenen, den ALKs, den Konferenzen der Abteilungsleiter - jede Woche oder 14 Tage -, mal ein Thema war

und folglich - auch nicht überraschend - mich auch nicht erinnern, dass da was dann mal als Antwort aus dem betroffenen Bereich - wo auch immer - zurückgekoppelt und mitgeteilt worden ist.

Ich bin aber auch andererseits - - Das war eben so, und auch in Teilen wieder dann, indem man - - Damit kann ich leben, weil: müssen nicht alle wissen. Wir haben ja Als. Überlegen Sie mal, welches Spektrum im BND abgebildet wird in den Aufgaben der einzelnen Leute. Da muss ja nicht jeder unbedingt wissen, ob jetzt der Ministerpräsident sowieso oder der Abgeordnete irgendwo oder der Kanzler oder - - jetzt das erfahren hat oder darauf reagiert hat. Deshalb kann es sehr wohl sein, dass so was schon mit den näher an der Materie Befindlichen, dem AL 4 oder dem AL 8, Verwaltung, die Kontakt zu jenen haben, natürlich auf anderen Ebenen - - Sicherheit kommuniziert worden ist, dass dann sogar im besten Fall von denen eine Vorlage zur Unterrichtung geschrieben worden ist, die von Leitung oder wem auch immer an den Adressaten verschickt wird. Das kann ich alles nicht ausschließen. Nur: So was gesehen, gehört oder selbst unternommen habe ich nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Damit sind wir am Ende dieser Fragerunde und kommen zur nächsten Fragerunde. Es beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Und Frau Kollegin Renner sehe ich.

(RA Johannes Eisenberg:  
Kann ich mal einen Satz  
mit ihm wechseln?)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, natürlich. Genau.

(Der Zeuge berät sich mit  
seinem Rechtsbeistand)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wollen Sie kurz auf den Mikroknopf drücken? Sonst ist es nicht mehr ganz intern. - Okay, dann legen wir jetzt los. Frau Kollegin Renner.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Herr Dr. Fechner, sagt Ihnen der Begriff XKeyscore etwas?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, das ist ja mein persönliches Problem. Der sagt mir natürlich inzwischen schon deshalb was, weil es ja fast keinen mehr gibt, dem es nicht was sagt. - Das ist das eine.

Und das andere ist, dass ich in der Zeit - ich tippe mal auf Ende 2004, Anfang 2005; als ich das las, habe ich nämlich mir überlegt - - Ende 2004/Anfang 2005 davon was mitbekommen habe, dass es dieses NSA-Programm oder -Software gibt und dass die auch - von wem, weiß ich schon nicht mehr genau, aber ich tippe jetzt wieder natürlich auf 25/26 wegen der Erfassungstechnik vor Ort, wenn es so ist - für die - in Anführungsstrichen bei mir - Massendaten zur Verfügung gestelltes oder angekündigtes Paket geht - - ist, und dass in der Zeit ein Mitarbeiter - oder war es der Außenstellenleiter Aibling? - auch in einer Runde mit AL, Abteilungsleitern, Abteilungsrunde, Abteilungsleiter 2, den UALs, dem Stabsmenschen und ein paar Mitarbeitern, also das erhalten hatte - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, den Satz habe ich jetzt nicht mehr nachvollziehen können.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigen Sie, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Können Sie einmal noch mal die Gedanken ordnen? Ich halte auch die Zeit an.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich fange neu an. Ich fasse mich kürzer.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, das war eine Runde mit Mitarbeitern. Da war jetzt das halbe Personaltableau durchdekliniert.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Sie haben Recht. Ich fasse mich kürzer. Entschuldigung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielleicht noch mal ins Reine.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Noch mal kurz. Also, neben der Kenntnis, dass es das gibt, meine ich, dass in dem Zeitraum, den ich eben nannte, ein Mitarbeiter mal der Runde aus AL 2, UALs und ein paar anderen Mitarbeitern XKeyscore in irgendeinem Zehn-Minuten-Kurzvortrag vorgestellt hat. Ich weiß aber nicht, ob er vorgestellt hat, was man ihm - ich weiß nicht - bei der Dienstreise in NSA gezeigt hat oder was man ihm in Deutschland erklärt hat oder er schon selbst in Testphase hatte. Aber: Ja, ich kenne XKeyscore, und ich weiß auch, dass irgendeiner im BND mal in einer Sitzung darüber berichtet hat. So viel habe ich parat. - Entschuldigung.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wissen Sie, ob es angewandt wurde, diese Software?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wann?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ob die auch angewandt wurde?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Na, zunächst hätte ich jetzt gesagt, da gehe ich von aus, aber ich weiß es nicht. Oder? Lassen Sie mich mal bitte überlegen. - Das ist ja auch wieder - - Als ich AL 6 war und hinterher als - - Nein, ich weiß es nicht, und weil ich als 27er in der zentralen Nachrichtenbearbeitung - - Ich denke jetzt an die Leute, die ich aus der Ecke DAFIS und Filtersysteme kenne und so, G. L. Nein, ob das angewendet worden ist, ist mir nicht bekannt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sagt Ihnen Hombro-Viewer etwas?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Auch schon akustisch jetzt nicht, aber nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Hombro-Viewer?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und MIRA4?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** MIRA4? Ja, leider sagt es mir nicht mehr viel, weil irgendwie habe ich es aus dem Auge verloren. Aber MIRA4 war doch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Softwareentwicklung, ich glaube, in Schöningen gemacht, zur Selektion bei den noch konventionellen Verkehren - aber auch immer schon eine gute Mannschaft, bestrebt ein bisschen mit Blick nach vorne für das, was auf einen zukommt, Richtung Digitalverkehr zu entwickeln. Und war nicht MIRA4 der Vorgänger - oder umgekehrt - von INBE? Kennen Sie INBE?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. Aber ich stehe ja nicht im Zeugenstand hier.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nein. Aber so viel habe ich jetzt in Erinnerung. Kenne ich und gab es, ich glaube, primär - ich will nicht sagen „nur“; das weiß ich jetzt nicht mehr - aber in Schöningen in Nutzung, glaube ich. Eine Entwicklung, auf die die Leute mit Recht stolz waren und die auch in Teilen später für weitere Selektionsüberlegungen und Werkzeuge, glaube ich, von 2 und 6 als Basis mit genutzt worden ist - denke ich schon.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wissen Sie etwas darüber, dass solche Programme auch mal an die Amerikaner übergeben wurden?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nee. Also nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein? Also, ganz allgemein: Wir reden ja bei „Eikonol“ davon, dass US-amerikanische Technik verbaut wurde. Gab es mal den umgekehrten Weg, also ist mal Software Richtung USA gegangen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich denke gerade so: würde ich richtig gerne hören oder bestätigen können, so ungefähr. Hätten wir mal was gehabt, was die gerne gehabt hätten? Ich kann es mir kaum vorstellen und kann mich auch an nichts erinnern.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das letzte Programm wäre VERAS. Sagt Ihnen das was?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja. Ist das nicht im sehr nahen Kontext mit Schöningen und - - Augenblick! - Vielleicht stimmt es nicht genau, aber inhaltlich wird es ungefähr treffen: Verkehrsanalyse-System oder so was, VERAS. Das S

kann ich jetzt nicht unterbringen, aber Verkehrsanalyse, glaube ich schon: wer mit wem wo kommuniziert. Das brauchten wir - ich sagte ja - kriminalistisch in den Außenstellen schon, damit nicht in der zentralen Nachrichtensbearbeitung alles Mögliche ankommt, was wir direkt wegwerfen; das sollten die schon vorne tun. Wissen oder auch mal wieder das Ohr ausrichten können auf eine Ecke: Aha, da war doch schon mal der So-wieso Thema oder einer von denen, die den Anschlag an der Straße - oder was auch immer - planten. - VERAS gab es in Schöningen, glaube ich, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn wir bei den Außenstellen sind: Ist Ihnen ein Verfahren bekannt, nach dem die Daten aus den Außenstellen - - Ach nein, anders: in dem die Daten von den Erfassungsorten, also den Abgriffsorten bei den Providern, zu den Außenstellen nicht direkt, sondern über eine SFA oder Umlenkstation gelangt sind?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** FSA?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Scheinfirma. Das ist ein Begriff aus dem BND.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ach so, ja. Da war ich jetzt nicht, aber doch: hätte ich - - kannte mal den Begriff. Nein, Moment. - Nein, halte ich in diesen Fällen eigentlich auch für überraschend, wenn das genutzt wurde oder so war oder was. In anderen Teilen operativer Arbeit gibt es solche Firmen, die man mal einsetzen muss, aber nicht hier in den konventionellen und hier in der Untersuchung betrachteten Fernmeldeaufgaben meines Wissens. Ich wüsste nicht, warum; aber vielleicht hat es mal jemand gemacht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Damit der Provider nicht nachvollziehen kann, wo die Daten hingehen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** In Anführungsstrichen. Entschuldigen Sie mal. Langsam! Wir reden noch immer von Deutschland nur oder von weltweit?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wir reden von Deutschland, ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** In Deutschland der Provider? Ich habe jetzt das Problem - - aber - - und die Firmen soll ich auch dann nicht nennen oder war eine Zeit lang so. Die Frankfurter wussten doch, wer wir sind und wo es hingehen muss. Warum sollen sie das - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja, die wussten aber nicht, dass die NSA im Boot ist.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Und was hilft da, wenn ich - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein, aber - - Es kann ja auch einen anderen Kabelansatz, also „Glo“, gegeben haben, bei dem der Provider vielleicht nicht so viel wusste, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ach, so rum.

**Martina Renner** (DIE LINKE): - und dass man es dann - - Ist es eine gängige Methode, dass man das dann über eine Umlenkstation - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß nicht, ob Sie den Gedanken zum ersten Mal überhaupt haben.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein, auf den wäre ich gar nicht gekommen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Also, ich hatte ihn bisher nicht, und „gängig“ kann ich deshalb nicht sagen. Ich hatte es noch nicht gehört; aber ausschließen kann ich es nicht. Ist irgendwie aber - - Ja gut, in dem Fall!

**Martina Renner** (DIE LINKE): Inwieweit ist es möglich, dass es jenseits von den formalen Hierarchien, die auch immer etwas sozusagen mit dem Stand an Kenntnis hat, zu Einzeloperationen sozusagen quer zu diesen Hierarchien Arbeitszusammenhänge gibt, wo man bestimmte Dinge operativ durchführt, ohne dass zum Beispiel bestimmte Ebenen der Rechts- und Fachaufsicht beteiligt werden? Ist das vorstellbar im BND? Wissen Sie, ich bilde eine Gruppe aus bestimmten -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ja, ich habe es verstanden.

**Martina Renner** (DIE LINKE): - Leuten.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Mir war nur nicht klar beim Beginn Ihres Satzes, wie Sie das dann sich vorstellen, weil Sie sagten: hierarchieabhängig das Wissen. Nach oben immer mehr, oder oben fast nichts mehr?

**Martina Renner** (DIE LINKE): Natürlich. Ansonsten geht man ja davon aus, dass, je mehr Verantwortung eine Ebene hat, je mehr Wissen auch zu Vorgängen vorhanden ist. Aber ist es - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Na, ist es so in deutschen Konzernen? Mal weg von NDs: Ist es so? Bezweifle ich schon, aber gut.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich rede ja jetzt vom BND. Also, kann es sein - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Also im BND. Der arme Präsident, würde ich sagen. Der kann doch nicht noch aus verschiedenen Fachbereichen und Themenkreisen und so zum Schluss, wenn kein anderer mehr da ist, das noch - - Nein, das glaube ich erstens nicht von der Hierarchie her, dass es oben im Wissen ist. Und das andere: Da klingt ja so ein bisschen - oder habe ich Sie falsch verstanden? - unterschwellig drin, ob man mal versucht, ohne Genehmigung oder ohne Wissen von den zuständigen Stellen - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Also, ich kenne keinen, der so veranlagt war oder der das riskiert hätte, je nachdem, wie Sie das betrachten auf die Person bezogen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, weil - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Mir ist kein Fall bekannt, wo ich mitbekommen habe, dass einer vielleicht gerügt wurde dann, weil er irgendwie es so gemacht hat oder - - Nein, kann ich nicht, wüsste ich nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja, weil wir ja das Phänomen vorfinden, dass selbst auf der Abteilungsleiterenebene, wo ich eben auch einen Teil wenigstens wieder Fachaufsicht sozusagen natürlich verorte, man zu bestimmten Vorgängen nicht vollumfänglich informiert ist - warum auch immer!

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Frau - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Von daher ist jetzt die Frage, die sich für uns aufdrängt: Gibt es bestimmte Operationen, wo selbst diese Ebene nicht vollständig involviert wird, und kann man sich dieses Verfahren auch weiter fortgesetzt vorstellen, dass man bei bestimmten Dingen, wo man von vornherein weiß, dass sie zum Beispiel rechtlich heikel sind oder dass man die Technik auch nicht gerade mit jedem teilen möchte und Ähnliches mehr, bestimmte Personen, Organisationseinheiten außen vor lässt - das würde ich jetzt noch mal fortsetzen, dass es vielleicht bis ins Bundeskanzleramt reicht -, damit so eine Operation nicht gefährdet wird? Ist so was vorstellbar?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wäre dann die letzte Frage in dieser Runde.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Danke.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Vorstellbar? Heute hier?

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, ja, ich meine, war das so geheim? -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ich habe - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wir haben hier in der letzten Vernehmung - - Ich sage Ihnen nur: „Übliches geheimdienstliches Geschäft“ ist hier mal gefallen. Gehört so etwas - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Darf ich es hinterfragen, um es richtig zu verstehen? „Übliches geheimdienstliches Geschäft“, dass man etwas erledigt oder beabsichtigt und umsetzt, ohne den Direkten oder höhere Etagen, die eigentlich das wissen müssten, zu beteiligen, weil man dann

entweder ein No oder irgendwas anderes, was man nicht haben will, befürchtet oder - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und vielleicht eine Ebene darüber beteiligt, aber gewisse Ebenen auslässt?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Also, mir ist kein Fall in Erinnerung, wo so was war. Ich schätze so eine Art auch nicht. Und ich traue es auch - - Nein, ich wüsste eigentlich keinen, der mir einfällt. Den würde ich auch jetzt nicht benennen, aber ich traue es keinem zu, dass die so veranlagt sind oder so waren. Deshalb wundert mich diese Formulierung. Hat er sie richtig verstanden und dann geantwortet, oder weiß er was, was ich nicht weiß? „Übliches Geschäft“? Ich bin - - In gewisser Weise wäre ich entsetzt, wenn dem so wäre oder wenn ich das nur nicht gewusst hätte. Dann beträfe es ja auch mich; da habe ich ja wahrscheinlich auch vieles nicht mitbekommen, was an mir vorbei - - usw.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Okay, aber das können wir jetzt nicht mehr vertiefen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich muss jetzt weitergeben, aber ich bin mir fast sicher, es gibt eine weitere Fragerunde. Jetzt kommt aber erst die Fraktion der CDU/CSU mit ihren Fragen an die Reihe. Frau Kollegin Warken.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ich danke. - Herr Dr. Fechner, Sie hatten vorhin in einem Nebensatz bemerkt, dass die Amerikaner neben Frankfurt noch an weiteren Knoten oder Kabeln interessiert gewesen seien. Können Sie das näher erläutern, bitte?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Reine Vermutung. Ja, was wäre denn das für ein Dienst, wenn er das nicht wäre oder gewesen wäre, so wie auch ich oder Herr Meier (?) oder irgendwer anders, auch andere Dienste, an allen möglichen Kabelknoten interessiert sein müssen, um zu Informationen zu kommen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber Sie haben keinen konkreten Anhaltspunkt, welches Kabel oder - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich bin mir dessen sicher, ohne irgendeinen Anhaltspunkt zu haben; so muss ich es sagen. Das ist die Mentalität; das muss so sein. Sonst finden Sie nichts, wo Sie was rausberichten können. Aber ich weiß nicht, wo das bei den Amerikanern der Fall ist.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also Sie können uns dazu jetzt auch nichts Konkretes sagen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Null.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Danke. - Ich würde gerne noch mal zur Operation „Glo“ kommen. Da haben Sie ja schon gesagt, dass Sie erst recht spät damit befasst waren.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Zu spät. - Nein, nicht zu spät - nachher.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Genau. Können Sie das bitte noch mal genau schildern, wann Sie das erste Mal davon Kenntnis erlangt haben und in welcher Funktion Sie waren und was danach noch dienstlich mit der Operation „Glo“ von Ihnen veranlasst wurde bzw. wie es dann noch weiterging?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, gut. Also, ich versuche jetzt, zwanghaft mich zu trennen von dem, was ich aus Veröffentlichungen weiß, und dann ist mein Statement: Ich erfuhr von der Operation „Glo“ - ich tippe auf September/Okttober 2008 - durch meinen Stabsleiter W. K., weil er mir irgendwie mal in einer ruhigen Minute kurz für unsere Zusammenstellung zum Jahresende gesagt hat, was so alles gelaufen ist. Da habe ich zum Beispiel auch, was hier gar nicht Thema werden muss, von ihm gehört, dass es die drei TKÜ-Maßnahmen gab. Das habe ich bin dahin auch nicht gewusst. Da habe ich gehört, dass „Glo“ ja beendet ist. Und vielleicht hat er mir auch da erzählt erst, dass es diesen Erfahrungs- oder Prüfbericht gab; das weiß ich jetzt nicht mehr. Und in der kurzen Besprechung hat er mir auch - „Glo“ beschrieben“ ist schon zu viel gesagt - gesagt, dass es eine OP „Glo“ gab. Und ich überlege, ob er mir

auch gesagt hat, dass es nicht mit der NSA war, oder ob ich das erst gelesen habe. Das weiß ich jetzt nicht mehr; kann beides sein. Und das war also, ich tippe, Oktober/September - weiß nicht - 2008. Er hat mir auch da wieder gesagt, dass die erstens irgendwann angefangen und ein, zwei Jahre später wieder, weil entweder erfolgreich und erledigt oder nicht zu Potte gekommen, beendet worden ist. Und in meiner eigenen Zeit habe ich als AL nie irgendein Schriftstück nach meiner Erinnerung über „Glo“ oder so was gesehen und irgendwas unternommen, nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Dann hätte ich jetzt zuerst eine Nachfrage zu Ihren Ausführungen. „Drei TKÜ-Maßnahmen“ - was meinen Sie damit?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, man kann doch bei Providern mit entsprechenden Anordnungen - das ist doch irgendwo; ist es im BND oder im G 10? Das wissen Sie schneller als ich - technische Kommunikationsüberwachungsmaßnahmen - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Das ist mir schon klar. Aber welche Maßnahmen Sie konkret meinen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, das werde ich doch, glaube ich - - Da gibt es doch gar keinen Grund. Das hat doch nichts mit dem Untersuchungsthema zu tun, oder? - Wo ist mein Beistand oder mein Rechts-

(ORR Dr. Phillip Brunst  
(BK): Ich weiß nicht,  
welche TKÜ-Maßnahmen  
das waren!)

TKÜ hat nichts - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Das hängt eben - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da sagt keiner Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ich kann Ihnen leider dazu nichts sagen, weil ich nicht weiß, welche Maßnahmen gemeint sind.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** TKÜs haben nichts mit ausländischen Diensten zu tun. TKÜs sind nationale Maßnahmen, die aufgrund - - Ich habe nie selber eine gemacht, und zu meiner Zeit war das noch nicht so, aber ich habe das dann in 2008/2009 eben gehört - - die mit entsprechender - ich nehme an - G-10-Anordnung dann bei einem speziellen Provider eine Zeit lang gemacht werden. Das müssten Sie aber doch besser parat haben.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja, ja. Nein, Sie haben das jetzt eben alles auch so im Zusammenhang erzählt. Deswegen war ich mir jetzt nicht sicher, was Sie genau meinen, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das war die Sitzung. Das war - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** - ob das irgendwas mit dem Untersuchungsgegenstand, mit einer der Operationen, zu tun hat.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, das war nur die kurze Erläuterung von W. K. mal in fünf Minuten an einem Nachmittag - oder was weiß ich - darüber, was es mal gegeben hat.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Als ein Inhalt des Übergabegesprächs oder Informationsgesprächs?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Übergabe gab es nicht. Information mit meinem Stabschef, nachdem ich schon ein halbes Jahr da war.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut. Hat W. K. Ihnen denn was zum Ziel der Operation „Glo“ gesagt?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich wollte gerade „null“ sagen. Lassen Sie mich erst nachdenken, bevor ich rede.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dort gibt es eine Wortmeldung.

**ORR Dr. Phillip Brunst (BK):** Ich wollte den Zeugen darauf hinweisen, dass die Inhalte und damit auch die Ziele der Operation eingestuft sind.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, und ich „null“ auch zu sagen hätte, weil mir niemand was dazu gesagt hat.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wissen Sie, um welche Art von Verkehren es da ging: leitungs- oder paketvermittelt?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigung, ich habe nicht zugehört.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Welche Art von Verkehren: leitungs- oder paketvermittelt, nur Ausland-Ausland?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nach der Erinnerung - ich weiß nicht, ob mir das damals W. K. gesagt hat oder ob das jetzt auch schon irgendwo veröffentlicht war - sage ich: Ich weiß, dass das leitungsgebundene Verkehre waren. Das habe ich auch vorher schon ein paar Mal erläutert, dass das ja auch leichter zu selektieren war und irgendwie kein Problem.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und Ihrer Kenntnis nach nur Ausland-Ausland-Verkehre?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Keine Ahnung. Kann ja eigentlich, sage ich jetzt wieder als uralter Fachmann, kann doch eigentlich nicht sein. Wenn es eine TKÜ ist mit Anordnung, dann kann es doch eigentlich nicht Ausland-Ausland nur - - Aber sage ich nur so „off the records“. Kann doch nicht sein, oder?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Bei diesem Projekt hat man ja mit einem anderen AND zusammengearbeitet als beim Projekt „Eikonol“. Wissen Sie was dazu, warum man in diesem Fall mit einem anderen AND zusammengearbeitet hat?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Null. Absolut nichts.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und hat man Ihnen berichtet, von wem die Initiative ausging?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein. Sie müssen das, damit es ein bisschen glaubhafter ist - - Denn ich weiß ja, wie das ist, wenn ich zu solchen Sachen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann Nein sage. Sie haben sich ja auch schon gewundert über das Zusammenspiel im BND. Sie müssen sich aber auch immer vergegenwärtigen: Da war das Ding ja schon - ich weiß nicht, wie viele Jahre - beendet und ich als neuer AL gerade eingesprungen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Es könnte ja sein, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - dass W. K. Ihnen berichtet -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - und Sie nachgefragt haben und Sie, sage ich mal, diese Rahmen-daten - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, habe ich nicht.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Vielleicht hat man ja auch weiterhin mit dem Dienst zusammengearbeitet, und deswegen war es vielleicht von Interesse, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nichts.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - dass es dieses Projekt schon gab.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, verstehe. Nein, Fehlanzeige. Nichts.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Dann hätte ich im Moment im öffentlichen Teil keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich hätte noch ein paar Fragen. Ich würde mal gerne ins Jahr 2003 zurückgehen. Wir haben es eben auch schon mal angesprochen. Sie waren ja bis 28.02. UAL 24. Da waren Sie auch für Bad Aibling zuständig?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also Sie müssten wissen, was in Bad Aibling passiert ist?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ich hoffe. Ich habe damals auch einigermaßen Bescheid gewusst, und jetzt hoffe ich, mich noch ein bisschen zu erinnern.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir auch. - In Bad Aibling wurden Rohdaten erfasst, richtig?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Zu meiner Zeit?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Im Jahre 2003.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Dann muss ich Ihnen schildern, was da erfasst wurde, weil ich ja nicht fragen soll. In meiner Zeit wurden in Aibling gezielt Richtung Russland, Afghanistan, Krisenregionen, Balkan - Balkan, mein Gott, da war ja auch mal deswegen in der G-10-Kommission - Verkehre gesucht und erfasst, vielleicht sogar - - Denn die Fähigkeiten waren da ja auch mithilfe der vorhandenen Antennen, zum Teil bessere als - - Ich muss sagen: vom System her andere als in Rheinhausen. Wenn mal in Nordafrika was war, vielleicht auch mal eine Erfassung. Kann ich jetzt nicht mehr erinnern. Auftragsbezogen vor allen Dingen zu, historisch auch bedingt, militärischen Fragestellungen; denn - ich erzählte ja - es gab schon ein MoU zwischen 22, als ich noch 23er war, und den Amerikanern über die Zusammenarbeit da. Daraus stammt ja auch das JAC, wenn ich das noch richtig irgendwie alles zusammenbringe. Und da war der Blick eindeutig auf Gefährdungen, militärische Bewegung Richtung Osten. Wenn Sie da hinhören - vergleichbar in Schöningen -, dann haben Sie - nur sind es andere Systeme: Intelsat ist es da und Inmarsat ist es da oder Thuraya - ja den Wunsch, eine Kommunikation mitzubekommen, und deshalb wählen Sie einen bestimmten Kanal, spannen die Ohren auf und gucken, ob Sie was dazu bekommen.

Die Erfassung besteht dann zunächst - bei gewissen Ländern immer noch - aus dem Wählzeichen und danach dem eigentlichen Inhalt. Es gibt aber auch Nutzer - gerade bei ausländischen großen Nationen im Osten -, die vergleichbar mit der NSA Fähigkeiten besitzen, auch wissen, dass die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

NSA eventuell da mal auch was von mitbekommen will, und schon deshalb allein ihre Verkehre absichern: durch Verschlüsselung, durch Schüttelung, in dem Sinne, dass man nicht direkt von hier ein Telefon abhebt und den Anruf - - sondern dass das noch über Umwegleitungen erst woanders hingehet. Ich sage das, weil auf die Weise dann ein paar mehr - in Führungsstrichen - Metadaten zustande kommen, die auch am Anfang der Erfassung mit übertragen werden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Von wie viel Telekommunikationsverkehren reden wir denn im Jahre 2003, die Sie ungefähr erfasst haben? Sind das 100, 1 000, 10 000, 1 Million?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** In Aibling?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, ich kann jetzt nur mal so - genauso, wie Sie es selber könnten - abschätzen: Was wird wohl so an Tagesbelastung da gewesen sein? Mein Gott! Dann kommt noch der Gedanke dazu: Wenn Sie Militärs beobachten - mal scherzhaft gesagt -, dann gibt einer einen knackigen Befehl und der andere sagt nur noch: „Jawohl!“ Das sind meist ganz andere Verkehre, als wenn zwei Politiker, Juristen oder Elektroingenieure sich miteinander unterhalten und ins Ratschen kommen. Das merken Sie ja an mir. Das sind ja kurze, knackige Berichte: „Jawohl, Herr General!“ oder: „Nein, Herr Oberst, so mache ich es nicht.“ Herr Vorsitzender, Sie kennen sich doch da auch noch - - oder erinnern sich doch noch an - - Hab ich doch - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich hätte mich auch über die kurze, knackige Antwort gefreut. Also: Wie viele waren es ungefähr? Was würden Sie jetzt sagen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß es nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber reden wir da vom Millionenbereich? Weil ich habe mal die Zahl - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, dann hätten wir ja auch Millionen von Zuhörern - also Russischkenntnisse, Farsi, Paschtu, Dari oder was auch immer -, Leuten haben müssen, die das beurteilen usw. können.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich rede nicht von den Meldungen; ich rede jetzt nur von den erfassten Telekommunikationsverkehren. Aus denen muss man ja nicht unbedingt überall Meldungen heraus generieren.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wenn Sie kein automatisches Selektionssystem dazwischen haben - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Hatten Sie das nicht?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Hatten wir nach meiner Erinnerung in Aibling bis 2003 nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Da wurde erst mal alles erfasst?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, um Gottes willen - bitte nicht! -, sondern das, wo man dachte, dass trüchtige Verkehre drauf sein könnten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also die Strecken, wo Sie die Erwartung hatten - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Erfahrungsgemäß wusste, da ist vielleicht was.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. Also, auf der Strecke hatte man die Erwartung, da sind interessante Verkehre drauf.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die hat man erfasst?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** So.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und dann? Was hat man damit gemacht?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Dann hat man die erfasst, und - jetzt habe ich in Aibling nicht so oft



## Nur zur dienstlichen Verwendung

danebengesessen, aber in etwa wird es vergleichbar sein mit den anderen Stellen - dann wird man geprüft haben: Wer versucht da, mit wem sich in Kontakt zu nehmen? Worum geht es da?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Man hat die ausgewertet?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Verstehen muss es der ja auch da. Das ist ja noch nicht in dem Sinn inhaltliche Auswertung. Der muss ja nur wissen, ob es ins Profil passt, was die Zentrale ihm mal vorgegeben hat, wozu man gerne was von ihm hätte als Information der Beschaffer. Das nannten wir „Nachrichtenbearbeitung“ oder „Erfasser vor Ort“.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was mich einfach ein bisschen wundert - jetzt gar nicht an Ihrer Aussage; ich probiere nur, mir ein Bild zu machen -, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - ist: Da werden ja normalerweise doch sehr viele Telekommunikationsverkehre drauf sein. Ich habe mal eine Zahl 30 Millionen gehört; das ist ja schon eine sehr große Zahl.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Pro Tag, Jahr oder wie?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jahr.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja gut. Mag sein, sage ich da mal.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt muss ich daraus ja Meldungen generieren. Dann habe ich mal gehört, daraus werden nur relativ wenige Meldungen generiert, weil viel eben, wie Sie ja auch gesagt haben, nicht brauchbar ist.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja. - Wo - - Herr Vorsitzender, entschuldigen Sie - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich frage mich, wie man aus diesen vielen Daten - ob es jetzt 30 Millionen sind oder 10 - händisch auf

Meldungen kommen will. Da muss es doch auch im Jahre 2003 schon technische Filter gegeben haben. Also, ich stelle mir das kaum machbar vor, dass man sich diese ganzen Telekommunikationsverkehre alle anschaut.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Vorsitzender, die 30 Millionen, von denen ich keine Ahnung habe, wer sie mit welchem Wissen - zutreffend oder nicht - genannt hat, kommen mir unheimlich hoch vor. Ich teile nur mal durch 365, dann sind das immer noch ziemlich viele am Tag. 30 Millionen - dazu brauchen Sie ja schon, wie Sie auch verwundert sagen, ziemlich viele Mitarbeiter, die zuhören usw. Deshalb bezweifle ich schon die 30 Millionen. Oder hat da wieder einer Wählzeichen und Vorselektion und alles durcheinandergeworfen? Oder wirklich Erfassungen, wo man dann zugehört hat?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Deswegen will ich auch gar nicht so ein bisschen darüber spekulieren, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja. Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - was da irgendjemand gesagt hat, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** 30 Millionen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** -, sondern würde Sie gerne hören, weil Sie ja 2003 UAL 24 waren.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Genau. Aber mir hat nie einer gemeldet, dass wir so toll sind und 30 Millionen Erfassungen pro Jahr aus den dort ins Auge gefassten Zielregionen und Zielobjekten hatten. Ich halte das für unglaublich.

Was, wie ich jetzt, während Sie sprachen, dachte, ja noch sein kann: Diese Erfassungen in Aibling sind ja größtenteils nicht alleine durch uns in der Bundeswehrstelle mit unseren Einrichtungen geschehen, sondern auch über die Einrichtungen - auch gleiches Interesse - der Amerikaner in ihrer Bad Aibling Station. Welche technischen Erfassungsmöglichkeiten oder, um jetzt den Begriff mal zu nutzen, Selektionseinrichtungen die noch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hatten, um diese dann im verrücktesten Fall 30 oder 300 Millionen Verkehre passend zu den vorhandenen Bearbeitern auf 30 000 oder so zu reduzieren - so kann ich mir nur die Aussage mit den Millionen erklären -, das weiß ich nicht. Aber dass die noch vielleicht was hatten, was wir ja bis irgendwann da in 2005/2006 nicht hatten und bekamen, das kann ich nicht ausschließen. Ich weiß nicht, wer Ihnen das so gesagt hat. Und vielleicht stimmt dann die Zahl, wenn die Amerikaner dort Fähigkeiten hatten, die wir gerne auch schon zu der Zeit gehabt hätten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Mich wundert es ein bisschen, weil Zeugen vorher konnten uns doch zumindest bestimmte Dinge über Filterungen, Selektoren etc. erklären, und Sie ja nun für einen Bereich zuständig waren, wo genau dies passierte, dass Sie so gar nicht diesen Bereich - ich beschreibe es mal jetzt sehr laienhaft - von dem sehr umfangreichen Abgreifen von Daten, die sich entweder in einem Kabel oder auch über Satelliten befinden - - wie es zu der Reduktion kommt. Da scheinen Sie gar nicht involviert gewesen zu sein. Aber da muss es doch auch bei Ihnen als UAL 24, auch hinterher 27 oder TA, doch Erkenntnisse irgendwie zumindest rudimentär geben, wie ich von vielen Daten im Zweifel auf eine Meldung komme - vielleicht nicht so detailliert wie manch einer, der das operativ gemacht hat; aber darüber muss man sich doch Gedanken gemacht haben. Die G-10-Filterung, fand die gar nicht statt 2003?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Abgeordneter - - Herr Vorsitzender - Entschuldigung! -, ich werde Ihnen immer ungläubwürdiger. Das muss ich in Kauf nehmen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe das wahrscheinlich schon, als ich das zu Hause mir hier zusammenstellte, was ich denn wo war, geahnt, dass das kaum zu glauben ist. In der Zeit als UAL 24 - behalten Sie bitte Ihren letzten Gedanken, den habe ich jetzt schon wieder vergessen, dass ich den gleich auch noch mal beantworte -, in der UAL-24-Zeit, Juli 2000 bis 2003, war ich ein Mal in Bad Aibling - ein Mal -, nämlich weil

ich UAL 24 geworden war und als Non-Mil-23er noch den 22er-Laden mit der Stelle Aibling übernahm. Sozusagen Antrittsbesuch oder was weiß ich, wie man es sehen will, und mal gucken: Was macht ihr denn da? - Ein Mal! In der Zeit war ich aber immer noch 23er und hatte, glaube ich, als 24er etwa so 750 Leute zu betreuen, zu befehligen oder wie Sie es auch sehen. Das ist die Zeit, wo der 1. September war.

(RA Johannes Eisenberg:  
Der 11. September!)

- Entschuldigung, der 11. September. Danke. - Da habe ich aus der Erinnerung heraus das Gefühl, dass ich mich um den gut eingespielten, militärisch organisierten Laden meines Vorgängers 22 in Aibling, der vor allen Dingen - jetzt sage ich es mal so - auf die Russen achtete und noch Balkan-Krisenherd beobachtete, groß kümmern musste, sondern von da kamen für den militärischen Bereich der Auswertung auch entsprechende Informationen an und nie eine Klage: Die bringen zu wenig oder zu viel. - In der Zeit haben wir uns sicher wesentlich mehr - auch nicht nur mit Rheinhausen, sondern im Zusammenhang mit Schöningen - um die Aufklärung von Themen Richtung Afghanistan, al-Qaida weltweit usw. gekümmert. Damit erkläre ich mir auch, dass ich trotz meines grundsätzlichen technischen Interesses an solchen Dingen und auch an dem Processing, das dann da erfolgt, nicht Ihnen viel mehr sagen kann, als zu spekulieren. Vielleicht haben die Amerikaner Einrichtungen gehabt, die erlaubten, 300 Millionen auf 30 000 zu reduzieren. Es hat mich nie jemand gefragt, ich musste nie dazu irgendwo eine Aussage treffen, und ich habe die Zeit irgendwie woanders mit rumgebracht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Alles klar. Gut, danke schön. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, können Sie irgendeine Zahl sagen, wie viele Daten - - Sie haben ja eben diese





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Zahl 30 Millionen - - Das fanden Sie ganz verwunderlich hoch. Was sind denn so normale Zahlen in Ihrem Alltag gewesen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe aufgrund des Mitlesens hier in den Befragungen versucht, irgendwo - - Ich habe auch nicht dann jemand angerufen und gefragt: „Kannst du mir mal sagen ...“ oder: „Wie war denn das?“ - Das wäre wahrscheinlich die Möglichkeit, um es konkret und gut zu beantworten. Ich habe mir darüber Gedanken gemacht und deshalb - in meinem Sprechzettel; vielleicht finde ich es, sonst mache ich es aus der Erinnerung - Ihnen ja gesagt: Das waren mal pro Tag für eine gewisse Ecke, die sich interessierte für ein Land und ein Thema - die Themen sind ja auch noch mal gespalten -, im schlimmsten Fall mal keine. Dann musste man sich sozusagen entschuldigen. Dafür waren es aber am nächsten Tag wieder 30 oder 250.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meldungen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Meldungen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber mir geht es jetzt um Datensätze.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das ist so wie - - Da kommt mir wieder das Bild mit den Briefumschlägen, den Briefmarken und dem Paket.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, das ist cool. - Wissen Sie, das ist eine kollektive Amnesie beim BND. Bezüglich der Frage, wie viele Daten eigentlich, ist kollektive Amnesie angesagt. Das kann - - Niemand kann uns das beantworten. Sie waren da in verantwortlicher Position, und Sie haben - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Herr Eisenberg!

(RA Johannes Eisenberg:  
Was soll er denn dazu sagen, ob sie unter einer kollektiven Amnesie leiden?)

- Er soll doch was sagen dazu. Ist doch gut.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich sage da auch fast nichts zu.

(RA Johannes Eisenberg:  
Das ist doch keine ernst gemeinte Frage!)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen Sie schon mir überlassen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich sage da auch eben in Anführungs- -

(RA Johannes Eisenberg: Ja,  
und ich kann ihm doch sagen, dass er die nicht beantworten soll!)

- Danke.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hören Sie mal auf Ihren Mandanten und seien Sie ruhig, Herr Eisenberg!

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Durchatmen. Ich auch. Sie auch. - Ich sage dazu fast nichts; -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fast nichts.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - denn Herr Abgeordneter von Notz, ich weiß nicht, wie Sie sich die anderen Managementebenen vorstellen oder sich auskennen, ob die sich da dafür interessieren, auf welchem Weg, wie diese Dinge - - Wenn die kommen und klagen: „Ich werde nicht mehr mit den 3 Millionen, 30 Millionen oder was Metadaten fertig“

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 500!)

- was, 500? Ach, ist auch nicht viel mehr -, „werde ich nicht mehr Herr; ich brauche dies und das“, dann habe ich ein Problem auf dem Tisch, dann kümmere ich mich darum oder frage jemanden, der das versteht: Was machen wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

denn? Die haben da zu viel Metadaten oder die müssten reduziert werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Herr Zeuge, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das ist nicht - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - bitte tun Sie mir den Gefallen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nein, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe immer nur acht Minuten. Können Sie eine konkrete Zahl nennen, ja oder nein?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, aber ich führe das nicht auf Amnesie oder was zurück.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Sie können sie einfach nicht nennen, okay.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich kann sie Ihnen nicht nennen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Wir haben diese Frage häufig gestellt. - Sagen Sie, haben Sie Daten

(Zuruf von  
RA Johannes Eisenberg)

rausgefiltert, strukturiert von Staatsangehörigen anderer europäischer Länder?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigung, ich habe akustisch den Anfang nicht mitbekommen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich bitte, die Zeit anzuhalten. Der zweite Zeuge Eisenberg, der redet ständig dazwischen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Kollege von Notz.

(RA Johannes Eisenberg:  
Ich rede gar nicht  
dazwischen!)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, ständig.

(RA Johannes Eisenberg:  
Ich bin total still!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn Sie die Frage noch mal wiederholen, dass der Zeuge sie beantworten kann, geht es auch weiter.

(RA Johannes Eisenberg:  
Der ist heute gereizt!)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der Datenerfassung, wurden da die Staatsangehörigen anderer Länder - - Wir haben ja vorhin von Filtern gesprochen bezüglich Deutscher. Ich sage jetzt mal so: Österreicher, Franzosen, Holländer - wurden die rausgefiltert?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das muss ich jetzt fragen, Herr Vorsitzender: Wo meint denn der Abgeordnete Dr. von Notz? In meiner Zeit in Schöningen, oder als ich nicht in der Abteilung war, in Frankfurt am Main?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich würde mal mit Schöningen anfangen oder möglicherweise auch - ich weiß nicht - Bad Aibling?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde es irgendwo rausgefiltert? Das suggerieren Sie ja mit Ihrer Gegenfrage. Wo wurde es denn rausgefiltert? Nennen Sie mir einfach einen Ort des BND, wo - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, ich suggeriere damit das nicht, sondern ich wollte eine richtige Antwort geben. Wenn Sie nicht - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wenn Sie das nämlich meinen bezogen auf Frankfurt, muss ich sagen, weiß ich nichts, und wenn Sie mich das fragen bezogen auf meine Zeiten mit Schöningen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rheinhausen oder sonst was, dann sage ich: Wir hatten ein Aufklärungsprofil der Bundesregierung. Wir hatten daraus Themen und Zielobjekte, Regionen auch, in denen wir die Ohren aufspannen mussten oder Verkehre mitkoppeln wollten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten auch Selektoren der Amerikaner. Jetzt beantworten Sie mir die Frage!

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nein, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurden andere Staatsangehörige rausgefiltert, ja oder nein?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß jetzt nicht, welche Selektoren der Amerikaner Sie während meiner Zeit meinen, wo ich welche gehabt habe - Selektoren. Ich habe - daran erinnere ich mich, weil ich mich ja seit Karlsruhe da ein bisschen tiefer mal reinknien musste - Kenntnis von Suchbegriffen, die wir im Rahmen von Anordnungen brauchen und so.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das hat ja aber wohl nichts mit Ausland-Ausland und Amerikanern - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausland-Ausland gibt es bei Paketvermittlung überhaupt nicht.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, und ich hatte keine Paketvermittlung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, keine Paketvermittlung. - Passen Sie mal auf, Herr Dr. Fechner. Sie haben vorhin die Fragen des Kollegen Ströbele im Hinblick darauf, ob Sie bezüglich dieser im Zusammenhang mit dem SZ-Artikel gefallenen Argumentation, warum „Eikonol“ eigentlich beendet wurde, gesagt, da haben Sie nie was drüber geschrieben, nie was drüber gelesen. Ich halte Ihnen jetzt hier, weil Sie es in öffentlicher Sitzung gesagt haben, eine streng geheime Akte vor. Die wird Ihnen jemand bringen, der die körperlich abschirmt.

(RA Johannes Eisenberg:  
Das machen doch am  
besten Sie, Herr Dr. von  
Notz!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein, das haben wir schon geregelt, damit von keiner Seite Einsicht genommen werden kann. Das kriegen wir schon hin.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut. - Da können Sie mir mal erklären - wir dürfen jetzt leider nicht daraus vorlesen, weil es ja streng geheim ist -, ob Sie die Argumentation, von der wir hier reden, wiedererkennen und vielleicht auch Ihre Unterschrift. Dann können Sie vielleicht bezüglich des Datums eine Erklärung abgeben.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das wäre natürlich verrückt, ja.

(RA Johannes Eisenberg:  
Aber der Mensch kann  
auch mal was vergessen!)

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Kollege von Notz, für die anderen Fraktionen einmal kurz die Fundstelle? Das ist auch ruhig - - kann auch gesagt werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist MAT A BND-9/1, Tagebuchnummer 05/14, Streng Geheim, Ordner 131, Blatt 39. Stimmt das?

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seite 2 oben, wörtlich!)

Herr Eisenberg gibt Ihnen eine Interpretation des Vorgangs.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Seite 2 oben! -  
RA Johannes Eisenberg:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Meine Güte, jetzt beruhigen  
Sie sich doch mal!

- Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich bin zunächst schon verwundert, dass ich als AL 2 im Juli zum Thema Zusammenarbeit mit dem TF in JSA dem Präsidenten was geschrieben habe.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich auch. Deswegen halte ich Ihnen die Akte vor.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir halten die Zeit an, damit der Zeuge in Ruhe lesen kann. - Na klar, logisch. Nehmen Sie sich alle Zeit.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen und berät sich mit seinem Rechtsbeistand - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sind Sie auf der richtigen Seite! Schwierige Frage, nicht?)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stelle Ihnen jetzt mal eine Frage dazu.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Moment, ich habe gerade die Zeit angehalten, damit der Zeuge lesen kann. Können Sie schon antworten auf die Frage von eben?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie vor dem Hintergrund dieses Schriftstücks Ihre Aussage von vorhin korrigieren, oder bleiben Sie dabei, dass Sie dazu nie ein Wort geschrieben oder gelesen hätten und Ihnen diese Argumentation gänzlich fremd ist?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Ich war es nicht!“, haben Sie vorhin gesagt!)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. „Ich war es nicht!“

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Habe ich wörtlich gesagt?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie gesagt, unter Wahrheitspflicht.

(RA Johannes Eisenberg:  
Nun nimm doch mal die  
Antwort entgegen!)

- Ja, bitte.

(RA Johannes Eisenberg:  
Ist ja gut!)

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Habe ich wörtlich gesagt. War in dem Augenblick und auch noch die Zeit vorher, wo ich da darüber nachgedacht habe, als ich das irgendwo in den Zeitungen las, meine feste Meinung, dass ich dazu nie irgendwas irgendwo getan habe. Ich muss jetzt sagen, die Aussage war falsch. Ich stehe - - kann zu der nicht mehr stehen. Im Gegenteil: Ich sehe hier - und bin von mir selbst enttäuscht - sowohl, dass ich wahrscheinlich damals in Eile, weil es passé war und vor meiner Zeit, ein Schreibchen unterschrieben habe, das ja aber, glaube ich, inhaltlich okay ist, und dass ich mich nicht mehr daran erinnere, und das Ihnen eben, Herr Abgeordneter Ströbele, nicht bestätigt habe, dass ich das wusste. Sonst hätte ich auch nicht gesagt - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht „wusste“! Aufgeschrieben haben! „Ich war es doch!“, müssten Sie jetzt sagen!)

- Ich war es doch.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Kollege Ströbele, aber Sie sind doch gar nicht dran.

(RA Johannes Eisenberg: Er kann sagen, was er für richtig hält!)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Abgeordneter Ströbele, ich war es doch. Sie erinnern sich auch, oder hier die Aufzeichnung wird es ja zeigen. Ich hätte sonst, wenn ich nicht geglaubt hätte, dass ich es nicht war, nicht gesagt: „Ich würde gerne mal wissen, welcher Schriftsteller das denn wann wo gefunden - - Ich war der Meinung, dass ich es - - Ich wundere mich jetzt mehr medizinisch über mich als irgendwas sonst. Ich bin es doch gewesen.“

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das mit der  
Wahrheit!)

- So ist das.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, sie kommt zum Schluss immer raus.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir haben es ja jetzt geklärt, und jetzt schauen wir weiter.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Na ja, Herr Vorsitzender, das ist schon ein Vorgang - - Irgendwie kann man schon mal kurz festhalten. Wirft ja auch bezüglich vieler anderer Dinge Fragen auf. Bin gleich gespannt, was der Kollege Schipanski dazu sagen wird, aber - -

Noch mal ganz kurz eine Frage: Haben Sie schon mal davon gehört, dass im Rahmen irgendwie einer dieser Operationen, über die wir hier sprechen - die Namen sind ja gefallen: „Eikonol“, „Glotaic“ -, dass es da gegebenenfalls zu einem Akt der Wirtschaftsspionage von amerikanischer Seite gekommen ist?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Gelesen habe ich da wieder was zu.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** In Ihrer - - Das ist schön. Aber in Ihrer Tätigkeit beim BND, haben Sie damals was davon mitbekommen?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nicht, dass ich erinnere, dass es im Zusammenhang direkt mit „Eikonol“ war. Aber ich erinnere mich, dass es in der Zeit, als ich UAL 24 - hieß ich, glaube ich -, der zentrale Nachrichtenbearbeiter war - ja, das muss es gewesen sein; 27 war ich -, einen Vorgang gab, wo mir jemand berichtete, dass in einer Liste, die man eigentlich in die Erfassung geben wollte - ich weiß aber nicht, wohin man sie geben wollte; vielleicht an alle Stellen oder was -, von Zielen, Suchbegriffen, wo ja auch Firmen drinstehen können oder Chemikalien oder was - - Ich nenne jetzt nicht die Firmen, nicht?

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Doch, können Sie machen. War x-mal in der Zeitung.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** EADS fällt mir ein.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Eurocopter, französische Behörden.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja? EADS habe ich parat. Aber es waren noch, glaube ich, zwei, drei andere, die da in der Liste waren, und das hatte man natürlich gemerkt; denn die werden ja sehr sorgfältig durchgesehen, vor allen Dingen auch mit Blick auf eigene Gefährdung, falls ein G 10 irgendwie drin zustande kommen könnte, was ja auch nicht erlaubt ist als identifizierender Suchbegriff usw. - - dass diese Begriffe aufgetreten sind und die auch wohl von Amerika - möchte ich schon nicht mehr jetzt hundertprozentig sagen, aber wahrscheinlich -, von dem Partner NSA stammten und herausgenommen worden sind.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wie viele Begriffe waren das denn, die die Amerikaner da eingesperrt haben?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich erinnere es jetzt nicht mehr. Ich hätte jetzt gesagt: Waren es drei, vier oder fünf? Aber mit Zahlen - -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, bezüglich - - Genauer: Wie viele waren es insgesamt?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Moment.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Suchbegriffe, die - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe nie die Liste - - eine Liste so lang der Amerikaner gesehen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber Sie haben eben gesagt, dass die genau durchgesucht wurden, und deswegen frage ich Sie: Wie viele Begriffe waren das?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß es nicht. Ich weiß auch nicht, ob das, was mir dann gesagt wurde, der einzige Teil war, der von den Amerikanern stammte in der in die Erfassung zu gehende Suchbegriffsliste der Abteilung 2.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Ihnen sage - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigung, da wird eine Liste gemacht, die zunächst gesichtet wird, in gewissen Fällen ja noch bis zur PKGr auch in anderen Dingen laufen muss - Suchbegriff „Genehmigung“ usw.; hier wahrscheinlich nicht bei Ausland-Ausland-Routine; mögen Sie nicht hören, aber diesem Ansatz - und dann in die Außenstellen geht zur Erfassung. Ob da jetzt nur fünf amerikanische oder ursprünglich hundert amerikanische drin waren, von denen fünf unanständig waren, kann ich nicht - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind Hunderttausende, und das wirft die Frage auf, ob Ihre Aussage von eben, dass die genau durchgesehen wurden, korrekt ist. Sie haben ja gesagt, Sie haben selbst nie so eine Liste gesehen. Jetzt frage ich Sie: Sind Sie sicher - im Sinne von als Zeuge aus eigener Wahrnehmung sicher -, dass diese Begriffe einzeln durchgegangen wurden?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich war auf dem Stand und dachte, das wäre so, aber bei Hunderttausend kommt - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wissen Sie es sicher als Zeuge?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Jetzt bin ich - - Nein, jetzt weiß ich das nicht mehr sicher, weil ich es nicht selber gemacht habe und bei Hunderttausend es mir verblüffend riesig vorkommt. Ich möchte da nur -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind mehrere Hunderttausend.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - zu bedenken geben, oder ich darf nicht fragen - - mich selber fragen: Ja, sind das die, die über die ganze Zeit zusammengekommen sind, oder war das die neue Liste, die gerade kam? Weiß ich schon nicht mehr.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre meine nächste Frage gewesen: Wie oft wurde die denn erneuert, und wie viele Begriffe wurden jeweils neu eingespeist? Können Sie das beantworten?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Bezogen auf Zugaben von Ausländern habe ich da überhaupt keine Kenntnis.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich glaube, das war auch immer eine Besonderheit. Vielleicht in diesem Fall dann eben wegen des Ansatzes in Frankfurt nicht mehr, aber Sie haben eben andere Länder schon in anderem Zusammenhang genannt. Ich glaube nicht, dass da Listen übersandt worden sind. Vielleicht mal ein paar Begriffe, die hilfreich sind, um irgendwo nach einem Attentat einem auf die Spur zu kommen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glauben Sie?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das glaube ich, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, glauben - - Wir würden gerne wissen, was Sie wissen. - Waren Sie mal beteiligt an G-10-Genehmigungsprozessen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** G-10-Genehmigungsprozessen? Ja, in irgendeiner Form ja wohl sicher, denn - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie mal im G-10-Gremium?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein. G-10-Kommission war ich, -Gremium nicht, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, meine ich, also nicht Mitglied, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern Sie waren mal da.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** PKGr, Parlamentarisches Kontrollgremium?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Sie meinen Parlamentarisches Kontrollgremium?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, G-10-Kommission.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** G-10-Kommission war ich, glaube ich, sogar - weiß nicht - zweimal in meinen ganzen Jahren. Ich habe - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie die G-10-Kommission bei diesen Erläuterungen, bevor man die Genehmigungen bekommen hat, umfassend informiert über das, was Sie vorhaben?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Was ich vorhabe?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was der BND vorhat, wenn er für eine bestimmte Strecke eine G-10-Genehmigung erhalten möchte.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da - -

(RA Johannes Eisenberg:  
Möchten Sie eine Pause?)

- Danke nein, ich möchte jetzt keine Pause, sondern ich denke auch, dass das nach der Pause nicht anders wird bei mir. Entschuldigung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich habe es akustisch - - Vielleicht etwas näher ans Mikro.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich brauche keine Pause. Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich wollte nur sagen: Man hört es nicht, wenn Sie nicht nah genug am Mikro sind.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Entschuldigung. - So, wie Sie es formuliert haben, Herr Abgeordneter Dr. von Notz, muss ich ja sogar sagen: Da war ich doch gar nicht dabei. Nach meiner Erinnerung war ich in der G-10-Kommission mal, weil es eine G-10-Erfassung gab, von der wir gewünscht hätten, dass sie noch länger - wie sagt man? - verlängert wurde, die Anordnung, und das von einem Mitarbeiter der Abteilung 3 - Auswertung -, der in der Materie dann tief drin war, gegenüber der Kommission - Herr de With war Vorsitzender, wenn ich es richtig erinnere - erklärt wurde. Da bin ich dabei gewesen als Delegationsleiter, habe das auch noch mal mit Interesse gehört, was er mir wahrscheinlich vorher auch schon etwa erklärt hatte, dass wir das so beantragen würden, und das war es. Aber ich habe nie die Kommission irgendwie selbst ins Bild mit was gesetzt, um was zu beantragen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben da auch keine Vermerke mit hergestellt?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, jetzt, nachdem Sie mir eben da zeigen, dass ich 2008 - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tja, so ist das hier. - Sie können es nicht erinnern?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, ich kann mich nicht erinnern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Jetzt müssten wir nach 15 Minuten wechseln. - Wir kommen damit dann zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek (SPD):** Wir haben in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen an den Zeugen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Herr Dr. Fechner, sagt Ihnen der Begriff „Fernmeldeaufklärung kabelgestützter Telekommunikation“ etwas?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich kann mir was darunter vorstellen, aber ich weiß nicht, wo das mal Betreff oder Überschrift oder so - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sagt Ihnen die Abkürzung FAKT etwas?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich glaube, ja, aber jetzt nicht mehr. Augenblick. - Fernmeldeauf- - Kabel, Fernmeldeaufklärung kabelgestützt, oder was?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Kabel, Telekommunikation FAKT.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ich meine, ich hätte vielleicht selbst auch den Begriff sogar benutzt, aber er war jetzt weit weg. FAKT wird die Abkürzung für das - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Wenn man jetzt sich vorstellt, dass es FAKT 1, FAKT 2, FAKT 3, FAKT 4, FAKT 5 gibt und wegen mir „Eikonol“ FAKT 5 wäre, dann stellt sich ja für uns die Frage: Was ist mit den anderen vieren?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, jetzt verstehe ich Ihre Frage.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Weil wir vorhin ja nach weiteren kabelgestützten Angriffen, Abgriffen fragten.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich verstehe Ihre Frage.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die Durchnummerierung legt ja nahe, dass es dann eben auch andere gibt, über die wir hier nicht reden.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja. Ich habe Ihre Frage jetzt, glaube ich, verstanden und weiß nicht, welche Nummer da „Eikonol“ meinetwegen war oder „Glo“. Ich war eben verwundert: Heißt es jetzt „Glotaic“ hier? Ich dachte bisher immer, ich dürfte es nicht sagen. Ich wollte nur sagen: Ich habe es nicht gesagt. Gut.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich auch nicht.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** FAKT irgendwas war wahrscheinlich „Eikonol“. Ich habe die Nummerierung nicht mehr parat. Aber auch während meiner Zeit - Sie sprechen wahrscheinlich jetzt meine letzte Zeit als AL an, 2008/2009; denn davor war ich eine Zeitlang weg, und davor gab es wahrscheinlich noch keine Kabelerfassung - gab es anderen vom Bundesnachrichtendienst, Abteilung 2, ohne jeglichen Bezug zu den Five Eyes - - getätigten Kabelansatz, wo auch immer. Ich glaube, das muss ich aber hier und möchte ich - wenn, nur nichtöffentlich - nicht weiter erklären. Viel weiß ich nicht darüber, aber das wird schon stimmen, dass es eine 1, 2, 3 und 4 auch noch gab, aber nicht mit NSA in Deutschland, wenn Sie es mal so hören wollen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nicht mit NSA in Deutschland. Aber wenn wir jetzt mal davon ausgehen, mit NSA woanders, wird es ja vielleicht dann interessant, wenn wir jetzt im Zeitalter der paketvermittelten Kommunikation sind und davon ausgehen, dass dann die Verkehre, wenn sie international geroutet werden - - von vornherein nicht mehr auszuschließen ist, dass sie dieses Kriterium in, von und nach Deutschland erfüllen, weil wir haben ja nicht mehr diese regionale Zuordnung wie bei der leitungsvermittelten Kommunikation, wenn wir in den Bereich der Paketvermittlung gehen. Sie haben vorhin von den Päckchen gesprochen, die Fähnchen kriegen und so. Sie wissen, über was ich rede, ja?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn ich also sozusagen einen kabelgestützten Abgriff außerhalb von Deutschland habe in Kooperation mit der NSA, kann es sein, dass dort auch Telekommunikationsverkehre von Bundesbürgern erfasst werden?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** So, wie Sie die Frage stellen und ich jetzt darüber anfangen nachzudenken, glaube ich, dass das sein könnte. Aber mein Wissensstand ist zumindest - und das sollte Sie ein bisschen beruhigen -, dass die Operationen, die ich jetzt im Kopf habe als vielleicht FAKT 1 bis 3 oder was, nicht mit der NSA zusammen betrieben wurden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, die laufen alleine durch den BND und einem AND außerhalb der Five Eyes?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja. Ich hoffe sogar, weitestgehend durch den BND allein, sogar clandestine irgendwo, aber - - So.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gibt es - - Kann man sich vorstellen, dass es auch trilaterale Vereinbarungen gibt?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wen meinen Sie außer den Amerikanern, dass ich mir das vorstellen - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das weiß ich nicht, ein AND irgendwo.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, da fällt ja im Augenblick jedem GCHQ als Nächstes ein. Die zähle ich zu den Five Eyes. Deshalb sagte ich, mit den Five Eyes auch nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Waren Sie denn selbst mal auch in Großbritannien?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** In meiner Zeit im BND?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, habe ich mir aufgeschrieben, wann, wie, wenn Sie es wissen wollen. War ich mehrfach, ein paarmal. Aber ich war

da mit einem AL zwischen 1981 und 1984 einmal. Ich war da einmal im Rahmen von CoCom 1984 bis 1989. Ich war da einmal mit einem AL 1991 bis 1996. Das sind dann immer - - Da bin ich der Begleiter, Aktentaschenträger für den AL. Ich war - - Nein, ich glaube, das war es. Ich war wohl 1997 - schätze ich, wird das gewesen sein - das letzte Mal in Großbritannien in Begleitung eines ALs. Also war ich da - was habe ich vorgelesen? - dreimal, glaube ich. Und seit 2000 war ich nach meiner Erinnerung - ich bin ziemlich sicher, die stimmt da - nicht mehr in Großbritannien.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Solche Zusammenarbeiten, wie wir sie bei „Eikonol“ diskutieren, kann man sich ja auch in der Form vorstellen, dass es im umgekehrten Fall möglicherweise - - Also, wir haben hier einen Abgriff in Deutschland bei einem Telekommunikationsanbieter, und die Daten gehen an die NSA. Man könnte sich ja auch vorstellen, es gibt Begehrlichkeiten im BND nach Daten, die man hier nicht, weil die Strecken nicht hierüber - - Sie wissen, worauf ich hinauswill.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wir machen es in Washington.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir machen einen Vorschlag irgendwie. Kann man sich Kooperationen vorstellen, wo es darum geht, dass man aus dem Ausland Daten bekommt, die man hier nicht erheben darf?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich merke, dass meine Vorstellungskraft fast so gut ist oder so gut wie Ihre. Aber gemacht worden ist das nach meiner Kenntnis noch nie. Ich halte das auch alles für - wie soll ich das jetzt ausdrücken? - sehr lange zu überdenken: politisch, rechtlich, Sicherheit. Also: Nein.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die Amerikaner waren doch hier auch!)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Klar, aber nichtsdestotrotz hat ja auch zum Beispiel -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ja, ich verstehe.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - die NSA in Deutschland versucht, ans Kabel zu kommen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ja, verstehe. Sicher.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Somit ist es ja nicht ganz so abwegig.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Doch, in gewisser Weise für mich als ND-Mann von da schon, wenn ich Ihnen das ergänzend sagen darf.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dazu hätte ich jetzt aber eine Frage, weil eine Sache ist ja auch: Andere Zeugen haben hier immer gesagt: Na ja, die Amerikaner sind so gut, die können überall bestimmte Daten erheben, zum Beispiel die Thuraya-Daten, über die wir vorhin gesprochen haben usw. Die sind gar nicht auf die Daten des BND angewiesen. - Ist das so richtig? Könnten die alles selbst an allen Orten und bräuchten gar nicht die Hilfe des BND?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nach meiner Kenntnis würde ich so weit nicht gehen, dass die sich nicht freuen, wenn ihnen jemand entweder die Arbeit abnimmt und das Endprodukt, was sie dann interessiert, nach den Selektionsschritten usw. überlässt. - Das ist mal das Erste.

Das Zweite ist: Ich versuche gerade, mir ein Bild zu machen, wo die nicht so ohne Weiteres hinkommen, drankommen. Es könnte ja auch mal ein Kabel in einem - wie nennt man es heute - nicht mehr so befreundeten Land enden, und sie würden gerne trotzdem da was von mitbekommen. Dann wären sie ja auch schon wieder in der Lage, es nicht zu können, was da der Betreffende vermutet sie alles können. Also, es gibt Situationen, wo Amerikaner wahrscheinlich schon froh sind, wenn sie Zugang bei jemand anderem oder Mithilfe von jemand anderem haben. Das schließe ich - - Da gehe ich von aus. Es ist auch - - Ja, ist so.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie mal an solchen Besprechungen vielleicht auch hier - es

muss ja nicht in den USA gewesen sein - teilgenommen, wo es konkret darum ging, dass der Partner ausgeführt hat: Wir haben jetzt mit dem Zugang zu diesem und jenem Land ein Problem. Wir wissen, dass die Strecke zum Beispiel hier anlandet, TAT-14. Oder: Wie können wir das hierüber realisieren? - Ist das mal so konkretisiert als - - gesagt worden?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Sie haben jetzt eine Kabelnummer genannt, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, das Seekabel.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - und daraus schließe ich, dass Sie es aufs Kabel beziehen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, aber ich beziehe es jetzt mal aufs Kabel.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Aufs Kabel bezogen null Kenntnis, null mitbekommen, obwohl ich bei einigen hochkarätigen Besprechungen auch mit den Amerikanern in Washington dabei war. Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Bei Satellit ist das ja klarer -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Richtig.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - durch die verschiedenen Reichweiten der Satelliten. Da würden Sie sagen, gab es schon solche konkreten Wünsche, was man - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Na gut, Spot-Deal-Erfassung, da kommt nur der hin, der da gerade sitzt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da war ich auch sehr dankbar, wenn bei einer Entführung da ein Partner saß, der vielleicht einem mal was überlässt. Das finde ich nicht verwerflich.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, jetzt müssten wir wieder eine Fraktion weitergeben. Die Fraktion der Union, gibt es noch Fragen im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

öffentlichen Teil? - Nein. Dann sind wir wieder bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Fechner, ich mache mal da weiter, wo ich vorhin aufgehört habe. Wir haben ja jetzt neue Grundlagen für die Befragung.

Ist eigentlich 2008, als Sie da AL 2 waren, dieses Absaugen in Frankfurt beendet worden oder nur die Zusammenarbeit mit der NSA? Gab es so was Ähnliches wie „Eikonale“ über 2008 hinaus?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** So, wie ich damals die Erläuterungen von W. K. verstanden habe, war da dann Ende. Das ist meine Erinnerung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also wurden keine Routineverkehre mehr aufgenommen? Jetzt nicht für die NSA.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nein, ich verstehe Ihre Frage und habe jetzt irgendwie - - Ich bin jetzt auch vorsichtiger, weil ich -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - eben etwas gesagt habe zu Ihnen, was überhaupt nicht stimmte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das würde ich Ihnen auch sehr raten, ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, aber es war ein paar Jahre her, nicht?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Und andererseits, Herr Abgeordneter. Wie das Schreiben eingestuft? Streng Geheim?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** War das eben Streng Geheim - doch, nicht?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Halten Sie mich nach dem Tag jetzt schon für so dumm, dass ich ein streng geheimes Schreiben riskieren würde, mich nicht mehr daran zu erinnern, wenn ich es wüsste?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verstehe ich nicht. Was hat das mit Streng Geheim zu tun? Ich habe Ihnen aus der *Süddeutschen Zeitung* vorgelesen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das ist ja ein großes Papier, was Sie mir gezeigt haben zum Schluss.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich habe das nicht mehr in Erinnerung gehabt. Das ist so, und das ist nicht, weil ich zum Schluss zur Wahrheit zurückkehren würde oder so.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Jetzt sind wir bei „Eikonale“.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, ich gucke gerade nach, ob ich da irgendwas - - Ich gehe davon aus - meine Erinnerung ist so -, dass „Eikonale“ mit der Beendigung der Zusammenarbeit mit den Amerikanern in diesem Projekt dann der schon angestoßenen - - mit dem schon angestoßenen Abbau der Technik endgültig beendet war. Das ist mein Wissen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Erinnerung?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Meine Vermutung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Nun haben Sie ja ganz am Anfang Ihrer Ausführungen gesagt, Sie haben sich immer - der BND hat sich immer und Sie persönlich auch - an Gesetz und Recht gehalten. Wenn ich jetzt gelesen habe - habe ich Ihnen vorhin ja auch vorgelesen -, die Filter funktionierten gar nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder jedenfalls nicht vollständig, nicht konsequent, sagen Sie dann immer noch, Sie haben sich an Gesetz und Recht gehalten, weil - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich gehe nach dem, was ich - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja, wenn ich das richtig verstanden habe, eingestellt worden, weil Sie sich gar nicht daran halten konnten.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, aber so wie ich die - - Ich kenne ja nur die Veröffentlichung. Ich bin ja in einer noch schlechteren Lage als Sie. Sie haben inzwischen noch Befragungen - auch nichtöffentlich - gehabt und den ganzen Datenbestand wahrscheinlich mit Hilfe Ihrer Mitarbeiter parat. Ich habe nur noch meine Erinnerung, und von daher ist mein Verständnis immer noch, dass 26 oder 27 - - nein, wer war es - - 26 dann in Frankfurt abgegriffen hat, Prisma usw., schnellstens versucht hat, so gut es ging, G 10 raus und dann noch - ist mein Verständnis - den Rest - das war ja dann zum Glück nicht mehr so viel von diesem Riesenaufkommen - händisch durchgeblickt hat, bevor es zu den Amerikanern übergeben wurde, oder?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie da was drüber?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, aus den Veröffentlichungen, die ich gelesen habe. Sonst nichts.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Veröffentlichungen. Nein, die lassen wir vielleicht mal beiseite, die Veröffentlichungen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, aber Herr Abgeordneter Ströbele, woher soll - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kommt auf Ihr Gedächtnis an.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, da weiß ich nichts von.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wissen Sie nichts von.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Weil das auch nicht mein Thema war.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun schreibt die *Süddeutsche Zeitung* in diesem immer wieder zitierten Artikel ja einen richtigen Satz:

(RA Johannes Eisenberg:  
Erst sagt er, wir sollen die  
Veröffentlichungen weg-  
lassen, und dann hält er  
Ihnen das vor!)

Nicht funktionierende Filter sieht  
das G-10-Gesetz, das die massive  
Einschränkung von Freiheitsrech-  
ten verhindern soll, nicht vor.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Darf ich noch mal den Anfang hören? Was sieht - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, noch mal:

Nicht funktionierende Filter

- wie wir sie hier haben -

sieht das G-10-Gesetz,

- das Gesetz -

das die massive Einschränkung  
von Freiheitsrechten verhindern  
soll, nicht vor.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, das ist klar.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und trotzdem ist ja offenbar „Eikonol“, trotz dieser nicht ganz funktionierenden Filter, über Jahre betrieben worden.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja, bei dem „trotzdem“ weiß ich eben nicht, ob es betrieben worden ist, weil es nur - sagen wir jetzt - 90 oder 95



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder 98 Prozent nur funktionierte und die restlichen 2,5 Prozent dann noch, bevor es in amerikanische Bereiche ging, rausselektiert worden sind.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann hätten Sie es ja gar nicht einzustellen brauchen. Also, der Grund für die Einstellung war doch, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Wieso? Doch, doch.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - so dieser Satz, den ich Ihnen vorhin vorgelesen habe, der Grund - oder soll der Grund gewesen sein -, dass das Vorhaben scheiterte, weil das nicht sicher ausgefiltert werden konnte. Da steht jetzt nichts von händisch und sonst was allem drin.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das ist richtig. So hat es W. K. mir erzählt. So habe ich das auch - wollen wir mal sagen - leichtfertig, schnell oder gutgläubig - und es stimmt ja auch sicher, was da drinsteht - insofern berechtigt unterschrieben. Aber ich habe das nicht weiter hinterfragt. So, wie Sie es jetzt hinterfragen, kann man sich natürlich fragen: Wenn es nicht 100 Prozent war und trotzdem ja lief, wie ist denn da sichergestellt worden, dass G 10 nicht verletzt wurde? Ja, und dann war mein Verständnis aus den Presseveröffentlichungen - denn ich habe dazu in der Zeit nichts erlebt und auch, nachdem es abgeschlossen war, nichts erzählt bekommen mehr -, dass es noch von den deutschen Mitarbeitern vorher bereinigt wurde.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie das, oder nehmen Sie das an?

(RA Johannes Eisenberg:  
Das hat er doch gerade  
gesagt: Er hat es in der  
Zeitung gelesen!)

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das nehme ich an, weil ich doch nicht drin war. Ich habe es doch nur aus der Zeitung. Aber weil Sie da eben so etwas einwarfen: „Warum hat man denn dann das aufgehört?“, oder wie haben Sie es ausgedrückt?

Weil es auch nicht lustig ist, für 2 Prozent da immer jemand sitzen zu haben oder viele hinsetzen zu müssen vermutlich, die das noch selber - - Man ist ja unbefriedigt, wenn man es nicht so machen kann, wie man will, oder?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, war ja ein Millionenunternehmen. Aber gut, das will ich jetzt gar nicht weiter vertiefen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich kenne nicht den Wert. Ich kenne aber nicht den inhaltlichen Wert dieser Operation.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, gut. Sie wissen es nicht. Dann brauche ich auch dazu nicht zu fragen.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß es nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage Sie jetzt noch mal als einen, der zuständig war auch für die satellitenvermittelten Verkehre, die über Bad Aibling aufgenommen worden sind und auch weitergeleitet worden sind nach einer Filterung, nach einer G-10-Filterung: Waren diese Filter Ihrer Kenntnis nach die gleichen, die bei „Eikonol“ angewandt worden sind?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Keine Ahnung. Schon allein, weil ich die Filter von „Eikonol“ ja gar nicht kenne.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach. Gab es da verschiedene Arten, wo man gesagt hat: „Jetzt setzen wir die ein“?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das kann sein, das muss nicht sein. Ich weiß es nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen gar nicht - -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß es nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erkennen Sie diese Filter denn? Also, haben Sie sich mal damit befasst?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Von außen sind das alles Einschübe wahrscheinlich, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wurde Ihnen gesagt, das funktioniert so?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** - die im schlimmsten Fall gleich aussehen, obwohl innen unterschiedliche Dinge drin sind. Draußen leuchten nur ein paar Lämpchen und - - Nein, kenne ich nicht. Da gibt es auch nicht viele, die die Frage mit Ja beantworten könnten, vielleicht - ich weiß nicht: Wer war hier? - A. S. oder jemand aus dem technischen Bereich vielleicht; aber ich weiß nicht, wie.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich - - Ich hatte noch eine Frage, die fällt mir jetzt nicht ein. Mal gucken. - Nein, ich habe dann keine mehr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die Zeit ist abgelaufen, aber wenn es eine Frage noch ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage wäre es noch. - Ich habe noch mal eine grundsätzliche Frage zu dem Thema, was wir hier als Ringtausch verstehen. Das bedeutet - so ist unsere Arbeitsthese -, dass in Deutschland - - Deswegen hatte ich eben gefragt, ob die Österreicher rausgefiltert werden - ich nehme jetzt mal einfach das kleine Land Österreich, weil die gerade auch intensiv über einen Untersuchungsausschuss nachdenken -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Habe ich gelesen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ob sozusagen, wenn bei uns die Österreicher nicht rausgefiltert werden und in Österreich ein ganz ähnlicher Zugriff stattfindet für die NSA wie bei uns in Frankfurt und dort die Deutschen nicht rausgefiltert werden, ob dann der BND

nicht doch ein Teil eines Gesamterfassungssystems ist, von dem eben auch deutsche Grundrechtsträger betroffen sind.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da kann ich nur darauf antworten: Ich hoffe nicht. Ich kenne keinen Ringtausch. Ich kenne keine Absicht von jemandem, so etwas in irgendeinem Ring mit jemand anderem auszutauschen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber glauben Sie denn, wenn wir Österreicher nicht aussortieren, dass die Österreicher Deutsche aussortieren? Ich meine, wenn man so eine Kooperation eingeht und man will sich an Recht und Gesetz halten - so habe ich Sie ja vorhin verstanden -, dann denkt man natürlich auch so über das große Ganze nach.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das mal Teil der Überlegungen zu Ihrer Zeit?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Herr Abgeordneter, eben hat mich bei Ihrer Formulierung stutzig gemacht, dass Sie mich mehrfach fragten, ob ich glaube; denn eigentlich wollten Sie das nie hören, ob ich was glaube oder was ich glaube.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie es?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich weiß davon nichts. Nein, es ist mir einfach fremd, in diese Richtung zu denken. Denn wenn Sie Ihre Frage noch mal von Anfang an beginnen, dann würde ich wieder irgendwas sagen dazu, dass wir ja gezielt nach Dingen suchen, die unsere Abnehmer interessieren, und ich nicht jetzt irgendwo rumstochere und das, was ich nicht gebrauchen kann, dann noch jemand anderem gebe, oder was.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben hier Zahlen. Sie erinnern sich ja leider nicht an konkrete Zahlen, aber ich sage Ihnen, wir haben hier im Ausschuss Zahlen im dreistelligen Millionenbereich, teilweise täglich,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

völlig unübersichtlich, händisch nicht zu sortieren usw. Wenn man sich mit den Snowden-Unterlagen beschäftigt - die sind ja der Auslöser für unseren Untersuchungsausschuss gewesen -, dann stellt man schon fest, dass es darum geht, eben eigentlich global insgesamt die Metadaten zu erfassen. Sie haben ja gesagt, die Metadaterfassung wurde seit dem Jahr 2000, seit dem Besuch von Binney auch im BND, verstanden und auch irgendwie angestrebt. Deswegen ist es auch so irritierend, wenn Sie dann nur so von: „Mal hatten wir eine Meldung, mal hatten wir keine Meldung“ - - Weil eigentlich ging es ja um Metadaten.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Nein, Herr Abgeordneter, da haben Sie mich dann falsch verstanden, da habe ich mich schlecht ausgedrückt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ach so.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Da möchte ich mal eben Ihnen das verständlich machen. Wenn ich was gesagt habe, es ging mir nicht um Metadaten, dann war ich bei den Erfassungen, wie wir sie in meiner Zeit in den Außenstellen in Schöningen, in Rheinhausen und auch in Aibling - in dem militärischen Bereich war ja alles ein bisschen anders, ganz schärfer orientiert - betrieben haben. Metadaten sind jetzt inzwischen - das, meine ich, hätte ich heute Mittag irgendwann mal gesagt - natürlich ein sehr wichtiges Instrument zur Übermittlung von Informationen und folglich für den, der nicht autorisiert zuhört, im schlimmsten Fall sogar ein sehr störendes, lange vor der eigentlich ihn interessierenden Information kommendes Paket an Informationen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, also da - - Ich will Sie jetzt nicht korrigieren - Sie haben lange für den BND gearbeitet -, aber ich sage Ihnen: Total interessieren tun die Metadaten, und sie interessieren total den BND. Das war ja auch - - Wir haben jetzt - - Ich habe so ein bisschen Zweifel, da eben jetzt auch verlässliche Informationen zu bekommen, aber ich versuche es trotzdem noch mal: Wir haben ja vorhin miteinander besprochen, warum das Projekt „Eikonall“ eingestellt wurde. Sie haben selbst

sich dazu explizit geäußert. Sie waren es, der diese Dinge aufgeschrieben hat, warum das nicht funktioniert. Diese Filter, das bezog sich natürlich - die nicht funktionierenden Filter - eben gerade auf die Metadaten.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Aber nach meinem heutigen Verständnis immer noch: Innerhalb der bei einem Inhalt damit verbundenen Metadaten - 200 oder 20 000, ich weiß nicht, wie viele dazu gehören; ich weiß es nicht - geht es ja nur um die Entscheidung: Ist das G-10-unzulässig, oder ist das was anderes, um einen kurzen Abschnitt von diesen zigtausend Metadaten. Wenn Sie dieses Paket wüssten, wo es ist, und direkt isoliert finden können, dann wissen Sie sehr schnell, ob die beobachtete Kommunikation eine interessante, zulässige usw. ist.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also Sie sagen mir, Sie glauben, dass Metadaten selbst keine Rolle spielen, aufklärungsmäßig?

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Doch. So weit gehe ich nicht, weil ich auch inzwischen gelesen habe - und der Verdacht scheint mir auch immer bis hier im Raum zu sein -, dass Metadaten - das klingt vielleicht bei Ihnen jetzt nicht so durch - auch genutzt werden, um zum Schluss was ganz anderes damit zu machen. Es kam, glaube ich, schon mal aus Ihrer Ecke die Frage heute - ich habe die ja nicht beantwortet -, wie das bei GSM usw. ist mit den Daten. Wie genau sind die mit Blick auf Zielobjekte und so was, Koordinaten?

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Das ist der Hintergrund.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mir geht es gar nicht darum, ob der Terrorist nachher mit einer - oder wer auch immer; der Mensch, der eben ein bestimmtes Metadatum bei sich trägt - Hellfire-Rakete ausgelöscht wird, -

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Ich glaube, schon.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern ich glaube, dass der Erkenntnisgewinn eines Geheimdienstes auch schon darin liegen kann, wer mit wem in einem Auto sitzt und vielleicht eine bestimmte Strecke in Afghanistan oder Wien oder wo auch immer rumfährt. Das können Sie halt auch aus den Metadaten sehen. Da müssen Sie gar nicht in die Inhaltsdaten reingehen. Das können Sie aus den Metadaten erkennen. Aber wenn Sie mir sagen, Ihnen liegen keine Erkenntnisse vor, Sie kennen Metadaten nur als Bezugspunkt, um an die Inhalte heranzukommen, dann ist ja auch viel gesagt.

**Zeuge Dr. Harald Fechner:** Gut. Ja, so sage ich es.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank.- Damit kommen wir zur Fraktion der SPD. - Keine Fragen im öffentlichen Teil mehr. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke.

(Martina Renner (DIE LINKE): Nein, auch keine Fragen!)

- Keine Fragen. Dann kommen wir zur Fraktion der Union. - Da waren keine Fragen. Kommen wir zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. - Keine Wortmeldung. Keine Fragen.

Dann wären wir am Ende der öffentlichen Sitzung und öffentlichen Befragung.

Jetzt muss ich mal fragen: Gibt es Fragen an den Zeugen im nichtöffentlichen oder eingestuften Teil? Ich habe nämlich von mehreren Fraktionen gehört, es gibt keine Fragen. Doch? Ja? Nein?

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja! - RA Johannes Eisenberg: Nach Ellbogenstoß!)

- Ja. Nach Rücksprache gibt es noch Fragen im nichtöffentlichen oder eingestuften Teil. Ich schlage dann daher folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Dr. Fechner am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, so zu beschließen, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. - Dafür, nehme ich doch an, nicht? Ich ergänze diese beiden Stimmen der Oppositionsfraktion für „dafür“. Jetzt sollte keiner mehr dagegen sein. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist einstimmig so beschlossen. Herzlichen Dank.

Bevor die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen Dr. Fechner folgt, wird aber zunächst der Zeuge A. F. in öffentlicher Sitzung vernommen.

Herr Dr. Fechner, ich darf mich schon mal so weit bedanken. Sie werden gebeten, sich so lange bereitzuhalten. Sie könnten ein Püschchen machen, was essen, wie auch immer. Wir schauen mal, wie schnell es jetzt weitergeht.

Ich würde für 15 Minuten die Sitzung unterbrechen, sodass der Zeuge A. F. auch zu uns kommen kann. Der eine oder andere will sich sicherlich auch mal kurz erfrischen. Also, es geht weiter um - jetzt muss ich mal schauen - zehn vor. - Danke schön.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 17.37 bis 17.55 Uhr)





## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen A. F.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich darf unseren nächsten Zeugen begrüßen, Herrn A. F. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr F., Sie haben die Ladung am 3. März 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Dies dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls auch gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke schön. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand, nämlich von Herrn Eisenberg, vertreten sind, aber uns mitgeteilt haben, dass wir trotzdem schon beginnen können. Das freut uns sehr. Herr Eisenberg müsste sich auch nicht erneut vorstellen; der war schon einen Teil des Tages bei uns. Von daher freut es mich, dass wir jetzt weitermachen können.

Herr F., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann

gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in eingestufte oder nicht-öffentliche Sitzung weiter fortzuführen. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach werde ich Sie zunächst befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge A. F.:** Ebenfalls nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Ich darf Sie nun bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügt die Angabe der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Initialen sowie Anschrift der Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

**Zeuge A. F.:** Mein Name ist A. F. Ich bin Jurist. Die Dienststelle ist Ihnen bekannt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also BND in Pullach?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank.

(RA Johannes Eisenberg  
betritt den Sitzungssaal)

- Herr Rechtsanwalt Eisenberg, der Zeuge hat zu Beginn gesagt, wir können anfangen und Sie werden gleich kommen. Von daher haben wir in den ersten Sekunden ohne Sie angefangen. Da Sie aber schon bei der Belehrung dabei waren

(Dr. André Hahn(DIE  
LINKE): Bis dahin ging es  
ganz gut!)

- genau -, freut es mich, dass wir auch jetzt genauso gut weitermachen.

Ich würde zunächst unserem Zeugen Herrn F. das Wort geben. Wenn Sie ein Eingangsstatement wünschen, so wie es § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes vorsieht, dann hätten Sie nun die Gelegenheit dazu.

**Zeuge A. F.:** Vielen Dank. Ich würde gerne die Gelegenheit nutzen, dieses Eingangsstatement wahrzunehmen. Dieses Eingangsstatement ist in drei größere Blöcke geteilt. Ich will in einem ersten großen Block Ihnen kurz zu meinem persönlichen Werdegang vortragen, im zweiten Block, im Hauptteil, zu den Aufgaben und Arbeitsinhalten meines Referates Rechtsangelegenheiten/G 10 und als dritten großen Punkt einige mir wesentliche Punkte hier noch vorstellen.

Ich fange gleich an mit dem ersten großen Punkt: persönlicher Werdegang. Ich bin seit 1. Juli 2009 beim Bundesnachrichtendienst, seit diesem Zeitpunkt Referent im Referat C<sup>1</sup>/G 10 der Abteilung Technische Aufklärung. Ich war von Januar 2013 bis einschließlich August 2014, also circa 20 Monate, kommissarischer Referatsleiter dieses Referats, damit zugleich G-10-Beauftragter der Abteilung Technische Aufklärung und damit zum Zeitpunkt der Einsetzung Ihres Untersuchungsausschusses verantwortlich zu juristischen Fragen, insbesondere zu G 10, entsprechend Ihrem Beweisbeschluss. - Wie gesagt: von Profession her Jurist mit zwei Staatsexamen.

Was waren die Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte dieses Referates Rechtsangelegenheiten/G 10 der Abteilung Technische Aufklärung? Ich möchte mit einem Ausgangspunkt beginnen, und zwar dem Zweck der Fernmeldeaufklärung. Die Fernmeldeaufklärung ist kein Zweck an sich, sondern Mittel zum Zweck - dieser Punkt, der öfter auch in der öffentlichen Wahrnehmung hinterfällt. Hauptaufgabe des Bundesnachrichtendienstes ist die Berichterstattung nach § 12 BND-Gesetz, insbesondere Lageberichte und Analysen. Das heißt, es handelt sich um die Sammlung und Auswertung von Informationen mit außen- und sicherheitspolitischer Relevanz.

Die Fernmeldeaufklärung ist Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels zur Schaffung von nachrichtendienstlichem Mehrwert. Bedarfsträger sind die auswertenden Fachabteilungen des Bundesnachrichtendienstes. Die Technische Aufklärung ist nur Bedarfsdecker. Wie gesagt, die Fernmeldeaufklärung ist kein Selbstzweck an sich. Der Schwerpunkt dieser Tätigkeit ist strategisch-phänomenologisch: strategische Auslandsverhalte, das heißt nicht Deutschlandsachverhalte, nicht Einzelpersonen. Die Berichterstattung des Bundesnachrichtendienstes ist über weite Strecken ohne personenbezogene Daten.

1) Richtigstellung des Zeugen: "Rechtsangelegenheiten", siehe Anlage 1.99



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Vor diesem Hintergrund ist eben auch der Bedarfsdecker, die Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes, zu sehen.

Die Fernmeldeaufklärung gliedert sich in einen Funktionsprozess, in eine Funktionskette: Nachrichtengewinnung, Entzifferung, Nachrichtebearbeitung, Auswertung. Das heißt, es handelt sich um einen komplexen mehrstufigen Prozess. Ich denke, das ist etwas, was hier in diesem Raum, in diesem Gremium auch schon deutlich geworden ist. Es sind viele, viele Räder, die ineinandergreifen. Es ist also auch wichtig aus meiner Sicht für eine Bewertung, dass sich einzelne Bearbeitungsschritte in diesem langen Prozess einer singulären Bewertung, einer losgelösten Bewertung des Kontextes entziehen, zum Beispiel einzelne Zahlen, die man an einzelnen Stellen herausgreift.

Die Fernmeldeaufklärung ist ein Trichter. An allen Stellen wird selektiert und verworfen, automatisiert. Dies ist auch bei der rechtlichen Bewertung der Fernmeldeaufklärung zu beachten. Das hat das Bundesverfassungsgericht auch in seiner Entscheidung aus 1999<sup>2</sup> niedergelegt. Die Intensität eines Eingriffes muss in der Gesamtschau der Verfahrensschritte bewertet werden. Ich zitiere: „Auch wenn die freie Kommunikation, die Art. 10 GG<sup>3</sup>... sichern will, bereits durch die Erfassung und Aufzeichnung von Fernmeldevorgängen gestört sein kann, erhält diese Gefahr ihr volles Gewicht doch erst durch die nachfolgende Auswertung und“ Verwendung „der Erkenntnisse. Insoweit kann“ dieser Gefahr aber auch „auf der Ebene der Auswertungs- und Übermittlungsbefugnisse ausreichend begegnet werden“. - Ich komme hierauf noch mal zurück.

(Von der Brücke über die Spree aus werden offenkundig Fotos gemacht)

- Freundliche Fotografen auf der Brücke gegenüber?

(RA Johannes Eisenberg: Ja, das ist eine Frage!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Den Zwischenruf habe ich nicht verstanden, Herr Eisenberg.

**Zeuge A. F.:** Das freundliche Blitzlicht von der Brücke gegenüber.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, aber fotografieren die nach hier oder das neue Ministerium? - Der in dem weißen Hemd ist wahrscheinlich ein Kollege, der auf diese Fotos Wert legt.

**Zeuge A. F.:** Ich fahre fort. - Kurz eine Definition vorab, die wichtig ist, die auch in diesem Raum, in diesem Gremium schon mehrfach Diskussionspunkt war, und zwar Metadaten. Es gibt verschiedene Begriffe hier: Metadaten, Verkehrsdaten, Verbindungsdaten.

Was sind Metadaten? Metadaten sind im nachrichtendienstlichen Sprachgebrauch alle Daten, die über einen Übertragungsweg gehen und nicht Inhalt sind. Wichtig ist: Wir müssen unterscheiden, und zwar einerseits zwischen technischem Anschluss am Endgerät und dem dazugehörigen Nutzer, dem Kommunikationsteilnehmer. Die Zuordnung zwischen Endgerät und Nutzer ist eine menschliche Analyseleistung. Teilnehmer im internationalen Telekommunikationsverkehr bleiben über weite Strecken anonym. Das heißt, die Kernfrage auch für die rechtliche Bewertung ist die Frage nach der Personenbezogenheit von Daten, bestimmt oder bestimmbar, wie im Datenschutzgesetz vorgesehen. Es stellt sich hier die Frage nach dem Kriterium der Bestimmbarkeit von personenbezogenen Daten bei reinen Auslandsachverhalten.

Die Bestimmung natürlicher Personen vom technischen Endgerät auf den Nutzer ist über weite Strecken nur mit Zusatzwissen möglich. Inwieweit dieses Zusatzwissen vorhanden ist oder mit vertretbarem Aufwand beschafft werden kann,

2) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

3) Ergänzung des Zeugen: "GG", siehe Anlage 1.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hat zur Folge, ob es sich um bestimmbare und damit um personenbezogene Daten handelt.

Der Begriff Verkehrsdaten/Verbindungsdaten ist hingegen ein Begriff aus dem juristischen Sprachgebrauch bzw. aus dem Diskurs der Innenbehörden.

Es gibt noch eine dritte Dimension, und zwar die Definition des Bundesverfassungsgerichtes. Hier wird unterschieden zwischen näheren und entfernteren Umständen der Telekommunikation. Nur die näheren Umstände der Telekommunikation sind vom Schutz des Fernmeldegeheimnisses umfasst - Urteil vom 13. Oktober 2006. Sprich: Alle entfernteren Umstände der Telekommunikation unterfallen nicht dem Schutz des Fernmeldegeheimnisses.

Metadaten können somit alle sein; es muss kein personenbezogenes Datum aufweisen. Beispiel ist die IP-Adresse. Die Frage, ob eine IP-Adresse personenbezogen ist im Inland, aber auch bei Auslandssachverhalten, ist juristisch nicht geklärt. Und dabei handelt es sich nicht, wie zum Beispiel die *Zeit* schreibt, um eine Meinung der „Anarchos vom BND“. Der Bundesgerichtshof hat mit Beschluss von Oktober 2014 diese Frage dem EuGH vorgelegt. Von den „Anarchos vom BGH“ spricht niemand. Das heißt, hier wird an bestehende rechtswissenschaftliche Vorgänge angeknüpft. Es sind keine Umdefinitionen seitens des Bundesnachrichtendienstes. So auch zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Bestandsdatenabfrage aus Januar 2012: Die Zuordnung von Telekommunikationsmerkmalen zu Nutzern unterfällt ebenfalls nicht dem Schutz des Fernmeldegeheimnisses.

Wir haben also den Personenbezug als zentrales Kriterium, verknüpft mit einer Vielzahl einzelner juristischer Fragen, die als Anknüpfungspunkt für rechtliche Wertungen dienen. Metadaten sind nicht gleichzusetzen mit personenbezogenen Daten, sind nicht gleichzusetzen automatisch mit näheren Umständen der Telekommunikation. Sie sind nicht gleichzusetzen mit Grundrechtsein-

griffen in Artikel 10. Das heißt, der ganze Sachverhaltskomplex ist differenziert zu betrachten. Gerade deshalb gibt es ja auch dann Juristen.

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): Die machen,  
was geht!)

Wie gesagt, es sind nicht<sup>4</sup> nur die Juristen im BND, sondern es sind Vorgaben des Verfassungsgerichtes.

Zu den Aufgaben meines Referates, meines damaligen Referates: Zwei Hauptaufgaben: einerseits das G-10-Wesen, andererseits die juristische Beratung insbesondere der Abteilungsleitung in allen sonstigen Rechtsfragen, G-10-Wesen als Kern.

Was ist G 10? Hier der Schwerpunkt meines Referates. Es sind verschiedene Punkte. Es beginnt mit dem Antragswesen. Jeden Monat findet eine Sitzung der G-10-Kommission statt. Gegebenenfalls geht man auch ins Parlamentarische Kontrollgremium, um die Anordnungen nach G 10 zu erwirken. Es handelt sich hier um eine Ex-ante-Kontrolle vor Umsetzung der Maßnahmen. Kommt es auf dieser Grundlage zu Erfassungen, sind die Juristen im Bereich der technischen Aufklärung dazu berufen, die Erfassungsergebnisse zu kontrollieren. Dies bedeutet eine juristische Endprüfung jedes einzelnen Erfassungsergebnisses durch einen Beamten mit der Befähigung zum Richteramt, hier zum Beispiel dann auch die vorgegebenen Kernbereichsprüfungen oder Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen. Besteht dann fachlicher Bedarf, diese Erkenntnisse auch anderen Behörden zur Kenntnis zu geben, wird die Übermittlung ebenfalls durch einen Juristen geprüft, G-10-Übermittlungswesen.

Neben dieser Kontrolle - Vorabkontrolle vor Erfassung der Kontrolle der Erfassung selbst - erfolgt auch eine Ex-post-Kontrolle, und zwar entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, die G-10-Kommission monatlich über die erfolgten Erfassungen zu unterrichten. Halbjährlich erfolgt eine

4) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Jährlich wird hieraus ein sogenannter G-10-Bericht erstellt, der als Bundestagsdrucksache veröffentlicht ist. Ich glaube, aktuell ist der Bericht aus 2012 auf der Homepage des PKGr veröffentlicht. Also, hier schließt sich eine Ex-post-Kontrolle an.

Dann, ebenfalls entsprechend den Vorgaben des Verfassungsgerichtes, muss im Regelfall eine Unterrichtung an den Betroffenen der Maßnahme erfolgen, um ihm den Rechtsweg zu den Gerichten zu eröffnen. Nur in seltenen Ausnahmefällen kann mit Zustimmung der G-10-Kommission hiervon abgesehen werden.

Antragswesen, Meldungswesen, Übermittlungswesen, Berichtswesen. Daneben organisieren wir die jährlichen Kontrollbesuche der G-10-Kommission und gegebenenfalls des Sekretariates. Wir selbst als Referat der Abteilung führen Besuche, Belehrungen, Fortbildungsveranstaltungen durch. Wir erarbeiten externe, interne Vorgaben, Stellungnahmen, beraten in G-10-Angelegenheiten - dies alles unter dem Dach des G-10-Beauftragten der Abteilung. Er wird durch den Präsidenten bestellt und ist weisungsfrei in seiner Funktion als G-10-Beauftragter. Ihm obliegt die Durchführung der juristischen Kontrolle nach G 10.

Ich will hier einen kurzen Einschub machen zu einer Frage, die hier in diesem Gremium ebenfalls bereits diskutiert wurde. Das ist die Abgrenzung zwischen G 10 und Datenschutz. Die entsprechenden Vorschriften finden sich in § 15 Absatz 5 Satz 3 G 10 und § 24 Absatz 2 Bundesdatenschutzgesetz. Dort heißt es: Personenbezogene Daten, die der Kontrolle der G-10-Kommission unterliegen, unterliegen nicht der Kontrolle durch den BfDI. - Das steht so im Gesetz. Ich habe also entweder G-10-Daten oder Daten, die der Kontrolle nach dem Datenschutz unterliegen - keine Regelungslücke, kein toter Winkel.

Als letzter Arbeitsschwerpunkt des Referates war die Begleitung von Gerichtsverfahren. Der Bundesnachrichtendienst wird insbesondere durch die Eröffnung ebendieses Rechtsweges auch öfter

vor Gerichte zitiert, zuletzt im Mai letzten Jahres vor das Bundesverwaltungsgericht, aber auch 2008, 2007. Diese Verfahren gingen - abgesehen von Nebenkriegsschauplätzen oder Detailfragen - zugunsten des Bundesnachrichtendienstes aus. Das heißt, es besteht eine engmaschige lückenlose Regelungs- und Kontrolldichte. Unter juristischen Gesichtspunkten wird konsequent dafür Sorge getragen, dass Daten ausschließlich im Rahmen der Vorgaben erhoben werden.

Was für Vorgaben sind das, die Rahmenbedingungen der Fernmeldeaufklärung? Ausgangspunkt - insofern ein Grundsatz -: der Grundsatz vom Vorbehalt des Gesetzes. Soweit Rechtseingriff, bedarf es einer Rechtfertigungsgrundlage - allerdings *soweit* ein Rechtseingriff stattfindet. Nicht alles, was im Bereich der Fernmeldeaufklärung passiert, ist ein Eingriff in Grundrechte. Wenn ein Eingriff stattfindet, besteht die Möglichkeit der Rechtfertigung. Die Rechtsgrundlage: insbesondere G 10 für Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis oder das Bundesnachrichtendienstgesetz insbesondere für Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Damit stehen der Fernmeldeaufklärung der technischen Aufklärung zwei unterschiedliche Rechtsregime zur Verfügung. Es gibt hier keine Leerräume, auch in diesem Bereich. Anknüpfungspunkt ist allerdings wiederum der Begriff der personenbezogenen Daten. Nicht alles im Bereich der Fernmeldeaufklärung sind personenbezogene Daten, sondern es können - hier der Gegenbegriff - Sachinformationen sein. Beispiel wäre die Aufklärung staatlicher Organisationen, die Aufklärung terroristischer Organisationen, Aufklärung fremden Militärs, Aufklärung juristischer Personen. Insofern: Ohne personenbezogene Daten ist die Fernmeldeaufklärung kein Eingriff, und entsprechend bedarf es keiner Eingriffsermächtigung. Es bedarf keiner Befugnisnorm. Soweit die Fernmeldeaufklärung ohne personenbezogene Daten operiert, stellt es keinen Grundrechtseingriff dar. Entsprechend bedarf es keiner besonderen Ermächtigungsform in Form einer Befugnisnorm.

(RA Johannes Eisenberg: So ist es!)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

SIGINT als Streife fahren - vor dem Bundesverwaltungsgericht letztes Jahr fiel dieses Bild, dieser Begriff. Es handelt sich um einen Informationsvorbereitungseingriff. Auch hier: keine Erfindung des Bundesnachrichtendienstes. Dies findet sich zum Beispiel in der Systematik wieder der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur automatischen Kfz-Kennzeichenüberwachung in 2008.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist was ganz anderes!)

Wenn ein Abgleich unverzüglich erfolgt und eine Löschung ohne weitere Auswertung sofort und spurenlos erfolgt, stellt dies keinen Eingriff - auch nicht in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung - dar. Wie gesagt, die Fernmeldeaufklärung ist ein Trichter, in dem über weite Strecken selektiert wird.

Für die zwei Rechtsregime bedarf es natürlich dann auch einer Unterscheidung: G 10 auf der einen Seite, BND-Gesetz auf der anderen Seite. Dies erfolgt weitgehend automatisiert durch die Technik, und zwar vor Erfassung, nach Erfassung. Das ist die Diskussion, die auch hier geführt wurde unter dem Oberbegriff der Filtersysteme.

Vor Erfassung erfolgt eine spezifische Streckenauswahl durch den Bundesnachrichtendienst nur für nachrichtendienstlich relevante Strecken. Es handelt sich hier um Auslands-Auslands-Strecken, die wenig alltägliches G 10 enthalten. Dann ein Punkt: Die überwachten Übertragungswege sind ein kleiner Ausschnitt aller existierenden Übertragungswege, vom Recht her, von der Technik her, von den Möglichkeiten her. Ich habe mir mal ein paar Zahlen geben lassen von meinen Technikern. Wenn man sich die Übertragungswege als die Pyramide von Gizeh vorstellt, könnte der Bundesnachrichtendienst einen kleinen Würfel von 10 Zentimeter oder 1 Kubikmeter überwachen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Man kann sich die Welt auch schönreden!)

Auch noch vor Erfassung erfolgt eine Auswahl der gefahrenbereichsspezifischen Selektoren, also der Anfasser für die Selektion.

Nach der Erfassung ist der zentrale Anknüpfungspunkt die Prüfung durch die Suchbegriffe. Bereits vorher erfolgt jedoch auch eine Filterung und auch nachher. Wir haben also die Filterung vor Erfassung, wir haben eine Präsuchbegriffsfilterung und eine Postfilterung nach Erfassung, jeweils Filterkaskaden, jeweils für beide Teilnehmer, vormalig Kenner Blacklist/Whitelist, dienstspezifische Kenner - dies alles automatisiert.

Diese Filterung ist effektiv, und die ist belastbar. Als Jurist der Abteilung Technische Aufklärung hat man Zugriff auf das gesamte Aufklärungsergebnis, insoweit ungewöhnlich für einen Nachrichtendienst. In den fünf Jahren, wo ich in dieser Tätigkeit war, wurde ein Ausreißer erkannt, das heißt ein Punkt, wo die Filter versagt haben und ein nach G 10 geschützter Teilnehmer auf der Grundlage des Bundesnachrichtendienstgesetzes aufgeklärt wurde. Grund hierfür war hochkonspiratives Verhalten dieser Person. Nachdem es erkannt wurde, wurde die G-10-Kommission hierüber unterrichtet. - Wie gesagt, die Filter arbeiten effektiv.

Wichtig auch in diesem Zusammenhang zum Thema Eingriff: Das Verfassungsgericht hat in seiner Entscheidung 1999 entschieden oder festgehalten, dass nicht jede Erfassung einen Eingriff darstellt. Es ist zu unterscheiden zwischen Erfassung und Eingriff. Nach dem Bundesverfassungsgericht fehlt es an einem Rechtseingriff, soweit Fernmeldevorgänge ungezielt und allein technikbedingt zunächst miterfasst, aber unmittelbar nach Signalaufbereitung technisch wieder verworfen werden. Das heißt, Erfassungen vorne und Grundrechtseingriff sind zu differenzieren.

Kurz ein Überblick: Im G-10-Bereich gibt es drei unterschiedliche Maßnahmen, und zwar Individualmaßnahmen, strategische Maßnahmen und Maßnahmen bei Gefahr für Leib oder Leben, die Maßnahmen nach § 3 G 10, § 5 G 10 und § 8 G 10. Wichtig ist: Hier bestehen Gemeinsamkeiten und Unterschiede, rechtlich und technisch. Nur in Kenntnis dieser Gemeinsamkeiten und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Unterschiede ist eine exakte Bewertung der Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes möglich.

Die Individualmaßnahmen nach § 3 G 10 bezwecken eine 100-prozentige Überwachung möglichst - von der Theorie her - einer Zielperson. Heinz Müller, Lieschen Fleißig - die Namen sind frei gewählt - sind Dschihadist. Man will seine Kommunikation überwachen. Charakteristikum: Die Zielperson der Maßnahme ist bekannt. Ich kenne meine Zielperson. Die Maßnahme ist personenbezogen. Ich kann direkt steuern. Ich kann die Telekommunikationsmerkmale dieser Zielperson direkt erfassen. Es existieren keine rechtlichen Einschränkungen. Es existieren keine rechtlichen Unterschiede zu den Maßnahmen der Innenbehörden, sei es zu den Maßnahmen nach § 3 G 10, die das Bundesamt für Verfassungsschutz fährt, oder zu den Maßnahmen, zu den TKÜ-Maßnahmen der Innenbehörden, nach § 100 a StPO. Aber für den Bundesnachrichtendienst existieren technische Unterschiede, und zwar: Im Ausland gibt es keine deutschen Provider, keine deutschen Telekommunikationsdiensteanbieter, die ich auf Grundlage einer Anordnung nach § G 10 verpflichten kann. Auf diesen Unterschied komme ich noch mal zurück.

Voraussetzungen für die §-3-Maßnahmen stehen im Gesetz. Für den Bundesnachrichtendienst kommen eigentlich im Grunde nur in Betracht ausländische terroristische Vereinigungen nach § 129 a/b StGB, Vorbereitung einer schweren, staatsgefährdenden Straftat nach § 89 a StGB oder Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages. Es handelt sich hier um spezifische Maßnahmen. Die Anzahl ist in den im Internet veröffentlichten G-10-Jahresberichten nachzulesen; für das Jahr 2012 circa 25 Maßnahmen. Da die Maßnahmen alle drei Monate verlängert werden, entspricht dies nicht der Zahl der Betroffenen. - Also auch angesichts dieser Zahlen sehr, sehr überschaubar, was der Bundesnachrichtendienst in diesem Bereich an Maßnahmen fährt. Es betrifft hauptsächlich - zurzeit oder auch über die Jahre - die Ausreisefälle deutscher Dschihadisten.

Individualmaßnahmen, zusammenfassend: rechtlich wie die Innenbehörden. Technischer Unterschied: Im Ausland gibt es keine deutschen Provider, die ich verpflichten kann kraft Gesetz.

Daneben besteht die Möglichkeit der strategischen Aufklärung nach § 5 G 10. Zweck ist die Aufklärung vom Ausland ausgehender Gefahrenbereiche. Die Maßnahme ist nicht primär personenbezogen. Entsprechend sind die Ergebnisse nicht primär personenbezogen. Dies findet man zum Beispiel im Gesetz in § 12 Absatz 2: Mitteilungspflichten an Betroffene entfallen, wenn die personenbezogenen Daten aus einer Erfassung von dem Bundesnachrichtendienst gelöscht werden nach Erfassung. - Es handelt sich nicht um personenbezogene Maßnahmen. Entsprechend dürfen nach § 5 Absatz 2 keine Telekommunikationsmerkmale deutscher Staatsangehöriger gezielt gesteuert werden.

Zweck dieser Maßnahme - und das ist die Abgrenzung zu den Individualmaßnahmen -: Die Zielperson, der Gefahrenbereich ist nicht bekannt; er soll aufgeklärt werden. Es handelt sich um ein Krisenfrüherkennungsinstrument: Gefährdungen im Entstehen erkennen und die Konsequenzen für die Bundesrepublik, für die Politik ermitteln. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal. Das kann keine andere Behörde. Wenn Sie einen deutschen Gefährder haben, dann sind im Zweifel 16 LfVs, 16 LKAs, ein BKA, ein BfV, ein BND drauf, übertrieben gesagt. Die Person ist als Gefährder identifiziert.

Die Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes kann Anknüpfungspunkte für unbekannte Sachverhalte finden, Finanzierungsstrukturen für Terrororganisationen. Deutschland ist ein reiches Land. Vielen Terrororganisationen geht es nicht darum, hier Anschläge zu verüben, sondern diese Finanzstrukturen anzuzapfen. Deutschland ist Weltmeister im Maschinenbau. Irgendwelche Firmen - Dual-Use-Güter, militärische Güter, Massenvernichtungswaffen, Trägertechnologie - wollen Maschinen in Deutschland kaufen. Hier gilt es, unbekannte Beschaffungsstrukturen aufzuklären.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Als Ausgleich schreibt das Gesetz Einschränkungen vor in § 10 Absatz 4: Anordnung der Übertragungswege, Anordnung Suchbegriffe, überwachender Anteil. Bereits diese Einschränkungen stellen per se die Verhältnismäßigkeit und Verfassungsmäßigkeit der strategischen Aufklärung des Bundesnachrichtendienstes sicher, unabhängig von der Maßnahme im Einzelfall. Bei Einhaltung dieser Vorgaben gibt es keine Komplettüberwachung und kann es keine Komplettüberwachung geben.

Exkurs hier, da auch mehrfach angesprochen: die Kapazitätsgrenze, 20-Prozent-Grenze. Die Diskussion ergibt sich aus dem Wortlaut. Nach § 10 Absatz 4 ist festzulegen: Welcher Anteil der auf diesen Übertragungswegen zur Verfügung stehenden Übertragungskapazität darf überwacht werden? - Wortlaut ergibt eine Formel: Überwachter Anteil ist Überwachungskapazität durch Übertragungskapazität. Damit ist die Frage der Kapazitätsgrenze im Grunde im Wortlaut des Gesetzes niedergelegt. Dass es hierüber Diskussionen geben kann, verwundert mich ein bisschen. Es kann ja auch nicht Sinn sein einer Fernmeldeaufklärung, 20 Prozent eines Verkehrs zu erreichen, 20 Prozent einer E-Mail oder 20 Prozent eines Telekommunikationsverkehrs.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es gibt eine Begründung zum Gesetz!)

Rechtliche Begrenzung durch technische Vorgaben <sup>5</sup>per se, die Verhältnismäßigkeit und Verfassungsmäßigkeit der Fernmeldeaufklärung sichergestellt<sup>5</sup> - dies auch im Verfassungsgerichtsurteil 1999 niedergelegt.

Als letzte Maßnahme noch für den Bundesnachrichtendienst - ebenfalls als Alleinstellungsmerkmal - die Maßnahme nach § 8 bei Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland, der sogenannte Jolo-Paragraph, Entführungsfälle. Wichtig hier: Es ist ein systematischer Unterfall der strategischen Fernmeldeaufklärung. Das heißt, alle Rahmenbedingungen, Einschränkungen, Regelungen für die strategische Fernmeldeaufklärung

gelten auch für diese Maßnahme. Die Fernmeldeaufklärung in diesem Bereich ist teilweise einziges Erkenntnismittel für den Krisenstab der Bundesregierung. Beispiele sind Motorradreisegruppen in Nordafrika oder Reisegruppen an Vulkanen in Afrika oder eine Hochzeit, die Gott sei Dank vorbei ist, die uns im G-10-Bereich massiv beschäftigt hat: die Entführung von Schiffen zum Beispiel mit deutschen Kapitänen an Bord am Horn von Afrika.

Die Besonderheiten: die strategische Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes ist<sup>6</sup> nicht personenbezogen, sondern gefahrenbereichsbezogen, über weite Strecken nicht auf personenbezogene Daten ausgerichtet. Anknüpfungspunkte an Auslandssachverhalte. Keine Überwachung von Telekommunikationsanschlüssen, sondern anteilige Überwachung international gebündelter Übertragungswege, ein systematischer Unterschied zu den Maßnahmen, wie man sie aus dem Bereich der Innenbehörden kennt. Es ist keine gezielte Überwachung bestimmter Endgeräte möglich, da die Kommunikation, um für den Bundesnachrichtendienst erfasst zu werden, über den kleinen Anteil der von ihnen überwachten Übertragungswege laufen muss. Damit ist<sup>6</sup> vor dem Hintergrund des immensen existierenden internationalen Kommunikationsvolumens, des kleinen zur Verfügung stehenden Überwachungsfensters sowie einer unheimlich dynamischen Verkehrswegelenkung in der Telekommunikationswelt sichergestellt, dass der Bundesnachrichtendienst nicht in die Nähe einer massenhaften Überwachung kommt.

Für alle Fernmeldeaufklärungsmaßnahmen des Bundesnachrichtendienstes gilt: Er klärt im Ausland auf. Im Ausland kann er keine deutschen Provider - - kann er keine Provider verpflichten. Er braucht eigenen technischen Unterbau und Zugang. Damit sieht er sich immensen Herausforderungen im technischen Bereich gegenüber, Vielfalt der verschiedenen Dienste, der Datenmengen.

5) vgl. Anmerkung des Zeugen, siehe Anlage 1.

6) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das Schwierige ist immer, die Zahlen, die Relationen zu kriegen. Im Rahmen des schon angesprochenen Verfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht ging der Kläger damals gegen die 37 Millionen E-Mail-Erfassungen des Bundesnachrichtendienstes im Jahr 2010 vor. Damals wurden Zahlen ermittelt. Für das Jahr 2010 gab es circa 107 Billionen E-Mails, deutschlandweit circa 400 Milliarden E-Mails, 37 Millionen davon in den Systemen des Bundesnachrichtendienstes. Wenn man Spam und Pornografie noch abzieht, kommen wir in einen Bereich der Erfassungswahrscheinlichkeit „null Komma“. Kein Fulltake, keine massenhafte Erfassung, kein Heuhaufen, nicht vom methodischen Ansatz her, nicht von der Technik her, nicht von den rechtlichen Merkmalen.

Der Bundesnachrichtendienst ist die einzige Behörde, die im Ausland diese Aufklärung betreiben kann. Wie gesagt, die Beispiele wären Finanzierungsstrukturen, Schleusungsstrukturen, staatliche vertarnte Beschaffungsstrukturen für Massenvernichtungswaffen, militärische Aufklärung. Der Schutz des Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 10 liegt für diese Zielgruppen fern. Daneben, auch schon mehrfach in der Presse genannt: Force Protection, also der Schutz der Bundeswehr in den Einsatzgebieten.

Quintessenz: Wir haben Besonderheiten für die Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes, die es bei einer rechtlichen, bei einer politischen Bewertung zumindest aus meiner Sicht zu beachten gilt: Personenbezogenheit gegenüber Gefahrenbereichsbezogenheit, Aufklärung von Zielpersonen gegenüber Aufklärung von Auslandssachverhalten, deliktische Sachverhalte bei den Innenbehörden, strategische Phänomene bei uns, personenbezogene Daten gegenüber Sachinformationen, Inlandsaufklärung, Auslandsaufklärung, Zugang durch Provider, kein verpflichtbarer Provider vorhanden.

Fernmeldeaufklärung - dies folgt daraus - ist systematisch und fundamental verschieden von TKÜ-Maßnahmen der Innenbehörden. Kein Aliud, sondern Maßnahmen sui generis. Es ist somit eine genaue Prüfung erforderlich, ob, wo und

inwieweit Maßstäbe der Inlandstelekommunikationsüberwachung hier angelegt werden können. Es wird über weite Strecken aufgrund dieser Besonderheiten nicht möglich sein.

Damit bin ich durch meinen Hauptteil durch, will als dritten Punkt einige mir wesentliche Punkte noch kurz anreißen. Ein Punkt ist die Reichweite des Artikels 10 - große Diskussion -, insbesondere der territoriale Anwendungsbereich, zu dem auch hier bereits eine Sachverständigenanhörung stattgefunden hat. Wichtig ist: In grundrechtsdogmatischer Hinsicht gibt es einen Dreiklang: territorialer Anwendungsbereich, persönlicher Anwendungsbereich, sachlicher Anwendungsbereich. Alle drei Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein, um den Schutz des Fernmeldegeheimnisses zu eröffnen. Fällt eine dieser Voraussetzungen weg, ist der Anwendungsbereich eines Grundrechts nicht eröffnet.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wo steht das?)

- In einem beliebigen Lehrbuch in - - Können wir gucken.

(Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wollen wir nachgucken?)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt würde ich vorschlagen, erst mal das Eingangsstatement zu Ende zu hören.

**Zeuge A. F.:** Die territoriale Geltung ist eine Diskussion der Auslandsgeltung von Grundrechten. Das ist auch keine neue Diskussion, wurde insbesondere im Zuge der Auslandseinsätze der Bundeswehr auch geführt. Der Stand der Diskussion: nicht so eindeutig, wie in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Es gibt gewichtige Argumente, die gegen eine uneingeschränkte, eine unmodifizierte Geltung der Grundrechte sprechen, insbesondere Territorialprinzip, Personalprinzip. Die Funktion der Grundrechte als Abwehrrechte gegenüber dem Staat knüpfen an das Territorialprinzip, an das Personalprinzip, an die Rechts-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

unterworfenheit an. Dies wurde auch hier in diesem Kreis schon durch den Sachverständigen Talmon dargelegt. Es ist ausdrücklich offengelassen in der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung von 1999<sup>7</sup>. Dort heißt es: Aus der umfassenden Bindung nach Artikel 1 III Grundgesetz ergibt sich noch keine abschließende Festlegung der räumlichen Geltungsreichweite der Grundrechte. Über die Frage, was für ausländische Telekommunikationsteilnehmer im Ausland gilt, ist hier - also 1999 - nicht zu entscheiden.

Eine eingeschränkte Geltung des Fernmeldegeheimnisses ist durch eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers auch dokumentiert. In der Gesetzesbegründung zur Novelle 2001 findet sich dieser Sachverhalt. Er findet sich aber insbesondere in der Unterscheidung in § 5 Absatz 2 G 10. § 5 Absatz 2 sagt aus: Im Rahmen der strategischen Fernmeldeaufklärung darf keine gezielte Erfassung einzelner Telekommunikationsanschlüsse erfolgen. Dort heißt es aber weiter auch: Dies gilt nicht für Telekommunikationsanschlüsse, deren Nutzer Ausländer sind. - Das heißt, die Unterscheidung im Rahmen der Fernmeldeaufklärung zwischen deutschen Staatsbürgern und reinen Auslandssachverhalten findet sich im Gesetz in § 5 Absatz 2 G 10. Keine Erfindung des Bundesnachrichtendienstes. Diese Rechtsmeinung wurde im Übrigen durch die Bundesregierung auch im Urteil von 1999 vertreten und anschließend auch in der rechtswissenschaftlichen Literatur rezipiert. Insofern keine Überraschung.

Viel spannender: In den Jahren 2001 und 2006 wurden diese Fragen auch nicht bei der Novellierung des G 10 berücksichtigt. Insofern kann nicht mehr von einer planwidrigen Regelungslücke gesprochen werden. Insbesondere im Gesetzgebungsverfahren 2001 gab es bereits schriftliche Vorschläge vonseiten der Datenschutzbeauftragten, die Frage der Reichweite, der Geltung, der Einbeziehung von Auslandssachverhalten in das G 10 zu regeln. Es wurde damals im Gesetzgebungsverfahren abgelehnt. Auch hier Anknüpfungspunkte an bestehende Sachverhalte, keine

Umdefinitionen durch den Bundesnachrichtendienst.

Wie gesagt: Das ist auch nur ein Bereich; das ist der territoriale Anwendungsbereich. Daneben: Personaler Schutzbereich und sachlicher Schutzbereich. Personaler Schutzbereich: Wer ist geschützt? Ich denke, nach übereinstimmender Meinung genießen staatliche Institutionen, staatliche ausländische Institutionen, staatliche ausländische Organe keinen Grundrechtsschutz aus Artikel 10. Ebenso genießen ausländische juristische Privatpersonen keinen Schutz aus Artikel 10. Das steht in Artikel 19 Absatz 3 Grundgesetz.

Sachlicher Schutzbereich: Was ist geschützt? Individualkommunikation. Vieles von dem, was auf den internationalen Übertragungswegen läuft, zum Beispiel offene Foren, ist keine Individualkommunikation. Auch hier kein Schutz durch das Fernmeldegeheimnis.

Wichtiger Punkt: Diese Fragen - territorialer Schutzbereich, personaler Schutzbereich und sachlicher Schutzbereich - zielen nicht auf eine Einschränkung des Grundrechtsschutzes von deutschen Staatsbürgern, sondern sie beziehen sich auf die Frage der Schutzwirkung für Ausländer. Deutsche Staatsbürger sind geschützt. Das heißt, es existieren Regelungen, die aber im Teil differenziert zu betrachten sind. Es existiert ein engmaschiges Netz rechtlicher Vorgaben. Normenhierarchie: Grundgesetz, Bundesnachrichtendienstgesetz, G 10, TKG, die Telekommunikations-Überwachungsverordnung oder technische Richtlinien. Insgesamt ergibt das ein Bild eines abgestuften Schutzkonzeptes. Streubreite und Eingriffsintensität der Grundrechtsbetroffenheit sind abhängig von Art der Daten, Art der Rechtsunterworfenheit, Art der Erhebung, Art der Verarbeitung gerade der Personenbezogenheit. Das sind Differenzierungen, die getroffen werden müssen. Hieraus folgt dann ein abgestuftes Konzept für Erhebung, Nutzung und Weitergabe für die entsprechenden Rechtsrahmen: in Form allgemeiner Aufgabeneröffnung im Bundesnachrichtendienstgesetz, spezielle Befugnisnormen im

7) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesnachrichtendienstgesetz, spezielle Befugnisnormen im G 10 und spezielle Regelungen im Bundesdatenschutzgesetz.

Ganz kurz drei Punkte - das ist alles die Eingriffsseite -: Wenn diese Voraussetzungen vorliegen und man einen Eingriff hat, muss man diesen Eingriff abwägen gegenüber den Rechtsgütern, die durch die Fernmeldeaufklärung zu schützen sind. Auch hier hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes ein Rechtsgut von erheblichem Rang schützt. Die Gefahren, die ihre Quelle im Ausland haben und mit Hilfe der Befugnisse der Fernmeldeaufklärung erkannt werden, sind von hohem Gewicht. Das hinter der Aufgabe der Auslandsaufklärung stehende Ziel, Informationen zu liefern, die von außen- und sicherheitspolitischem Interesse für die Bundesrepublik Deutschland sind, hat erhebliche Bedeutung für die außenpolitische Handlungsfähigkeit. Die aufzuklärenden Gefahren betreffen hochrangige Gemeinschaftsgüter, deren Verletzung schwere Schäden für den äußeren und inneren Frieden der Rechtsgüter Einzelner zur Folge hätte. Sind die Voraussetzungen erfüllt, ist ein Rechtsgut von hohem Wert auf der anderen Seite.

Vorletzter Punkt, in der Presse öfter kolportiert: Die Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes ist rechtswidrig, weil sie auch Deutsche überwacht. - Nein. Auf den Grundlagen der Voraussetzungen nach § 3, § 5 und § 8 G 10 sollen gerade Deutsche auch der Überwachung unterliegen. Das G 10 ermöglicht die Überwachung und Aufklärung im Bereich Mitgliedschaft oder Unterstützung terroristischer Vereinigungen, schwere staatsgefährdende Straftaten oder Vorbereitung eines Sprengstoffattentates.

Letzter Punkt: Die Rechtmäßigkeit der Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes - das ist auch wenig bekannt - ist über die Jahre auch Gegenstand ober- und höchstgerichtlicher Überprüfung. Das fängt an 1971 zur Individualüberwachung, 1978 der Fall „Klass gegen Deutschland“ zur strategischen Fernmeldeaufklärung, 1984 das Bundesverfassungsgericht, das berühmte Urteil 1999, 2006 ebenfalls vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte der

Fall „Weber und Saravia gegen Deutschland“, ebenfalls zugunsten der Bundesrepublik entschieden, 2008 das Bundesverwaltungsgericht erneut zur strategischen Überwachung. Hier wurde festgestellt, dass die Anordnung der strategischen Überwachung eine innerdienstliche Weisung innerhalb der Exekutive ist, kein Verwaltungsakt mit Außenwirkung, da die Anordnung noch keine Überwachung darstellt, sondern eben erst die Erfassung. Das wurde bestätigt 2009. Und zuletzt 2014 vor dem Bundesverwaltungsgericht insbesondere zur E-Mail-Aufklärung. Hier ein Auszug aus der Pressemitteilung. Also, die Klage wurde als unzulässig abgelehnt, weil der Kläger - - weil die Wahrscheinlichkeit einer Überwachung durch den Bundesnachrichtendienst des Klägers so gering war, dass er keine Klagebefugnis hatte.

Die Wahrscheinlichkeit einer Erfassung des Klägers war ... begrenzt, weil die strategische Telekommunikationsüberwachung durch den Bundesnachrichtendienst fragmentarisch ist.

Feststellung des Bundesverwaltungsgerichts. Sie ist fragmentarisch und nicht massenhaft, nicht flächendeckend aufgrund der geschilderten Aspekte, für die ich Ihnen jetzt gerne Rede und Antwort stehe. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich habe nun einige kurze Eingangsfragen an Sie und dann einige Fragen zu unterschiedlichen Themen.

Ich habe aber eine Anregung: dass wir diese Zeugenbefragung nicht zu einer tiefgründigen juristischen Exegese werden lassen. Das verführt nämlich sehr dazu, insbesondere Ihre bisher getätigten Ausführungen. Wir können ja noch mal drüber nachdenken, ob Sie noch mal als Sachverständiger kommen; aber eigentlich sind Sie als Zeuge hier geladen, und von daher interessieren mich natürlich speziell Ihre tatsächlichen Kenntnisse aus dem Untersuchungszeitraum, und so würde ich gleich auch nach einigen kurzen Vorfragen dann ins Detail gehen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kurz zu Ihrer Ausbildung - Sie haben es gesagt -: Jurist mit zwei Staatsexamen. Nach Ihrem zweiten Staatsexamen: Wo haben Sie vor dem BND gearbeitet?

**Zeuge A. F.:** Ich war kurze Zeit Anwalt, dann in der Wehrverwaltung der Bundeswehr tätig und dann zum Bundesnachrichtendienst gewechselt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und das Juli 2009?

**Zeuge A. F.:** Jawohl.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wunderbar. - Sie sind dann direkt ins Rechtsreferat und dann, wie Sie geschildert haben, ja auch kommissarischer Referatsleiter 2003 geworden im Januar?

**Zeuge A. F.:** 2013.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** 13, Entschuldigung, habe ich auch mir so notiert. Okay. - Dann haben Sie sich ja - Sie hatten es ja auch ausgeführt - speziell mit den Fragen der G-10-Kommission und G-10-Anordnungen beschäftigt. Welchen Teil oder welchen Anteil Ihrer Arbeit könnten diese Fragestellungen ausgemacht haben? Brauchen wir eine G-10-Anordnung, brauchen wir sie nicht, in welchen Bereichen denn? Was würden Sie sagen: Welchen Anteil Ihrer Arbeit macht das aus?

**Zeuge A. F.:** Den überwiegenden Anteil, da dieses Verfahren ja sehr administrativ ausgestaltet ist. Also, der G-10-Anteil ist der Schwerpunkt der Tätigkeit des Referates.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Damit sind Sie voll ausgelastet? So viele G-10-Anordnungen haben Sie ständig?

**Zeuge A. F.:** Ja. Also, wir sind, klar, also insbesondere auch durch den zu verzeichnenden immer größeren Bedarf auch über die Jahre hinweg - - Das sind nicht nur aktuelle Dinge, sondern die Dschihad-Schauplätze, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben - ursprünglich im Grenzgebiet Pakistan/Afghanistan, dann in Afrika, Mali, Somalia und jetzt Syrien -, wo auch

immer eine vermehrte Anzahl deutscher Staatsbürger dran teilnimmt - - ist das G-10-Wesen in den letzten Jahren großer Aktualität unterworfen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Also man kann schon sagen: Das ist Daily Business, Sie sollten sich darin auskennen.

**Zeuge A. F.:** Das ist Daily Business, absolut.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Hätte ja auch was anderes sein können, dass Sie nebenher noch zig andere Funktionen - Beratung der Amtsleitung, am besten noch einen Kommentar mitschreiben oder sonst irgendwas, was man alles so in Ihrer Funktion machen kann - - Also Sie sind in G 10 unterwegs?

**Zeuge A. F.:** Absolut.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wunderbar. - Wir kommen mal zur Operation „Eikonol“. Waren Sie da eingebunden als G-10-Jurist?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wundert mich jetzt.

**Zeuge A. F.:** Die Operation „Eikonol“ war, glaube ich, im Jahr 2008 beendet, und ich bin in 2009 zum Dienst gekommen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Haben Sie von dieser Operation mal was gehört?

**Zeuge A. F.:** Gehört ja, insbesondere durch die aktuellen Entwicklungen, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Aber jetzt während ihrer Dienstzeit - ich sage mal, vorher, bevor Sie jetzt gemerkt haben, da gibt es einen Untersuchungsausschuss, da steht viel in der Zeitung, so in der kurzen Zeit nach Eintritt in den BND, bis das Thema so richtig hochschoss -: Da noch nicht?

**Zeuge A. F.:** Da war das Thema eigentlich abgehakt. Ich war natürlich insbesondere dann als



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kommissarischer Referatsleiter auch für die Aktenbestände des Referates verantwortlich, auch hier für die Aktenabgaben, -prüfungen, Abgaben an das Archiv. In dem Rahmen ist sicher das eine oder andere auch durch meine Hände gegangen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Was sind das denn für Akten, die da durch Ihre Hände gegangen sind? Über was reden wir denn da?

**Zeuge A. F.:** Alle Akten, die in einer Verwaltungsbehörde anfallen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Mir geht es jetzt hauptsächlich um den Bereich G 10, nicht?

**Zeuge A. F.:** Ja. Also das sind natürlich die G-10-Anordnungen, die ganze Aktenordner füllen, die G-10-Ergebnisse - sprich: die G-10-Meldungen -, dann entsprechend die Unterrichtsvorgänge für die G-10-Kommission oder eben auch Übermittlungen an andere Behörden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wer entscheidet denn, ob Sie einen Antrag in Richtung G-10-Kommission auf den Weg bringen, also eine G-10-Anordnung - will ich mal so formulieren -, oder ob es eine datenschutzrelevante Angelegenheit ist?

**Zeuge A. F.:** Also, der fachliche Bedarf wird durch den Bedarfsträger - sprich: durch die auswertenden Fachbereiche -, zum Beispiel die Terrorismusaufklärung, formuliert. Die treten dann an das Referat Rechtsangelegenheiten/G 10 heran, und dann wird nach juristischer Prüfung der Antrag erstellt oder eben nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, der BND entscheidet quasi: Nach Bewertung des Sachverhalts sind wir hier in einer G-10-Problematik. Dann müssen wir einen Antrag stellen. Oder nicht: Dann sind wir ja nicht bei deutschen Grundrechtsträgern, dann ist der behördliche Datenschutz relevant.

**Zeuge A. F.:** Richtig. Bei reinen Auslandssachverhalten: Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Guckt da noch mal - - Also, diese Entscheidungen werden Sie maßgeblich juristisch prüfen dann, wenn - -

**Zeuge A. F.:** Richtig, richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was ist denn dann eigentlich angenehmer: einen G-10-Antrag zu stellen oder mit dem behördlichen Datenschutz klarkommen zu müssen, insbesondere auch mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten, der dann die Kontrollfunktion wahrnimmt, was er ja im G-10-Bereich nicht kann?

**Zeuge A. F.:** Ja, das ist beides alltägliche Arbeit. Gerade dafür gibt es ja dieses Referat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wo, würden Sie sagen, ist der Schwerpunkt: bei G-10-Daten oder bei Nicht-G-10-Daten?

**Zeuge A. F.:** Nach dem, wie ich es auch im Eingangsstatement dargestellt habe: Aufgrund dieses abgestuften Schutzkonzeptes ist der Schwerpunkt des Administrativen im G-10-Bereich, eindeutig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weil das komplexer ist mit der G-10-Anordnung, oder? Bei dem anderen kann man ja direkt machen. Aufgrund der Aufgabenzuweisung nach dem BND-Gesetz kann man losgehen, und im anderen Bereich brauche ich erst mal eine G-10-Anordnung.

**Zeuge A. F.:** Ja. In beiden Fällen sind die rechtlichen Vorgaben einzuhalten. Aber das Verfahren, auch das G-10-Verfahren, ist auf administrativer Seite natürlich deutlich weitläufiger.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie trennt man das denn eigentlich? Wenn ich mir so eine Strecke angucke, die man jetzt abgreift: Woher weiß ich denn, was da für Daten drin sind? Müsste man dann nicht immer beides gleichzeitig betrachten?

**Zeuge A. F.:** Je nachdem. Es gibt ja öffentlich verfügbare Informationen, zum Beispiel zu Übertragungswegen, es gibt auch Auskunftersuchen, die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Möglichkeit, als Bundesnachrichtendienst an Provider heranzutreten, um technisch-betriebliche Daten zu erfahren, und aufgrund dieser Informationen kann eine solche Entscheidung getroffen werden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber es ist dann nur Entweder-oder? Oder ist es auch Sowohl-als-auch?

**Zeuge A. F.:** Der Übertragungsweg ist der falsche Anknüpfungspunkt. Die Einordnung der Rechtsgrundlage - BND-Gesetz oder G 10 - gilt ja für den einzelnen Telekommunikationsverkehr. Insofern kann ein Übertragungsweg diesen Kategorien nicht unterliegen. Es gilt immer, den einzelnen Verkehr zu betrachten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Klar. Ich muss aber doch im Grunde, wenn ich auf Verkehre - Plural - zugreife, mich irgendwann mal entscheiden, und wenn ich Verkehre abgreifen möchte, die G-10-Relevanz haben, beantrage ich eine G-10-Anordnung. Richtig?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also ich gehe ja nicht hin und will einen Verkehr haben. Dann wären wir in der TKÜ, wenn ich das richtig sehe.

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weil eben hatten wir einen schönen Zeugen, der ist auf TKÜ eingegangen. Also deswegen geht es mir ja um Verkehre, und wenn ich bewusst G-10-Verkehre haben will, dann beantrage ich im Vorfeld eine G-10-Anordnung. Richtig?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sind dann auch nur G-10-Verkehre im Fokus, oder kann es sein, dass da auch andere Verkehre mit abgegriffen werden? Oder ist das vorher dann so gefiltert: Wenn ich eine G-10-Anordnung habe, habe ich nur G-10-Verkehre, wenn ich andere Verkehre haben will, dann bin ich im Datenschutz, dann muss ich tunlichst sehen, dass die G-10-Verkehre

rausgefiltert werden? Also sprich: Ist diese juristisch klare Welt in der Praxis genauso klar, oder kriegt man sie so klar durch technische Maßnahmen hin?

**Zeuge A. F.:** Man kriegt sie so klar durch die dargestellten Filterkaskaden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, es gibt keine Fälle, wo ich auf G-10-Verkehre gehe und dann dummerweise Auslandsverkehre noch mit abgreife?

**Zeuge A. F.:** Also, ich gehe ja auf einen Übertragungsweg. Je nachdem, was in diesem Übertragungsweg vorhanden ist, kann ich danach filtern, und danach habe ich die entsprechenden Ergebnisse.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Also ich würde dann, wenn ich gerade G-10-Verkehre haben möchte, zuerst eine G-10-Anordnung ersuchen, dann so filtern: „G 10, aber nicht G 10 raus, sondern gerade G 10 nur behalten“, und der Rest würde gelöscht? Weil ich muss ja dann, wenn ich auf G 10 gehe - und das darf ich ja dann, wenn ich eine Anordnung habe -, dafür sorgen, dass diese Trennung wieder stattfindet, weil sonst macht es für mich keinen Sinn, sonst kann ich auch sagen: Ich hole mir für alles eine G-10-Anordnung, und dann nehme ich, was ich kriege. Dem Rest sage ich Danke, und bei der G 10 bin ich immer auf sicherer Seite, da ich eine G-10-Anordnung habe.

**Zeuge A. F.:** Ich bin mit einer G-10-Anordnung auf - - bei G 10 auf der sicheren Seite, und ich bin mit dem Bundesnachrichtendienstgesetz im Nicht-G-10-Bereich auf der sicheren Seite.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also wenn ich G 10 habe, dann kann ich alles?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann wäre es ja eigentlich geschickt - -

**Zeuge A. F.:** Also, ich brauche einen Verkehr.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Klar.

**Zeuge A. F.:** Der Eingriff ist gegebenenfalls, soweit personenbezogene Daten naheliegen, ein Eingriff: entweder in das Fernmeldegeheimnis oder in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Für beides brauche ich eine Ermächtigungsgrundlage. Entweder ich habe sie in Form der Voraussetzungen des G 10 oder in Form des Bundesnachrichtendienstgesetzes.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja.

**Zeuge A. F.:** Dann darf ich die Ergebnisse verwenden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** So. Das Bundesnachrichtendienstgesetz ist da. Da habe ich die Aufgabenbeschreibung. Wenn ich keinen G-10-Verkehr habe, reicht mir nach im Amt vertretener Ansicht auf jeden Fall das BND-Gesetz. Richtig? Wenn es der Aufgabenerfüllung dient, klar. Ich darf jetzt nichts anderes machen.

**Zeuge A. F.:** Für die Erhebung, ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. - Und wenn ich G-10-Verkehre da mit drin hab, da reicht mir das nicht, dann brauche ich eine G-10-Anordnung, die dann als rechtliche Grundlage gilt?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn ich jetzt einen laufenden Datenverkehr habe, dann wäre es doch aus meiner Sicht einfach am geschicktesten, zu sagen: Ich hole mir eine G-10-Anordnung, dann kann ich eigentlich alles nehmen, was da durchfließt, nämlich die G-10-Verkehre aufgrund der G-10-Anordnung und den Rest ja aufgrund von meiner Aufgabenbeschreibung im BND-Gesetz. Damit hätte ich doch dann die weitreichendste Möglichkeit. Mir kann ja dann keiner sagen: „Deutsche Verkehre darfst du nicht“; dafür habe ich die G-10-Anordnung. Und ausländische Verkehre kann man mir nicht sagen, weil das ja gerade die Aufgabe des BND ist nach dem BND-Gesetz. Also, sprich, ist die beste Variante, wenn ich es mal so beschreiben darf

laienhaft, die G-10-Anordnung. Dann brauche ich mir eigentlich - - Juristisch bin ich auf sicherer Seite.

**Zeuge A. F.:** Wobei die natürlich auch die höchsten Voraussetzungen hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Klar, genau. - Gut, ich lasse an der Stelle mal die Fraktionen fragen und würde mich dann an bestimmten Punkten wieder einklinken, wenn wir zu Fragen kommen.

Es käme jetzt als erste Fraktion - wir gehen jetzt Fragerunden durch - die Fraktion Die Linke. Dann kommt in der ersten Fragerunde die Fraktion der SPD, gefolgt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und dann von der CDU/CSU. Ab der zweiten Fragerunde kommt die Fraktion Die Linke, gefolgt von der Fraktion der CDU/CSU, dann Bündnis 90/Die Grünen und dann die SPD mit Fragen dran. Da gibt es Zeitkontingente: für die CDU/CSU 27 Minuten, für die SPD 17 Minuten und für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke jeweils 8 Minuten.

Es beginnt für die Fraktion Die Linke jetzt in der ersten Fragerunde, wie beschrieben, die Kollegin Renner mit ihren Fragen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr A. F., ist Ihnen der Begriff „G-10-Legende“ mal untergekommen in Ihrer Tätigkeit?

**Zeuge A. F.:** In meiner Tätigkeit nein, nur jetzt hier im Rahmen der Presseberichterstattung zum Untersuchungsausschuss.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Können Sie sich vorstellen, was darunter gemeint ist?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das ist ja kein Begriff, den wir uns ausgedacht haben, sondern der dem BND entklingt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Also, mir ist er nicht bekannt. Mir ist er in meiner dienstlichen Tätigkeit vor der Zeit des Untersuchungsausschusses nicht untergekommen. Ich finde ihn insofern nicht anknüpfend, weil die rechtliche Systematik, wie auch jetzt schon mehrfach dargestellt, eindeutig ist. Soweit ein Eingriff da ist, brauche ich eine Rechtfertigung. Der Eingriff muss entweder auf Grundlage des G-10- oder des Bundesnachrichtendienstgesetzes seine Rechtfertigung, seine Basis finden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gut. - Dann nähern wir uns dann mal der G-10-Legende. Darf die NSA in Deutschland bei einem Provider Daten erheben?

**Zeuge A. F.:** Definitiv nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Darf der BND Daten, die er bei einem Provider erhebt, an die NSA weitergeben?

**Zeuge A. F.:** Unter bestimmten Voraussetzungen ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und was wären diese?

**Zeuge A. F.:** Die Voraussetzung ist abhängig von der Art der Daten: soweit es G-10-Daten sind, die Voraussetzungen des G-10-Gesetzes, soweit es Daten sind, die auf der Grundlage des Bundesnachrichtendienstgesetzes gewonnen wurden, unter den dortigen Voraussetzungen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Auf welcher Grundlage können Daten, die aus G-10-Ansätzen erfasst werden, an die NSA weitergegeben werden?

**Zeuge A. F.:** Auf Grundlage § 4 G 10, § 7 a G 10 und § 8 Absatz - - Verweis auf 7 a.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und welche G-10-Anordnungen liegen dem zugrunde?

**Zeuge A. F.:** Je nachdem, entweder die Anordnungen nach § 3, die Anordnungen nach § 5 oder die Anordnungen nach § 8.

**Martina Renner (DIE LINKE):** So, wir reden ja hier nicht von 3, sondern wir reden hier über die Frage „Daten, die aus sogenannten Routineverkehren gewonnen werden“, und da würde ich gerne wissen, inwieweit diese Daten, wenn sie aus Routineverkehren gewonnen werden und eben nicht individualisierte Erkenntnisgewinnung zu einzelnen Personen oder Sachverhalten beinhalten, aus Ihrer Sicht an die NSA weitergegeben werden können.

**Zeuge A. F.:** Soweit sie aus der strategischen Überwachung nach § 5 gewonnen sind, dürfen sie nach § 7 a G 10 übermittelt werden. Soweit sie aus Maßnahmen gewonnen wurden, die auf dem Bundesnachrichtendienstgesetz fußen, dürfen sie nach den dortigen Vorschriften übermittelt werden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Waren Sie in Ihrer Funktion mit den Projekten „Eikonol“ oder „Glotaic“ befasst?

**Zeuge A. F.:** Die waren vor meiner Zeit; insofern war ich selber nicht damit befasst. Sie sind mir im Rahmen des PUAs bekannt geworden - entsprechend auch durch die Aktenbestände, die bei mir im Referat vorlagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Kennen Sie Vorgänge aus Ihrer Zeit, in denen es Datenübermittlungswünsche anderer Dienste gibt, die sich auf Routineverkehre beziehen?

**Zeuge A. F.:** Also, im Einzelfall nicht, aber zum Beispiel bei Entführungsfällen. Wird zum Beispiel ein ausländischer Staatsbürger eines anderen Landes entführt, wendet er sich regelmäßig an andere Nachrichtendienste mit der Bitte um Erkenntnisse, um Hilfe.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich meinte das jetzt nicht - - Ich meine das jetzt genereller. Also, kennen Sie sozusagen aus Ihrer Zeit Wünsche von ausländischen Nachrichtendiensten, Daten, die aus der Erfassung von Routineverkehren gewonnen werden, zu teilen, auszuleiten - wie Sie es jetzt nennen wollen?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Also Wünsche auf Ausleitung nein. Wünsche, Bitten um Informationen, Erkenntnis-anfragen ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Werden bei diesen Wünschen konkrete Strecken benannt, zu denen man Auskunft haben möchte?

**Zeuge A. F.:** Nein, weil diese Anfragen beziehen sich auf Informationen, die im Bundesnachrichtendienst vorliegen oder im Rahmen der technischen Aufklärung vorliegen. Das sind keine Anfragen auf Strecken oder Erfassungsstrecken oder dergleichen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Werden bestimmte Zielgebiete benannt, zu denen man Informationen haben möchte?

**Zeuge A. F.:** Also, Zielgebiete im fachlichen, phänomenologischen Sinne sicher, also Anfragen im Bereich Terrorismus, Anfragen im Bereich Proliferation - natürlich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich meine jetzt regionalisierte Zielgebiete.

**Zeuge A. F.:** Also, es gibt - oder zumindest mir nicht bekannt - keine Anfragen auf Partizipation an unserer Erfassung. Es gibt Anfragen an Erfassungsergebnisse.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie kennen keine Vorgänge, bei denen Rohdaten, Inhaltsdaten, Metadaten geteilt wurden - nur Meldungen?

**Zeuge A. F.:** Die hier bekannten Vorgänge kenne ich natürlich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich meine jetzt: Aus Ihrer Dienstzeit gibt es keine Vorgänge, wo Rohdaten, Metadaten, Inhaltsdaten geteilt wurden?

**Zeuge A. F.:** Also es gibt die bekannten Übermittlungen, die auch hier Gegenstand des Untersuchungsausschusses sind, und die sind mir natürlich durchaus bekannt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie meinen jetzt „Eikonol“, Sie meinen diese Sonderprojekte?

**Zeuge A. F.:** „Eikonol“ nicht, ich meine Bad Aibling.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Bad Aibling, gut. Was wird in Bad Aibling weitergegeben, welche Art von Daten?

**Zeuge A. F.:** Daten zu Krisengebieten, Daten zu - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, ich meine die Datenart. Metadaten, Inhaltsdaten, Rohdaten? Wir kommen am Schluss auf die G-10-Legende; Sie werden sehen.

**Zeuge A. F.:** Es werden verschiedene Arten von Daten weitergegeben.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. Können wir das ein bisschen konkreter haben?

**Zeuge A. F.:** Gerne, aber dann nichtöffentlich.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Warum?

**Zeuge A. F.:** Weil hieraus dann Schlussfolgerungen auf die einzelnen Methoden der Aufklärung gefolgert werden können.

(Lachen des Abg.  
Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN))

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber bei der - - Also wir wollen ja nur die Kategorie. Wir wollen weder die Menge noch die Herkunft. Ich möchte nur wissen: Werden Metadaten, Rohdaten, Inhaltsdaten weitergegeben?

**Zeuge A. F.:** Metadaten und Inhaltsdaten.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Bitte?

**Zeuge A. F.:** Es werden Metadaten und Inhaltsdaten ausgetauscht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Genau. Vor der Sanitarisierung oder nach der Sanitarisierung?

**Zeuge A. F.:** Welche San- - Also mit Sanita-

**Martina Renner** (DIE LINKE): Filterung.

**Zeuge A. F.:** Nach G-10-Filterung.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nach G-10-Filterung. Sicher?

**Zeuge A. F.:** Sicher.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und bei diesen - - Die werden automatisiert weitergegeben?

**Zeuge A. F.:** Die werden durch die Filter automatisiert gefiltert und dann weitergegeben und unterliegen jedoch der ständigen Kontrolle der Mitarbeiter.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Werden die automatisiert weitergegeben?

**Zeuge A. F.:** Abhängig davon, was man als automatisiert ansieht. Sie werden nach den vorgegebenen Rahmenbedingungen, die dort vorgegeben werden, weitergegeben, ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Also sie werden automatisiert weitergegeben?

**Zeuge A. F.:** Es werden Parameter definiert. Wenn diese Parameter erfüllt werden, werden sie weitergegeben.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Gut. Inwieweit besteht eine Möglichkeit, dass nach der G-10-Filterung sich geschützte Verkehre in den Daten befinden?

**Zeuge A. F.:** Nach den mir vorliegenden Ergebnissen so gut wie nicht. Die Filterung funktioniert und ist effektiv.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das würden Sie auch für paketvermittelte Kommunikation sagen? Da sind Sie in der Lage, die G-10-Verkehre auszufiltern?

**Zeuge A. F.:** Wir sind in der Lage, die G-10-Verkehre auszufiltern.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Bei paketvermittelter Kommunikation? Zu wie viel Prozent?

**Zeuge A. F.:** 99,99. Also ich spekuliere, ich bin keine Techniker, aber sie werden belastbar ausgefiltert.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das haben wir heute hier anders schon gehört!)

**Martina Renner** (DIE LINKE): Genau. Dann hätte es keinen Grund gegeben, „Eikonal“ einzustellen, wenn man paketvermittelte Kommunikation zu fast 100 Prozent G-10-filtern kann.

**Zeuge A. F.:** Das ist ja auch sechs Jahre her, „Eikonal“.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Heute kann man das?

**Zeuge A. F.:** Heute kann man - weitgehend.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Gut.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Weitgehend“? Was war das letzte Wort?)

- „Weitgehend“.

(RA Johannes Eisenberg: „Weitgehend“!)

**Zeuge A. F.:** Soweit technisch möglich, werden die erforderlichen Filtermechanismen umgesetzt.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wir wissen ja, dass diese Informationen der paketvermittelten Kommunikation unterteilt sind auf verschiedene Päckchen und erst zusammengesetzt werden müssen, bevor man dann auch entscheiden kann - zum Beispiel: Ist es ein G-10-relevanter Inhalt, ja oder nein? Oder können Sie schon das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einzelne Päckchen hinsichtlich der G-10-Relevanz untersuchen?

**Zeuge A. F.:** Müssen Sie - - Also, da bin ich jetzt als Jurist überfragt, aber ich würde davon ausgehen, dass die einzelnen Päckchen - - dass natürlich schon der Verkehr an sich dieser Bewertung unterliegt und nicht das einzelne Päckchen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Also die Daten müssen erst wieder zusammengesetzt werden, und dann kann man entscheiden: Sind es G-10-Verkehre?

**Zeuge A. F.:** Wobei ja die Voraussetzung für G-10-Verkehre immer die Personenbezogenheit dieser Daten ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber da sind wir ja bei Internetverkehr der Meinung, dass sich das natürlich dabei um personenbezogene Daten - - beinhaltet, weil sozusagen eine E-Mail, ein sozusagen Internetverhalten und Ähnliches, immer Rückschlüsse auf die Person zulässt.

**Zeuge A. F.:** Genau deswegen habe ich ja auch in meinem Eingangsstatement auf die Vorlage des Bundesgerichtshofs an den EuGH verwiesen, der genau diese Frage zum Beispiel für IP-Adressen dem EuGH vorgelegt hat, weil er sich selbst nicht zu einer Entscheidung durchringen konnte.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie würden also sagen, Internetverhalten sind keine Personendaten?

**Zeuge A. F.:** Es können personenbezogene Daten sein. Es ist eben im Einzelfall zu differenzieren. Nicht alle Internetverkehre sind personenbezogene Daten.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn ich aber jetzt davon ausgehe, wir haben bei diesem Erfassungsansatz Millionen Daten, die am Tag verarbeitet werden, dann ist das Maß an Differenzierung schwer darzustellen, wenn wir ja alle davon ausgehen müssen, dass sowohl unser Internetverkehr international geroutet wird aus ökonomi-

schen Gründen, und auf der anderen Seite natürlich hier das Problem besteht, dass im Gegensatz zu Telefoniedaten, wo ich das auf Grundlage von Vorwahlnummern und Ähnlichem natürlich sehr viel eindeutiger zuordnen kann, es überhaupt nicht möglich ist, über eine E-Mail-Kennung, eine Sprache, die ich in meiner E-Mail verwende, oder Ähnliches Rückschlüsse zu ziehen auf sozusagen die G-10-Relevanz des Datums. Also, da müssten Sie uns jetzt Gelegenheit geben - - Das müssten wir vertiefen: Wie soll das denn passieren? Über die IP-Adressen? Aber ich meine, wir wissen ja alle, dass auch da ich über sozusagen Anonymisierer, VPN usw. - - dass es auch nicht so ist, dass man da eindeutig Rückschlüsse ziehen kann.

**Zeuge A. F.:** Ja, aber dann hat ja auch - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wäre dann die letzte Frage.

**Zeuge A. F.:** Dann haben Sie ja auch, wenn Sie einen Anonymisierer benutzen, kein personenbezogenes Datum mehr.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Oh, das ist interessant.

**Zeuge A. F.:** Wenn niemand den Schluss auf die dahinterstehende menschliche Person ziehen kann, das heißt, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also wenn ich E-Mail über - -

**Zeuge A. F.:** - im Rechtssinne nicht bestimmbar oder bestimmt ist, dann habe ich kein personenbezogenes Datum nach der Definition in § 3 Bundesdatenschutzgesetz.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn ich eine E-Mail über VPN absende, dann ist das egal, wenn das dann nachher sozusagen bei den Daten landet, die an die USA weitergegeben werden?

**Zeuge A. F.:** Also wie gesagt: Es gilt hier, jeden Einzelfall zu betrachten. Soweit ein Schluss auf eine dahinterstehende natürliche Person machbar



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ist und es sich um personenbezogene Daten handelt, unterliegen sie der Filterung nach G 10.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** So, jetzt müssen wir leider weitergeben -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Machen wir nachher weiter.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - und haben jetzt die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek (SPD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich wollte jetzt noch mal auch aus Ihrem sehr umfassenden Eingangsstatement ein paar Dinge aufgreifen und versuchen, zu sortieren, zumindest jetzt auch noch mal für mich. Auf der einen Seite war das ganz gut, dass Sie das mal so dargestellt haben, so umfassend, weil wir dadurch natürlich im Ausschuss auch eine umfassende Dokumentation der geltenden Rechtsauffassungen im Bundesnachrichtendienst bekommen.

Sie haben mehrere Punkte oder Parameter angesprochen, die natürlich für die Frage, in welche Richtung dann was geht, entscheidend sind. Da war auch entscheidend die Frage: Wann reden wir überhaupt über einen Eingriff? Sie hatten dann immer wieder in dem Kontext den Begriff des Erfassens von Daten genannt, haben dann aber auch immer wieder so von Vorbereitungshandlungen gesprochen. Jetzt würde ich mal gerne mit Ihnen festklopfen im Sinne Artikel 10 Grundgesetz, aber dann auch im Hinblick auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht: Ab wann reden wir denn da von einem grundrechtsrelevanten Eingriff?

**Zeuge A. F.:** Wir reden dann von einem grundrechtsrelevanten Eingriff, wenn sich aus den Erfassungen die Verkehre durch den Abgleich mit den Suchbegriffsprofilen qualifizieren.

**Christian Flisek (SPD):** Das heißt, Sie - - Okay, also, das ist jetzt eine schöne - - Ich muss das auch erst mal - - Ja, es ist eine ziemlich eindrucksvolle Definition, die Sie da mal gerade so aus dem Ärmel schießen. Das heißt, aus der Erfassung müssen sich bestimmte Dinge, die erfasst

sind, erst einmal in einer besonderen Weise qualifizieren, -

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Christian Flisek (SPD):** - aufgrund von Selektoren?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Christian Flisek (SPD):** Und dann, wenn sich das sozusagen aufgrund dieses Prozesses dann herauskristallisiert, dann erst kommen wir zu einem Eingriff?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Christian Flisek (SPD):** Das bedeutet, Sie sagen, das Erfassen erst einmal selber ist dann aus Ihrem Verständnis kein grundrechtsrelevanter Eingriff - weder in Artikel 10 noch in Bezug auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht?

**Zeuge A. F.:** Nicht nur aus meinem Verständnis, sondern das findet sich in dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom letzten Jahr und im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1999.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ja. Ich rede aber jetzt über Ihr Verständnis als G-10-Jurist. Alles andere ist jetzt für mich erst mal - - Was heißt denn dann „Erfassen“?

**Zeuge A. F.:** „Erfassen“ bedeutet, soweit ich mich erinnern kann - man kann es in den genannten Fundstellen nachlesen -, die Verfügarmachung für den Bundesnachrichtendienst, also die theoretische Möglichkeit - -

**Christian Flisek (SPD):** Ich will das nicht in den Entscheidungen - - Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Ich will das nicht in den Entscheidungen nachlesen; das kann ich. Ich will jetzt mit Ihnen als, ich sage mal, wahrscheinlich einem der ganz wenig wirklich geschulten, juristisch geschulten Menschen in Bezug auf das deutsche Geheimdienstrecht, wenn ich mal diese etwas exotische Rechtsmaterie so zusammenfasse - - Mit Ihnen möchte ich das besprechen - und was das dann ganz konkret in der Praxis, die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie ja auch vor Augen haben, weil Sie ja - das haben wir von vielen Zeugen gehört - permanent zu Rate gezogen werden, wenn es irgendwelche Fragen gibt - - Das heißt, Sie kennen die Praxis auch Ihres Hauses.

Ich möchte jetzt einfach mal wissen: Was heißt - unabhängig von dem, was jetzt das Bundesverwaltungsgericht oder welches Gericht auch immer schreiben - - Was heißt „Erfassen“ in der Praxis des BND?

**Zeuge A. F.:** Ich glaube, man kann es unterbrechen auf den ersten Punkt, wo es in die Erfassungsgeräte des Bundesnachrichtendienstes gelangt.

**Christian Flisek (SPD):** Ein Beispiel! Können Sie mir mal ein Beispiel nennen?

**Zeuge A. F.:** Ein Beispiel ist: Man hat - das wurde hier auch schon mal, glaube ich, angesprochen - den sogenannten Übergabepunkt. Also der Bundesnachrichtendienst holt sich eine G-10-Anordnung, geht mit dieser G-10-Anordnung zu einem deutschen Provider, zu einem Telekommunikationsdiensteanbieter, und sagt: Hier ist die G-10-Anordnung, in dieser G-10-Anordnung sind die Übertragungswege 1, 2, 3, 4 technisch eindeutig bestimmt, und hiervon musst du mir eine Kopie geben. Also von dem Verkehr - - von den Verkehrslinien, die über diese Übertragungswege 1, 2, 3, 4 laufen, gibst du mir eine Kopie, eine sogenannte Überwachungskopie -

**Christian Flisek (SPD):** Genau.

**Zeuge A. F.:** - am Übergabepunkt. - Und ab dem Übergabepunkt sind es Erfassungen, allerdings noch keine Grundrechtseingriffe.

**Christian Flisek (SPD):** So, das heißt - - Also in der Praxis heißt das ja, das wird irgendwie gespiegelt, kopiert?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Christian Flisek (SPD):** Und dann ausgeleitet?

**Zeuge A. F.:** Genau.

**Christian Flisek (SPD):** So, und das ist dann an dem Übergabepunkt ein technischer Vorgang, dass der Hauptstrom weiterfließen kann, ohne dass es jemand bemerkt. Und dann spiegele ich das und leite dann da irgendwie eine Menge Daten aus, die mich entsprechend der G-10-Anordnung interessieren, und die wandern dann ja, ich sage mal, vielleicht jetzt in die Zentrale, ja? Und was wird dann da gemacht?

**Zeuge A. F.:** Also, es ist so: Ich sprach ja von diesen Filterkaskaden, ja? Der Bundesnachrichtendienst - -

**Christian Flisek (SPD):** Ich rede jetzt noch nicht über Filter. Die kommen jetzt erst mal da an. Dann kommt jetzt eine Leitung -

**Zeuge A. F.:** Also es gibt diese Übergabe - -

**Christian Flisek (SPD):** - vom Übergabepunkt an.

**Zeuge A. F.:** Und zu dem ersten Gerät. Und bereits beim ersten Gerät wird selektiert und verworfen - beispielsweise. Dann ist dahinter ein anderes Gerät geschaltet, und das verwirft und selektiert auch. Dann kommt ein weiteres Gerät; hier wird erstmals mit den Suchbegriffen gesucht. Alles was dann ab danach verbleibt, ist ein Eingriff; alles, was davor ist und automatisiert geprüft und verworfen wurde - einer meiner technischen Vorgänger hat, glaube ich, das Bild vom Wärmeverpuffen gebraucht -, sind Erfassungen, allerdings keine Eingriffe.

**Christian Flisek (SPD):** Das heißt, weil Sie dann auch sagen: Solange das da sozusagen in diesem Verdampfungsprozess fließt, wird es nirgendwo gespeichert.

**Zeuge A. F.:** Ja, das geschieht ja praktisch in Echtzeit.

**Christian Flisek (SPD):** In Echtzeit.

**Zeuge A. F.:** Das sind ja Mengen, die gar nicht gespeichert werden können, soweit ich weiß - oder man das nicht bezahlen will. Wir wollen ja nichts speichern, was nicht nachrichtendienstlich relevant ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek** (SPD): Ja, gut, das ist ein überzeugendes Argument. Gleichwohl muss man natürlich sich noch mal die Frage stellen: Ab wann findet tatsächlich sozusagen ein erstes Niederlegen, also ein Speichern, von Daten statt, -

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Christian Flisek** (SPD): - auch wenn es nur ein kurzzeitiges Speichern ist? Sie beantworten das: Nachdem dort sämtliche Filterungsstufen - - Also, vor den Filterungsprozessen ist aus Ihrer Sicht von Speichern keine Rede?

**Zeuge A. F.:** Wie gesagt: nicht nur aus meiner Sicht. Solange geprüft wird und automatisiert verworfen wird und nicht gespeichert wird, ist keine Grundrechtsrelevanz gegeben im Sinne dieser genannten - -

**Christian Flisek** (SPD): Ich werde nachher da noch mal drauf zurückkommen.

Der zweite Punkt, den Sie angesprochen haben, war die Frage, wann denn ein Personenbezug vorliegt und wann der nicht vorliegt. Ich sage mal, wir beschäftigen uns hier mit allerlei Daten, eben auch mit diesen Metadaten. Ein Metadatum - da sind wir uns einig - ist beispielsweise eine Telefonnummer, ja. Jetzt frage ich Sie mal: Eine Telefonnummer von einem deutschen Staatsbürger: Hat die einen Personenbezug?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Christian Flisek** (SPD): Ja. Warum?

**Zeuge A. F.:** Weil ich über ein Auskunftersuchen, die ja auch gesetzlich geregelt sind, die Verknüpfung zwischen technischem Endgerät und Nutzer herstellen kann.

**Christian Flisek** (SPD): Das heißt, es ist nur eine Frage des Aufwands?

**Zeuge A. F.:** Richtig. Eine Telefonnummer 1234 ist ja so nicht bestimmt. Das heißt, sie ist bestimmbar durch das Auskunftersuchen.

**Christian Flisek** (SPD): Und jetzt die Telefonnummer eines afghanischen Staatsbürgers beispielsweise?

**Zeuge A. F.:** Ist ohne weiteres Zusatzwissen insbesondere aufgrund der mangelnden Möglichkeit von Auskunftersuchen nicht ohne Weiteres bestimmbar.

**Christian Flisek** (SPD): Na ja, Zusatzwissen brauchen Sie auch beim Deutschen.

**Zeuge A. F.:** Richtig. Aber das ist - -

**Christian Flisek** (SPD): Aber es geht wieder um den Aufwand?

**Zeuge A. F.:** Da kann ich mir sicher sein, dass ich es kriege, das Zusatzwissen - aufgrund der gesetzlichen Regelungen, aufgrund der gesetzlichen Ansprüche, die ich als Behörde geltend machen kann.

**Christian Flisek** (SPD): Also würden Sie sagen: Grundsätzlich Daten von Inländern - - Also nicht Daten, sondern Telefonnummern von Inländern sind Metadaten mit Personenbezug und Daten von Ausländern nicht?

**Zeuge A. F.:** Daten von Ausländern sind dann Personenbezug, wenn ich sie mit Aufwand, mit verhältnismäßigem Aufwand bestimmbar machen kann.

**Christian Flisek** (SPD): Ja, weil wir das eigentlich immer so hören, dass es eigentlich auch dann beim Ausland keine weitere Differenzierung gibt. Ich sage mal, eine Telefonnummer von einem Österreicher oder Luxemburger kriege ich relativ zügig, genauso schnell raus wie beim Deutschen.

**Zeuge A. F.:** Das ist nicht gesagt. Sie können ja eben nicht amtliche Register oder belastbare Auskünfte einholen.

(Zuruf: Das örtliche  
Telefonbuch!)

Also mit entsprechendem Zusatzwissen ist natürlich jedes dieser Daten bestimmbar.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek** (SPD): Werden denn diese Daten dann von ausländischen - also Telefonnummern beispielsweise jetzt noch mal - - von ausländischen Bürgern auch nach diesem Aufwandskriterium differenziert, ob sie personenbezogen sind oder nicht?

**Zeuge A. F.:** Im Rahmen der Selektionskaskaden, ja.

**Christian Flisek** (SPD): Das ist doch schwierig. Oder wie soll ich mir das in der Praxis vorstellen?

**Zeuge A. F.:** Natürlich. Das ist ja gerade die analytische Leistung, die ein Nachrichtendienst erbringen muss, dass er aus den technischen Daten Informationen generiert.

**Christian Flisek** (SPD): Da muss ich ja nach jedem Land differenzieren, weil es eben Länder gibt, wo es schwierig ist. Ich sage mal - - Noch mal: Ich wohne in Passau. Eine österreichische Telefonnummer herauszubekommen, ist für mich - - Die kriege ich wahrscheinlich noch schneller als die deutsche, weil es weniger sind.

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Christian Flisek** (SPD): Da ist der Suchvorgang schneller.

**Zeuge A. F.:** Das Problem ist auch, dass die österreichischen Rufnummern nicht diejenigen sind, die in unseren Interessenprofilen liegen, sondern eben die Telefonnummern aus Krisengebieten, aus Fail States, aus den Krisengebieten, wo sich die Gefahren bilden.

**Christian Flisek** (SPD): Na, ich finde das ein bisschen schwierig, diese Inlands-/Auslandsdifferenzierung; das sage ich Ihnen ganz offen.

**Zeuge A. F.:** Das ist schwierig, absolut. Ja, ich sehe es - -

**Christian Flisek** (SPD): Ja, aber es setzen ja auch sehr unterschiedliche Behandlungen dann von solchen Daten bei Ihnen an.

**Zeuge A. F.:** Natürlich.

**Christian Flisek** (SPD): Und was wir bisher so gesehen und gehört haben, ging es eigentlich bisher immer kategorisch bei der Frage des Personenbezuges danach: Ist es Inland? Oder ist es Ausland? Wie läuft das eigentlich mit - - Ich meine, wir sind ja als Deutsche bekannt, dass wir weltweit gerne unterwegs sind. Also jetzt gerade ein aktueller Fall: Tunesien. Ich vermute mal, ein Land, das im Fokus des BND ist, in der Aufklärung, aus gerechtfertigten Gründen. Also die stelle ich ja nicht infrage, ja - damit wir da auch eine Klarheit haben. Aber wie kriegen Sie das denn dann hin, dass dort entsprechend beispielsweise Daten, die in diesem Bereich - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Wollen Sie gerade mal mit dem Herrn Eisenberg ein Pläuschchen machen?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Der Zeuge darf sich natürlich jederzeit mit seinem Rechtsbeistand - -

**Christian Flisek** (SPD): Ja, ich will nur, dass er zuhört, wenn ich die Frage stelle.

(RA Johannes Eisenberg: Er hat gefragt, ob Tunesien jetzt Gegenstand ist!)

- Ich verstehe Sie nicht, Herr Eisenberg.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Brauchen Sie eine Unterbrechung? Oder - - Nein. - Okay, dann geht es weiter.

**Christian Flisek** (SPD): Wie machen Sie das zum Beispiel in einem Land wie Tunesien, wo viele Touristen, deutsche Touristen, sich aufhalten, also eine Kommunikation stattfindet, die G-10-relevant ist, ja, die vielleicht nicht nur mit ihrer Schwiegermutter in Deutschland telefonieren, sondern beispielsweise auch von Hotelzimmer zu Hotelzimmer per Handy; sie haben auch ein nettes deutsches Pärchen kennengelernt? - Also ich frage mich: Wie läuft das, wenn Sie zum Beispiel



## Nur zur dienstlichen Verwendung

da Daten erfassen im Ausland, in so einem Land wie zum Beispiel Tunesien?

**Zeuge A. F.:** Also, die Filterkaskaden sind ja, wie gesagt, mehrstufig, ja. Sie sind auf beide Teilnehmer abgestellt, und sie laufen über mehrere Kaskaden. Soweit technisch möglich, werden sie erkannt und ausgefiltert oder in die entsprechenden Klassifikationen überführt.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, das war jetzt eine unbefriedigende Antwort auf meine Frage, ehrlich gesagt, weil ich würde jetzt gerne mal an so einem Beispiel, was ich Ihnen jetzt gerade versucht habe mal zu konstruieren, wissen, wie man dort einerseits - - oder wie man überhaupt dort G-10-relevante Daten, wenn man so einen Datenstrom hat - - wie man das rausbekommt.

**Zeuge A. F.:** Also, wenn sie keinerlei Anfasser haben, dann wird natürlich eine Klassifizierung schwierig. Aber dann wird auch die Zuordnung zum menschlichen Nutzer schwierig. Also ich will jetzt keine Aussage über Aufklärung Tunesien treffen. Tunesien ist ein willkürlich herausgegriffenes Beispiel.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, klar.

**Zeuge A. F.:** Es kann auch irgendwas anderes sein. Dann haben Sie - - In dem von Ihnen genannten Fall haben Sie eine Verbindung von ausländischem Land A nach ausländischem Land B mit zwei Handys.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge A. F.:** Da haben Sie keinerlei Chance, die dahinterstehenden Nutzer zu identifizieren.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, aber wenn es Deutsche sind?

**Zeuge A. F.:** Ja, aber es ist ja einer von 80 Millionen Deutschen, und selbst das wissen Sie nicht, ob es ein Deutscher ist oder ein Ausländer. Also hier den Personenbezug herzustellen, ist sehr schwierig.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, das sehe ich, dass das sehr schwierig ist. Darum stelle ich ja die Frage. Das bedeutet dann für mich, wenn das dann trotzdem bei Ihnen halt in irgendeinem Topf landet, aber nicht als G 10 identifiziert wird - - Was passiert dann damit?

**Zeuge A. F.:** Sie haben ja auch keinen geschützten Deutschen dahinterstehen.

**Christian Flisek (SPD):** Wieso?

**Zeuge A. F.:** Weil man das nicht weiß. Also wie wollen Sie da von einem Hotel auf das andere Hotel - - Und wenn Sie es wissen, dann wissen Sie wieder, dass es ein geschützter Teilnehmer ist.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ich nicht weiß,  
macht mich nicht heiß!)

**Christian Flisek (SPD):** Ich lasse das jetzt auch mal so stehen. - Sie haben ja auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1999 öfters jetzt mal Bezug genommen und unter anderem jetzt auch dargelegt, dass damals das Bundesverfassungsgericht die Frage nach dem territorialen Anwendungsbereich von Artikel 10 zumindest mal offengelassen hat. Dann hatten Sie in Ihren Ausführungen - da habe ich auch genau hingehört - beschrieben, dass da eine Erstreckung und eine Ausweitung, sage ich mal, des Schutzbereichs jetzt auf ausländische natürliche Personen - - Ich glaube, Sie haben formuliert: „liegt fern“. Also als Jurist verstehe ich jetzt mal so: Sie sagen, das ist nicht ausgeschlossen, aber es ist abwegig, fernliegend. Oder? Habe ich Sie richtig wiedergegeben?

**Zeuge A. F.:** Also für die konkrete Formulierung müsste man ins Protokoll gucken.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, okay. Aber so habe ich es mir notiert. - So, 1999! Ich meine, die Welt hat sich ja seitdem ziemlich verändert. Also 98 ist Google gegründet worden. Das Internet, sage ich mal, ist so um 2000 erst mal so richtig losgegan-





## Nur zur dienstlichen Verwendung

gen, und die ganze Thematik, die wir ja hier aufbereiten neben leitungsvermittelter Kommunikation, nämlich die paketvermittelte Kommunikation, die ging ja erst mal so dann ab 2000 so richtig los - also Internet mit den spezifischen Problemen, die ja auch daraus resultieren. So, und jetzt frage ich Sie mal: Glauben Sie denn auch unter dem Aspekt, dass wir immerhin hier den ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts hatten, Herrn Papier - - Glauben Sie denn tatsächlich, dass das Bundesverfassungsgericht heute, wo wir vor allen Dingen auch darüber reden, dass die ganze Telefonie mittlerweile über das Internet stattfindet - - dass heute das Bundesverfassungsgericht es ähnlich offenlassen würde wie 1999?

**Zeuge A. F.:** In der gleichen Konstellation würde es das auch heute offenlassen, weil das Bundesverfassungsgericht -

**Christian Flisek (SPD):** Satellitenkommunikation.

**Zeuge A. F.:** - im einzelnen Verfahren natürlich nicht über Verfahrensfragen entscheidet, die nicht verfahrensrelevant sind. Ich glaube auch, dass Herr Papier hier deutlich gemacht hat, dass sich seine Sicht der Dinge mit seiner damaligen Sicht deckt, also hier eine Änderung aus meiner Sicht und meiner Wahrnehmung nicht stattgefunden hat, was ja auch stimmt, weil die rechtlichen Vorgaben, die verfassungsgemäßen Vorgaben, richten sich ja nicht an der Technik aus. Also, die rechtliche Systematik, die rechtlichen Rahmenbedingungen, sind gleich geblieben. Und Herr Papier - ich will jetzt nicht über die Einschätzungen - -

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ich frage jetzt noch mal konkret: Glauben Sie, wenn heute über einen Fall, über einen Sachverhalt, der paketvermittelte Kommunikation zum Inhalt hätte, ja - -

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** - - dass das Bundesverfassungsgericht an dieser Rechtsauffassung dann festhalten würde?

**Zeuge A. F.:** Es würde an seiner damaligen Rechtsauffassung, denke ich - - Also das ist Spekulation. Ja? Aber die rechtlichen und verfassungsgemäßen Vorgaben, wie sie auch in dem Urteil damals zum Ausdruck kommen, haben weiterhin Gültigkeit - systematisch und - -

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ich will ja nur sozusagen gucken, inwieweit auch hier aus unserer Sicht - wir haben ja diese Sachverhalte jetzt auch ein Stück weit schon aufbereitet - - Wir haben uns - das haben Sie ja den Medien entnehmen können - auch so weit schon dazu geäußert. Ich meine, das ist halt der Unterschied. Wir sind jetzt hier eben auch nicht nur ein Rechtsseminar, sondern wir sind der Gesetzgeber. Das heißt, wir können die Grundlagen ändern, die dann im Zweifel im Rahmen dessen, was verfassungsgemäß ist, auch ein Bundesverfassungsgericht dann auszulegen, anzuwenden hat, zu kontrollieren hat.

**Zeuge A. F.:** Die Grundlagen wurden ja da auch geändert, -

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, sicher.

**Zeuge A. F.:** - zum Beispiel im G 10 durch die Erstreckung auf - -

**Christian Flisek (SPD):** Es spricht viel dafür, dass es noch mal geändert werden müsste.

Ich will noch mal zu zwei Ansätzen kommen, die - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das müssten wir aber kurz machen, weil die Zeit schon abgelaufen ist.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, dann nehme ich nur einen Ansatz. - Kennen Sie die Theorie des virtuellen Auslands?

**Zeuge A. F.:** Der Begriff ist mir auch im Rahmen des PUAs bekannt geworden. In meiner dienstlichen Tätigkeit ist mir dieser Begriff nicht untergekommen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek** (SPD): Wissen Sie denn, was für ein Gedanke sich dahinter verbirgt?

**Zeuge A. F.:** So, wie ich der Presse entnommen habe, in etwa der Gedanke, dass Grundrechte im Ausland nicht gelten - oder genau die Frage des territorialen Anwendungsbereiches.

**Christian Flisek** (SPD): Na ja, es geht um die Frage, inwieweit deutsches Datenschutzrecht, das BND-Gesetz etwa, anwendbar ist, wenn es sich um eben einen Abgriffspunkt zwar in Deutschland handelt, aber es sich um reine Ausland-Ausland-Kommunikation handelt. Wie würden Sie das denn bewerten? Ist das Inland? Oder ist das Ausland? Also ich nehme mal ganz konkret Frankfurt. Ich greife reinen Transitverkehr auf. Mit welcher Anordnung jetzt auch immer, Legende: Das lasse ich jetzt mal raus. Ich habe eine Anordnung, ich greife dort einen Datenstrom ab, und das ist zum großen Teil Transitverkehr. Bin ich dann im Inland? Oder bin ich im Ausland?

**Zeuge A. F.:** Aus meiner Sicht - aber, wie gesagt, das ist meine persönliche Sicht - im Inland.

**Christian Flisek** (SPD): Mit komplettem Anwendungsbereich des Datenschutzrechts, also mit allen gesetzlichen Grundlagen, die wir in Deutschland haben?

**Zeuge A. F.:** Richtig, ja.

**Christian Flisek** (SPD): Okay, dann mache ich hier erst mal Schluss.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, guten Tag, Herr A. F.! - Ich wollte vorweg mal klären, über welche Zeit wir eigentlich reden. Also, ich habe das jetzt so verstanden, dass Sie eigentlich den Status quo beschreiben mit den Ausführungen, die Sie hier am Anfang gemacht haben heute.

**Zeuge A. F.:** Den Status quo insbesondere in der Zeit seit meinem Dienstantritt 2009 bis zum Ende Ihres Untersuchungszeitraumes, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, Sie können keine Auskunft darüber treffen, warum „Eikonol“ beendet worden ist und ob es da nicht ganz massive Filterprobleme gegeben hat oder so. Dazu können Sie eigentlich gar nichts sagen.

**Zeuge A. F.:** Also, ich kann vom Hörensagen was dazu sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sagen Sie mal!

**Zeuge A. F.:** Und so, wie ich das aufgenommen habe, gab es insbesondere eben in dem damals neuen paketvermittelten Bereich eine sehr rigide Vorgabe oder eine sehr rigide Umsetzung durch den Bundesnachrichtendienst hinsichtlich der Rechtsregime, die dazu führte, dass die erwarteten Ergebnisse oder die erzielten Ergebnisse hinter den Erwartungen zurückblieben und aus diesem Grund diese Maßnahme eingestellt wurde.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Hören und Sagen innerhalb des BND?

**Zeuge A. F.:** Das ist Hören und Sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich sage Ihnen, wir haben massenhaft hier Aussagen - haben wir auch vorhin drüber geredet -, dass es einfach massive Probleme beim Filtern gegeben hat. Darüber wird aber im BND nicht mehr geredet heute? - Offenbar nicht.

Ich wollte mal fragen, bevor ich zu der Fragestellung komme, wie das nun ist mit Grundrechtsschutz von Ausländern generell: Wie sehen Sie eigentlich Ihre These, Österreich ist gleich Afghanistan - so habe ich das eben verstanden bei Flisek: Österreich ist wie Afghanistan -, unter so europarechtlichen Gesichtspunkten, europäische Verträge und so. Glauben Sie, Sie können mit den Daten von Österreichern oder Schweizern



## Nur zur dienstlichen Verwendung

oder Franzosen so verfahren, wie das der BND tut?

**Zeuge A. F.:** Also, Ihr Verständnis, dass Österreich gleich Afghanistan ist, das ist Ihr Verständnis.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, dann - - Wie haben Sie es denn gemeint?

**Zeuge A. F.:** Ich würde sagen, Österreich ist genauso Ausland aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland wie Afghanistan.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie Afghanistan. Da spielt es keine Rolle, dass das ein europäischer Partner ist?

**Zeuge A. F.:** Natürlich spielt das eine Rolle.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja wie denn?

**Zeuge A. F.:** Es spielt insofern eine Rolle, dass zum Beispiel - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja?

**Zeuge A. F.:** Ich muss gerade überlegen, inwieweit ich ins Detail gehen kann. Wie gesagt: Die Fernmeldeaufklärungen unterliegen ja gerade nachrichtendienstlich spezifischen Übertragungswegen, wo auch nachrichtendienstlich spezifisches Material - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber nicht bei der Paketvermittlung. Herr A. F., da brauchen Sie uns - - Wir haben dazu ganz viel gelesen und viele Stunden verbracht und Akten gelesen. Das ist ja genau die Geschichte bei der Paketvermittlung; es ist die Hölle. Auf den Leitungen sind eben alle möglichen Verkehre drauf. - Sie brauchen eine Auszeit?

(RA Johannes Eisenberg:  
Nein, aber er würde gerne  
zu Ende sprechen! Er

wollte gerade etwas sagen,  
aber Sie schneiden ihm  
einfach das Wort ab!)

- Ja, aber er erzählt nebensächliche Dinge. - Also, ich frage meine Frage so, dass Herr Eisenberg sie auch versteht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also das kann man ja nicht wissen, bevor er zu Ende geredet hat.

(RA Johannes Eisenberg:  
Sie müssen ihn da einfach  
ausreden lassen!)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stelle meine Frage noch mal, Herr Eisenberg, damit auch Sie mitkriegen, worum es geht: Also, wir reden ja über die Jetztzeit. Paketvermittlung ist der Weg, wie Daten transportiert werden. Auf einer Leitung sind alle möglichen Verkehre. Es gibt keine Transitleitungen mehr. Jetzt erklären Sie mir, wie Sie die Daten von Österreichern anders behandeln als die von Afghanen, damit ich es verstehe.

**Zeuge A. F.:** Solange sie als Verkehre von Österreichern oder Afghanen oder was auch immer identifiziert werden, werden sie entsprechend behandelt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sollen die identifiziert werden?

**Zeuge A. F.:** Da gibt es verschiedene - - Aber ein Beispiel wäre die Top-Level-Domain.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch gerade erklärt, dass es unmöglich wäre, praktisch auch österreichische Telefonnummern, Rufnummern, IP-Adressen zuzusortieren. Also wie machen Sie das in der Praxis beim BND?

**Zeuge A. F.:** Ich habe - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie machen Sie das in der Praxis beim BND? Wie behandeln Sie afghanische Menschen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

anders als österreichische? Oder behandeln Sie sie gleich?

**Zeuge A. F.:** Also, wir behandeln - - Wie auch in § 5 II vorgegeben, unterscheiden wir zwischen reinen Auslandssachverhalten und Sachverhalten mit Deutschen, richtig. Insofern zählt der Österreicher als Ausländer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie der Afghane?

**Zeuge A. F.:** Von der rechtlichen Instanz her. Er würde im weiteren Verlauf aufgrund der fehlenden nachrichtendienstlichen Relevanz ausgesondert werden - automatisiert.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber bis dahin wird er wie der Afghane behandelt?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sagen wir mal, wie der Spanier.

**Zeuge A. F.:** Da ich jetzt halt auch kein Europa-rechtsexperte bin und man fragen müsste, inwiefern zum Beispiel in diesen Bereichen auch im nachrichtendienstlichen Bereich noch Bereichsausnahmen existieren, kann ich es Ihnen nicht sagen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nur, wissen Sie, wir regen uns immer so auf darüber, was die Engländer machen, und die Deutschen machen genau das Gleiche.

**Zeuge A. F.:** Nein, die machen es eben nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau das Gleiche!

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist der Unterschied?

**Zeuge A. F.:** Wo ist der Unterschied? - Soweit ich das verstehe, sind die Philosophie und die Technik dort, den Heuhaufen zu kriegen, um dann die Nadeln rauszufinden. Nach dem, was ich Ihnen

geschildert habe, brauchen wir den Heuhaufen nicht, wollen wir nicht haben.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wegen der Selektoren?

**Zeuge A. F.:** Rechtlich nicht, von der Methodik her nicht, vom Personal und finanziellen Ressourceneinsatz nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie Christina Polzin, Herr A. F.?

**Zeuge A. F.:** Der Name ist mir bekannt, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, wer das ist?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist im Hinblick auf die Rechtsaufsicht über Ihr Haus sozusagen die Zuständige. Ist das richtig? - Wissen Sie, was die zu Ihrer Auffassung, die Sie hier lang und breit über Stunden vorgetragen haben, sagt? Ich zitiere mal aus einer Akte: MAT A BK-1/6b, Blatt 73. Ich hoffe, das reicht. Da wird gesagt:

Die in Ziff. 2 geäußerte Ansicht, dass es sich bei den erfassten Metadaten (Verbindungsdaten, insb. auch Rufnummern, Mailadressen etc.) nicht um personenbezogene Daten handle, ist rechtlich nicht vertretbar.

**Zeuge A. F.:** Da müssen Sie Frau Polzin fragen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das werden wir auf jeden Fall tun. Aber ist das nicht Ihre Fachaufsicht, die Ihnen das aufgeschrieben hat im Jahr 2013?

**Zeuge A. F.:** Also mir wurde das nicht aufgeschrieben, nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das auch noch nicht gehört, dass das Bundeskanzleramt das so sieht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tatsächlich?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Es meldet sich Herr Wolff.

**RD Philipp Wolff** (BK): Also wenn man es vorhält, sollte man auch klarstellen, dass das eine - das geht auch aus der Akte hervor - interne Auseinandersetzung im Bundeskanzleramt gegeben hat. Insofern muss ich da den Zeugen auch durchaus in Schutz nehmen. Wenn ihm das nicht kommuniziert wurde, kann ihm das auch nicht vorgeworfen werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh.

**RD Philipp Wolff** (BK): Dann muss man, glaube ich, Zeugen aus dem Bundeskanzleramt hören. Wenn Sie die Akte weiterlesen würden - wir hatten, glaube ich, die Stelle schon mal - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten wir schon mal.

**RD Philipp Wolff** (BK): Genau. Da hatte ich damals auch darauf hingewiesen, dass - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist intern im Bundeskanzleramt geblieben?

**RD Philipp Wolff** (BK): Das ist die Frage, ob das intern geblieben ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das frage ich.

**RD Philipp Wolff** (BK): Da kann man Zeugen dann dazu befragen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich befrage gerade einen Zeugen, ob er das zur Kenntnis bekommen hat.

(RA Johannes Eisenberg: Da hat er gesagt: Nein!)

**RD Philipp Wolff** (BK): Er hat es gesagt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber warum rede ich jetzt mit Ihnen, Herr Wolff?

**RD Philipp Wolff** (BK): Es entsteht der Eindruck durch die Befragung, dass das die Meinung des Bundeskanzleramtes ist und dass möglicherweise der Zeuge die Unwahrheit sagt, wenn er behauptet, dass es im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht nicht zur Kenntnis gelangt ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, da haben Sie mich völlig falsch verstanden. So was würde ich niemals tun.

**RD Philipp Wolff** (BK): Gut, dann bin ich zufrieden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe gefragt, ob ihm diese Auffassung der sozusagen im Bundeskanzleramt - von Ihnen die Kollegin, die damit befasst ist - - geäußerte Ansicht, die sie übrigens auch in einer Mail noch mal klipp und klar dem Präsidenten BND und AL 6 per Mail gesagt hat - - dass die den BND nicht erreicht hat. Das sagt ja auch viel über das Bundeskanzleramt aus, wenn Sie jetzt sagen, er kann das gar nicht wissen, weil Sie sozusagen das nicht weiterkommuniziert - -

**RD Philipp Wolff** (BK): Das habe ich nicht gesagt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

**RD Philipp Wolff** (BK): Ich habe nur gesagt, dass es keine - - In dem Sinne - - Es erschien als Art statische Meinung, die so fixiert ist. Das geht aus der Akte hervor, dass es nicht unbedingt so ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, ob ihm diese Auffassung von - ich habe sogar den Namen der Dame genannt - - bekannt ist.

**RD Philipp Wolff** (BK): Dann sind wir völlig überein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wunderbar. - Ich hoffe, das geht nicht zu lasten meiner Zeit. Ich habe nämlich noch interessante Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die Uhr wird aber jetzt wieder angestellt.

**Zeuge A. F.:** Herr Notz, vielleicht noch eine Anmerkung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt ist das Mikrofon aus; das war ich. Sie müssen einmal wieder draufdrücken. - Jetzt sind alle anderen Mikros aus, und Sie haben das Wort.

**Zeuge A. F.:** Also, wenn das Bundeskanzleramt der Meinung war, dass der unterstellte Bereich irgendwas falsch, nicht richtig oder irgendwas zu Gehör ist, dann habe ich zumindest immer den Eindruck gehabt, dass das Kanzleramt auch die Möglichkeiten hatte, seine Position zu verdeutlichen. Sprich: Dieses Zitat, was Sie eben vorgehalten haben, ist mir in dieser Form nicht zu Gehör gebracht worden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In einer anderen Form?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben das noch nie gehört?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Der Begriff der Routineverkehre

sagt Ihnen was. Ist das ein rechtlicher Begriff Ihrer Meinung nach?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie würden Sie diese Verkehre bezeichnen?

**Zeuge A. F.:** Verkehre, die auf Grundlage des Bundesnachrichtendienstgesetzes gewonnen wurden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie gewinnt der Bundesnachrichtendienst die denn in der Praxis? Also was ist eigentlich die Rechtsgrundlage für die Gewinnung dieser Daten?

**Zeuge A. F.:** Das Bundesnachrichtendienstgesetz.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Bundesnachrichtendienstgesetz. Hat mit G 10 eigentlich nichts zu tun, nicht?

**Zeuge A. F.:** Es ist ja auch kein G 10 drinnen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, genau. Was würden Sie denn sagen, wenn man G-10-Genehmigungen organisiert, um dann genau diese Daten zu gewinnen? Das wäre massiv rechtsirrig, oder?

**Zeuge A. F.:** Weiß ich nicht; man muss ja unterscheiden. Ich brauche immer eine Ermächtigungsgrundlage für die Erhebung und Verarbeitung eines Verkehrs, und ich erhebe und verarbeite einen von Ihnen so bezeichneten Routineverkehr auf der Grundlage des Bundesnachrichtendienstgesetzes und einen G-10-Verkehr auf der Grundlage des G 10. Da gibt es für mich keinerlei Graubereiche oder rechtliche Fragen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie jetzt auf die Glasfaser in Frankfurt gehen als BND, da schieben Sie Ihre Erfassungsköpfe dran, und da wollen Sie jetzt - wie haben Sie gesagt - diese Restverkehre - - Wie heißen die Routineverkehre?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Verkehre, die auf Grundlage des Bundesnachrichtendienstgesetzes gewonnen werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, gut. Also diese Verkehre - BND-Verkehre nenne ich die jetzt mal, ja -, die BND-Verkehre, die wollen Sie erfassen. Warum holt man sich eine G-10-Genehmigung für so was?

**Zeuge A. F.:** Weil ich auch G-10-Verkehre erfassen will.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die wollen Sie ja nicht auf der Strecke erfassen.

**Zeuge A. F.:** Gegebenenfalls ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist dann Zufall? Man geht auf eine bestimmte Strecke, und man sagt: Hier will ich G-10-Verkehre erfassen, ach, und die BND-Verkehre, die mich auch so interessieren von den ungeschützten Ausländern, die will ich zufällig auch auf dieser Strecke erfassen? Das ist die Praxis?

**Zeuge A. F.:** Sie wissen ja vor Erfassung nicht, was Sie erfassen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, das ist ein interessanter Punkt. Und was erzählen Sie denn dann der G-10-Kommission, wenn Sie eine G-10-Genehmigung haben wollen? Wie argumentieren Sie denn die Strecke?

**Zeuge A. F.:** Wie ich auch schon erwähnt habe: Es werden nachrichtendienstliche Strecken aufgrund zum Beispiel öffentlich vorhandener Informationen oder aber aufgrund Auskunfts-

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, Sie haben ja gesagt, man weiß nicht, was auf der Strecke ist.

**Zeuge A. F.:** Sie müssen zwischen Übertragungsweg und Verkehr unterscheiden. Den Übertragungsweg kann ich eingrenzen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben jetzt gesagt, man will auf eine bestimmte Strecke.

**Zeuge A. F.:** Übertragungsweg, jawohl.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf einen bestimmten Übertragungsweg. Und da wissen Sie, was drauf ist?

**Zeuge A. F.:** Da weiß ich, was drauf ist, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. So, dann erklären Sie es mir jetzt noch mal: Wie kommt es zu dieser Doppelung der G-10-Verkehre, für die Sie eine G-10-Genehmigung wollen, und dass Sie dann auch noch die BND-Verkehre abgreifen? Wie kommt das dazu? Eines von beiden erfassen Sie willkürlich; das ist einfach logisch. Jetzt müssen Sie mir nur sagen, was Sie von beiden willkürlich erfassen.

**Zeuge A. F.:** Ich erfasse beide, weil ich ja eine hundertprozentige Überwachungskopie bekomme.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine was?

**Zeuge A. F.:** Eine Überwachungskopie.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine hundertprozentige Überwachungskopie?

**Zeuge A. F.:** Jawohl.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist das?

**Zeuge A. F.:** Das ist eine Kopie aller Verkehre, die auf dem angeordneten Übertragungsweg übertragen werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sind da auch innerdeutsche Verkehre drauf?

**Zeuge A. F.:** Da können auch innerdeutsche Verkehre drinnen sein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dürfen Sie die denn erfassen?

**Zeuge A. F.:** Nein. Und die werden aussortiert.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Wie geht das denn?

**Zeuge A. F.:** Ja, auch durch entsprechende Filterkaskaden. Wobei natürlich - - Also, es ist nicht ausgeschlossen, dass innerdeutsche Verkehre vor dem Hintergrund - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na klar.

**Zeuge A. F.:** Wobei natürlich die Auswahl der Übertragungswege in einer derart spezifischen Weise erfolgt, dass die Wahrscheinlichkeit des Vorhandenseins derartiger Verkehre gering ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das Gefühl, dass ich hier zeitlich für diese Runde gleich zu Ende komme. Deswegen die letzte Frage: Fühlen Sie sich wohl mit diesem rechtlichen Rahmen, in dem Sie sich bewegen seit jetzt fünf Jahren?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie schon mal gehört, dass Leute, die diesen Fall betrachtet haben, vor ein paar Jahren diese Probleme mit der Paketvermittlung, gesagt haben: „Eigentlich brauchen wir eine Gesetzesänderung“?

**Zeuge A. F.:** Also, wie gesagt: Was vor sechs Jahren ist, ist - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ist noch länger her sogar. Das war ganz weit vor Ihrer Zeit. Aber da haben Leute, die da draufgeguckt haben, verständig, die haben gesagt: Das Gesetz, das passt nicht. - Aber Sie fühlen sich wohl?

**Zeuge A. F.:** Also, die Schlussfolgerung, das Gesetz passt nicht, ist mir auch in dieser Form nicht bekannt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber Sie fühlen sich juristisch - - Das scheint Ihnen alles adäquat und richtig?

**Zeuge A. F.:** Es scheint adäquat und in fünf Jahren meiner Tätigkeit, insbesondere auch bei vollem Zugriff auf alle Erfassungsergebnisse der Abteilung Technische Aufklärung, auch belastbar.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Zeuge, ich komme noch mal zurück auf zum einen die konkreten Aufgaben von Ihnen, aber auch Ihrer Abteilung. Eine kurze Nachfrage: Ihr Vorgesetzter im BND bzw. der, dem Sie berichten müssen, wer wäre das?

**Zeuge A. F.:** Das wäre in meiner Eigenschaft als Referatsleiter der Abteilungsleiter und in meiner Eigenschaft als G-10-Beauftragter der Präsident.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Im Internet, in der Selbstdarstellung des BND kann man lesen:

Die gesamte technische Aufklärung erfolgt in einem aufwändigen Verfahren unter ständiger juristischer Kontrolle.

So steht es dort. Können Sie das konkretisieren? Ist Ihr Referat auch für diese ständige juristische Kontrolle der Routineaufklärung zuständig?

**Zeuge A. F.:** Ja, wobei die Zuständigkeit des Referats in der Beratung, in der Ausgestaltung und in der Prüfung ist.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Wie kann man sich diese ständige Kontrolle dann in der Praxis vorstellen?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Zum Beispiel, indem man sich die Erfassungsergebnisse anguckt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wie häufig passiert so was? Gucken Sie sich alle Erfassungsergebnisse an?

**Zeuge A. F.:** Im G-10-Bereich, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Führen Sie auch Schulungen durch?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Dann käme ich jetzt, anknüpfend an das, was der Kollege von Notz auch schon angesprochen hatte mit Ihnen - - Die Diskussion über die Rechtsgrundlagen für das Handeln des BND bei der Routineerfassung. Unsere Beweisaufnahme hat ergeben, dass es da ja durchaus eine Diskussion gab zwischen BND und Kanzleramt, die Ihnen ja auch bekannt sein dürfte. Und der Hintergrund dieser doch intensiven Diskussion waren mehrere Anfragen des Bundesbeauftragten für Datenschutz. Und laut der Akten waren Sie als kommissarischer Leiter ja des Referats vorübergehend in die Beantwortung dieser Anfragen des BfDI eingebunden. Das ist zutreffend?

**Zeuge A. F.:** Soweit zuständig. Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Genau. Haben Sie sich schon vorher mit diesen Rechtsfragen befasst oder erst anlässlich dieser Anfrage?

**Zeuge A. F.:** Im Einzelfall auch vorher. Natürlich erst verstärkt im Maße mit der öffentlichen Wahrnehmung.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie was dazu sagen, wie die Rechtsauffassung innerhalb des BND und innerhalb Ihres Referats, insbesondere vor den sogenannten Snowden-Enthüllungen und den BfDI-Anfragen war? Gab es da auch schon unterschiedliche Auffassungen? Oder hat man jetzt erst im Zuge dieser Enthüllungen und dieser Anfragen des BfDI gemerkt, dass es da unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt?

**Zeuge A. F.:** Also, es gibt permanent, wenn man es so formulieren will, zwei Juristen, drei Meinungen. Also, die Prüfungen wurden immer pluralistisch und auch kritisch durchgeführt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber Sie würden nicht sagen, dass es anhand der Vorkommnisse der Enthüllungen der Anfragen jetzt einen Umschwung - -

**Zeuge A. F.:** Nein. Einen Umschwung nicht. Vor allen Dingen, wie auch mehrfach schon darauf hingewiesen, dass ja alle diese Fragen über weite Strecken ja auch öffentlich oder bekannt sind. Die Rechtsauffassungen zur territorialen Geltung wurden von der Bundesregierung schon im Urteil 1999<sup>7</sup> vertreten und sind dort in den Urteilsgründen niedergelegt, wurden im Nachgang ja auch in der juristischen Literatur aufgenommen und verwertet. Also, insofern sind das alles keine Fragen, die durch Snowden aufgekommen sind.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Um es noch mal zusammenzufassen und damit ich es auch richtig einschätze, der Kern der Diskussion: Die Hausleitung BND hat die Ansicht vertreten, dass die gesetzliche Ermächtigung zur Datengewinnung aus der Routineaufklärung § 1 Absatz 2 BND-Gesetz war. Und die weiteren Vorschriften des BND-Gesetzes und des Bundesverfassungsschutzgesetzes finden dann keine Anwendung auf die Erfassung und Übermittlung von Ausland-Ausland-Verkehren in Bad Aibling. Ist das richtig zusammengefasst, was die Rechtsauffassung der BND-Hausleitung angeht?

**Zeuge A. F.:** Für die Rechtsauffassung der BND-Hausleitung, möchte ich vorschlagen, müssen Sie die BND-Hausleitung fragen.

Ich würde zustimmen mit den Konkretisierungen, dass natürlich die Frage der anwendbaren Rechtsgrundlage für die Erhebung abhängig jeweils ist vom konkreten Umstand im Einzelfall. Also, hier war ja der Ausgangspunkt die Satellitenerfassung. Dies als erste Konkretisierung aus meiner Sicht. Ich bin nicht die Hausleitung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und der zweite Punkt, dass diese Fragen natürlich betreffen die Rechtsgrundlage für die Erhebung von Auslandssachverhalten. Diese geschilderten Rechtsfragen haben keine Auswirkungen auf den Schutz von Grundrechtsträgern nach G 10, keine Auswirkungen auf das Fernmeldegeheimnis für deutsche Staatsangehörige oder im territorialen Geltungsbereich.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut. Das habe ich dann so verstanden.

Wir haben als Ausschuss am 27. November letzten Jahres den Zeugen Dr. Burbaum gehört. Der war von Ende 2002 bis Anfang 2005 für Rechtsangelegenheiten nach dem G-10-Gesetz in der Abteilung 2 zuständig. Und er hat die Auffassung vertreten, dass § 2 Absatz 1 BND-Gesetz die Rechtsgrundlage für die Routineerfassung sei. Und die Auffassung wird auch in Schulungsunterlagen des BND vertreten.

Es gab da zum Beispiel eine Unterlage Ihrer ehemaligen Vorgesetzten, einer Frau Dr. R, aus dem Oktober 2011, die die Aussage enthält, dass Rechtsgrundlage für einen Eingriff des BND in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung eben § 2 BND-Gesetz sei.

Muss ich jetzt davon ausgehen, dass es einen Sinneswandel gegeben hat, wenn der Dr. Burbaum da eine andere Auffassung hatte? Im Jahr 2013.

**Zeuge A. F.:** Das sind jetzt alles Fragen, die sich meiner Wahrnehmung entziehen. Also, was Herr Dr. Burbaum oder meine Vorgänger gemacht haben, kann ich Ihnen jetzt leider nicht beantworten.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Dann vielleicht zu was Aktuellem. Am 5. August 2013 verschickte ein Mitarbeiter oder auch eine Mitarbeiterin des Referats TAG - Kürzel ist J. S. - per E-Mail ein Dokument an den Leitungsstab des BND-Präsidenten. Es war eine Anlage beigefügt, die - -

... ein erster kurzer Überblick, insofern TAG sich hinsichtlich unten stehender Anfrage bereits im

Ansatz mit der Thematik der Routineerfassung beschäftigt hat.

Das Dokument hat den Titel: Routineerfassung in Bad Aibling. Es hat kein Datum. Wir würden Ihnen das gleich vorlegen. Dann würde mich interessieren, ob Sie das Dokument kennen, da es ja aus dem Referat TAG stammt.

(Zuruf der Abg. Martina Renner (DIE LINKE))

- MAT A BND-1/6 a, Blatt 131.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge A. F.:** Wie ist die Frage bitte noch mal?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Zunächst, ob Sie das Dokument kennen.

**Zeuge A. F.:** Also, da es - - Ich hätte es jetzt nicht erinnert. Es ging an TAG-REFL. Also ist von Kenntnis auszugehen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wissen Sie, ungefähr wann das erstellt wurde?

**Zeuge A. F.:** Das Datum steht ja drauf.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Die Anlage. Die Anlage auch?

**Zeuge A. F.:** Also, ein Datum - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie einen konkreten Anlass erinnern für das Referat TAG, sich dann bereits zu diesem Zeitpunkt - - Ich weiß nicht. Sie gehen jetzt davon aus, dass es von demselben Datum stammt, das in der E-Mail steht.

**Zeuge A. F.:** Ja. Oder zumindest zeitlich naheliegend, im Zusammenhang stehend.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und warum hat man sich dann konkret zu diesem Zeitpunkt mit der Thematik „Routineerfassung in Bad Aibling und Weitergabe von Rohdaten an die NSA“ befasst?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Es geht ja hier nicht um die Grundlage der Erfassung, sondern um die Grundlage der Weitergabe, so wie ich es jetzt im kurzen Überfliegen feststellen kann.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Na ja, warum er sich mit der Thematik befasst hat, mit der Thematik der Weitergabe. Nicht erfasst, befasst.

**Zeuge A. F.:** Also, müsste man auch den Anfragenden fragen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Die Diskussion ging an Ihnen vorbei. Oder die Befassung mit dem Thema der Weitergabe ging - -

**Zeuge A. F.:** Die Befassung oder die Thematik kam damals natürlich hoch und dauert ja bis jetzt an. Insofern ging sie nicht an mir vorbei.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber es war ja dann schon zu einem Zeitpunkt, August 2013 - - Gab es da einen Anlass, warum man da diesen auch kurzen Überblick dann schon übermittelt hat?

**Zeuge A. F.:** Ich kann nur spekulieren.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Oder was ging denn der Mail und der Erstellung dieses Berichts oder Dokuments voraus? Gibt es da irgendwas Konkretes?

**Zeuge A. F.:** Also, ich kann mich - - Also, was Konkretes ist mir nicht erinnerlich. Das ist so die typische Fallgestaltung von Presseanfragen oder dergleichen. Aber wie gesagt: Spekulation.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Auf Seite 2 dieses Dokuments finden sich dann Argumente, warum die Routineerfassung in Bad Aibling auf § 1 Absatz 2 Satz 1 BND-Gesetz zu stützen sein könnte. Ich zitiere:

Es könnte argumentiert werden, dass die Erfassung nicht erst am Boden bzw. in deutschem Staatsgebiet erfolge, sondern bereits am Satelliten selbst.

Darunter steht dann ein Klammerzusatz:

(wohl schwer vertretbar)

Wir als Ausschuss haben diese Ansicht in der bisherigen Beweisaufnahme als sogenannte Weltraumtheorie kennengelernt. Mich erstaunt jetzt, dass in dem Vermerk die Weltraumtheorie noch wohl als schwer vertretbar bezeichnet wird. War das eine Einzelmeinung in Ihrem Referat? Waren Sie auch dieser Meinung?

**Zeuge A. F.:** Also, wie gesagt: Es gab durchaus pluralistische Meinungsbildungsprozesse. Die wurden ja auch von der behördlichen Datenschutzbeauftragten hier vorgestellt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Was hat dann dazu geführt, dass das Referat seine Ansicht dann offensichtlich revidiert hat von „schwer vertretbar“ in „vertretbar“?

**Zeuge A. F.:** Also, ein Beispiel wäre, dass diese Meinung seit 1999, wie es ja auch im Urteil des Bundesverfassungsgerichts von der Bundesregierung vorgetragen wurde - - dann es nicht zum Beispiel dem einzelnen Referenten obliegt, die Meinung der Bundesregierung zu ändern, egal welchen rechtlichen Standpunkt er dazu einnimmt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Ich bleibe mal weiter im August 2013. Wir würden Ihnen gleich auch noch mal ein Dokument vorlegen. Am 4. August 2013 kam nämlich eine E-Mail aus dem Leitungsstab des BND-Präsidenten mit dem Betreff: „EILT SEHR! Bitte um Erstellung eines Kurzgutachtens zu einer Frage der Datenweiterleitung“.

Die E-Mail gibt auch schon eine Argumentationslinie vor, nämlich § 9 BND-Gesetz sei für die Datenübermittlung nicht anwendbar; denn nach § 1 Absatz 1 Satz 2 BND-Gesetz gelte § 9 nicht für Datenerhebungen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes.

Also wieder Weltraumtheorie. Also, ich kann das Argument schon nachvollziehen. Die Daten würden an ausländischen Satelliten oder in Afghanistan vor Ort erfasst. Aber offenbar will man doch § 1 Absatz 2 BND-Gesetz nicht nur als



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rechtsgrundlage für die Erfassung der Daten ansehen, sondern auch für die Übermittlung der Daten. Dies soll dann auch allein auf § 1 Absatz 2 Satz 1 BND-Gesetz gestützt werden, weil 2 folgende nicht anwendbar sein sollen.

Habe ich das richtig verstanden? Also, dass man sowohl Erfassung als auch Übermittlung nur auf § 1 Absatz 2 stützt.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

**Zeuge A. F.:** Das ist ja jetzt der gleiche Vorgang wie der erste.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Genau. Das wäre dann Blatt 124.

**Zeuge A. F.:** Genau. Aber Blatt 120 ist ja identisch. Den ersten Vorgang, den ich von Ihnen erhalten habe.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ich meine, also, ab weiter unten:

Sehr geehrte Damen und Herren,  
in Absprache ... bitte ich um  
kurze Erstellung ...

Usw.

**Zeuge A. F.:** Genau. Das entspricht - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Mir geht es jetzt um die Frage: Habe ich das richtig verstanden, dass dahin gehend argumentiert werden sollte, man zu dem Ergebnis kommen sollte, dass eben Erfassung und Übermittlung der Daten allein auf den 1 Absatz 2 Satz 1 BND-Gesetz gestützt werden sollte?

**Zeuge A. F.:** So wie ich das hier vom Überfliegen rezipieren kann, ja, haben Sie das richtig - - oder ist das der Inhalt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und hat sich die Argumentationslinie dann durchgesetzt bei Ihnen im Referat, im Haus?

**Zeuge A. F.:** Im Haus hat sie sich durchgesetzt, ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Im Referat nicht.

**Zeuge A. F.:** Dadurch auch im Referat.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Dann würde ich jetzt an der Stelle mal an den Kollegen abgeben. - Vielen Dank.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ich würde sagen: Die Widersprüche, die Sie da mit dem Kanzleramt - - die da gekommen sind, die werden sicherlich noch in der nächsten Runde einfach befragt werden. Ich will noch mal kurz übergehen.

Sie haben am Anfang ganz allgemeine Ausführungen gemacht. Das war sehr spannend. Ein Thema haben Sie ein bisschen ausgelassen. Das ist ein Thema, mit dem haben wir uns hier auch schon mehrmals beschäftigt. Das ist die Funktionsträgertheorie. Könnten Sie uns die noch einmal kurz erläutern, aus Ihrer juristischen Expertise heraus, worum es sich hierbei handelt?

**Zeuge A. F.:** Also, die Funktionsträgertheorie ist ein Mittel der Zurechnung von Handeln. Juristische Personen können ja nicht handeln. Ich brauche immer einen Menschen, der handelt, beispielsweise eine GmbH oder welche Rechtsform auch immer. Eine juristische Person kann immer nur durch Menschen handeln.

Dann geht es im Rechtssinne um die Frage: Ist dieses Handeln der Person, der natürlichen Person, oder der juristischen Person zuzuordnen? Das heißt, es geht um die Frage: Wer kommuniziert? Kommuniziert die natürliche Person, oder ist es Kommunikation der juristischen Person?

Insofern auch eine Rechtskonstruktion, die verbreitet ist und nicht nur im Rahmen der Fernmeldeaufklärung Anwendung findet.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also keine BND-Erfindung, sondern eine ganz normale Zurechnungsregel, die wir dann aus der Jurisprudenz kennen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Eine Zurechnungsregel, die daraus folgt, dass natürliche Personen eben nicht handeln können, sondern das Handeln immer durch den Menschen vermittelt wird.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** So ist es. So habe ich das auch richtig verstanden. Eine Zurechnungsregel, die notwendig ist, weil die juristischen Personen nun einmal nicht mit sich selbst, sondern nur durch natürliche Personen, also ihre Mitarbeiter oder auch Mitglieder kommunizieren können.

Nun liegt dem Ausschuss das G-10-Handbuch des BND vor, wo auch diese Funktionsträgertheorie noch einmal ein ganzes Stück erläutert wird. Zu welchem Zweck wurde denn dieses G-10-Handbuch beim BND erstellt?

**Zeuge A. F.:** Zu Schulungszwecken bzw. zu Beratungszwecken, um den Mitarbeitern, die mit der Fernmeldeaufklärung betraut sind, eben Handreichungen an die Hand zu geben.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. Und der Inhalt dieses Buches? Das obliegt Ihnen dann als G-10-Bbeauftragter ein ganzes Stück?

**Zeuge A. F.:** Genau.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Genau. Und verantwortet - -

**Zeuge A. F.:** Es wird vom Referat verantwortet.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Vom Referat verantwortet und gemacht. Okay.

Diese Funktionsträgertheorie oder dieses Buch, das G-10-Handbuch, enthält ja nun auch eine Reihe plastischer Beispiele zu verschiedenen Konstellationen. Danach wirkt also diese Funktionsträgertheorie gewissermaßen in zwei Richtungen. Sie stellt einerseits sicher, dass der Schutz aus Artikel 10 Grundgesetz nicht leerläuft, bloß weil ein deutsches Unternehmen im Ausland durch einen ausländischen Mitarbeiter kommuniziert. Zum anderen sichert diese Zurechnungsregel, dass die Kommunikation einer

ausländischen juristischen Person auch dann betrachtet wird, wenn ein deutscher Mitarbeiter für sie tätig ist.

Habe ich nach Ihrer Einschätzung diesen Grundgedanken richtig zusammengefasst?

**Zeuge A. F.:** Richtig. Es geht darum, die Frage einzuordnen: Ist es Kommunikation einer juristischen Person? Oder ist es die Kommunikation eines Menschen?

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. Und diese Funktionsträgertheorie ist letztlich notwendig, damit der BND auch ein ganzes Stück effektive Auslandsaufklärung wahrnehmen kann.

**Zeuge A. F.:** Sie ist insbesondere auch deswegen notwendig, um den in Artikel 19 III beinhalteten Willen des Verfassungsgesetzgebers zum Ausdruck zu bringen, das umzusetzen. Der Wille ist ja dort zum Ausdruck gebracht wortwörtlich, dass ausländische juristische Personen keinen Grundrechtsschutz genießen.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Mit Blick auf Artikel 19 III Grundgesetz.

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Was wir vorhin hatten. Genau.

Und jetzt noch mal blickend da auf G 10. Im Rahmen der automatisierten G-10-Erkennung kommt eine sogenannte G-10-Negativliste zum Tragen. Ich beziehe mich dazu auf ein Informationspapier Ihres Referates aus dem Juli 2010 mit dem Titel: „News 2/2010 G10-Erkennung in der Praxis“

Dort heißt es, die G-10-Negativliste enthalte - ich zitiere -

... Anschluss- und Geräteerkennungen, die im Rahmen der automatisierten G10-Erkennung anhand ihrer Kennung als einer grundrechtlich geschützten Person zugeordnet erkannt werden würden, deren Anschlussinhaber oder



## Nur zur dienstlichen Verwendung

regelmäßiger Nutzer tatsächlich aber keine grundrechtlich geschützten Personen sind (z. B. deutsche Mobiltelefonnummer eines ausländischen Staatsangehörigen im Ausland, deutsche Festnetznummer einer ausländischen Firma mit einem Firmenvertreter in Deutschland).\*

Meine Frage dazu: Wird eine G-10-Negativliste bei der Filterung von Daten eingesetzt, die aus der Routineerfassung des BND stammen?

**Zeuge A. F.:** Also, der erste Teil der Frage ist zu bejahen. Es wird diese Liste bei der Filterung eingesetzt. Ja. Das ist das, was ich in meinem Eingangsstatement mit „Black- und Whitelist“ bezeichnet habe.

Den zweiten Teil der Frage habe ich nicht ganz verstanden und bitte um Wiederholung.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Da war die Frage, ob diese Filterung, diese Liste, letztlich auch eingesetzt wird für Daten, die aus der Routineerfassung stammen.

**Zeuge A. F.:** Ja. Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Gut. Dann haben Sie uns das noch mal erklärt. Wir hatten auch andere Aussagen. Es gibt auch andere Rechtsauffassungen oder andere Auffassungen von der Funktionsträgertheorie. Von daher war das einfach noch mal wichtig, Ihre Expertise hier zu hören und zu Protokoll zu geben. - Vielen Dank.

Lieber Herr Vorsitzender, wir sind dann soweit durch.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielen Dank.

**Zeuge A. F.:** Vielleicht noch ein kleiner Nachtrag. Auch die Funktionsträgertheorie findet Anklang in der Rechtsprechung. Wenn man sich das

schon mehrfach zitierte Urteil des Verfassungsgerichtes aus 1999<sup>7</sup> anschaut, dann wurde einem Kläger dort die Klagebefugnis verwehrt mit der Begründung, er kommuniziere für jemand anderen. Also genau die Konstruktion, die Sie hier gefragt haben.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, Sie sagen es ja: Es wird durch Kommentarliteratur gestützt, zum Grundgesetz. Es ist allgemein anerkannt. - Aber dennoch gibt es auch hier in der Runde eben Auffassungen, das wäre eine Erfindung des BND und das wäre alles nicht richtig. Von daher war das mal gut, von Ihnen noch mal so fundiert hier zu hören. - Vielen Dank.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das war gut zusammengefasst!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Jetzt ist aber nicht der Kollege Hahn dran, sondern die Frau Kollegin Renner; denn die Fraktion Die Linke hat die nächsten Fragen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. - Ich will an zwei Aussagen anknüpfen, die Sie vorhin getätigt haben. Sie haben darauf Wert gelegt, zu sagen, dass es eine andere Arbeitsweise gibt beim BND als umgekehrt zum Beispiel beim GCHQ in der Behandlung deutscher Staatsbürger, weil man dort Heuhaufen anlegt und die auf Dauer speichert und dann irgendwann mal guckt, ob man auch Nadeln suchen möchte, und dass das nicht die Arbeitsweise des BND sei.

Ich möchte Ihnen jetzt ein Dokument vorlegen. Das ist die Akte BND-1, Ordner 248 und dort die Seite 36.

(Zuruf)

- 1/11m. Okay.

Dort kann man eine Übersicht zur Menge und Speicherdauer von Metadaten sehen.

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-22a, Blatt 7.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Ich meine den Text unter dem großen blauen Kasten.

**Zeuge A. F.:** Seite 36?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. Da finden Sie diverse Dienststellenbezeichnungen und dann Mengen und dann - -

**Zeuge A. F.:** Ist das eingestuft?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich glaube, das muss eine eingestufte Akte sein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, ja. Deswegen bleibe ich ja so allgemein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nur: Deswegen konnten wir es gerade nicht finden, weil wir nicht wussten: Geheim. Das ist Geheim, glaube ich.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN): 36! Ja!)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und Speicherdauer. Wenn Sie dort die Mengen betrachten und die Speicherdauer, die dahinter steht, dann handelt es sich hierbei ja nicht um - ich sage mal, um im Bild des Heuhaufens zu bleiben - drei Ähren, sondern einen doch fulminanten Heuhaufen, den wir da vorfinden.

**Zeuge A. F.:** Das - - Ich muss jetzt aufpassen, dass ich nichts Geheimen zitiere. Die Erfassungszahlen, die ja dort angegeben sind - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge A. F.:** Der Heuhaufen wird ja erst ersichtlich, wenn man es in Relation setzt. Es heißt hier: Erfassungen pro Tag.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN): Ja!)

**Zeuge A. F.:** Ich glaube, es gibt pro Tag 200 Milliarden E-Mails.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Weltweit?

**Zeuge A. F.:** Weltweit. Das sind Zahlen, die kann man bei Google offen recherchieren. Es gibt pro Tag, glaube ich, mich zu erinnern, ohne dass ich jetzt festgenagelt werde, es gibt für 2014 200 Milliarden E-Mails. Es gibt 50 Milliarden Instant Messaging Services. Es gibt 20 Milliarden SMS.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN): Und Sie haben nur  
ein bisschen!)

Es gibt 8 Milliarden Anschlüsse auf der Welt, in denen im Durchschnitt telefoniert wird zwischen drei- und zehnmal am Tag.

Wenn Sie diese Zahlen, diese öffentlich von der weltweit - - oder auf den möglichen Übertragungswegen diese Zahl in Relation setzen zu diesen Zahlen hier, dann kommen Sie auf einen Promillebereich. Und deswegen sind wir der Meinung, dass das, was wir hier machen, auch wenn diese Zahlen an sich groß erscheinen, aber im Verhältnis gesetzt werden - was überwacht der BND, und was könnte theoretisch überwacht werden? - - bewegen sich diese Zahlen im Promillebereich und sind deswegen verhältnismäßig, nicht massenhaft, nicht flächendeckend. Das ist auch gerade das, was ich in meinem Eingangstatement sagte, was das Bundesverwaltungsgericht mit „fragmentarisch“ letztes Jahr festgestellt hat.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber das war ja nicht meine Frage. Meine Frage war, dass Sie eingangs einen Vergleich verneint haben, als es darum ging: Macht denn der BND etwas anderes mit ausländischen Staatsbürgern als zum Beispiel der GCHQ mit bundesdeutschen Bürgern?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann sagten Sie: Da arbeiten wir unter vollkommen anderen sozusagen Zielstellungen, Paradigmen. Dort wird Heuhaufen angelegt. Und wir suchen hier nur irgendwie zu bestimmten Vorgängen und Personen. Das ist etwas komplett anderes.

Und jetzt möchte ich, glaube ich, auch nicht, dass Großbritannien in der Lage ist, ihre Milliardendaten zu erfassen, sondern es wird sich dort auch auf einen bestimmten Bereich beziehen, der nicht 100 Prozent ist. Oder vielleicht haben Sie andere Erkenntnisse als wir. Dann wäre es ja vielleicht auch interessant.

Und die Frage ist für mich: Wenn wir hier von Zahlen pro Tag im Millionenbereich reden, ist das Massendatenerfassung? Ja oder nein?

**Zeuge A. F.:** Im Vergleich zu dem, was tatsächlich vorhanden ist, nein, weil sie sind eben Promillegehalt. Das heißt, diese Zahlen, die Ihnen hier vorliegen, im Vergleich zu dem, was tatsächlich geschieht, ist nicht der Heuhaufen.

Der Heuhaufen ist auch mein Bild. Ich habe auch keine Informationen, was andere Nachrichtendienste in ihrem Bereich betreiben.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben gesagt, so machen Sie es nicht!)

Aber in Relation zu den - - Also, ein kleines Krisenland, ein einzelnes kleines Krisenland produziert ein Vielfaches, ein Zigfaches von diesen Zahlen, die Ihnen hier vorliegen. Das heißt, die Erfassungswahrscheinlichkeit oder der erfasste Anteil bewegt sich im Promillebereich.

Und deswegen halte ich an meiner Aussage fest, dass das was anderes ist als das, was wir jetzt in den Medien vermeintlich von anderen Nachrichtendiensten vermittelt kriegen.

Und es ist eben insbesondere so, dass angesichts dieser Zahlen, Verhältnis zwischen dem, was auf

den Übertragungswegen läuft, und auf dem, was nur in der Erfassung des Bundesnachrichtendienstes ist - - obwohl, wie gesagt, das, was in der Erfassung des Bundesnachrichtendienstes noch lange keine personenbezogenen Daten sind und noch lange keinen Eingriff darstellt. Bereits diese Relationen zeigen eine Erfassungswahrscheinlichkeit und ein Überwachungsfenster, dass die Fernmeldeaufklärung verfassungsgemäß ist und verhältnismäßig ist und das gerade auch durch das Verwaltungsgericht bestätigt wurde<sup>8</sup>.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber das war auch nicht meine Frage. Meine Frage ist: Es geht hier um Wählverkehre im Millionenbereich. Ist das Massendatenerfassung - ja oder nein?

**Zeuge A. F.:** Nein. Angesichts der vorhandenen Wählverkehre ist dieser Ausschnitt nicht massenhaft. Das ist im Promillebereich. Wie kann man denn da von „massenhaft“ zu sprechen?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir reden hier von der Bundesrepublik Deutschland. Ja? So. Und es geht darum, dass hier Millionen von Daten an einem Tag erfasst werden und auf eine lange Frist gespeichert werden. Genau. Wählverkehre. So. Wir reden über viele Monate bis Jahre. Ja? Ich kann nicht nachvollziehen, wieso das nicht massenhaft ist.

Ich will aber noch einen zweiten Begriff mit Ihnen diskutieren. Die Speicherung auf Monate und Jahre, handelt es sich hierbei um eine Speicherung auf Vorrat?

**Zeuge A. F.:** Also, noch mal: Ich denke, wir kommen bei der Diskussion nicht weiter. Sie sagen: Diese Millionen Zahlen sind massenhaft.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge A. F.:** Ich sage: Angesichts der zigfach Milliarden vorhandenen Daten am Tag ist es nicht massenhaft. Aber ich glaube, da sind wir dann im Wertungsbereich und kommen nicht weiter. Aber diese Zahlen, die Ihnen hier vorliegen, sind im

8) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Verhältnis zu dem, was tatsächlich passiert, ein klitzekleiner Ausschnitt.

Zur zweiten Frage: Es sind ja gerade auch unterschiedliche Speicherdauerdaten auf Grundlage des Bundesnachrichtendienstgesetzes eben in Abhängigkeit von dem Gefahrenbereich, der aufgeklärt wird, in Abhängigkeit des Ansatzes. Gerade da wird spezifisch differenziert und nicht alles in einen Topf geworfen.

Und es ist nicht anlasslos, da es sich hier um Daten handelt auf Übertragungswegen aus Krisengebieten, die ausgewählt wurden, spezifisch, und die in das Auftragsprofil bzw. in die Gefahrenbereiche Terrorismus, Proliferation usw. fallen und damit auch nicht anlasslos sind.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn ich die Daten auf Jahre vorhalte, damit ich sie irgendwann mal durchsuchen kann, gibt es also sozusagen eine konkrete Zweckbindung dieser Daten? Oder werden diese Daten vorgehalten, um gegebenenfalls in Zukunft bestimmte Zwecke zu erfüllen?

Ich frage deshalb, weil Sie ja in die Anordnungen, die zur Erfassung dieser Daten führen, bestimmte sozusagen Regionen oder bestimmte Auftragsprofile des BND beschreiben, zu denen die Daten erfasst werden. Manchmal - das gehört auch dazu - muss ja die konkrete Strecke auch noch benannt werden, also der Verkehrsweg, auf dem die Daten erfasst werden. Also, es ist vorgeschrieben, was dort alles spezifiziert werden muss. So.

Nun kann es ja sein, wenn man diese Daten über Jahre dann ablegt, dass der eigentliche Zweck mittlerweile sich ad acta gelegt hat, weil die Krisenregion sich entwickelt hat, die Bundeswehr abgezogen wurde und Ähnliches mehr und die Daten weiterhin sich aber dann beim BND befinden.

**Zeuge A. F.:** Sie haben ja gerade selbst die Kategorien geschildert. Bestimmte Übertragungswege, bestimmte Regionen, bestimmte Auftragsprofile, bestimmte Phänomenbereiche.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Ja.

**Zeuge A. F.:** Das sind ja gerade die nachrichtendienstlichen Zwecke.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge A. F.:** Insbesondere auch im Terrorismusbereich und im Proliferationsbereich sind die Vorgänge auch über Jahre zurückwirkend. Gerade deswegen werden diese Daten ja auch benutzt.

Und noch ein Punkt - das schließt dann auch wieder an mein Eingangsstatement an -: Die rechtliche Wertung nach dem Datenschutzgesetz ist dann einschlägig, wenn es sich um personenbezogene Daten handelt, insbesondere wie auch heute schon an dem Beispiel dargestellt. Bei reinen Wählverkehren ist der Personenbezug nicht aus den Daten ersichtlich, sondern muss über Zusatzwissen hergestellt werden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, das fand ich vorhin schon sehr interessant an diesem Tunesien-Beispiel. Da haben Sie ja tatsächlich die Meinung vertreten: Wenn man nicht weiß, dass es sich um einen Grundrechtsträger handelt, dann hat er auch keine Grundrechte.

**Zeuge A. F.:** Nein. Ich habe gesagt: Wenn Daten nicht bestimmt und nicht bestimmbar sind, dann handelt es sich nicht um personenbezogene Daten im Sinne der Legaldefinition nach § 3 Bundesdatenschutzgesetz.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. Und Sie haben dann gesagt: Wenn ich feststelle - - wenn ich nicht zu einem Kommunikationsverkehr feststellen kann, dass es bundesdeutsche Staatsbürger sind, dann haben sie auch keinen Grundrechtsschutz.

Also, zum Beispiel wenn ich über VPN eine E-Mail schreibe oder wenn ich im Ausland mit einer Prepaidkarte, die ich dort erwerbe, telefoniere, dann bin ich da raus.

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Wenn ich einen anonymisierten Verkehr habe, kann ich keinen Personenbezug herstellen, und dann handelt es sich nicht um ein personenbezogenes Datum. Das habe ich gesagt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wenn ich im Ausland mit einer Prepaidkarte telefoniere?

**Zeuge A. F.:** Bitte?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn ich im Ausland mit einer Prepaidkarte, die ich dort erwerbe, telefoniere?

**Zeuge A. F.:** Und der Bundesnachrichtendienst keinen Personen- - Der kann dann keinen Personenbezug herstellen ohne Zusatzwissen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dann sind das keine geschützten Kommunikationsverkehre.

**Zeuge A. F.:** Man muss den Zwischenschritt machen. Also, der Schutz nach Artikel 10 Grundgesetz setzt Personenbezug voraus.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn ich - - Der besteht nur, wenn ich sozusagen immer irgendwie sozusagen ein Schild hinhalte: Achtung, jetzt telefoniert XYZ usw. Ich bin deutsche Staatsbürgerin. Ich habe Grundrechte. Bitte beachtet die.

**Zeuge A. F.:** Deswegen schützt der Bundesnachrichtendienst auch nur Deutsche, die ihren Personalausweis an die E-Mail dranhängen. - Spaß beiseite. Nein. Das habe ich nicht gesagt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das klingt aber wirklich so.

**Zeuge A. F.:** Klingt gut. Ja. - Also, man muss versuchen, hier die Differenzierungen, die ich dargestellt habe und die das Recht erfordert, zu machen. Die Systematik ist so: Grundrechte setzen einen Grundrechtsträger und setzen Personenbezug voraus.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge A. F.:** Und teilweise wird - - Und die Schwierigkeit besteht darin, dass - - Und gerade deswegen kann man, muss man die Bewertungen im Einzelfall treffen und differenzieren und sich mit globalen Bewertungen zurückhalten.

Aber Sie haben insofern recht, Frau Abgeordnete: Die Schwierigkeit ist die Zuordnung. Klar.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber ich würde sagen: Man kann auch die Rechtsansicht vertreten, dass ich ein Grundrecht habe, auch dann, wenn die sozusagen zum Grundrechtseingriff befugten Behörden nicht sozusagen mich aus irgendwelchen Gründen sozusagen erkennen. Also, man kann mir mein Grundrecht sozusagen ja nicht wegdefinieren.

**Zeuge A. F.:** Da stimme ich Ihnen zu. Ein Grundrechtsträger hat immer ein Grundrecht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Hat ein Grundrecht. Und Ende. Genau. Ja. So.

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und jetzt haben wir die Situation - deswegen habe ich vorhin auch so nachgefragt - bei der paketvermittelten Kommunikation, die insbesondere im Ausland natürlich - - Da spielt viel mehr Internettelefonie auch noch eine Rolle als - - Zum Beispiel im Inland haben wir das Problem, dass es sehr schwer ist, dort die Kommunikation den Grundrechtsträgern zuzuordnen.

Wir haben zum Beispiel sehr viele deutsche Staatsangehörige, die irgendwann mal aus der Türkei nach Deutschland gekommen sind und jetzt sich heute auch noch einen größeren Teil des Jahres zum Beispiel in dem ehemaligen Herkunftsland aufhalten, dort aber ganz selbstverständlich türkische SIM-Karten benutzen und möglicherweise auch untereinander telefonieren. Also, deutscher Staatsbürger mit deutschen Staatsbürgern in der Türkei telefoniert. Grundrechtsträger. Keine Frage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Können Sie mir erzählen, wie man das herausfinden will in Ihren Kaskaden? Wie man dort sozusagen - - Und da geht es nicht darum, ob das eine relevante riesige Anzahl von Betroffenen ist. Jeder Einzelne, dessen Grundrecht da verletzt wird - - ist ein grundrechtswidriger Eingriff irgendwie seitens irgendwie einer staatlichen Behörde. Es geht nicht darum, ob es jetzt 10 oder 20 oder 2 000 sind.

**Zeuge A. F.:** Wenn keine Rechtfertigung vorliegt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das ist keine. Wie will man zum Beispiel diese deutschen Staatsbürger, die sich in der Türkei aufhalten, erkennen? Und Türkei ist ja nun ein Aufklärungsziel. Also, da können wir ja von ausgehen, dass da Daten erfasst werden.

**Zeuge A. F.:** Also, dazu will ich jetzt hier keine Aussage treffen. Richtig ist: Die Herausforderungen sind immens. Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. Das ist klar. Und wie macht man das dann? Wie stellt man fest, wenn deutsche Staatsbürger im Ausland mit Prepaidkarten telefonieren?

**Zeuge A. F.:** Also, wenn man es zum Beispiel weiß aus öffentlichen Verzeichnissen, würden sie auf den Positivlisten sein. Es gibt auch noch zum Beispiel abhängig vom Übertragungsweg Indizien, die darauf hindeuten. Also, es gibt technische Parameter, die eine Einordnung zulassen. Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das müssten Sie mir jetzt mal erklären, wie das geht.

**Zeuge A. F.:** Da würde ich dann auf die Techniker verweisen, die das im Einzelnen machen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Naja, Sie berufen sich ja als Jurist auf die Techniker und sagen, weil die es sozusagen realisieren, können Sie Ihr Plazet geben. Ja? Also müssen Sie schon wissen, wie es funktioniert. Weil man kann sich nicht auf irgendwas berufen, was man gar nicht durchschaut. Das ist so, finde ich, irgendwie - - Also, Treu und Glauben, glaube ich, -

**Zeuge A. F.:** Genau.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - geht in der Juristerei eigentlich wenig. Oder?

**Zeuge A. F.:** Deswegen kann man dann zum Beispiel stichprobenartige Kontrollen machen. Und wie gesagt: In meinen fünf Jahren Tätigkeiten - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Eine Bitte: Könnten Sie Ihr Mikro ein bisschen zu sich ziehen, dass wir gute Akustik haben? - Danke schön.

**Zeuge A. F.:** Also, wie gesagt: Die Erfassungsergebnisse, die ich in meinen fünf Jahren Tätigkeit gesehen habe, deuten darauf hin oder lassen es für mich belastbar erscheinen, dass diese Filterkaskaden funktionieren.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben Sie selbst Stichproben durchgeführt?

**Zeuge A. F.:** Auch. Ja. Wie gesagt, ich habe Zugriff auf die Untersuchungsergebnisse.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Auf die Rohdaten?

**Zeuge A. F.:** Ja. Alles, was - - Ja. Also, Rohdaten sind ja nicht lesbar.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Doch. Man kann die auch lesbar machen. Das wissen wir.

**Zeuge A. F.:** Genau. Dann sind es aber keine Rohdaten mehr.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also, Sie haben Zugriff. Und das machen Sie regelmäßig, dass Sie unangemeldet dort mal reingucken?

**Zeuge A. F.:** Also, wir führen regelmäßig Kontrollbesuche und Fortbildungsmaßnahmen durch. Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Können Sie sagen, wie häufig - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten jetzt wechseln.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ganz kurz.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz kurz. Ich habe schon doppelte Zeit gewährt, weil ich das so spannend fand.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Unangemeldet? Und wie häufig? Das sind noch meine zwei letzten Fragen.

**Zeuge A. F.:** Also, unangemeldet in dem Sinne nicht. Weil mit ein paar wenigen Tagen Ankündigung wird man dort - - oder werden Prozesse nicht umgestellt. Und zumindest einmal jährlich.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Mindestens einmal jährlich?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Angemeldet?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich komme noch mal auf die eine Diskussion zurück, nämlich ob die Daten, die in Bad Aibling an die NSA weitergegeben werden, nicht personenbezogene oder personenbezogene Daten sind. Es gibt ja das Kurzgutachten zur Weitergabe von Metadaten an AND. In Klammern: (außerhalb des Anwendungsbereiches G 10).\*

Dort wird vom BND die Auffassung vertreten: Die Daten sind nicht personenbezogen. - Jetzt gibt es - das hat Ihnen der Herr von Notz schon gesagt - ein Nonpaper aus dem August 2013, wo das aus

dem Kanzleramt zuständige Referat 601 geschrieben hat, dass diese Auffassung rechtlich nicht vertretbar sei.

Jetzt haben Sie vorhin schon gesagt, es sei Ihnen nicht bekannt im Einzelnen. Wir legen Ihnen das jetzt noch mal vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Auch wenn Sie das Papier jetzt an sich nicht kennen, kennen Sie aber doch zumindest die Auffassung des Kanzleramts. Davon gehe ich aus. Ist das richtig?

**Zeuge A. F.:** Verzeihung.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Wenn Sie auch das Papier jetzt nicht kennen. Aber die Auffassung des Kanzleramts dazu, war Ihnen bekannt oder war Ihnen nicht bekannt?

**Zeuge A. F.:** Also, zu diesem Thema sind Auffassungen des Kanzleramtes nicht zu mir durchgedrungen. Nein.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Und wenn Sie das jetzt aber durchlesen, die Argumentation des Kanzleramtes, dass die Auffassung des BND rechtlich nicht vertretbar gewesen sei, wie bewerten Sie das? Gehen die Mitarbeiter des Kanzleramts von den richtigen Tatsachen aus, wenn sie meinen, Personenbeziehbarkeit der übermittelten Daten könnte vielleicht doch gegeben sein? Wie würden Sie das bewerten?

**Zeuge A. F.:** Also, ich maße mir hier keine Wertung oder keine Bewertung der Meinung des Kanzleramtes an. Da würde ich auch auf das Kanzleramt verweisen.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ich frage Sie auch nicht um irgendwie eine politische Bewertung, sondern eine rein juristische Bewertung.

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-1/6a, Blatt 235 ff.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Ich habe Ihnen die juristische Sicht von meiner Seite aus schon geschildert. Und die vertrete ich auch weiterhin, auch wenn es entsprechende abweichende Meinungen geben mag.

Wie gesagt, unter Juristen kann man viele verschiedene Meinungen vertreten. In meinem Eingangsstatement habe ich ja mehrmals auch auf die Fundstellen in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung verwiesen, die auch Anknüpfungspunkte für eine andere Sichtweise bieten. Mehr dazu kann ich nicht sagen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Die aber aus Ihrer Sicht eher abwegig ist?

**Zeuge A. F.:** Die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Nein. Die andere Sichtweise, die möglich ist.

**Zeuge A. F.:** Abwegig oder nicht, vermag ich nicht zu beurteilen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut. - Dann würde ich jetzt noch mal zur Entstehung dieses Kurzugutachtens kommen. Es gibt da eine E-Mail des Mitarbeiters J. S. aus dem Referat TAG vom 2. August 2013. Darin steht eben: Der Leitungsstab des Präsidenten stellt nun die Frage, welche Rechtsgrundlage man hat, Metadaten und Inhaltsdaten in Bad Aibling vom BND an die NSA weiterzugeben. Und dann - ich zitiere - schreibt er:

Die Idee ist, das Ganze auf der Rechtsgrundlage des § 1 Abs 2 BND-Gesetz zu fußen und nicht auf der Übermittlungsnorm des § 9 ...\*\*

Für mich klingt das jetzt irgendwie so, als ob das eine neue Idee ist, so wie er das formuliert. Hat man sich vorher, also vor 2013, denn da gar keine Gedanken gemacht, welche Rechtsgrundlage es

gibt für die Übermittlung der Daten? Oder gab es vorher eine andere Rechtsauffassung?

**Zeuge A. F.:** Also, die Rechtsauffassungen sind unverändert über die Jahre.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Warum schreibt er das dann so, als ob es was Neues wäre und als ob man da jetzt nach einer Rechtsgrundlage suchen oder einer Argumentation suchen müsste?

**Zeuge A. F.:** Vielleicht war es ja für den Mitarbeiter was Neues.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, Sie haben da keine Anhaltspunkte für eine neue Debatte oder eine Änderung?

**Zeuge A. F.:** Wie gesagt: Die Debatte findet sich über weite Strecken im Urteil 1999<sup>9</sup>.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Die Argumentation, die der BND dann da hatte, trägt die denn noch, wenn die zu übermittelnden Daten vorher auf deutschem Boden durch spezielle G-10-Filter des BND laufen und deren Funktionen dann auch notfalls händisch nachkontrolliert wurden, wie andere Zeugen das versichert haben?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Ihr Referat hat sich ja dann ab Sommer 2013 stark mit den Anfragen des BfDI zur Kooperation mit der NSA in Bad Aibling beschäftigt. Es gibt eine E-Mail vom 21. August 2013. Das ist MAT A BND-1/6a. Bei uns ist es die Vorlage 5.6. Dort liefern Sie der behördlichen Datenschutzbeauftragten - das ist die Frau Dr. F. - Informationen zu.

Beigefügt ist dann wohl eine kürzere Version dieses Kurzugutachtens zur Weitergabe, das wir schon erwähnt hatten. Und auf der nächsten Seite der Akte findet sich dann noch eine weitere

\*\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-1/6a, Blatt 117.

9) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Seite mit weiteren Darlegungen. Wir legen Ihnen das Dokument auch vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Diese Dokumentseite ohne eigene Überschrift - -  
Haben Sie das gefunden?

MAT A BND-1/6a. Die Dokumentseite ohne eigene Überschrift, war die dann Bestandteil des von Ihnen am 21.08.2013 an die Frau Dr. F. versandten Kurzgutachtens? Oder war das ein zusätzliches Fundstück?

**Zeuge A. F.:** Ich bitte, die Frage zu wiederholen.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Wir haben ja eine - - Sie haben ja der Frau Dr. F. eine E-Mail geschrieben mit dem Kurzgutachten.

**Zeuge A. F.:** Genau. Das ist Seite 233.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Genau. Und dann gab es eine weitere Seite. Das ist praktisch die 237. War die auch Bestandteil dieses Kurzgutachtens? Oder war das ein anderes Fundstück? Nur für uns zur - -

**Zeuge A. F.:** Das kann ich jetzt nicht - - Müsste ich spekulieren. Also, es war offensichtlich nicht in der Mail vorne mit dabei.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Also, dieses - - Sie wissen, 237: „TA übermittelt Daten ...“ Darum geht es mir. Ob das da dazu gehört hat zu dem Gutachten, können Sie jetzt nicht - -

**Zeuge A. F.:** Würde ich verneinen. Allerdings auf den Hinweis da, Seite 236, Seite 2 von 2 unten, abschließend, und die nächste Seite nicht weiter nummeriert ist - - Also gehe ich davon aus, dass das nicht Bestandteil dieses Gutachtens war.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Können Sie dann was dazu sagen, was für ein Fundstück das dann war? Weil Sie haben das ja übermittelt.

**Zeuge A. F.:** Eine Information an die behördliche Datenschutzbeauftragte. Ja. Aber ob jetzt das Bestandteil dieser Mail ist - -

**Nina Warken** (CDU/CSU): Nein. Und wo kommt es her? Wo haben Sie das her? Wer ist da Verfasser des Dokuments? Weil das schwebt so ein bisschen dann.

**Zeuge A. F.:** Stimme ich Ihnen zu. Das schwebt ein bisschen. Kann ich nicht beantworten.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Können Sie auch nichts zur Herkunft des Dokuments, zum Verfasser können Sie jetzt -

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Nina Warken** (CDU/CSU): - auch nichts Konkretes sagen.

Es enthält ja dann folgende Ausführungen im ersten Absatz:

TA übermittelt Daten auch an multinationale Empfänger, z. B. ISAF. Auf diese Datenbestände haben auch USATF und GBRTF eine Zugriffsmöglichkeit. Übermittlungsempfänger ist und bleibt jedoch der rechtlich selbständige multinationale Empfänger, so dass die hieraus (indirekt) folgende Zugriffsmöglichkeit USATF/ GBRTG nicht als Übermittlungsempfänger/Übermittlung im Sinne der Anfrage des BfDI zu werten ist.

Irgendwie klingt das ein bisschen formalistisch jetzt für mich. Sehen Sie das auch so?

**Zeuge A. F.:** Das ist eine rechtliche Wertung. Ob jetzt die formalistisch ist - -

**Nina Warken** (CDU/CSU): Also, USATF ist dann ja hier die NSA gemeint. GBRTF steht dann für den britischen Nachrichtendienst GCHQ.

Diese indirekte Zugriffsmöglichkeit dieser beiden Dienste auf Daten, die der BND an die ISAF und möglicherweise auch noch andere multinationale



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Empfänger übermittelt, wurden die gegenüber dem BfDI später offengelegt? Oder hat man sich auf diese - wie ich es genannt habe - formale Betrachtungsweise zurückgezogen und eben nichts erwähnt? Weil Sie davon ausgegangen sind, dass es dann keine Übermittlung oder keinen Übermittlungsempfänger im Sinne der Anfrage des BfDI war.

Also: Hat man es offengelegt, oder hat man es nicht offengelegt?

**Zeuge A. F.:** Kann ich nicht sagen. Da müsste man den behördlichen Datenschutz fragen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber Sie waren doch, denke ich mal, in der Vorbereitung auch zum Beispiel des Kontrollbesuchs in Bad Aibling eingebunden.

**Zeuge A. F.:** Ja, aber das heißt - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Sie haben Anfragen beantwortet. Sie haben der Dr. F. das vorgelegt. Wie ist die Frau Dr. F. dann damit umgegangen? Ist die Ihrer Ansicht gefolgt?

**Zeuge A. F.:** Also, wir werden an den Ergebnissen nicht beteiligt oder nicht immer beteiligt. Also, die verschiedenen Referate der Organisation arbeiten zu. Ob das dann in das Gesamtergebnis einfließt oder nicht, kann ich jetzt nicht sagen aus dem Gedächtnis.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber diese indirekte Zugriffsmöglichkeit, war die innerhalb des BND allgemein bekannt?

**Zeuge A. F.:** Also, das müsste man im Einzelnen bewerten. Aber hier ist ja auch - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Was heißt „im Einzelnen“? Es steht ja im Raum, diese indirekte Zugriffsmöglichkeit eben über die Übermittlung an multinationale Empfänger. War das was, was jetzt nur Sie wussten? Oder war das was, was noch mehrere wussten? Wusste das Kanzleramt zum Beispiel davon?

**Zeuge A. F.:** Also, dazu kann ich aus eigener Anschauung nichts sagen.

(RA Johannes Eisenberg:  
Woher soll er das alles wissen? Fragt doch das Kanzleramt!)

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ich denke mal, die Mitarbeiter sprechen ja auch miteinander. Und man weiß ja, ob manche Sachverhalte bekannt sind oder nicht bekannt sind.

Er kann jetzt entweder sagen, er weiß nicht, ob es bekannt ist, oder er sagt: Es ist nicht bekannt. - Das wären jetzt zwei Möglichkeiten.

(RA Johannes Eisenberg: Er weiß es nicht!)

Sie wissen nicht, ob es bekannt war. Und Sie wissen auch nicht, ob es dem Kanzleramt bekannt gegeben - -

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Eisenberg weiß, dass er es nicht weiß!)

Einfach jetzt noch mal für mich - -

(RA Johannes Eisenberg:  
Ich glaube, ihr braucht mal wieder eine Pause! Das ist mein Eindruck, so wie ihr fragt!)

- Jetzt hätte ich gern aber die konkrete Antwort. Wissen Sie nicht, ob es bekannt war, oder können Sie darüber nichts sagen?

**Zeuge A. F.:** Ich kann für die Wissensstände von anderen Bereichen oder Personen nichts sagen. Nein.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wissen Sie, welche Art von Daten da gemeint sind, die an die multinationalen Empfänger übermittelt werden? Rohdaten? Metadaten? Inhaltsdaten?

**Zeuge A. F.:** Also, es steht hier nicht. Müsste - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja. Steht da jetzt nicht. Aber ich glaube, Sie waren ja mit dem Sachverhalt befasst. Können Sie aus der Befassung was dazu sagen?

**Zeuge A. F.:** Also, aus dem Gedächtnis heraus werden auch ausgewertete Ergebnisse oder - sprich - Erkenntnisse aus der Fernmeldeaufklärung, die dem Schutz der Truppe dienen, im Rahmen der Vorgaben auch eben hier an den genannten multinationalen Empfänger übermittelt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und wie wird dann dabei sichergestellt, dass keine durch das Fernmeldegeheimnis geschützten Daten übermittelt werden?

**Zeuge A. F.:** Durch die bereits mehrfach angesprochenen Sicherungsvorkehrungen, die wir bereits mehrfach angesprochen haben. Im Rahmen der Vorgaben, auch des G 10, wäre es auch nicht ausgeschlossen, G-10-Erkenntnisse in diesem Rahmen zu übermitteln.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Dann würde ich den Bereich verlassen und käme jetzt mal zu der Aussage von der aktuellen Datenschutzbeauftragten, die Frau Dr. F. Sie ist Ihnen ja bekannt. Sie hat im Ausschuss auch schon ausgesagt und hat gesagt - - Also, Frau Dr. F. hat ja da durchaus eine unterschiedliche Auffassung gehabt als Sie, was jetzt Rechtsgrundlagen angeht für Datenerhebung, Datenweitergabe.

Frau Dr. F. hat aber gesagt, dass die Unterschiede in der rechtlichen Einschätzung, die ja im Jahr 2013 deutlich wurden, praktisch kaum Auswirkungen auf den Umgang mit Daten beim BND haben. Können Sie sich aus Sicht Ihrer Abteilung dieser Einschätzung der praktischen Auswirkungen dieses rechtlichen Disputs über die Rechtsgrundlage für die Routineerfassung anschließen?

**Zeuge A. F.:** Also, die Diskussionen jetzt haben natürlich Auswirkungen auf uns in Form zum Beispiel auch meiner Aussage hier vor diesem Gremium. Also, die Frage war, so wie ich Sie verstanden habe - - Natürlich sind wir jetzt von diesen ganzen Fragen berührt und entsprechend - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ich kann Ihnen vielleicht noch mal genauer zitieren, was die Frau Dr. F. gesagt hat, dass Sie sehen, auf was ich raus möchte. Sie hat gesagt, erstens:

Jegliche Datenerhebung des Bundesnachrichtendienstes muss sich daher - dies ist völlig unstrittig im BND - an der Menschenwürde der Betroffenen, dem Willkürverbot und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz orientieren.

Zweitens hat sie gesagt:

... sind die im BND eingesetzten Datenbanken so konzipiert und programmiert, dass keine Differenzierung zwischen im Geltungsbereich des BND-Gesetzes oder außerhalb desselben erhobenen personenbezogenen Daten erfolgt. Es werden daher alle in den Datenbanken gespeicherten personenbezogenen Daten gleichermaßen behandelt, unabhängig von ihrer Herkunft. Die Datenbanken sind so konzipiert und programmiert, dass sie den datenschutzrechtlichen Vorgaben der §§ 2 ff. BND-Gesetz entsprechen.

Können Sie sich dieser Einschätzung von Frau Dr. F. anschließen?

**Zeuge A. F.:** Ja. Und, wie gesagt: In dem Sinne gab es auch keine Änderung oder keine Abweichungen. Die Diskussionen, auch diese Rechtsdiskussionen, die wir hier in diesem Rahmen führen, sind ja, wie ich auch schon mal erwähnt habe, weder Konstruktionen, um den Schutz des G 10 insbesondere für deutsche Staatsangehörige einzuschränken, sondern es geht um die Frage der Erhebung von reinen Auslandssachverhalten, um die Frage der Erhebung.

Und das, was jetzt hier zitiert wurde, ist, da es sich spätestens ab dem Stadium der Verarbeitung für den Bundesnachrichtendienst auch vor dem Hintergrund der Ressourcen nicht mehr rentiert, getrennte Systeme vorzuhalten, werden die im





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rahmen des von mir geschilderten Trichters erhobenen Daten ab einem gewissen Zeitpunkt in die Verarbeitungssysteme eingeführt. Und die sind, da auch personenbezogene Daten darin verarbeitet werden, entsprechend den Vorgaben des Datenschutzes ausgerichtet.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also kann man sagen - -

**Zeuge A. F.:** Aber auch vorher oder schon immer oder - -

**Nina Warken (CDU/CSU):** Kann man sagen, dass beim BND alle Daten, egal ob aus G-10-Erfassung oder Routineerfassung, in dem Sinn nach den Regeln für G 10 behandelt werden?

**Zeuge A. F.:** Ja, oder nach den Regeln des BND oder nach den Regeln des Bundesdatenschutzgesetzes. Je nachdem, was einschlägig ist.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Dann übernimmt der Kollege. - Vielen Dank.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Herr Zeuge, einfach jetzt noch mal die Verständnisfrage, jetzt mit Blick auf Frau Dr. F., was die Frau Warken gerade - -

(RA Johannes Eisenberg:  
Frau Vorsitzende, könnten wir mal eine Pause, zehn Minuten haben?)

- Wollen wir das gerade noch fertig machen, unsere Sache, und danach zehn Minuten? Weil wir haben noch zehn Minuten. Wäre das okay, Herr Anwalt?

(RA Johannes Eisenberg:  
Dann ist die Runde vorbei?)

- Dann ist die Runde vorbei.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Dann ist die Fragerunde CDU/CSU durch. Und dann machen wir eben kurz Pause. Ist das okay?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Herr Zeuge, ich wollte jetzt noch mal anknüpfen an das, was die Frau Warken gesagt hat mit Blick auf die Datenschutzbeauftragte, die Frau Dr. F., die hier im Ausschuss festgestellt hat - - Sie haben ja die Auffassung: Weitergabe von Daten kann ich auf Rechtsgrundlage § 1 II BND-Gesetz machen.

Die Frau Dr. F. ist der Auffassung, das müsste man Richtung § 9 Absatz 2 BND-Gesetz machen. Sie hat aber hier festgestellt, dass das praktisch, also in der praktischen Umsetzung eigentlich kaum Auswirkungen hat. Können Sie diese Sichtweise teilen?

**Zeuge A. F.:** Die teile ich, ja, weil insbesondere die Datenweitergabe auch vor dem Hintergrund § 9 II in Verbindung mit Bundesverfassungsschutzgesetz ebenfalls eine Rechtsgrundlage findet. Also, es wird hier darüber gesprochen, ob Rechtsgrundlage A oder Rechtsgrundlage B einschlägig ist. Wichtig ist allerdings, dass eine Rechtsgrundlage einschlägig ist.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Richtig. Und in der Praxis hat das letztlich kaum Auswirkungen. Letztlich bestätigen Sie da ein ganzes Stück die Aussage, dass es doch ein ganzes Stück auch theoretischer Streit ist, den man hier geführt hat.

Ich darf noch mal fragen: In der Hinsicht, wenn wir uns um die Rechtsgrundlage oder über die Rechtsgrundlage unterhalten, da gab es ja bereits im Jahre 2002 mal einen juristischen Aufsatz eines ehemaligen Mitgliedes der G-10-Kommission, von dem Herrn Dr. Seifert, der das eigentlich schon mal alles sehr ausführlich behandelt hat. Ist Ihnen dieser Aufsatz bekannt?

**Zeuge A. F.:** Ist das die Festschrift für Arndt zum 75. Geburtstag?

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Genau. Der Titel ist *Die elektronische Aufklärung des Bundesnachrichtendienstes*. Der Herr von Bredow reicht Ihnen das gerade auch mal zu.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Ja. Der Aufsatz ist mir bekannt.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Der ist Ihnen bekannt. Und da wird ja eigentlich ein ganzes Stück das vertreten, was Sie hier auch gesagt haben, wann die G-10-Kommission zu informieren ist. Ich darf es vielleicht einfach kurz noch mal zusammenfassen. Es wird letztlich ein ganzes Stück festgestellt, dass die Bundesregierung seit 2001 die Rechtsansicht vertritt, die Auslandskommunikation von Ausländern falle nicht unter den Schutzbereich des Artikel 10 Grundgesetz. Bei den abgefangenen Daten handle es sich nicht um personenbezogene Kommunikation. Es besteht keine Kontrollkompetenz für die G-10-Kommission oder den Bundesdatenschutzbeauftragten weder für die Erfassung noch für die Weitergabe dieser Daten.

Der Aufsatz, ehrlich gesagt, liest sich so, als hätte es da nie eine andere Auffassung gegeben. War das bis dato auch immer eigentlich herrschende Meinung? Weil, Herr Zeuge, wir sind einfach ein bisschen irritiert, dass plötzlich im Jahre 2013 das jene Gutachten, jene Meinung, das noch und das Kanzleramt - - Eigentlich war doch die Rechtslage relativ klar.

**Zeuge A. F.:** Wie gesagt, das war ja auch - - Insofern ist das offensichtlich auch von mir nicht ausreichend tief dargestellt worden in meinem Eingangsstatement. Die Aussage, dass diese Fragen seit dem Urteil von 1999<sup>10</sup> bekannt waren - - Sie sind im - - Auch der Inhalt, den Sie gerade vorgelesen haben, der ist im Urteil veröffentlicht. Der wurde nachfolgend auch nicht nur hier von Herrn Seifert, sondern auch von Herrn Arndt behandelt in der juristischen Literatur. Das ist das, was ich in meinem Eingangsstatement mit Rezeptionen in der juristischen Fachliteratur wiedergeben habe. Also, die - - Viele - - oder die rechtlichen Fragen, die wir heute hier besprechen, die sind alle seit 99 bekannt und auch die verschiedenen möglichen Lösungsansätze dazu. Wenn Sie bei diesem Artikel auf - - Ich blättere gerade.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, ich teile, Herr Zeuge - -

**Zeuge A. F.:** Wenn Sie mal kurz - - Hier wird eben auch, glaube ich, in diesem Artikel, die - - Ja, hier, Seite 180. Da wird auf die G-10-Novellierung 2001 eingegangen, und damals kam ein Vorschlag im Gesetzgebungsverfahren, diese Regelungen, die wir heute besprochen haben, in Gesetzesform zu gießen. Hier ist das Zitat oder der Vorschlag für die Novellierung des G 10 drinnen, um die Frage der Auslandsaufklärung zu machen. Das ist das, was ich in meinem Eingangsstatement auch angesprochen habe. Also, selbst damals, 2001 - - Hier wird Stellungnahme zur Bundestagsdrucksache 54 aus 01\* - - Da waren die Frage einer gesetzlichen Regelung ... (akustisch unverständlich)

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Sie hatten das vorhin ausgeführt, Herr Zeuge. Ich darf - -

**Zeuge A. F.:** Auslands- - Genau.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ich darf vielleicht nur noch mal fragen: Wann war Ihnen denn persönlich bekannt, dass die Hausleitung des BND die Rechtsansicht vertritt, die wir hier auch in diesem Aufsatz finden, dass für die entsprechende Routineaufklärung Ausland-Ausland die entsprechende Ermächtigungsnorm im § 1 Absatz 2 BND-Gesetz zu finden ist?

**Zeuge A. F.:** Immer. Also - -

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Immer. - Also, als Sie eingetreten sind 09, das war Ihnen bekannt: „BND vertritt das so, das passt“? - Okay.

Dann habe ich, anknüpfend an die Fragestellungen vom Herrn von Notz, noch mal eine Frage. Es wurde hier immer mit einem Begriff hantiert, eine G-10-Legende. Sie waren da auch verunsichert, wir auch, weil man sich da schon sehr

10) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.

\* Anmerkung Stenografischer Dienst: Stellungnahme zur Bundsratsdrucksache 54/01.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wundert. Wenn Sie eine G-10-Maßnahme beantragen, dann verfolgen Sie doch - -

(Zuruf des Abg.  
Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN))

wollen Sie diesen G-10-Verkehr letztlich auch erfassen, und da ist diese G-10-Maßnahme die entsprechende Rechtsgrundlage, um diesen G-10-Verkehr zu bekommen?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Richtig. - Und wenn daneben Routineverkehr erfasst wird, dann habe ich Sie richtig verstanden: „Für diesen Routineverkehr ist dann das BND-Gesetz die ausreichende Rechtsgrundlage“?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** So ist es. - Und Sie können auch eine G-10-Maßnahme nur dann beantragen, wenn entsprechende Dinge Richtung G 10, die Voraussetzungen, vorliegen? Sie können sich jetzt nicht irgendwas ausdenken und sagen: „Das interessiert mich mal, jetzt machen wir doch mal G 10“, -

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** - um an den Routineverkehr ranzukommen?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Das nicht?

**Zeuge A. F.:** Es findet sich ja auch zum Beispiel in § 12 II G 10 angelegt, wo eine Anonymisierung der personenbezogenen Daten des Grundrechtsträgers gesetzlich vorgesehen ist.

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): Wir sollen unter-  
suchen, nicht in den Mund  
legen!)

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay; dann vielen Dank.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**

Gut. - Die CDU/CSU hat keine Fragen mehr. Dann, denke ich, machen wir eben zehn Minuten Pause. Kommen Sie damit hin, oder?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**

Gut. - Dann fangen wir wieder an fünf nach neun.

(Christian Flisek (SPD): Das  
könnte ja die letzte Runde  
sein!)

- Das wissen wir ja noch nicht. Nein, wir machen jetzt erst mal eben eine Pause.

(Unterbrechung von  
20.53 bis 21.08 Uhr)

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** So, dann steigen wir wieder ein. Herr Zeuge, sind Sie jetzt allein? Nein, nicht? Wo ist Herr Eisenberg?

**Zeuge A. F.:** Er stand kurz vor der Tür.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**

Wir können ja erst anfangen, wenn er dabei ist.

(Der Zeuge holt seinen  
Rechtsbeistand)

**Zeuge A. F.:** Wir können.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**

Dann fangen wir an, und zwar geht es weiter mit Bündnis 90/Die Grünen. Herr von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich werde versuchen, die Zeit so lange zu strecken, bis der Kollege Ströbele hier ist; der will jetzt nämlich Fragen stellen. Deswegen wollte ich Ihnen noch mal danken, Herr A. F., und vor allen Dingen Ihnen, Herr Eisenberg, dass Sie so lange durchhalten heute.

(RA Johannes Eisenberg: Ja,  
ja, aber wenn Sie sich auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

konzentrieren können, Herr  
von Notz!)

- Ja, ich konzentriere mich und freue mich immer,

(Zuruf von RA Johannes  
Eisenberg)

wenn wir so viel Zeit miteinander verbringen können, und jetzt gebe ich an den Kollegen Ströbele.

(Christian Flisek (SPD):  
Sehr gut!)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr A. F., ich mache mal da weiter, wo der Vorsitzende vorhin schon mal angefangen hatte.

Wenn der Bundesnachrichtendienst die strategische Aufklärung betreibt in Bad Aibling, haben Sie ja erst mal zunächst nicht damit zu tun, weil das ist ja nicht irgendwie anordnungspflichtig. Oder müssen Sie - - werden Sie da eingebunden, prüfen Sie da rechtlich irgendwas oder sonst?

**Zeuge A. F.:** Also, ich kann jederzeit eingebunden werden; in Einzelfragen wird man auch eingebunden, ja, und die bestehende Systematik ist ja unverändert, also die Rahmenbedingungen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da geht es ja um - wir sagen hier: - Routineverkehre oder Metadaten, jedenfalls nicht um Daten, die - - um Inhaltsdaten, nicht? So.

Wenn man das Gleiche jetzt leitungsgebunden macht, also beispielsweise in Frankfurt - - Sie haben ja gesagt, Sie sind da erst später gekommen; Sie haben also diese ganzen Vorgänge um den Verkehrsknotenpunkt da gar nicht mitbekommen. Aber wenn man da an Daten jetzt rankommen will, an die Leitungen, das kann der Bundesnachrichtendienst ja nicht alleine. Der geht ja nicht dahin und klemmt da irgendwie seine Magnete ran oder sonst was oder einen Spiegel, sondern da braucht er dann das Unternehmen dazu, das das betreibt. Wie kommt man

dann an die Genehmigung oder an die Zusammenarbeit, die Genehmigung? Haben Sie da was mit zu tun jetzt als rechtlich Zuständiger?

**Zeuge A. F.:** Ja, weil im Rahmen dieses Antragswesens, sprich: bei der G-10-Anordnung - - Die G-10-Anordnung ist ja einerseits die Grundlage für die Erfassung der Verkehre; aber sie ist ja auch Grundlage für die Verpflichtung des Providers -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeuge A. F.:** - nach TKÜV, um die Übergabekopie zu bekommen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und wie läuft das? Können Sie das sagen? Also, jetzt - - Sie müssen gar nicht den konkreten Fall - - Also, der Bundesnachrichtendienst beschließt: „Wir möchten da an die Verkehre ran“, -

**Zeuge A. F.:** Genau, das ist ... (akustisch unverständlich)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dann werden Sie beauftragt, so einen Antrag zu formulieren?

**Zeuge A. F.:** Genau. Also, es ist so: Der Antrag wird zentral vom Referat Rechtsangelegenheiten/G 10 sozusagen erstellt. Der besteht aus, wenn man es so sagen will, zwei großen Teilen. Das ist einerseits die inhaltliche Bedrohungslage, also sprich: die Darstellung „Terrorismus“ oder „Proliferation“, der Gefahrenbereich.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie müssen das praktisch begründen, -

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - warum wollen Sie da ran?

**Zeuge A. F.:** Genau. So, das ist die Bedrohungslage, wenn man es so nennen will. Und der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zweite große Teil des Antrages ist dann der sogenannte Technikteil, in Anführungszeichen, und dort sind die einzelnen technischen Details festgelegt, wie zum Beispiel die angeordneten Übertragungswege. Da steht dann drinnen: Kabel XY.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also auch schon ein bestimmter Anfang und Ende des Kabels, oder nicht?

**Zeuge A. F.:** Genau.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da steht beispielsweise „Amsterdam“ auf der einen Seite und „Prag“ auf der anderen Seite, oder?

**Zeuge A. F.:** Genau. Da stehen ja eindeutige physikalische Definitionen dieses Übertragungsweges.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und das machen Sie nicht, oder machen Sie das doch?

**Zeuge A. F.:** Das lasse ich mir zuliefern, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das lassen Sie sich liefern, und Sie - -

**Zeuge A. F.:** Das ist genauso, wie ich die Bedrohungslage, also „Terrorismus“ oder „Massenvernichtungswaffen“, nicht selbst darstelle, sondern mir zuliefern lasse.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer muss das genehmigen?

**Zeuge A. F.:** Das steht im G-10-Gesetz drinnen: Behördenleiter, also sprich: der Präsident oder sein Vertreter.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Behördenleiter bei Ihnen, also keine Stelle außerhalb?

**Zeuge A. F.:** Keine Stelle - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also weder PKG -

**Zeuge A. F.:** Nein. Der Antrag - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - noch G-10-Kommission?

**Zeuge A. F.:** Der Antrag wird von der Behördenleitung gezeichnet, was ja sozusagen auch zu diesem administrativen Verfahren führt, ja. Wenn Sie im TKÜ-Bereich - - kann ja der - - Ich weiß es nicht genau. Aber soweit ich das verstehe, kann der gehobene Dienst der Polizei zum Amtsrichter laufen -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, genau.

**Zeuge A. F.:** - oder der Staatsanwalt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Staatsanwalt, und der macht das dann bei Gericht.

**Zeuge A. F.:** Aber hier - - Also, das ist der Antrag, und der geht an das Bundesministerium des Innern; das erlässt auch die Anordnung. Also, das ist Briefkopf BMI, nach vorheriger Zustimmung der G-10-Kommission.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also auch, wenn es nicht um G 10 geht?

**Zeuge A. F.:** Nein, das sind die G-10-Anordnungen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich frage jetzt mal ganz allgemein. Also, Sie - - Der Bundesnachrichtendienst - - G 10, kommen wir gleich drauf. Es ist gar nicht von G 10 die Rede, sondern der Bundesnachrichtendienst will an den Glasfaserknotenpunkt ran, und er braucht dafür die Hilfe beispielsweise der Telekom. Geht das dann auch genau auf dem gleichen Wege?

**Zeuge A. F.:** Also, es gibt keine G-10-Anordnungen ohne G 10.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Nein.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Dafür steht ja immer  
G 10 drauf!)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich sage ja: Der Grund ist gar nicht G 10, ist gar keine G-10 - Also, Sie wollen nicht irgendeinem deutschen geschützten Grundrechtsträger auf die Spur kommen, wo irgendwelche Verdachts- - da kommen wir gleich drauf -, sondern es geht nur um die allgemeine - - im Rahmen der Aufgabenzuweisung zum Bundesnachrichtendienst um allgemeine Daten nach bestimmten - - Da kommen wir gleich auch noch drauf, auf die Suchbegriffe oder das, was Sie dann da eingeben anschließend.

**Zeuge A. F.:** Also, wir wollen ja - - Oder, was wir machen, ist ja, einen bestimmten Überwachungsweg - - Verzeihung, einen Übertragungsweg überwachen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeuge A. F.:** So. Dort sind Verkehre drauf. Die unterfallen entweder dem Fernmeldegeheimnis oder dem Bundesnachrichtendienstgesetz.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeuge A. F.:** Genau. Aber - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sind wir beim Bundesnachrichtendienstgesetz.

**Zeuge A. F.:** Genau. Aber ob jetzt ein Verkehr dem einen oder dem anderen unterfällt, kann ich ja erst nach Erfassung feststellen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Sie haben gar nicht die Absicht, sondern Sie haben nur die Absicht, -

**Zeuge A. F.:** Nein, wir ... (akustisch unverständlich)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - genauso wie Sie die strategische Überwachung, diese Verkehre, aufnehmen. Da brauchen Sie ja auch keine G-10-Anordnung.

**Zeuge A. F.:** Ja, aber wir wollen natürlich - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und nehmen wir mal im Idealfall: Sie kommen dann an das Kabel, kriegen die Daten rübergespiegelt, und die G-10-Verkehre werden alle rausgenommen - -

**Zeuge A. F.:** Nein, nein. Wir wollen natürlich auch die G-10-Verkehre, die im Rahmen der Anordnung gewonnen werden. Das sind ja wichtige Informationen. Es sind ja - - Natürlich sind es wichtige Informationen, wie von mir eingangs dargestellt, zu staatlichen Strukturen usw., also alles, was sozusagen auf Grundlage des BND-Gesetzes gewonnen wird. Aber man will natürlich auch den Finanzierer nach Möglichkeit im Rahmen dieser Anordnung erfassen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann will ich es mal konkreter machen, weil wir behandeln natürlich hier „Eikonale“. Sie waren nicht dabei. Ich habe jetzt gedacht: Das läuft immer so.

Bei „Eikonale“ soll es so gewesen sein, dass der Bundesnachrichtendienst zunächst einfach sich bei Telekom erkundigt hat: „Können wir das machen?“, und dann hat Telekom überlegt, und dann hat Telekom gesagt: Das machen wir nicht; das machen wir nur mit einer G-10-Anordnung. - Und dann sind Sie - - und Kanzleramt einschalten und so - - Und dann ist der Bundesnachrichtendienst zur G-10-Kommission gegangen und hat dort eine G-10-Anordnung beantragt; waren Sie nicht dabei, das ist jetzt der - - Ich frage nur grundsätzlich, wie in solchen Fällen vorgegangen ist. Und dann war die Telekom bereit, praktisch alles auszuleiten, sowohl die G-10-Verkehre - die blieben dann beim Bundesnachrichtendienst hängen - als auch die anderen Verkehre; die wurden dann weitergeleitet und - - also auch selber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ausgewertet, aber weitergeleitet und nach Selektoren überprüft.

**Zeuge A. F.:** Wie gesagt, das war vor meiner Zeit.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. - Ja, aber deshalb die Frage: Brauchen Sie eine G-10-Anordnung, also von der G-10-Kommission, um Nicht-G-10-Verkehre bei einem solchen Knotenpunkt abzuschöpfen?

**Zeuge A. F.:** Also, in rechtlicher Hinsicht brauche ich sie nicht. Ich kann zulässigerweise -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Brauchen Sie nicht?

**Zeuge A. F.:** - Verkehre, Auslandsverkehre, auf der Grundlage des Bundesnachrichtendienstgesetzes erheben -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

**Zeuge A. F.:** - und verarbeiten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, brauchen Sie sie nicht, brauchen Sie keine G-10-Anordnung?

**Zeuge A. F.:** Ja, richtig.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Das war ja meine Frage zunächst. Also, Sie gehen hin und sagen: Wir wollen -

**Zeuge A. F.:** Wir gehen nicht hin.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - gar keine G-10-Sachen haben, -

**Zeuge A. F.:** Also, was in der Vergangenheit - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern wir wollen von dem zu dem die Verkehre haben, und die wollen wir jetzt nach den Kriterien des Bundesnachrichtendienstgesetzes durchsehen, ob da irgendwelche auffälligen, nach Selektoren irgendwelche auffälligen Sachen

drin sind. - So; hat mit G 10 erst mal nichts zu tun.

**Zeuge A. F.:** Wie gesagt, über - - in der Vergangenheit kann ich nichts berichten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge A. F.:** In meiner Zeit gehen wir nicht - - nirgends hin ohne G-10-Anordnung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Gut, dann würde ich sagen - - Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine letzte Frage vielleicht noch.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie denn bei der - - Wenn Sie eine G-10-Anordnung haben wollen, brauchen Sie von der G-10-Kommission diese Anordnung, so, die Genehmigung dafür, und da müssen Sie ja vortragen, warum, dass Sie jetzt den Herrn Müller, Herrn Meier, Herrn Schulze und Herrn Ströbele verdächtigen und von dem jetzt gerne Daten hätten. Sagen Sie dann: „Wir wollen - - unser eigentlicher Grund ist, dass wir ganz andere Verkehre - - wir haben gegen Herrn Müller, Herrn Meier und Herrn Schulze eigentlich gar nichts und gegen Herrn Ströbele hoffentlich schon gar nichts, aber wir wollen an die Verkehre da ran“, oder wie? Was sagen Sie denn dann? Wie umfassend geben Sie Auskunft der G-10-Kommission über das, was Sie mit diesem Eingriff bezwecken?

**Zeuge A. F.:** Also, wir können ja gar nicht zur G-10-Kommission gehen im Rahmen der strategischen Fernmeldeaufklärung und sagen: „Müller, Meier, Ströbele“, weil das wäre ja der Verstoß gegen § 5 II.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN): Herr Ströbele ist ein  
Österreicher!)

- Und Abgeordneter.

(Christian Flisek (SPD): Das  
habe ich aber gewusst oder  
mir gedacht! - Dr. Konstan-  
tin von Notz (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Er hat  
bestimmt österreichische  
Wurzeln!)

Das andere ist: Es wird da ein Übertragungsweg überwacht, ja - also, der ist ja auch festgelegt -, und dann ist ja in G 10 eben auch angelegt, in § 12 II bzw. auch in dem Verweis auf die personenbezogenen Daten, die man im Gesetz findet - ich müsste jetzt nachgucken -, soweit personenbezogene Daten erhoben werden, in § 6. Das zeigt ja eben: Die personenbezogenen Daten im Rahmen der strategischen Fernmeldeaufklärung sind ja von der Methodik eher Zufallsfunde.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Gut.

**Zeuge A. F.:** Aber das ist ja von der gesetzlichen Methodik her vorgesehen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Ja,

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): Genau nicht!)

ich denke, jetzt beenden wir das mal kurz. Die Antwort -

**Zeuge A. F.:** Das kann man überall nachlesen, ja.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** - dürfte erst mal genügen. - Jetzt kommen wir zur SPD.

**Christian Flisek** (SPD): Ich mache da an der Stelle mal gleich weiter, weil ich glaube mal, Sie

bemühen sich ja natürlich jetzt, Herr Zeuge, sehr, sehr redlich, muss ich sagen, auch die Rechtsauffassung von früher, die beim BND war, darzustellen und die aktuelle Rechtspraxis, die Sie zugrunde legen, darzustellen. Aber ich glaube - das ist mein Eindruck, und das schildere ich Ihnen jetzt mal -, es kommt so ein Stück weit die ganze Problematik bei den Ausland-Ausland-Verkehren jetzt zum Tragen, ja, weil wir sehen: Einerseits sagt der BND: Wir dürfen das - abgesehen jetzt von der Frage, ob das ein Grundrechtsverstoß ist -; wir haben auf jeden Fall - - Mit der Aufgabenzuweisung haben wir eine ausreichende Rechtsgrundlage. Aber wir haben ganz genau - - Wenn es darum geht, das umzusetzen, nämlich zum Beispiel bei einem deutschen Telekommunikationsanbieter, haben wir leider kein Instrument in der Hand, um den dazu zu verpflichten. Und weil das eben so ist, müssen wir leider Gottes auf diese blöde G-10-Anordnung hin, die wir eigentlich gar nicht wollen.

Sie sagen zwar jetzt: „Natürlich wollen wir auch die G-10-Daten“; aber sonst, wenn es das so gäbe, gäbe es ja diese ganze Begrifflichkeit der G-10-Legende nicht in den Akten. Ich finde das okay; Sie sagen, Sie kennen das nicht, es ist Ihnen nicht untergekommen. Ich hätte Sie auch sonst gefragt: Wie fühlen Sie sich dabei, wenn Sie so einen Begriff hören, als redlicher G-10-Jurist? Und das unterstelle ich Ihnen.

Aber verstehen Sie, worauf wir auch hier als Gesetzgeber hinauswollen? Wir beschäftigen uns mit einem Komplex der Fernmeldeaufklärung des BND, und da kann man darüber streiten: Reichen die Rechtsgrundlagen bisher aus? Den Streit haben wir heute ausgiebig dargestellt. Und wir stellen fest, dass in der Tat - - Und wir reden jetzt noch gar nicht über die Frage: Wollen wir das, wollen wir das nicht? Ich bin der Meinung: Wir müssen das tun. - Aber bei der anderen Frage, die im Raum steht, ist halt einfach: Wir haben keine Instrumente dafür, und da müssen wir G-10-Anordnungen, ich sage mal, sehr strapaziert in Einsatz bringen, mit allem, was dahintersteht.

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): Erfinden!)





## Nur zur dienstlichen Verwendung

So, und das ist ein Riesenproblem aus unserer Sicht in diesem Kontext, weil wir natürlich damit ein Regime sozusagen auch in- - aktivieren, nämlich der ganze G-10-Apparat mit Kommission für einen Bereich, für den Sie vielleicht gar nicht zuständig sind.

Und dann kommt auf einmal ein Eindruck hier: Die werden nicht richtig informiert, ja. Ich meine, ich lese Ihnen ja mal vor, was der Herr Huber dazu gesagt hat in einem Aufsatz in der *NJW* 2013; Sie werden das kennen. Ich lese nur mal das Fazit vor. Da sagt er:

Das tagtägliche Überwachungsgeschäft der Telekommunikation durch den BND findet derzeit teilweise *außerhalb* des verfassungsrechtlich zulässigen Rahmens statt.

Jetzt können wir darüber streiten, ob das so der Fall ist; aber er bewertet das so.

Insbesondere die Überwachung der Telekommunikation des Ausland-Ausland-Verkehrs bedarf einer an den Schutzwirkungen des Art. 10 I GG orientierten gesetzlichen Regelung. Eine Differenzierung nach grundrechtlich privilegierten deutschen Staatsangehörigen und verfassungsrechtlich nicht geschützten Ausländern ist mit Art. 10 I GG nicht zu vereinbaren.

Das ist die Meinung von Herrn Huber; die hat er als Fazit dort veröffentlicht in der *Neuen Juristischen Wochenschrift*. So, und genau das ist der Kern des Problems, ja.

Ich finde es nicht sonderlich charmant, sage ich Ihnen ganz offen, wenn ich hier den Eindruck habe: Es geht im Endeffekt dem BND um ganz andere Verkehre, und man setzt permanent den Hebel G 10 in Verbindung, der dafür nicht gemacht wurde. - Das ist der entscheidende Punkt, den wir hier jetzt eigentlich aus meiner Sicht ganz glasklar auf dem Tisch haben.

Ich will Sie jetzt nicht überzeugen, weil ich vielleicht glaube, dass ich das gar nicht kann. Aber ich will Sie einfach nur fragen - das wäre vielleicht sogar meine letzte Frage -: Sehen Sie deswegen - - Auch wenn Sie vielleicht unsere Auffassung jetzt nicht teilen, aber sehen Sie nicht hier einen Reformbedarf, einen gesetzgeberischen Reformbedarf, dass hier etwas entsprechend geregelt werden sollte, geregelt werden muss, oder sagen Sie: „Nein, das soll alles so bleiben, wie es ist; das ist wunderbar“?

**Zeuge A. F.:** Optimieren kann man immer, klar, ja. Die Frage ist, ob man die Frage der Regelungsdichte - - Die Regelungsdichte ist, glaube ich - also, aus meiner Meinung, aber auch im rechtsmethodischen Ansatz -, abhängig von der Schutzbedürftigkeit und der Eingriffsintensität. Wir haben mit dem G-10-Bereich einen Bereich, der ist eingriffsintensiv und der ist intensiv geregelt. Die Frage ist: Will man andere Bereiche auch so intensiv regeln? Und da stimme ich mit Ihnen überein: Die Prämisse, die Ausgangsprämisse ist natürlich: Sagt man: „Auf jeden Verkehr ist Artikel 10 anzuwenden“, ja oder nein? Das ist eine Ausgangsfrage. Wenn ich mich dort entscheide, dann ist der Weg vorgezeichnet.

Aber wie gesagt: Die Unterscheidungen sind im Gesetz angelegt - personenbezogene Daten § 12 II, § 5 II -, und ich begehe keine Gesetzesverstöße, wenn ich Verkehre auf der Grundlage des Bundesnachrichtendienstgesetzes erhebe. Wenn kein Gesetzesverstoß vorliegt, will ich dann eine Regelung schaffen dafür? Klar, wenn ich die Prämisse ablehne oder anders sehe, dann ... (akustisch unverständlich)

**Christian Flisek (SPD):** Darf ich kurz dazwischengehen mal?

**Zeuge A. F.:** Ein letzter Punkt noch.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge A. F.:** Und wir wären doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir irgendwo nicht auch versuchen, die sehr, sehr beschränkten Gefährdungsbereiche des G 10 aufzuklären, die ja hochrangig relevant sind. Das heißt, Ihre Aussage



## Nur zur dienstlichen Verwendung

am Anfang: Eine G-10-Anordnung macht man, weil es sein muss oder weil man dazu gezwungen ist - - Natürlich macht man, um den Regelungsgehalt, der darin steckt, zu verwirklichen - -

**Christian Flisek (SPD):** Wir reden über Projekte, die vor allen Dingen Routineverkehre, Ausland-Ausland-Kommunikation im Auge haben. Dass es natürlich eine Reihe von Projekten gibt, wo G 10 genau dafür eingesetzt wird, was es eigentlich soll, das streite ich doch gar nicht ab. Nur, wir reden jetzt über die Situation, und da sage ich Ihnen: Da kommt es noch nicht mal auf die Prämisse an, ob man da Artikel 10 ausdehnt oder nicht, sondern ich lehne - - Selbst wenn ich einfach die jetzige Rechtspraxis des BND zugrunde lege und sage: „So wie Sie das machen, alles tipptopp richtig, ja; ich schließe mich dem, was Sie hier gesagt haben, genau an“ - - sage ich, kommen wir in eine blöde Situation aus meiner Sicht, dass der BND eigentlich etwas will und das Instrument dafür nicht in der Hand hat und genau deswegen auf G-10-Anordnungen ausweichen muss, und das, finde ich, ist so nicht korrekt und so nicht sauber, weil das eigentlich nicht im Sinne des Erfinders ist.

**Zeuge A. F.:** Ja, er hat ja die Instrumente in der Hand; er muss ja nicht ausweichen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich versuche es einfach mal!)

**Christian Flisek (SPD):** Gut, also, aus Ihrer Sicht, um jetzt noch mal zurück auf meine Schlussfrage zu kommen: Brauchen wir - - Wäre es aus Ihrer Sicht in Ihrer Anwendungspraxis sinnvoll, was zu tun?

**Zeuge A. F.:** Rechtspolitisch ja, -

**Christian Flisek (SPD):** In welcher?

**Zeuge A. F.:** - auch hinsichtlich der Akzeptanz und der Legitimation des Bundesnachrichtendienstes. In rechtsdogmatischer Sicht sehe ich keinen Bedarf.

**Christian Flisek (SPD):** Das habe ich jetzt nicht verstanden. Was wäre denn rechtspolitisch zu tun, -

**Zeuge A. F.:** Rechtspolitisch - -

**Christian Flisek (SPD):** - um die Akzeptanz - - Was können wir rechtspolitisch tun, um die Akzeptanz aus Ihrer Sicht des BND zu unterstützen?

**Zeuge A. F.:** Also, aus Normenklarheitsgründen kann man natürlich Regelungen treffen, -

**Christian Flisek (SPD):** Okay, jetzt verstehe ich Differenzierung.

**Zeuge A. F.:** - obwohl sie nicht rechtlich zwingend erforderlich sind.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, okay. - Gut, danke schön; ich habe keine weiteren Fragen mehr an den Zeugen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Dann gebe ich weiter zur Fraktion Die Linke.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, ich komme auf den Punkt - - muss auf den Punkt auch gleich noch mal zurückkommen, weil ich den Eindruck habe, dass Sie da etwas versuchen, immer wieder auszuweichen. Ich will versuchen, das noch mal auf den Punkt zu bringen, aber will eine andere Eingangsfrage nehmen.

Wenn Sie mal ehrlich sind - und Sie haben gesagt: zwei Staatsexamen -, was, glauben Sie, was würde Ihr Juraprofessor Ihnen für Ihre heutigen rechtlichen Darstellungen beim Eingang für eine Note gegeben haben, in Ihrem Eingangsstatement, wenn Sie mal tief in sich Reinhören?

**Zeuge A. F.:** Also, es ist ja Spekulation. Auf alle Fälle sind es vertretbare Rechtsansichten, die Anknüpfungspunkte in verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung finden.

(Christian Flisek (SPD):  
Sehr weit unten!)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Also, „vertretbar“ ist schon sehr weit unten; gut. - Ich möchte hier aber noch mal nachfragen, nur damit wir das richtig verstehen: Sie sind als der Mann, der zuständige Mann für G 10 beim BND, der Auffassung, dass die Sachverständigen, dass ehemalige Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, dass hochrangige Juristen, die hier unisono festgestellt haben, dass es Regelungslücken gibt, keine Zuständigkeiten festgelegt worden sind, dass außerhalb der Verfassung agiert wird usw., dass die alle hier Unsinn erzählt haben gegenüber dem Untersuchungsausschuss. Ist das Ihre Meinung?

**Zeuge A. F.:** Nein. Ich vertrete eine andere Meinung, die aus meiner Sicht wohlbegründet ist, die im Grunde auch hier von anderen Sachverständigen wie Herrn Talmon durchaus Anknüpfungspunkte findet. Auch Herr Papier hat in der *Süddeutschen* vom 12. Oktober 2014 einige Relativierungen in einem Interview getroffen, die mit den doch sehr dezidierten Aussagen, die ja auch als Livestream verfügbar sind, aus meiner Sicht zumindest sich nicht übereinanderlegen lassen. Und, wie gesagt, ich vertrete eine Meinung, wie sie von der Bundesregierung<sup>11</sup> im Urteil 1999 veröffentlicht oder dargestellt wurde und seitdem im Raum steht. Also, ich sehe da weder juristisch noch in anderer Hinsicht Verwerfliches oder überdifferenzierte juristische Sichtweisen hinausgehend Angreifbares in dieser Position.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Kurze Frage mit der Bitte um kurze Antwort: Darf man die G-10-Kommission belügen?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Darf man der G-10-Kommission in der Antragstellung wichtige Fakten für deren Entscheidung vorenthalten?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ist ein wichtiger Fakt, dass die Daten, die man - - wo man die Genehmigung von der G-10-Kommission haben

will, an einen amerikanischen Nachrichtendienst weitergeleitet werden, eine wichtige Information?

**Zeuge A. F.:** Das war vor meiner Zeit; das vermag ich nicht zu beurteilen.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ich habe nicht gefragt, ob das vor Ihrer Zeit war. Ich habe Sie gefragt, wenn Sie einen Antrag stellen und eine gemeinsame Kooperation mit einem AND haben, ob diese Information wichtig ist für die Entscheidungsgrundlage der G-10-Kommission und ob Sie sie in Ihren Antrag schreiben oder ob Sie sie nicht in Ihren Antrag schreiben, wenn es eine solche Kooperation und Weiterleitung von Daten gibt.

**Zeuge A. F.:** Also, ich vermag diese Sachverhalte vor meiner Zeit nicht zu beurteilen.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Danach habe ich Sie nicht gefragt. Ich habe Sie gefragt, wenn Sie einen Antrag stellen auf eine G-10-Maßnahme und haben einen anderen Nachrichtendienst, mit dem zusammengearbeitet wird und an den die Daten weitergeleitet werden, ob Sie das der G-10-Kommission mitteilen, ja oder nein. Das ist doch eine ganz klare Frage.

**Zeuge A. F.:** Und meine Antwort war - -

(Zuruf von RD Philipp  
Wolff (BK))

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Und da hat die Bundesregierung, glaube ich, nichts zu sagen. Ich frage den - -

**RD Philipp Wolff** (BK): Der Zeuge muss sich nur zu Tatsachen äußern, Herr Hahn. Der Zeuge hat das auch mit seiner Antwort zum Ausdruck gebracht.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Das ist überhaupt nicht der Punkt, um den es jetzt hier geht; es tut mir leid, da irren Sie, Herr Wolff. Der Zeuge ist hier in seiner Eigenschaft, dass er jetzt für die G-10-Kommission zuständig ist, und in diesem

11) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeitraum hat er Anträge gestellt, und ich frage jetzt - -

(RA Johannes Eisenberg:  
Aber doch nicht solche!)

Ich habe gefragt: Wenn ein anderer Nachrichtendienst Unterlagen bekommt, Materialien weitergeleitet werden, erfährt es von ihm die G-10-Kommission, oder erfährt sie es nicht? Das ist doch eine ganz klare Frage,

(RA Johannes Eisenberg:  
Das haben Sie eben nicht  
gefragt!)

die man mit Ja oder Nein beantworten kann.

(RA Johannes Eisenberg:  
Die Frage ist doch beantwortet!  
Er hat doch ...  
(akustisch unverständlich))

- Nein, die Frage habe ich - - Ich habe keine Antwort gehört. Die Frage ist doch nun eindeutig.

(RA Johannes Eisenberg:  
Solche Anträge hat er doch gar nicht gestellt! Sie fragen ihn doch nach Anträgen, die er gar nicht gestellt hat!)

- Erstens weiß ich das nicht, ob er solche Anträge gestellt hat und ob in seiner Dienstzeit andere Nachrichtendienste beteiligt waren - das kann er ja auch beantworten -; aber meine Frage ist: Bekommt die G-10-Kommission diese Informationen von ihm, ja oder nein? - Diese Frage können Sie klar beantworten.

**Zeuge A. F.:** Also - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wenn Sie sie nicht beantworten, spricht das auch für sich, weil dann ist die Antwort klar.

**Zeuge A. F.:** Also: Ich habe die G-10-Kommission nicht belogen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe Sie gefragt, ob Sie die G-10-Kommission informieren, dass Daten, die Sie über die G-10-Maßnahme erlangen, an einen anderen Nachrichtendienst weitergeleitet werden, mit dem Sie zusammenarbeiten. Geben Sie diese Information an die G-10-Kommission oder nicht?

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich nicht! -  
Der Zeuge berät sich mit  
seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge A. F.:** Ich finde, Sie unterstellen mir hier was.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe gar nichts unterstellt. Sie brauchen doch nur sagen, dass Sie es übergeben; dann ist das Thema sofort beendet. Und wenn Sie nicht antworten, übergeben Sie es nicht.

(RA Johannes Eisenberg:  
Warum denn?)

Das ist für mich zumindest aus Ihrer Reaktion die klare Antwort. Sie können das ja jetzt richtigstellen,

(Zuruf von RA Johannes  
Eisenberg)

indem Sie hier klar sagen, was Sie tun.

**Zeuge A. F.:** Herr Abgeordneter, die Anträge liegen alle vor; die Anträge sind einsehbar. Fragen Sie die Kommission! Alles Relevante für die Anträge steht in den Anträgen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ist für die Kommission relevant, dass Sie mit einem anderen Nachrichtendienst zusammenarbeiten und ihm die Unterlagen geben?

**Zeuge A. F.:** Da müssen Sie die Kommission fragen.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Kommission



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kann das ja gar nicht wissen!)

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Die Kommission weiß es ja nicht.

(RA Johannes Eisenberg:  
Wenn es ... (akustisch un-  
verständlich) Anträge nicht  
gibt!)

- Die hat es ja gegeben; das wissen wir ja.

(RA Johannes Eisenberg:  
Aber doch nicht, seit er  
dort tätig ist!)

- Gut, ich denke, das spricht alles für sich. - Sie haben das klare Ja, das Sie die Kommission informieren, nicht gesagt. Damit ist für mich im Umkehrschluss klar, dass Sie es nicht tun.

(RA Johannes Eisenberg:  
Das stimmt doch gar nicht!)

**Zeuge A. F.:** Für mich ist dieser Umkehrschluss nicht klar.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Das mag ja sein. Wenn der Kollege Schipanski hier wäre - - macht er laufend irgendwelche Aussagen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Herr Hahn!

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja, ich bin sauer, weil wir hier stundenlang sitzen und der Zeuge eine ganz klare Antwort geben kann auf eine klare Frage und sich hier verweigert,

(RA Johannes Eisenberg:  
Eine ganz klare Antwort!)

und da hat der Ausschuss auch eine Pflicht, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen, dass er die Wahrheit zu sagen hat.

(RA Johannes Eisenberg:  
Hat er doch!)

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Der Zeuge - -

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Nein.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Das ist eine Interpretation. Herr Hahn, man merkt schon, Sie sind ein bisschen aufgeregt.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Das tut der Sache aber keinen Gefallen. Sie haben mehrfach die gleiche Frage gestellt, und es ist dem Zeugen unbenommen, auch so zu antworten, und ich denke, es bringt uns nicht weiter, wenn wir Antworten interpretieren. Das ist nicht hilfreich, dass - -

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Dann wünsche ich, dass das der Vorsitzende oder die Vorsitzende künftig auch Herrn Schipanski mitteilt. - Ich habe noch Fragen - -

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Gut, dann hätten wir das jetzt geklärt. Die Frage ist im Rahmen, sagen wir mal, der Auffassung des Zeugen beantwortet. - Gibt es noch weitere Fragen?

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Natürlich.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Gerne.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Das hat der Zeuge so beantwortet, dass es jeder verstanden hat.

Dann möchte ich Sie weiter fragen, da der Begriff „G-10-Legende“ ja gefallen ist vorhin, ob Sie vielleicht den Begriff „Türöffner“ besser finden, und da schließe ich jetzt mal an an den Kollegen Fli-sek, der Sie hier gefragt hat und gesagt hat: Es gibt kein Instrument. Sie wollen Routineverkehre Ausland-Ausland, kommen aber an dieses Kabel nie ran. - Auf welchem Weg kommen Sie an dieses Kabel in Frankfurt, an der Nordsee, sonst wo, auf welchem Weg kommen Sie an dieses Kabel, um Ihre Gespräche und Ihre Telefonate und Ihre



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Mails zu erhalten? Welchen Weg gibt es, da dranzukommen?

**Zeuge A. F.:** Eine G-10-Anordnung.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie haben meine Frage verstanden? Nur noch mal zur Sicherheit: Sie wollen Routineverkehre?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Na doch, habe ich ja gefragt. Sie wollen Routineverkehre von Ausland zu Ausland und wollen an eine Leitung in Deutschland - in Frankfurt, an der Nordsee, anderswo. Was machen Sie, um an diese Leitung zu gelangen? Da haben Sie jetzt geantwortet: Wir stellen einen G-10-Antrag.

**Zeuge A. F.:** Um auch G 10 zu gewinnen. Da ist nichts Verwerfliches dran. Das ist genau das, was das Gesetz vorsieht.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und zufällig sind immer die Routineverkehre, die Sie wollen, auch identisch mit denen, wo Sie G 10 beantragen?

**Zeuge A. F.:** Es sind in den Übertragungswegen Verkehre drinnen, die dem BND-Gesetz unterfallen und dem G-10-Gesetz unterfallen. Selbst im Gesetz gibt es Bezug auf die erhobenen personenbezogenen Daten; das ist ja der Anknüpfungspunkt, § 12 II.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie haben vorher - -

**Zeuge A. F.:** Die Begriffe „G-10-Legende“ oder „Türöffner“, die passen nicht in die Systematik.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Doch, Sie haben vorher getrennt - -

**Zeuge A. F.:** Ich habe Grundrechtseingriffe, ich habe Grundrechtseingriffe verschiedener Art und verschiedener Intensität, und ich habe keine Grundrechtseingriffe, und für alles habe ich eine Rechtsgrundlage.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich befürchte ja, dass Sie das nicht - - oder ich weiß, dass Sie das nicht verstehen wollen, aber ich frage Sie jetzt noch mal. Sie haben vorher eine Trennung vorgenommen in G-10-Verkehre und BND-Verkehre.

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das Ausland-zu-Ausland, wie auch immer, haben Sie als BND-Verkehr bezeichnet.

**Zeuge A. F.:** BND-Gesetz-Verkehr.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, von mir aus auch BND-Gesetz-Verkehr. - Und ich frage Sie: Wenn Sie an den BND-Gesetz-Verkehr kommen wollen, wie kommen Sie an das Kabel, um BND-Gesetz-Verkehr zu erlangen?

**Zeuge A. F.:** Vielleicht kann man es ja auch mal von der anderen Seite fassen: Wenn ich Satellitenverkehre erhebe, brauche ich keinen Telekommunikationsanbieter. Dann würde ich nach der Konstruktion der „Türöffner“ oder „G-10-Legende“ keine G-10-Anordnung brauchen, um G-10-Verkehre zu erheben.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe aber nicht nach Satelliten gefragt, sondern nach Kabeln in Deutschland.

**Zeuge A. F.:** Ja, aber das zeigt ja, dass diese Konstruktion nicht passt. Ich habe Eingriffe oder nicht und habe Rechtsgrundlagen oder Rechtfertigungen dafür nicht. Das ist es doch, wo es in rechtlicher Sicht drauf ankommt. Es kommt doch nicht drauf an und kann auch nicht drauf ankommen, wie ich technisch-faktisch den Verkehr erhebe. Die Technik muss dem Recht folgen und nicht umgekehrt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Aber Sie müssen doch an das Kabel rankommen, und ohne - - Wenn Sie sagen: „Ich möchte BND-Gesetz-Daten dort erheben und erlangen“, kommen Sie an dieses Kabel nicht.

**Zeuge A. F.:** Das sind ja faktische Fragen. Soweit ich das verstanden habe, ist ja die Konstruktion



## Nur zur dienstlichen Verwendung

in der Vergangenheit gerade diejenige, dass ich ohne G-10-Anordnung an ein Kabel rangekommen bin und entsprechend einer Grundlage rechtskonform Verkehre erhoben habe.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Welche sollen das sein?

**Zeuge A. F.:** BND-Gesetz.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wann sind Sie denn da rangekommen, außer mit einem Schreiben des Bundeskanzleramtes; die spielt aber - -

**Zeuge A. F.:** Ja, das ist keine G-10-Anordnung. - Also, ich denke, wir kommen - - Die Konstruktion, die Systematik in rechtlicher Hinsicht ist ja: Habe ich einen Eingriff, ja oder nein? Wenn ich einen Eingriff habe: Habe ich eine Rechtfertigung? Dann ist es zulässig oder nicht zulässig.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht zulässig!)

- Ja, oder zulässig.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich glaube, das ist deutlich geworden. - Dann haben Sie vorhin gesagt, Erfassen sei das Verfügbarmachen, habe ich mir mitgeschrieben, oder die Verfügbarmachung durch den Bundesnachrichtendienst, und haben dann gesagt: Erfassen, nicht alles, was dort stattfindet, ist auch ein Eingriff, und Erfassen ist das Verfügbarmachen. Da haben Sie an einer Stelle gesagt - ich mache es mal jetzt mit meinen Worten -, das Runterladen oder das Ausleiten, wie auch immer, das ist das Verfügbarmachen.

Nun haben wir vorhin gehört, dass Daten zum Teil jahrelang aufgehoben werden. Was ist denn mit einem Speichern vor einer Filterung? Ist das dann aus Ihrer Sicht ein Eingriff? Das heißt, das ist noch durch gar keinen Filter gelaufen, es ist nur erfasst worden. Ist das ein Eingriff in Grundrechte, oder ist es keiner?

**Zeuge A. F.:** Also - - Ich muss die jeweiligen Vorgaben, die mir das Gesetz liefert, umsetzen, durch Filter; sprich: Ich darf G-10-Daten nach

G 10 speichern. Also, Sie haben jetzt die Frage - - Wir sind von der Erhebung weg und sind zur Speicherung, ja, Speicherung eben auch im Rahmen dieser beiden Rechtsregime. Nach G 10 muss ich alle sechs Monate prüfen: Sind die Erfassungsergebnisse weiterhin noch von Relevanz? Nach BND-Gesetz muss ich alle zehn Jahre spätestens prüfen: Sind die Erfassungsergebnisse von Relevanz?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe gefragt, vor dem Durchlaufen der Filter - Sie leiten aus, hier haben Sie die Filter, und jetzt bearbeiten Sie sie aber nicht, sondern speichern sie -, ob das nach Ihrer Darstellung, die Sie vorhin gesagt haben, dann auch nur ein Erfassen, eine Verfügbarmachung durch den Bundesnachrichtendienst ist. Sie haben ja damit jetzt nicht gearbeitet, Sie haben keine Meldung erstellt, Sie haben sie durch keinen Filter laufen lassen. Ist das eine Erfassung, die - -

**Zeuge A. F.:** Ich filtere ja immer nach G 10; der ist ja zwingend und obligatorisch. Also ohne eine derartige Filterung gibt es keine Speicherung.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** ... (akustisch unverständlich)

**Zeuge A. F.:** Sie haben recht, Speicherung -

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Herr Hahn - -

**Zeuge A. F.:** - ist rechtserheblich, klar.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Gut, dann muss ich erst mal - -

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Dann machen wir jetzt noch mal weiter mit der Fraktion CDU/CSU.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wir haben keine weiteren Fragen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Dann geht es weiter an Bündnis 90/Die Grünen.  
Herr Ströbele.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich will das zu einer Schlussbemerkung nutzen.

Herr Zeuge, ich war dabei, als dieses Gesetz 2001 gemacht worden ist. Zu diesem Zeitpunkt war nicht nur meine Kenntnis, sondern, ich glaube, auch die technische Entwicklung - jedenfalls, soweit sie allgemein zur Verfügung stand - noch nicht so weit, wie sie dann 2002, 2003, 2009 usw. gewesen ist. Wenn Sie vergleichen die richterliche Genehmigung, die für die Polizei eingeholt werden muss, wenn sie so was macht, also wenn sie an Telefonverkehre ran will, dann wird ganz deutlich, wozu das gemacht worden ist. Die richterliche Genehmigung ist nichts anderes als das, was Sie mit der G-10-Anordnung machen, und das bezieht sich natürlich immer nur auf einen einzelnen Verdächtigen oder drei oder zehn oder wie viele, wo Sie an eine Telefonleitung rankommen können und da - eine Telefonleitung, jetzt entweder ein Kupferkabel - die irgendwo im Boden liegt oder durch die Landschaft geführt wird, oder meinetwegen auch über den Äther vermittelt. Dass es da Paketvermittlungen und ähnliche Geschichten gab, war damals jedenfalls mir als Gesetzgeber nicht bekannt.

Deshalb werden wir in der nächsten Sitzung, die wir hier haben, vermutlich den Vorsitzenden der G-10-Kommission von damals, Herrn de With, hier haben, und ich gehe davon aus - das können Sie sich alles noch mal überlegen, ob Sie bei Ihrer Auffassung bleiben -, dass Herr de With uns sagen wird: Der BND kam zu uns und hat wie in vielen anderen Fällen auch eine G-10-Anordnung haben wollen auf der Grundlage von Akten für bestimmte Verdächtige. Da gibt es Verdächtige, Verdachtsmomente, und dazu soll eine Anordnung ergehen. Jetzt will man gucken, ob man da über die noch weiter was rauskriegt und das aufklären kann.

Der wird uns sagen: Wenn ich gewusst hätte, dass es eigentlich nur darum ging, an Routineverkehre ranzukommen - von G-10-Leuten war überhaupt keine Rede, gab es auch gar keine Verdachtsmomente, dass die da drin sind, in diesen Kommunikationen, und letztlich ging es darum nur, die US-NSA zu versorgen mit Daten, weil

die NSA das gerne wollte -, wenn wir das gewusst hätten, hätten wir die G-10-Anordnung nie erlassen.

Ich kann Ihnen sagen, das sollten Sie sich mal durch den Kopf gehen lassen, ob Sie nicht unter diesem Lichte Ihre Auffassung revidieren und sagen: Selbstverständlich bräuchten wir eigentlich für die Routineverkehre genauso eine - - aber auf einer richtigen Grundlage, dass Sie da hingehen und sagen: Wir brauchen die G-10- - Es geht hier gar nicht um G-10-Verkehre, also um Grundrechtsträger, die filtern wir sowieso aus, weil wir gar keinen Verdächtigen dabei haben, jedenfalls soweit wir das wissen; uns geht es um die Routineverkehre, und uns geht es um die Zusammenarbeit mit befreundeten Geheimdiensten.

**Zeuge A. F.:** Also, wie gesagt, ich - - Die - -

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Das war eine Schlussbemerkung offenbar.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Dann geht es noch mal weiter an die SPD-Fraktion.

**Christian Flisek** (SPD): Keine Fragen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**  
Keine Fragen mehr. - Dann haben wir noch einmal Fraktion Die Linke. Gibt es noch eine Frage?

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Drei kurze Themen: Erstens haben Sie gesagt, wenn ich das richtig mitgeschrieben habe - frage ich Sie vorher noch mal -, dass staatliche Institutionen, Organisationen keinen Grundrechtsschutz haben. Ist die Bundesregierung eine Institution aus Ihrer Sicht?

**Zeuge A. F.:** Ausländische staatliche Organisationen.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja, ja. - Ich frage aus einem bestimmten Grund. Wenn das also so ist, wie Sie sagen - die Bundesregierung ist ja eine Institution, die Bundeskanzlerin vermutlich





## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch -, wieso wurde dann, wenn ein amerikanischer Dienst das Handy der Kanzlerin hackt und das keine Grundrechtsträger sind,

(Zurufe)

ein Ermittlungsverfahren gegen den Handyangriff auf die Kanzlerin eingeleitet? Haben Sie da eine Erklärung?

**Zeuge A. F.:** Also, Strafrecht ist ja nicht gleichzusetzen mit Grundrecht, und ich denke, es ist unstrittig, dass staatliche Institutionen, auch die deutsche Bundesregierung, sich nicht auf Grundrechte berufen kann.

(RA Johannes Eisenberg: Da hat er recht! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Kanzlerin hat doch Grundrechte!)

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Genau darauf zielt ja meine Frage.

(RA Johannes Eisenberg: Als natürliche Person, ja! - RD Philipp Wolff (BK): ... (akustisch unverständlich) dem Grundrecht verpflichtet!)

**Zeuge A. F.:** Die Bundeskanzlerin, in ihrer Funktion

(RA Johannes Eisenberg: Als natürliche Person hat sie natürlich Grundrechte!)

hat sie keine Grundrechte.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich hoffe, das Bundeskanzleramt gibt das nicht weiter an sie.

(RA Johannes Eisenberg: Nein, das ist auch nicht wirklich so! - Weitere Zurufe)

Aber ich habe dann den zweiten Punkt: Funktionsträgertheorie. Da haben Sie vorhin gesagt, es

sei entscheidend, ob die juristische oder die natürliche Person handelt. Das wissen Sie doch immer erst, wenn Sie das - - wenn Sie da reingehört haben oder wenn Sie das geprüft haben. Oder - vielleicht können Sie das ja erklären - gehen Sie immer davon aus, dass zunächst mal die juristische Person dort gemailt oder telefoniert hat bei allen Sachen und nur im Ausnahmefall privat das Gespräch war?

**Zeuge A. F.:** Es ist ja vor Erfassung - - Also, vor Erfassung, bevor man überhaupt diesen Verkehr hat, braucht man den Anfasser. Das heißt, ich brauche die Kennung eines Telekommunikationsendgerätes, und dort stellt sich die Frage: „Ist dieses Telekommunikationsendgerät einer natürlichen Person oder einer juristischen Person zugeordnet?“, und man kann vorab bei Telekommunikationsmerkmalen, die durch juristische Personen genutzt werden, diese der juristischen Person zuordnen, sodass im Grundsatz, ja, die Zuordnung zur juristischen Person erfolgt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Also bei NGOs, Welthungerhilfe, Hilfsorganisationen in anderen Ländern gehen Sie davon aus: „Wenn da telefoniert wird, ist das dienstlich“? Juristische Personen, damit das klar ist.

**Zeuge A. F.:** Also, juristische Personen: Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Also wird zunächst erst mal alles genommen, es sei denn, Sie stellen dann fest da hinterher, es ist doch noch was Privates, beim Reinhören?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Okay. Das ist auch noch mal eine wichtige Information. - Was ist denn mit der Bundeswehr, zwei Bundeswehrsoldaten im Ausland, die miteinander telefonieren in Afghanistan?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ist die Bundeswehr für Sie eine Institution, ist das ein Diensttelefon?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Die Bundeswehr ist für mich eine Institution. Sie ist auch grundrechts- - Sie ist nicht grundrechtsgeschützt. Allerdings ist es nicht im Aufgaben- - Auftrag des Bundesnachrichtendienstes, andere deutsche Institutionen aufzuklären.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wenn Sie aber Telefonie in Afghanistan komplett runterholen und in diesem Fall, in dieser Frage ja gar nicht wissen, wer dort telefoniert hat von afghanischen Telefonen, dann haben Sie die Bundeswehrsoldaten allesamt dort drin. Ist das - -

**Zeuge A. F.:** Das ist die gleiche Konstellation wie das Telefonat vom tunesischen Hotel zum tunesischen Hotel. Wenn ich nicht weiß, wer dahintersteckt, dann weiß ich nicht, wer dahintersteckt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das wird die Bundessoldaten freuen. - Ich habe noch eine letzte Frage. Sie haben vorhin gesagt, dass Sie eine Prüfung machen, einmal jährlich und angemeldet. Da will ich einfach noch mal fragen, wie Sie ausschließen oder ob Sie ausschließen können, dass das der einzige Tag im Jahr ist, wo die Filter vollständig eingeschaltet sind.

**Zeuge A. F.:** Also, auszuschließen persönlich vermag ich das nicht. Aber genauso wie ich als Beamter dem Grundgesetz verpflichtet bin, sind alle anderen Beamten auch entsprechend dem Grundrecht verpflichtet. Wenn Sie jemandem misstrauen oder strafrechtlichen - - Oder wenn man jemandem Misstrauen oder strafrechtlichen Vorsatz unterstellt, dann lässt sich jedes System aushebeln. Also, ich kann als Jurist keinen Systemadministrator ersetzen. Das hat ja auch die NSA gelernt.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Ich sehe, Herr Hahn hat keine Fragen mehr.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich glaube nicht weiterzukommen mit bestimmten Fragen!)

- Okay.

(Christian Flisek (SPD): Das ist eine Einsicht!)

Die Fragen haben sich jetzt alle erledigt. - SPD-Fraktion auch nicht; Herr Ströbele auch nicht. Ja, so haben wir jetzt keine Fragen mehr. Dann sind wir am Ende der Zeugenvernehmung.

Herr Zeuge, das Protokoll wird gefertigt. Nach Fertigstellung wird Ihnen das übersandt, und Sie haben dann zwei Wochen Zeit, es durchzulesen, Korrekturen an der Übertragung vorzunehmen und Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussagen vorzunehmen. - Das haben Sie soweit mit verstanden, nicht?

**Zeuge A. F.:** Vielen Dank.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:**

Dann darf ich mich ganz herzlich bedanken, dass Sie so lange durchgehalten haben. Wir sind ja nicht so spät wie sonst, ein bisschen eher. Eine weitere Vernehmung findet nicht statt und auch keine unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ich darf mich bei allen ganz herzlich bedanken und wünsche allen noch einen schönen Abend, auch denjenigen, die da oben alle durchgehalten haben.

(RA Johannes Eisenberg:  
Der arme Herr Fechner sitzt  
die ganze Zeit unten und  
wartet!)

- Bitte? - Nein, sitzt er nicht. Er ist längst zu Hause oder weg.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21.55 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

# ANLAGE 1

Zeuge A.F.  
Bundesnachrichtendienst

16. April 2015

Deutscher Bundestag 1. Untersuchungsausschuss 21. April 2015 5503-04 J, P6 256
---

Deutscher Bundestag  
Sekretariat PA 25  
1. Untersuchungsausschuss  
der 18. Wahlperiode

Betr.: Stenografisches Protokoll der 41. Sitzung des 1. UA am 19. März 2015

hier: Korrektur des Protokolls


Bezug: Schreiben PA 25 – 5503 vom 24. März 2015

Anlage Korrekturanmerkungen (14 Seiten)

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Rückkehr aus meinem Urlaub übersende ich beiliegend meine Korrekturanmerkungen i.S. des bei mir am 30. März 2015 eingegangenen Bezugsschreibens zur weiteren Verwendung.

Mit freundlichen Grüßen

  
A. F. (Zeuge)

Anlage: Korrekturanmerkungen

Nr.	Seite	streichende	setzende
1.	98	im Referat C/ G10	im Referat <u>Rechtsangelegenheiten</u> / G10
2.	99	aus 99	aus <u>1999</u>
3.	99	Art. 10 ...	Art. 10 <u>GG</u>
4.	99	Anführungszeichen	
5.	100	Wie gesagt, es sind nur die Juristen im BND, sondern es sind Vorgaben des Verfassungsgerichtes.	Wie gesagt, es sind <u>nicht</u> nur die Juristen im BND, sondern es sind Vorgaben des Verfassungsgerichtes.
6.	104	Rechtliche Begrenzung durch technische Vorgaben per se, die Verhältnismäßigkeit und Verfassungsmäßigkeit der Fernmeldeaufklärung sichergestellt – dies auch im Verfassungsgerichtsurteil von 1999 niedergelegt.	Rechtliche Begrenzung durch technische Vorgaben, die <u>per se</u> die Verhältnismäßigkeit und Verfassungsmäßigkeit der Fernmeldeaufklärung <u>sicherstellt</u> – dies auch im Verfassungsgerichtsurteil von 1999 niedergelegt.
7.	104	Die Besonderheiten: die strategische Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes nicht personenbezogen, sondern gefahrenbereichsbezogen ...	Die Besonderheiten: die strategische Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes <u>ist</u> nicht personenbezogen, sondern gefahrenbereichsbezogen ...

Anlage: Korrekturanmerkungen

8.	104	Damit vor dem Hintergrund des immensen existierenden internationalen Kommunikationsvolumens [...] sichergestellt, ...	Damit <u>ist</u> vor dem Hintergrund des immensen existierenden internationalen Kommunikationsvolumens [...] sichergestellt, ...
9.	105	Es ist ausdrücklich offengelassen in der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung von 99.	Es ist ausdrücklich offengelassen in der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung von <u>1999</u> .
10.	129	Die Rechtsauffassungen zur territorialen Geltung wurden von der Bundesregierung schon im Urteil 99 vertreten ...	Die Rechtsauffassungen zur territorialen Geltung wurden von der Bundesregierung schon im Urteil <u>1999</u> vertreten ...
11.	134	Wenn man sich das schon mehrfach zitierte Urteil des Verfassungsgerichtes aus 99 anschaut ...	Wenn man sich das schon mehrfach zitierte Urteil des Verfassungsgerichtes aus <u>1999</u> anschaut ...
12.	136	Bereits diese Relationen zeigen eine Erfassungswahrscheinlichkeit, dass die Fernmeldeaufklärung verfassungsgemäß ist und verhältnismäßig ist und das gerade auch durch das Verwaltungsgericht bestätigt.	Bereits diese Relationen zeigen eine Erfassungswahrscheinlichkeit, dass die Fernmeldeaufklärung verfassungsgemäß ist und verhältnismäßig ist und das gerade auch durch das Verwaltungsgericht bestätigt <u>wurde</u> .
13.	141	Wie gesagt: Die Debatte findet sich über weite Strecken im Urteil von 99.	Wie gesagt: Die Debatte findet sich über weite Strecken im Urteil von <u>1999</u> .
14.	145	Die Aussage, dass diese Fragen seit dem Urteil von 99 bekannt waren ...	Die Aussage, dass diese Fragen seit dem Urteil von <u>1999</u> bekannt waren ...

Anlage: Korrekturanmerkungen

15.	154	<p>Und, wie gesagt, ich vertrete eine Meinung, wie sie von der Bundesregierung [sic!] im Urteil 1999 veröffentlicht oder dargestellt wurde und seitdem im Raum steht</p>	<p>Und, wie gesagt, ich vertrete eine Meinung, wie sie von der Bundesregierung <del>fiel</del> im Urteil 1999 veröffentlicht oder dargestellt wurde und seitdem im Raum steht</p>
			<p><i>Der Standpunkt der Bundesregierung wird tatsächlich – auch als solcher gekennzeichnet – in dem vom BVerfG veröffentlichten Urteil wiedergegeben. Es liegt kein (Bezugs-)Fehler vor, die redaktionelle Ergänzung [sic!] ist daher zu streichen.</i></p>





## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

Initialen sowie Anschrift der Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

**Zeuge A. F.:** Mein Name ist A. F. Ich bin Jurist. Die Dienststelle ist Ihnen bekannt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also BND in Pullach?

**Zeuge A. F.:** Richtig.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank.

(RA Johannes Eisenberg betritt den Sitzungssaal)

- Herr Rechtsanwalt Eisenberg, der Zeuge hat zu Beginn gesagt, wir können anfangen und Sie werden gleich kommen. Von daher haben wir in den ersten Sekunden ohne Sie angefangen. Da Sie aber schon bei der Belehrung dabei waren

(Dr. André Hahn(DIE LINKE): Bis dahin ging es ganz gut!)

- genau -, freut es mich, dass wir auch jetzt genauso gut weitermachen.

Ich würde zunächst unserem Zeugen Herrn F. das Wort geben. Wenn Sie ein Eingangsstatement wünschen, so wie es § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes vorsieht, dann hätten Sie nun die Gelegenheit dazu.

**Zeuge A. F.:** Vielen Dank. Ich würde gerne die Gelegenheit nutzen, dieses Eingangsstatement wahrzunehmen. Dieses Eingangsstatement ist in drei größere Blöcke geteilt. Ich will in einem ersten großen Block Ihnen kurz zu meinem persönlichen Werdegang vortragen, im zweiten Block, im Hauptteil, zu den Aufgaben und Arbeitsinhalten meines Referates Rechtsangelegenheiten/G 10 und als dritten großen Punkt einige mir wesentliche Punkte hier noch vorstellen.

Ich fange gleich an mit dem ersten großen Punkt: persönlicher Werdegang. Ich bin seit 1. Juli 2009

Rechtsangelegenheiten  
1  
beim Bundesnachrichtendienst, seit diesem Zeitpunkt Referent im Referat E/G 10 der Abteilung Technische Aufklärung. Ich war von Januar 2013 bis einschließlich August 2014, also circa 20 Monate, kommissarischer Referatsleiter dieses Referats, damit zugleich G-10-Beauftragter der Abteilung Technische Aufklärung und damit zum Zeitpunkt der Einsetzung Ihres Untersuchungsausschusses verantwortlich zu juristischen Fragen, insbesondere zu G 10, entsprechend Ihrem Beweisbeschluss. - Wie gesagt: von Profession her Jurist mit zwei Staatsexamen.

Was waren die Aufgaben und Arbeitsschwerpunkte dieses Referates Rechtsangelegenheiten/G 10 der Abteilung Technische Aufklärung? Ich möchte mit einem Ausgangspunkt beginnen, und zwar dem Zweck der Fernmeldeaufklärung. Die Fernmeldeaufklärung ist kein Zweck an sich, sondern Mittel zum Zweck - dieser Punkt, der öfter auch in der öffentlichen Wahrnehmung hinterrück anfällt. Hauptaufgabe des Bundesnachrichtendienstes ist die Berichterstattung nach § 12 BND-Gesetz, insbesondere Lageberichte und Analysen. Das heißt, es handelt sich um die Sammlung und Auswertung von Informationen mit außen- und sicherheitspolitischer Relevanz.

Die Fernmeldeaufklärung ist Einsatz eines nachrichtendienstlichen Mittels zur Schaffung von nachrichtendienstlichem Mehrwert. Bedarfsträger sind die auswertenden Fachabteilungen des Bundesnachrichtendienstes. Die Technische Aufklärung ist nur Bedarfsdecker. Wie gesagt, die Fernmeldeaufklärung ist kein Selbstzweck an sich. Der Schwerpunkt dieser Tätigkeit ist strategisch-phänomenologisch: strategische Auslandsverhalte, das heißt nicht Deutschlandsachverhalte, nicht Einzelpersonen. Die Berichterstattung des Bundesnachrichtendienstes ist über weite Strecken ohne personenbezogene Daten. Vor diesem Hintergrund ist eben auch der Bedarfsträger, die Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes, zu sehen.

Die Fernmeldeaufklärung gliedert sich in einen Funktionsprozess, in eine Funktionskette: Nachrichtengewinnung, Entzifferung, Nachrichtenaufbereitung, Auswertung. Das heißt, es handelt



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzer  
brochene

Ich darf u  
Herrn A.  
nungsgen  
Ladung a  
Dank, das  
dem Auss  
fügung st

Ich habe S  
destagsver  
Sitzung fe  
Zweck, di  
zung zu er  
stellung de  
koll dieser  
lung zuges  
ist, die Mö  
Korrekture  
ben Sie hic

Zeuge A. F

Vorsitzend  
schön. - Ich  
Rechtsbeist  
vertreten si  
wir trotzdem  
uns sehr. H  
erneut vorst  
Tages bei u  
jetzt weiter

Herr F., vor  
nächst zu be  
worden. Als  
Wahrheit zu  
und vollstän  
sen, was zur  
fügen, was d  
Sie außerdem  
Folgen eines  
pflicht hinzu  
chungsaussc

sich um einen komplexen mehrstufigen Prozess.  
Ich denke, das ist etwas, was hier in diesem  
Raum, in diesem Gremium auch schon deutlich  
geworden ist. Es sind viele, viele Räder, die in-  
einandergreifen. Es ist also auch wichtig aus mei-  
ner Sicht für eine Bewertung, dass sich einzelne  
Bearbeitungsschritte in diesem langen Prozess  
einer singulären Bewertung, einer losgelösten Be-  
wertung des Kontextes entziehen, zum Beispiel  
einzelne Zahlen, die man an einzelnen Stellen  
herausgreift.

1999 ①

GG ③

④

Die Fernmeldeaufklärung ist ein Trichter. An al-  
len Stellen wird selektiert und verworfen, auto-  
matisiert. Dies ist auch bei der rechtlichen Be-  
wertung der Fernmeldeaufklärung zu beachten.  
Das hat das Bundesverfassungsgericht auch in  
seiner Entscheidung aus 99 niedergelegt. Die In-  
tensität eines Eingriffes muss in der Gesamtschau  
der Verfahrensschritte bewertet werden. Ich zi-  
tiere: „Auch wenn die freie Kommunikation, die  
Art. 10 / sichern will, bereits durch die Erfas-  
sung und Aufzeichnung von Fernmeldevorgän-  
gen gestört sein kann, erhält diese Gefahr ihr vol-  
les Gewicht doch erst durch die nachfolgende  
Auswertung und Verwendung der Erkennt-  
nisse. Insoweit kann dieser Gefahr aber auch  
„auf der Ebene der Auswertungs- und Übermitt-  
lungsbefugnisse ausreichend begegnet werden“. -  
Ich komme hierauf noch mal zurück.

(Von der Brücke über die  
Spree aus werden offen-  
kundig Fotos gemacht)

- Freundliche Fotografen auf der Brücke gegen-  
über?

(RA Johannes Eisenberg: Ja,  
das ist eine Frage!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Den  
Zwischenruf habe ich nicht verstanden, Herr  
Eisenberg.

Zeuge A. F.: Das freundliche Blitzlicht von der  
Brücke gegenüber.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:  
grafieren die nach hier oder das  
rium? - Der in dem weißen Hen  
lich ein Kollege, der auf diese F

Zeuge A. F.: Ich fahre fort. - Kun  
vorab, die wichtig ist, die auch  
in diesem Gremium schon meh  
punkt war, und zwar Metadaten  
dene Begriffe hier: Metadaten,  
Verbindungsdaten.

Was sind Metadaten? Metadaten  
richtendienstlichen Sprachgebr  
die über einen Übertragungswe  
Inhalt sind. Wichtig ist: Wir m  
den, und zwar einerseits zwisc  
Anschluss am Endgerät und de  
Nutzer, dem Kommunikationst  
Zuordnung zwischen Endgerät  
eine menschliche Analyseleist  
im internationalen Telekommu  
bleiben über weite Strecken an  
die Kernfrage auch für die rech  
ist die Frage nach der Personen  
Daten, bestimmt oder bestimm  
schutzgesetz vorgesehen. Es ste  
Frage nach dem Kriterium der  
von personenbezogenen Daten  
landssachverhalten. ✓

Die Bestimmung natürlicher Pe  
nischen Endgerät auf den Nutz  
Strecken nur mit Zusatzwissen  
weit dieses Zusatzwissen vorha  
vertretbarem Aufwand beschaff  
hat zur Folge, ob es sich um be  
mit um personenbezogene Dat

Der Begriff Verkehrsdaten/Ver  
hingegen ein Begriff aus dem j  
gebrauch bzw. aus dem Diskur  
den.

Es gibt noch eine dritte Dimen  
Definition des Bundesverfassu  
wird unterschieden zwischen  
ferneren Umständen der Tele  
Nur die näheren Umstände de



## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

tion sind vom Schutz des Fernmeldegeheimnisses umfasst - Urteil vom 13. Oktober 2006. Sprich: Alle entfernteren Umstände der Telekommunikation unterfallen nicht dem Schutz des Fernmeldegeheimnisses.

Metadaten können somit alle sein; es muss kein personenbezogenes Datum aufweisen. Beispiel ist die IP-Adresse. Die Frage, ob eine IP-Adresse personenbezogen ist im Inland, aber auch bei Auslandssachverhalten, ist juristisch nicht geklärt. Und dabei handelt es sich nicht, wie zum Beispiel die *Zeit* schreibt, um eine Meinung der „Anarchos vom BND“. Der Bundesgerichtshof hat mit Beschluss von Oktober 2014 diese Frage dem EuGH vorgelegt. Von den „Anarchos vom BGH“ spricht niemand. Das heißt, hier wird an bestehende rechtswissenschaftliche Vorgänge angeknüpft. Es sind keine Umdefinitionen seitens des Bundesnachrichtendienstes. So auch zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Bestandsdatenabfrage aus Januar 2012: Die Zuordnung von Telekommunikationsmerkmalen zu Nutzern unterfällt ebenfalls nicht dem Schutz des Fernmeldegeheimnisses.

Wir haben also den Personenbezug als zentrales Kriterium, verknüpft mit einer Vielzahl einzelner juristischer Fragen, die als Anknüpfungspunkt für rechtliche Wertungen dienen. Metadaten sind nicht gleichzusetzen mit personenbezogenen Daten, sind nicht gleichzusetzen automatisch mit näheren Umständen der Telekommunikation. Sie sind nicht gleichzusetzen mit Grundrechtseingriffen in Artikel 10. Das heißt, der ganze Sachverhaltskomplex ist differenziert zu betrachten. Gerade deshalb gibt es ja auch dann Juristen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die machen, was geht!)

Wie gesagt, es sind ~~nur~~ die Juristen im BND, sondern es sind Vorgaben des Verfassungsgerichtes.

Zu den Aufgaben meines Referates, meines damaligen Referates: Zwei Hauptaufgaben: einerseits das G-10-Wesen, andererseits die juristische Beratung insbesondere der Abteilungsleitung in

allen sonstigen Rechtsfragen, G-10-Wesen als Kern.

Was ist G 10? Hier der Schwerpunkt meines Referates. Es sind verschiedene Punkte. Es beginnt mit dem Antragswesen. Jeden Monat findet eine Sitzung der G-10-Kommission statt. Gegebenenfalls geht man auch ins Parlamentarische Kontrollgremium, um die Anordnungen nach G 10 zu erwirken. Es handelt sich hier um eine Ex-ante-Kontrolle vor Umsetzung der Maßnahmen. Kommt es auf dieser Grundlage zu Erfassungen, sind die Juristen im Bereich der technischen Aufklärung dazu berufen, die Erfassungsergebnisse zu kontrollieren. Dies bedeutet eine juristische Endprüfung jedes einzelnen Erfassungsergebnisses durch einen Beamten mit der Befähigung zum Richteramt, hier zum Beispiel dann auch die vorgegebenen Kernbereichsprüfungen oder Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen. Besteht dann fachlicher Bedarf, diese Erkenntnisse auch anderen Behörden zur Kenntnis zu geben, wird die Übermittlung ebenfalls durch einen Juristen geprüft, G-10-Übermittlungswesen.

Neben dieser Kontrolle - Vorabkontrolle vor Erfassung der Kontrolle der Erfassung selbst - erfolgt auch eine Ex-post-Kontrolle, und zwar entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, die G-10-Kommission monatlich über die erfolgten Erfassungen zu unterrichten. Halbjährlich erfolgt eine Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Jährlich wird hieraus ein sogenannter G-10-Bericht erstellt, der als Bundestagsdrucksache veröffentlicht ist. Ich glaube, aktuell ist der Bericht aus 2012 auf der Homepage des PKGr veröffentlicht. Also, hier schließt sich eine Ex-post-Kontrolle an.

Dann, ebenfalls entsprechend den Vorgaben des Verfassungsgerichtes, muss im Regelfall eine Unterrichtung an den Betroffenen der Maßnahme erfolgen, um ihm den Rechtsweg zu den Gerichten zu eröffnen. Nur in seltenen Ausnahmefällen kann mit Zustimmung der G-10-Kommission hiervon abgesehen werden.

Antragswesen, Meldungswesen, Übermittlungswesen, Berichtswesen. Daneben organisieren wir





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Absatz 4 ist festzulegen: Welcher Anteil der auf diesen Übertragungswegen zur Verfügung stehenden Übertragungskapazität darf überwacht werden? - Wortlaut ergibt eine Formel: Überwachter Anteil ist Überwachungskapazität durch Übertragungskapazität. Damit ist die Frage der Kapazitätsgrenze im Grunde im Wortlaut des Gesetzes niedergelegt. Dass es hierüber Diskussionen geben kann, verwundert mich ein bisschen. Es kann ja auch nicht Sinn sein einer Fernmeldeaufklärung, 20 Prozent eines Verkehrs zu erreichen, 20 Prozent einer E-Mail oder 20 Prozent eines Telekommunikationsverkehrs.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es gibt eine Begründung zum Gesetz!)

Rechtliche Begrenzung durch technische Vorgaben, per se, die Verhältnismäßigkeit und Verfassungsmäßigkeit der Fernmeldeaufklärung sichergestellt - dies auch im Verfassungsgerichtsurteil 1999 niedergelegt.

Als letzte Maßnahme noch für den Bundesnachrichtendienst - ebenfalls als Alleinstellungsmerkmal - die Maßnahme nach § 8 bei Gefahr für Leib oder Leben einer Person im Ausland, der sogenannte Jolo-Paragraph, Entführungsfälle. Wichtig hier: Es ist ein systematischer Unterfall der strategischen Fernmeldeaufklärung. Das heißt, alle Rahmenbedingungen, Einschränkungen, Regelungen für die strategische Fernmeldeaufklärung gelten auch für diese Maßnahme. Die Fernmeldeaufklärung in diesem Bereich ist teilweise einziges Erkenntnismittel für den Krisenstab der Bundesregierung. Beispiele sind Motorradreisegruppen in Nordafrika oder Reisegruppen an Vulkanen in Afrika oder eine Hochzeit, die Gott sei Dank vorbei ist, die uns im G-10-Bereich massiv beschäftigt hat: die Entführung von Schiffen zum Beispiel mit deutschen Kapitänen an Bord am Horn von Afrika.

Die Besonderheiten: die strategische Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes nicht personenbezogen, sondern gefahrenbereichsbezogen, über weite Strecken nicht auf personenbezogene Daten ausgerichtet. Anknüpfungspunkte an Auslandssachverhalte. Keine Überwachung von

Telekommunikationsanschlüssen, sondern anteilige Überwachung international gebündelter Übertragungswege, ein systematischer Unterschied zu den Maßnahmen, wie man sie aus dem Bereich der Innenbehörden kennt. Es ist keine gezielte Überwachung bestimmter Endgeräte möglich, da die Kommunikation, um für den Bundesnachrichtendienst erfasst zu werden, über den kleinen Anteil der von ihnen überwachten Übertragungswege laufen muss. Damit vor dem Hintergrund des immensen existierenden internationalen Kommunikationsvolumens, des kleinen zur Verfügung stehenden Überwachungsfensters sowie einer unheimlich dynamischen Verkehrswegelenkung in der Telekommunikationswelt sichergestellt, dass der Bundesnachrichtendienst nicht in die Nähe einer massenhaften Überwachung kommt.

Für alle Fernmeldeaufklärungsmaßnahmen des Bundesnachrichtendienstes gilt: Er klärt im Ausland auf. Im Ausland kann er keine deutschen Provider - kann er keine Provider verpflichten. Er braucht eigenen technischen Unterbau und Zugang. Damit sieht er sich immensen Herausforderungen im technischen Bereich gegenüber, Vielfalt der verschiedenen Dienste, der Datenmengen.

Das Schwierige ist immer, die Zahlen, die Relationen zu kriegen. Im Rahmen des schon angesprochenen Verfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht ging der Kläger damals gegen die 37 Millionen E-Mail-Erfassungen des Bundesnachrichtendienstes im Jahr 2010 vor. Damals wurden Zahlen ermittelt. Für das Jahr 2010 gab es circa 107 Billionen E-Mails, deutschlandweit circa 400 Milliarden E-Mails, 37 Millionen davon in den Systemen des Bundesnachrichtendienstes. Wenn man Spam und Pornografie noch abzieht, kommen wir in einen Bereich der Erfassungswahrscheinlichkeit „null Komma“. Kein Fulltake, keine massenhafte Erfassung, kein Heuhaufen, nicht vom methodischen Ansatz her, nicht von der Technik her, nicht von den rechtlichen Merkmalen.

Der Bundesnachrichtendienst ist die einzige Behörde, die im Ausland diese Aufklärung betreibt.



Nur zum dienstlichen Verwendung

ben kann. Wie gesagt, die Beispiele wären Finanzierungsstrukturen, Schleusungsstrukturen, staatliche vertarnte Beschaffungsstrukturen für Massenvernichtungswaffen, militärische Aufklärung. Der Schutz des Fernmeldegeheimnisses nach Artikel 10 liegt für diese Zielgruppen fern. Daneben, auch schon mehrfach in der Presse genannt: Force Protection, also der Schutz der Bundeswehr in den Einsatzgebieten.

Quintessenz: Wir haben Besonderheiten für die Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes, die es bei einer rechtlichen, bei einer politischen Bewertung zumindest aus meiner Sicht zu beachten gilt: Personenbezogenheit gegenüber Gefahrenbereichsbezogenheit, Aufklärung von Zielpersonen gegenüber Aufklärung von Auslandssachverhalten, deliktische Sachverhalte bei den Innenbehörden, strategische Phänomene bei uns, personenbezogene Daten gegenüber Sachinformationen, Inlandsaufklärung, Auslandsaufklärung, Zugang durch Provider, kein verpflichtbarer Provider vorhanden.

Fernmeldeaufklärung - dies folgt daraus - ist systematisch und fundamental verschieden von TKÜ-Maßnahmen der Innenbehörden. Kein Aliud, sondern Maßnahmen sui generis. Es ist somit eine genaue Prüfung erforderlich, ob, wo und inwieweit Maßstäbe der Inlandstelekkommunikationsüberwachung hier angelegt werden können. Es wird über weite Strecken aufgrund dieser Besonderheiten nicht möglich sein.

Damit bin ich durch meinen Hauptteil durch, will als dritten Punkt einige mir wesentliche Punkte noch kurz anreißen. Ein Punkt ist die Reichweite des Artikels 10 - große Diskussion -, insbesondere der territoriale Anwendungsbereich, zu dem auch hier bereits eine Sachverständigenanhörung stattgefunden hat. Wichtig ist: In grundrechtsdogmatischer Hinsicht gibt es einen Dreiklang: territorialer Anwendungsbereich, persönlicher Anwendungsbereich, sachlicher Anwendungsbereich. Alle drei Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein, um den Schutz des Fernmeldegeheimnisses zu eröffnen. Fällt eine dieser Voraussetzungen weg, ist der Anwendungsbereich eines Grundrechts nicht eröffnet.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wo steht das?)

- In einem beliebigen Lehrbuch in - - Können wir gucken.

(Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wollen wir nachgucken?)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt würde ich vorschlagen, erst mal das Eingangsstatement zu Ende zu hören.

**Zeuge A. F.:** Die territoriale Geltung ist eine Diskussion der Auslandsgeltung von Grundrechten. Das ist auch keine neue Diskussion, wurde insbesondere im Zuge der Auslandseinsätze der Bundeswehr auch geführt. Der Stand der Diskussion: nicht so eindeutig, wie in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Es gibt gewichtige Argumente, die gegen eine uneingeschränkte, eine unmodifizierte Geltung der Grundrechte sprechen, insbesondere Territorialprinzip, Personalprinzip. Die Funktion der Grundrechte als Abwehrrechte gegenüber dem Staat knüpfen an das Territorialprinzip, an das Personalprinzip, an die Rechtsunterworfenheit an. Dies wurde auch hier in diesem Kreis schon durch den Sachverständigen Talmon dargelegt. Es ist ausdrücklich offengelassen in der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung von 99. Dort heißt es: Aus der umfassenden Bindung nach Artikel 1 III Grundgesetz ergibt sich noch keine abschließende Festlegung der räumlichen Geltungsreichweite der Grundrechte. Über die Frage, was für ausländische Telekommunikationsteilnehmer im Ausland gilt, ist hier - also 1999 - nicht zu entscheiden.

Eine eingeschränkte Geltung des Fernmeldegeheimnisses ist durch eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers auch dokumentiert. In der Gesetzesbegründung zur Novelle 2001 findet sich dieser Sachverhalt. Er findet sich aber insbesondere in der Unterscheidung in § 5 Absatz 2 G 10. § 5 Absatz 2 sagt aus: Im Rahmen der strategischen Fernmeldeaufklärung darf keine gezielte Erfassung einzelner Telekommunikationsanschlüsse erfolgen. Dort heißt es aber weiter auch: Dies gilt nicht für

Telek  
Auslä  
im Ra  
deuts  
Ausla  
§ 5 A  
nach  
wurd  
auch  
Bend  
ratu

Viel  
wur  
run  
me!  
spr  
get  
Vo  
ter  
Ei  
G  
ge  
fu  
U  
d



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge A. F.:** Im Einzelfall auch vorher. Natürlich erst verstärkt im Maße mit der öffentlichen Wahrnehmung.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie was dazu sagen, wie die Rechtsauffassung innerhalb des BND und innerhalb Ihres Referats, insbesondere vor den sogenannten Snowden-Enthüllungen und den BfDI-Anfragen war? Gab es da auch schon unterschiedliche Auffassungen? Oder hat man jetzt erst im Zuge dieser Enthüllungen und dieser Anfragen des BfDI gemerkt, dass es da unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt?

**Zeuge A. F.:** Also, es gibt permanent, wenn man es so formulieren will, zwei Juristen, drei Meinungen. Also, die Prüfungen wurden immer pluralistisch und auch kritisch durchgeführt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Aber Sie würden nicht sagen, dass es anhand der Vorkommnisse der Enthüllungen der Anfragen jetzt einen Umschwung - -

**Zeuge A. F.:** Nein. Einen Umschwung nicht. Vor allen Dingen, wie auch mehrfach schon darauf hingewiesen, dass ja alle diese Fragen über weite Strecken ja auch öffentlich oder bekannt sind. Die Rechtsauffassungen zur territorialen Geltung wurden von der Bundesregierung schon im Urteil 99 vertreten und sind dort in den Urteilsgründen niedergelegt, wurden im Nachgang ja auch in der juristischen Literatur aufgenommen und verwertet. Also, insofern sind das alles keine Fragen, die durch Snowden aufgekommen sind.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. Um es noch mal zusammenzufassen und damit ich es auch richtig einschätze, der Kern der Diskussion: Die Hausleitung BND hat die Ansicht vertreten, dass die gesetzliche Ermächtigung zur Datengewinnung aus der Routineaufklärung § 1 Absatz 2 BND-Gesetz war. Und die weiteren Vorschriften des BND-Gesetzes und des Bundesverfassungsschutzgesetzes finden dann keine Anwendung auf die Erfassung und Übermittlung von Ausland-Ausland-Verkehren in Bad Aibling. Ist das richtig zusammengefasst, was die Rechtsauffassung der BND-Hausleitung angeht?

**Zeuge A. F.:** Für die Rechtsauffassung der BND-Hausleitung, möchte ich vorschlagen, müssen Sie die BND-Hausleitung fragen.

Ich würde zustimmen mit den Konkretisierungen, dass natürlich die Frage der anwendbaren Rechtsgrundlage für die Erhebung abhängig jeweils ist vom konkreten Umstand im Einzelfall. Also, hier war ja der Ausgangspunkt die Satellitenerfassung. Dies als erste Konkretisierung aus meiner Sicht. Ich bin nicht die Hausleitung.

Und der zweite Punkt, dass diese Fragen natürlich betreffen die Rechtsgrundlage für die Erhebung von Auslandssachverhalten. Diese geschilderten Rechtsfragen haben keine Auswirkungen auf den Schutz von Grundrechtsträgern nach G 10, keine Auswirkungen auf das Fernmeldegeheimnis für deutsche Staatsangehörige oder im territorialen Geltungsbereich.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut. Das habe ich dann so verstanden.

Wir haben als Ausschuss am 27. November letzten Jahres den Zeugen Dr. Burbaum gehört. Der war von Ende 2002 bis Anfang 2005 für Rechtsangelegenheiten nach dem G-10-Gesetz in der Abteilung 2 zuständig. Und er hat die Auffassung vertreten, dass § 2 Absatz 1 BND-Gesetz die Rechtsgrundlage für die Routineerfassung sei. Und die Auffassung wird auch in Schulungsunterlagen des BND vertreten.

Es gab da zum Beispiel eine Unterlage Ihrer ehemaligen Vorgesetzten, einer Frau Dr. R, aus dem Oktober 2011, die die Aussage enthält, dass Rechtsgrundlage für einen Eingriff des BND in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung eben § 2 BND-Gesetz sei.

Muss ich jetzt davon ausgehen, dass es einen Sinneswandel gegeben hat, wenn der Dr. Burbaum da eine andere Auffassung hatte? Im Jahr 2013.

**Zeuge A. F.:** Das sind jetzt alles Fragen, die sich meiner Wahrnehmung entziehen. Also, was Herr Dr. Burbaum oder meine Vorgänger gemacht haben, kann ich Ihnen jetzt leider nicht beantworten.





## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

dere Rechtsauffassungen oder andere Auffassungen von der Funktionsträgertheorie. Von daher war das einfach noch mal wichtig, Ihre Expertise hier zu hören und zu Protokoll zu geben. - Vielen Dank.

Lieber Herr Vorsitzender, wir sind dann soweit durch.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielen Dank.

**Zeuge A. F.:** Vielleicht noch ein kleiner Nachtrag. Auch die Funktionsträgertheorie findet Anklang in der Rechtsprechung. Wenn man sich das schon mehrfach zitierte Urteil des Verfassungsgerichtes aus 99 anschaut, dann wurde einem Kläger dort die Klagebefugnis verwehrt mit der Begründung, er kommuniziere für jemand anderen. Also genau die Konstruktion, die Sie hier gefragt haben.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, Sie sagen es ja: Es wird durch Kommentarliteratur gestützt, zum Grundgesetz. Es ist allgemein anerkannt. - Aber dennoch gibt es auch hier in der Runde eben Auffassungen, das wäre eine Erfindung des BND und das wäre alles nicht richtig. Von daher war das mal gut, von Ihnen noch mal so fundiert hier zu hören. - Vielen Dank.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das war gut zusammengefasst!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Jetzt ist aber nicht der Kollege Hahn dran, sondern die Frau Kollegin Renner; denn die Fraktion Die Linke hat die nächsten Fragen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. - Ich will an zwei Aussagen anknüpfen, die Sie vorhin getätigt haben. Sie haben darauf Wert gelegt, zu sagen, dass es eine andere Arbeitsweise gibt beim BND als umgekehrt zum Beispiel beim GCHQ in der Behandlung deutscher Staatsbürger, weil man dort Heuhaufen anlegt und die auf Dauer speichert und dann irgendwann mal guckt, ob man auch Nadeln suchen möchte, und dass das nicht die Arbeitsweise des BND sei.

Ich möchte Ihnen jetzt ein Dokument vorlegen. Das ist die Akte BND-1, Ordner 248 und dort die Seite 36.

(Zuruf)

- 1/11m. Okay.

Dort kann man eine Übersicht zur Menge und Speicherdauer von Metadaten sehen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Ich meine den Text unter dem großen blauen Kasten.

**Zeuge A. F.:** Seite 36?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. Da finden Sie diverse Dienststellenbezeichnungen und dann Mengen und dann - -

**Zeuge A. F.:** Ist das eingestuft?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich glaube, das muss eine eingestufte Akte sein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, ja. Deswegen bleibe ich ja so allgemein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nur: Deswegen konnten wir es gerade nicht finden, weil wir nicht wussten: Geheim. Das ist Geheim, glaube ich.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 36! Ja!)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und Speicherdauer. Wenn Sie dort die Mengen betrachten und die Speicherdauer, die dahinter steht, dann handelt es sich hierbei ja nicht um - ich sage mal, um im Bild des Heuhaufens zu bleiben - drei Ähren, sondern einen doch fulminanten Heuhaufen, den wir da vorfinden.

**Zeuge A. F.:** Das - - Ich muss jetzt aufpassen, dass ich nichts Geheimen zitiere. Die Erfassungszahlen; die ja dort angegeben sind - -



## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und deswegen halte ich an meiner Aussage fest, dass das was anderes ist als das, was wir jetzt in den Medien vermeintlich von anderen Nachrichtendienstern vermittelt kriegen.

Und es ist eben insbesondere so, dass angesichts dieser Zahlen, Verhältnis zwischen dem, was auf den Übertragungswegen läuft, und auf dem, was nur in der Erfassung des Bundesnachrichtendienstes ist - - obwohl, wie gesagt, das, was in der Erfassung des Bundesnachrichtendienstes noch lange keine personenbezogenen Daten sind und noch lange keinen Eingriff darstellt. Bereits diese Relationen zeigen eine Erfassungswahrscheinlichkeit und ein Überwachungsfenster, dass die Fernmeldeaufklärung verfassungsgemäß ist und verhältnismäßig ist und das gerade auch durch das Verwaltungsgericht bestätigt wurde.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber das war auch nicht meine Frage. Meine Frage ist: Es geht hier um Wählverkehre im Millionenbereich. Ist das Massendatenerfassung - ja oder nein?

**Zeuge A. F.:** Nein. Angesichts der vorhandenen Wählverkehre ist dieser Ausschnitt nicht massenhaft. Das ist im Promillebereich. Wie kann man denn da von „massenhaft“ zu sprechen?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir reden hier von der Bundesrepublik Deutschland. Ja? So. Und es geht darum, dass hier Millionen von Daten an einem Tag erfasst werden und auf eine lange Frist gespeichert werden. Genau. Wählverkehre. So. Wir reden über viele Monate bis Jahre. Ja? Ich kann nicht nachvollziehen, wieso das nicht massenhaft ist.

Ich will aber noch einen zweiten Begriff mit Ihnen diskutieren. Die Speicherung auf Monate und Jahre, handelt es sich hierbei um eine Speicherung auf Vorrat?

**Zeuge A. F.:** Also, noch mal: Ich denke, wir kommen bei der Diskussion nicht weiter. Sie sagen: Diese Millionenzahlen sind massenhaft.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge A. F.:** Ich sage: Angesichts der zigfach Milliarden vorhandenen Daten am Tag ist es nicht massenhaft. Aber ich glaube, da sind wir dann im Wertungsbereich und kommen nicht weiter. Aber diese Zahlen, die Ihnen hier vorliegen, sind im Verhältnis zu dem, was tatsächlich passiert, ein klitzekleiner Ausschnitt.

Zur zweiten Frage: Es sind ja gerade auch unterschiedliche Speicherdauerdaten auf Grundlage des Bundesnachrichtendienstgesetzes eben in Abhängigkeit von dem Gefahrenbereich, der aufgeklärt wird, in Abhängigkeit des Ansatzes. Gerade da wird spezifisch differenziert und nicht alles in einen Topf geworfen.

Und es ist nicht anlasslos, da es sich hier um Daten handelt auf Übertragungswegen aus Krisengebieten, die ausgewählt wurden, spezifisch, und die in das Auftragsprofil bzw. in die Gefahrenbereiche Terrorismus, Proliferation usw. fallen und damit auch nicht anlasslos sind.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn ich die Daten auf Jahre vorhalte, damit ich sie irgendwann mal durchsuchen kann, gibt es also sozusagen eine konkrete Zweckbindung dieser Daten? Oder werden diese Daten vorgehalten, um gegebenenfalls in Zukunft bestimmte Zwecke zu erfüllen?

Ich frage deshalb, weil Sie ja in die Anordnungen, die zur Erfassung dieser Daten führen, bestimmte sozusagen Regionen oder bestimmte Auftragsprofile des BND beschreiben, zu denen die Daten erfasst werden. Manchmal - das gehört auch dazu - muss ja die konkrete Strecke auch noch benannt werden, also der Verkehrsweg, auf dem die Daten erfasst werden. Also, es ist vorge-schrieben, was dort alles spezifiziert werden muss. So.

Nun kann es ja sein, wenn man diese Daten über Jahre dann ablegt, dass der eigentliche Zweck mittlerweile sich ad acta gelegt hat, weil die Krisenregion sich entwickelt hat, die Bundeswehr abgezogen wurde und Ähnliches mehr und die Daten weiterhin sich aber dann beim BND befinden.





Nur zur dienstlichen Verwendung

Für mich klingt das jetzt irgendwie so, als ob das eine neue Idee ist, so wie er das formuliert. Hat man sich vorher, also vor 2013, denn da gar keine Gedanken gemacht, welche Rechtsgrundlage es gibt für die Übermittlung der Daten? Oder gab es vorher eine andere Rechtsauffassung?

**Zeuge A. F.:** Also, die Rechtsauffassungen sind unverändert über die Jahre.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Warum schreibt er das dann so, als ob es was Neues wäre und als ob man da jetzt nach einer Rechtsgrundlage suchen oder einer Argumentation suchen müsste?

**Zeuge A. F.:** Vielleicht war es ja für den Mitarbeiter was Neues.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, Sie haben da keine Anhaltspunkte für eine neue Debatte oder eine Änderung?

**Zeuge A. F.:** Wie gesagt: Die Debatte findet sich über weite Strecken im Urteil 99 135

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Die Argumentation, die der BND dann da hatte, trägt die denn noch, wenn die zu übermittelnden Daten vorher auf deutschem Boden durch spezielle G-10-Filter des BND laufen und deren Funktionen dann auch notfalls händisch nachkontrolliert wurden, wie andere Zeugen das versichert haben?

**Zeuge A. F.:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Okay. - Ihr Referat hat sich ja dann ab Sommer 2013 stark mit den Anfragen des BfDI zur Kooperation mit der NSA in Bad Aibling beschäftigt. Es gibt eine E-Mail vom 21. August 2013. Das ist MAT A BND-1/6a. Bei uns ist es die Vorlage 5.6. Dort liefern Sie der behördlichen Datenschutzbeauftragten - das ist die Frau Dr. F. - Informationen zu.

Beigefügt ist dann wohl eine kürzere Version dieses Kurzgutachtens zur Weitergabe, das wir schon erwähnt hatten. Und auf der nächsten Seite der Akte findet sich dann noch eine weitere Seite mit weiteren Darlegungen. Wir legen Ihnen das Dokument auch vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

Diese Dokumentseite ohne eigene Überschrift - -  
Haben Sie das gefunden?

**MAT A BND-1/6a.** Die Dokumentseite ohne eigene Überschrift, war die dann Bestandteil des von Ihnen am 21.08.2013 an die Frau Dr. F. versandten Kurzgutachtens? Oder war das ein zusätzliches Fundstück?

**Zeuge A. F.:** Ich bitte, die Frage zu wiederholen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wir haben ja eine - - Sie haben ja der Frau Dr. F. eine E-Mail geschrieben mit dem Kurzgutachten.

**Zeuge A. F.:** Genau. Das ist Seite 233.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Genau. Und dann gab es eine weitere Seite. Das ist praktisch die 237. War die auch Bestandteil dieses Kurzgutachtens? Oder war das ein anderes Fundstück? Nur für uns zur - -

**Zeuge A. F.:** Das kann ich jetzt nicht - - Müsste ich spekulieren. Also, es war offensichtlich nicht in der Mail vorne mit dabei.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also, dieses - - Sie wissen, 237: „TA übermittelt Daten ...“ Darum geht es mir. Ob das da dazu gehört hat zu dem Gutachten, können Sie jetzt nicht - -

**Zeuge A. F.:** Würde ich verneinen. Allerdings auf den Hinweis da, Seite 236, Seite 2 von 2 unten, abschließend, und die nächste Seite nicht weiter nummeriert ist - - Also gehe ich davon aus, dass das nicht Bestandteil dieses Gutachtens war.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Können Sie dann was dazu sagen, was für ein Fundstück das dann war? Weil Sie haben das ja übermittelt.

**Zeuge A. F.:** Eine Information an die behördliche Datenschutzbeauftragte. Ja. Aber ob jetzt das Bestandteil dieser Mail ist - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Frau Dr. F. ist der Auffassung, das müsste man Richtung § 9 Absatz 2 BND-Gesetz machen. Sie hat aber hier festgestellt, dass das praktisch, also in der praktischen Umsetzung eigentlich kaum Auswirkungen hat. Können Sie diese Sichtweise teilen?

**Zeuge A. F.:** Die teile ich, ja, weil insbesondere die Datenweitergabe auch vor dem Hintergrund § 9 II in Verbindung mit Bundesverfassungsschutzgesetz ebenfalls eine Rechtsgrundlage findet. Also, es wird hier darüber gesprochen, ob Rechtsgrundlage A oder Rechtsgrundlage B einschlägig ist. Wichtig ist allerdings, dass eine Rechtsgrundlage einschlägig ist. ✓

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Richtig. Und in der Praxis hat das letztlich kaum Auswirkungen. Letztlich bestätigen Sie da ein ganzes Stück die Aussage, dass es doch ein ganzes Stück auch theoretischer Streit ist, den man hier geführt hat.

Ich darf noch mal fragen: In der Hinsicht, wenn wir uns um die Rechtsgrundlage oder über die Rechtsgrundlage unterhalten, da gab es ja bereits im Jahre 2002 mal einen juristischen Aufsatz eines ehemaligen Mitgliedes der G-10-Kommission, von dem Herrn Dr. Seifert, der das eigentlich schon mal alles sehr ausführlich behandelt hat. Ist Ihnen dieser Aufsatz bekannt?

**Zeuge A. F.:** Ist das die Festschrift für Arndt zum 75. Geburtstag?

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Genau. Der Titel ist *Die elektronische Aufklärung des Bundesnachrichtendienstes*. Der Herr von Bredow reicht Ihnen das gerade auch mal zu.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt)

**Zeuge A. F.:** Ja. Der Aufsatz ist mir bekannt.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Der ist Ihnen bekannt. Und da wird ja eigentlich ein ganzes Stück das vertreten, was Sie hier auch gesagt haben, wann die G-10-Kommission zu informieren ist. Ich darf es vielleicht einfach kurz noch mal zusammenfassen. Es wird letztlich ein ganzes

Stück festgestellt, dass die Bundesregierung seit 2001 die Rechtsansicht vertritt, die Auslands-kommunikation von Ausländern falle nicht unter den Schutzbereich des Artikel 10 Grundgesetz. Bei den abgefangenen Daten handle es sich nicht um personenbezogene Kommunikation. Es besteht keine Kontrollkompetenz für die G-10-Kommission oder den Bundesdatenschutzbeauftragten weder für die Erfassung noch für die Weitergabe dieser Daten.

Der Aufsatz, ehrlich gesagt, liest sich so, als hätte es da nie eine andere Auffassung gegeben. War das bis dato auch immer eigentlich herrschende Meinung? Weil, Herr Zeuge, wir sind einfach ein bisschen irritiert, dass plötzlich im Jahre 2013 das jene Gutachten, jene Meinung, das noch und das Kanzleramt - - Eigentlich war doch die Rechtslage relativ klar.

**Zeuge A. F.:** Wie gesagt, das war ja auch - - Insofern ist das offensichtlich auch von mir nicht ausreichend tief dargestellt worden in meinem Eingangsstatement. Die Aussage, dass diese Fragen seit dem Urteil von 99 bekannt waren - - Sie sind im - - Auch der Inhalt, den Sie gerade vorgelesen haben, der ist im Urteil veröffentlicht. Der wurde nachfolgend auch nicht nur hier von Herrn Seifert, sondern auch von Herrn Arndt behandelt in der juristischen Literatur. Das ist das, was ich in meinem Eingangsstatement mit Rezensionen in der juristischen Fachliteratur wiedergeben habe. Also, die - - Viele - - oder die rechtlichen Fragen, die wir heute hier besprechen, die sind alle seit 99 bekannt und auch die verschiedenen möglichen Lösungsansätze dazu. Wenn Sie bei diesem Artikel auf - - Ich blättere gerade.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Also, ich teile, Herr Zeuge - -

**Zeuge A. F.:** Wenn Sie mal kurz - - Hier wird eben auch, glaube ich, in diesem Artikel, die - - Ja, hier, Seite 180. Da wird auf die G-10-Novellierung 2001 eingegangen, und damals kam ein Vorschlag im Gesetzgebungsverfahren, diese Regelungen, die wir heute besprochen haben, in Gesetzesform zu gießen. Hier ist das Zitat oder der Vorschlag für die Novellierung des G 10 drinnen,



## 1. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** - um die Akzeptanz - - Was können wir rechtspolitisch tun, um die Akzeptanz aus Ihrer Sicht des BND zu unterstützen?

**Zeuge A. F.:** Also, aus Normenklarheitsgründen kann man natürlich Regelungen treffen, -

**Christian Flisek (SPD):** Okay, jetzt verstehe ich Differenzierung.

**Zeuge A. F.:** - obwohl sie nicht rechtlich zwingend erforderlich sind.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, okay. - Gut, danke schön; ich habe keine weiteren Fragen mehr an den Zeugen.

**Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:** Dann gebe ich weiter zur Fraktion Die Linke.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, ich komme auf den Punkt - - muss auf den Punkt auch gleich noch mal zurückkommen, weil ich den Eindruck habe, dass Sie da etwas versuchen, immer wieder auszuweichen. Ich will versuchen, das noch mal auf den Punkt zu bringen, aber will eine andere Eingangsfrage nehmen.

Wenn Sie mal ehrlich sind - und Sie haben gesagt: zwei Staatsexamen -, was, glauben Sie, was würde Ihr Juraprofessor Ihnen für Ihre heutigen rechtlichen Darstellungen beim Eingang für eine Note gegeben haben, in Ihrem Eingangsstatement, wenn Sie mal tief in sich Reinhören?

**Zeuge A. F.:** Also, es ist ja Spekulation. Auf alle Fälle sind es vertretbare Rechtsansichten, die Anknüpfungspunkte in verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung finden.

(Christian Flisek (SPD):  
Sehr weit unten!)

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Also, „vertretbar“ ist schon sehr weit unten; gut. - Ich möchte hier aber noch mal nachfragen, nur damit wir das richtig verstehen: Sie sind als der Mann, der zuständige Mann für G 10 beim BND, der Auffassung, dass die Sachverständigen, dass ehemalige Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes,

dass hochrangige Juristen, die hier unisono festgestellt haben, dass es Regelungslücken gibt, keine Zuständigkeiten festgelegt worden sind, dass außerhalb der Verfassung agiert wird usw., dass die alle hier Unsinn erzählt haben gegenüber dem Untersuchungsausschuss. Ist das Ihre Meinung?

**Zeuge A. F.:** Nein. Ich vertrete eine andere Meinung, die aus meiner Sicht wohlbegründet ist, die im Grunde auch hier von anderen Sachverständigen wie Herrn Talmon durchaus Anknüpfungspunkte findet. Auch Herr Papier hat in der *Süddeutschen* vom 12. Oktober 2014 einige Relativierungen in einem Interview getroffen, die mit den doch sehr dezidierten Aussagen, die ja auch als Livestream verfügbar sind, aus meiner Sicht zumindest sich nicht übereinanderlegen lassen. Und, wie gesagt, ich vertrete eine Meinung, wie sie von der Bundesregierung ~~veröffentlicht~~ im Urteil 1999 ~~veröffentlicht~~ oder dargestellt wurde und seitdem im Raum steht. Also, ich sehe da weder juristisch noch in anderer Hinsicht Verwerfliches oder überdifferenzierte juristische Sichtweisen hinausgehend Angreifbares in dieser Position.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Kurze Frage mit der Bitte um kurze Antwort: Darf man die G-10-Kommission belügen?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Darf man der G-10-Kommission in der Antragstellung wichtige Fakten für deren Entscheidung vorenthalten?

**Zeuge A. F.:** Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ist ein wichtiger Fakt, dass die Daten, die man - - wo man die Genehmigung von der G-10-Kommission haben will, an einen amerikanischen Nachrichtendienst weitergeleitet werden, eine wichtige Information?

**Zeuge A. F.:** Das war vor meiner Zeit; das vermag ich nicht zu beurteilen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe nicht gefragt, ob das vor Ihrer Zeit war. Ich habe Sie ge-